

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft



SPW — 18



»Neue Mehrheiten« für linke Politik

Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Erhard Eichert (Herford), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Werner Loe-we (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin-West).

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Frankfurt), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Alfred G. Frei (Darmstadt), Herbert Grimberg (Bremen), Joachim Günther (Berlin-West), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Emden), Peter Pelinka (Wien), Ludger Rosengarten (Münster), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West), Heinz Zoller (Karlsruhe).

Redaktion: Karin Gauer-Krusewitz, Frank Heidenreich, Knut Krusewitz, Hans Raßmes, Christiane Rix-Mackenthun, Dieter Scholz, Andreas Westphal.

Sekretariat: Dieter Klumpp und Joachim Pieczkowski

Verlag, Redaktion und Auslieferung: Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38, Tel.: (030) 803 3429

Anzeigen (ohne Tausch): Runze/Casper, Jungfernstieg 20, D-1000 Berlin (West) 45, Tel.: 030/7722443

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, Berlin/West, HRB 13699
Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Dieter Scholz

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1983.
Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.
Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. Auflage: 1.-3. Tausend März 1983

spw erscheint 1983 in vier Heften mit einem Jahresumfang von 500 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,80 DM, in der Republik Österreich 75,— ÖS, in der Schweiz 9,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,— DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 7,— DM (50,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 5028300 (BLZ 100 101 11)
Postscheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält — in Teilaufgabe — eine Bestellkarte des spw-Verlags.

Inhalt

Verlagsmitteilungen	3
Ergebnisse der Lesenumfrage in <i>spw 16</i>	5
Editorial	7

Aktuelle Kommentare

Christiane Rix-Mackenthun

Gibt der Klügere nach?

Zu den Initiativen im Rahmen der Genfer Verhandlungen	9
---	---

Richard Meng

Lernprozeß und Parteitaktik in Hessen	11
---	----

Hannes Schwenger

Aufwärts, abwärts oder rückwärts?	13
---	----

Diskussionsschwerpunkt: »Neue Mehrheiten« für linke Politik

Wulf Damkowski und Jutta Rother

»Politik links von CDU« (Willy Brandt) —

Zum Verhältnis von SPD, SPD-Linken, Gewerkschaften und Grünen	15
---	----

Ernst Hoplitschek

Grün-Rote Koalition?

Positionen und Widersprüche im Verhältnis Grüne — SPD	22
---	----

Barbara Rohr

Wachsam und unbescheiden! Einige Überlegungen zur Frauenfrage

angesichts politischer Rechtsentwicklung	27
--	----

Fred Karl

Über Strukturen und Inhalte einer »neuen Mehrheit«	33
--	----

Klaus-Peter Wolf und Burkhard Zimmermann

Wird die »neue Mehrheit links von der CDU« ein Reformbündnis?	39
---	----

Analysen

Angela Huß-Michel

Vor 50 Jahren: Der Faschismus an der Macht	47
--	----

Werner Holtfort

Menschenrechte und Verfassungswirklichkeit.

Die Geschichte der Einschränkung demokratischer Rechte	53
--	----

Michael Krätke

Dieser Sozialstaat ist der unsre nicht!?

Einige Bemerkungen zum linken Unbehagen am Sozialstaat in der Krise (II)	59
--	----

<i>Knut Krusewitz</i> Gesellschaft, Ökologie, Militarismus. Zur Militarisierung der Ökologiepolitik	85
<i>Hans-Jörg Sandkühler</i> Gramsci-Debatte und Marx-Diskussion	96
<i>Volker Gransow und Michael Krätke</i> Paul Levi oder das Problem, Linkssozialist in der Sozialdemokratie zu sein	101

Archiv

<i>Paul Levi</i> : Voraussetzungen einer Koalition	104
<i>Fritz Bieligk</i> : Am Anfang	106

Berichte

<i>Angela Kroll und Martina Tiltmann</i> Arbeitstagung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) am 20./21.11.1982 in der Goethe-Universität, Frankfurt/Main	108
<i>Gerald Mackenthun</i> Internationaler Kongreß »Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden«	109
<i>Peter Pelinka</i> Zweiter Bundeskongreß der »Alternativen Liste Österreichs« (ALÖ) am 29./30.1.1983 in Linz	111

Briefe an Redaktion und Autoren

Betr.: Kündigung meines <i>spw</i> -Abos zum 1.10.1983 (<i>Reinhold Blanke-Bohne</i>)	113
Betr.: Polen-Diskussion (<i>Holger Czitrich</i>)	114

Besprechungen

<i>Helmut Trotnow</i> : Karl Liebknecht. Eine politische Biographie (<i>Hermann Glaser</i>)	116
<i>Horst Heimann/Thomas Meyer</i> (Hrsg.): Reformsozialismus und Sozialdemokratie (<i>Franz Walter</i>)	117
<i>Hans Willi Weitzen</i> : Gewerkschaften und Sozialismus. Naphtalis Wirtschaftsdemokratie und Agartz' Wirtschaftsneuordnung (<i>Heinz Albrecht</i>) ...	120
<i>Cora Stephan</i> : »Genossen, wir dürfen uns nicht von der Geduld hinreißen lassen!« (<i>Thomas Lindenberger</i>)	121
<i>Egon Bahr</i> : Was wird aus den Deutschen? (<i>Ralph Krämer und Karsten Rudolph</i>)	123
<i>Karin Priester</i> : Hat der Eurokommunismus eine Zukunft? (<i>Volker Gransow</i>)	124
Über die Autoren	127

Verlagsmitteilungen

Literatur zum Marx-Jahr

Am 14. März sind hundert Jahre vergangen seit dem Tode des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus: 1883 starb im Londoner Exil Karl Marx, der Autor des »Kapital« und führende Repräsentant der I. Internationale der Arbeiter.

Aus Anlaß seines hundertsten Todestages formulieren marxistische Sozialdemokraten in *spw 17* aus ihrer Sicht die Aktualität des Marxschen Werkes und die Grundfragen marxistischer Politik heute. In den zahlreichen Veranstaltungen, in Podiumsdiskussionen und auf Bildungsabenden der Partei und der Jungsozialisten zu diesem Jahrestag kann also Bezug genommen werden auf eine Publikation der marxistischen Linken innerhalb der westdeutschen und der österreichischen Sozialdemokratie.

Darüber hinaus kündigten wir im letzten Heft (vgl. *spw 17*, S. 428) ein Gemeinschaftsprojekt der Zeitschriften *Argument*, *Prokla* und *spw* an. Wir greifen damit jenseits der sozialdemokratischen Organisationsgrenzen ein in die Diskussion unter Marxisten. Unter dem Titel *Aktualisierung Marx'* ist dieser Sammelband inzwischen als Argument-Sonderband (AS) 100 erschienen. In ihm kommen die wichtigsten theoretischen und politischen Tendenzen des Marxismus unseres Landes zu Wort. Für den Band geschrieben u.a. Detlev Albers, Elmar Altvater, Volker Braun, Frank Deppe, Frigga Haug, Wolfgang F. Haug, Joachim Hirsch, Klaus Holzkamp, Dorothee Sölle, Karl-H. Tjaden und Frieder O. Wolf.

Der Band hat 206 Seiten und kostet 16,80 DM, für Studenten und Arbeitslose 13,80 DM (zzgl. Versand). Interessenten der *spw* können bis zum 1.4.83 den AS 100 bei Mehrfachbestellungen von mindesten 4 Exemplaren direkt über den *spw*-Verlag beziehen.

Einzelbestellungen dagegen bitte an den Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6 in 1000 Berlin 65 (Tel.: 030/4619061) richten.

Werben Sie für *spw*?!

Werbung ist teuer, für einen Kleinverlag fast unbezahlbar und auch nicht immer effizient. In unserem Fall sind gezielte Hinweise auf *spw*-Veröffentlichungen in Mitgliederversammlungen und Bildungsveranstaltungen wirksamer als eine teure Kampagne. Plakate an den richtigen Orten, »Vertreter«-Gespräche in Buchhandlungen und persönliche Ansprache bringen uns mehr Bestellungen und neue Abonnenten als manche Anzeige.

Wenn Sie *spw* trotz Kritik an bestimmten Beiträgen (denn wir veröffentlichen recht unterschiedliche Meinungen und Positionen) für wichtig halten, dann schreiben Sie uns eine Postkarte oder telefonieren Sie mit Joachim Pieczkowski (Mo, Mi, Do 10-16h, Tel.: 030/8033429). Von ihm erhalten Sie Werbematerial — nicht außergewöhnlich vielfältig, aber immerhin:

- **Plakate** (z.B. zu *spw 17* und *18*; auch zum »Eurolinken-Buch« gibt es jetzt eine »Schürze«);
- **Bestellkarten** (lag u.a. *spw 17* bei)
- **Anzeigenvorlagen** (zur kostenlosen Ankündigung in örtlichen Partei- und Juso-Infos)

DAS ARGUMENT

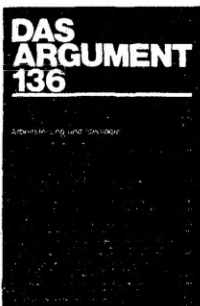
Argument-Vertrieb
Tegeler Str. 6
1000 Berlin 65



Westeuropäische Gewerkschaften
Krisenverarbeitung in Frankreich,
Italien, Japan und BRD
Albers, Moynot, Trentin u.a.
Argument-Sonderband AS 85
16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)



Staatsgrenzen
Probleme (national-)staatlichen
Handelns in der alternativen
Wirtschaftspolitik.
Altvater, Stamatis, Zinn u.a.
Argument-Sonderband AS 89
16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)



Arbeitsteilung und Ideologie
Volksuni-Vorträge Berlin 82
von D.Sölle, W.F.Haug, F.Haug
und M. Barrett
Opfer-Täter-Diskussion
Israelisch-arabischer Konflikt
DM 12,-/f. Stud. 9,- (Abo: 9,80/7,50)

Ergebnisse der Lesenumfrage in *spw* 16

Rund acht Prozent unserer Abonnenten schickten uns den Fragebogen zurück. Unter den Rückantworten sind zehn Prozent Frauen, was etwas unter dem Anteil der Frauen an den Abonnenten (12,9%) liegt. Die Altersstruktur der Antworter sah folgendermaßen aus: Keine(r) ist unter 20, d.h. auch, daß keine Schüler unter den Antwortern sind. 50% der Antworter sind zwischen 25 und 29 Jahren. Älter als 35 Jahre sind nur 5% der Antworter. Die *spw*-Leser haben ein hohes *formales Bildungsniveau*. 80% haben Abitur oder Fachabitur (5%), 12,5% Realschulabschluß, 6% Hauptschulabschluß. 41% sind gegenwärtig Studenten, 5% arbeitslos, 50% berufstätig. Der Rest leistet Zivil- oder Wehrdienst. Von den Berufstätigen sind 25% Angestellte, 60% sind im öffentlichen Dienst und 40% im privaten Sektor beschäftigt.

Das Einkommen der *spw*-Leser ist recht unterschiedlich: 14% haben weniger als 600 DM monatlich, 28% verdienen 600 bis einschließlich 900 DM, 9% bis einschließlich 1.400 DM, 14% bis einschließlich 2.000 DM, 20% bis einschließlich 3.000 DM, und 8% verfügen über mehr als 3.000 DM. Fast die Hälfte unserer Leser befindet sich also ökonomisch in einer schwierigen Lage.

90% der Antworter sind Mitglied der SPD oder der SPÖ, 80% Mitglied einer DGB- oder ÖGB-Gewerkschaft. Von den DGB-Mitgliedern gehören 32% der ÖTV, 25% der GEW, 15% der HBV und 7,5% der IG Metall an. *spw*-Leser sind politisch sehr aktiv. Ihre zentralen Aktionsfelder sind die Jungsozialisten und die Juso-Hochschulgruppe (43%), Falken, SJB, VSSÖ (15%), SPD-Ortsverein oder SPÖ-Sektion (12%), Gewerkschaft (12%), Grüne, Alternative oder DS (7,5%) und Bürgerinitiativen (4%).

Die Frage: *woher kennen Sie spw?* wurde folgendermaßen beantwortet: durch Bekannte 35%, Juso-Organisation 30%, Vertriebsagenten 16%, SHB 5%, Anzeigen 9%, Besprechungen in anderen Publikationen 4%. Daraus läßt sich ersehen, daß der Erfolg konventioneller Werbung (z.B. Anzeigen und Plakate) recht gering ist. Unsere potentielle Stärke auf dem Gebiet der Absatzstrategie besteht in der Verwobenheit mit der Organisationspolitik der Jusos und der SPD. *spw* kann eindeutig nur als Projekt von (aktiven) Genossinnen und Genossen existieren, die es als Diskussionsforum innerhalb der SPD-Linken und zwischen sozialdemokratischen Linken und anderen Sozialisten nutzen und entsprechend für *spw* werben.

Auf die Frage, *in welcher Form mit spw gearbeitet wird*, führen 30% der Antworter Schulungsarbeit an. 12% benutzen *spw* als Grundlage für Referate, Artikel und Anträge. Diese erstaunlich hohen Prozentsätze verdeutlichen den Stellenwert, den der Einsatz von *spw* in der Theoriearbeit hat bzw. haben kann: Auf der einen Seite wird sich hier der praktische Gebrauchswert der *spw* erweisen müssen, auf der anderen Seite entsteht so bei den Lesern in zunehmendem Maße die Kompetenz zur kritischen Stellungnahme. Im Idealfall entstehen aus der Schulungsarbeit mit *spw* weitere Beiträge für die Zeitschrift und ggf. neue produktive Kontroversen.

Die Themen Wirtschafts- und Sozialpolitik, SPD, Frieden, Gewerkschaften wurden von den Lesern in dieser Reihenfolge als die *wichtigsten in spw behandelten Themen* angesehen. Vergleichsweise gering wird offenbar die Bedeutung von Internationalismus, marxistischer Grundlagentheorie, Kultur, Alternativbewegung sowie der Linken außerhalb der SPD eingeschätzt. Auf die Frage, welche Themen in *spw uninteressant oder nutzlos* seien, werden am meisten Marxismus-Diskussion, Kultur und Frauenbewegung genannt. Die Nennung »Frauenbewegung« ließe sich noch damit erklären, daß *spw* eine »Männerzeitschrift« ist (nur jeder achte Abonnent ist eine Frau). Allerdings gaben auch Leserinnen an, über die Frauenfrage in *spw* nichts lesen zu wollen. Schon mehr verblüffen angesichts der bitteren Niederlagen der Vergangenheit und der neuen Erfahrungen der Linken die anderen Antworten. Sie deuten das Ausmaß der Schwierigkeiten an, die »Anknüpfung an den wissenschaftlichen Sozialismus« (vgl. Editorial zu *spw* 1, 1978, S. 5) zu wollen. Hieraus muß die Redaktion die Konsequenz ziehen, künftig stärker die Notwendigkeit und den praktischen Nutzen von Analysen in diesen Feldern zu begründen. 14% der Antworter finden ausdrücklich

kein Thema nutzlos. Unter den Themen, die nach Ansicht unserer Leser^a in *spw* mehr Berücksichtigung finden sollten, stehen Geschichte (der Arbeiterbewegung), Schule/Bildung, Politik der Rechten, Rüstungskonversion und Kultur an erster Stelle. Die Anzahl derer, die mehr Beiträge zur Kultur lesen wollen, ist etwa gleich groß wie die Anzahl derer, die sie nutzlos finden. Kultur gehört damit zu den am meisten umstrittenen Themen in *spw*.

36% der Antwortler finden das Thema Wirtschafts- und Sozialpolitik in *spw* gut behandelt, während die Redaktion es eher für einen der Schwachpunkte hält. Nur die Hälfte derjenigen, die *Sozialdemokratie- und Gewerkschaftsanalysen* für besonders wichtig halten, finden diesen Anspruch in *spw* auch befriedigend erfüllt. An anderer Stelle der Antworten findet sich die deutliche Forderung, mehr Gewerkschafter als *spw*-Autoren zu gewinnen. Trotz der Schwierigkeiten, auf die wir z.B. aufgrund der politischen Fronten in den Gewerkschaften bezüglich der Bereitschaft, in *spw* zu schreiben, stoßen, muß hier mehr von der Redaktion geleistet werden, um Analysen der strategischen Handlungsmöglichkeiten im Gewerkschaftsbereich auszuarbeiten. Die Redaktion bleibt allerdings darauf angewiesen, Themen- und Autorenvorschläge von den Lesern zu erhalten, die in den jeweiligen Praxisfeldern SPD und DGB-Gewerkschaften tätig und in der Lage sind, ihre Erfahrungen theoretisch zu verallgemeinern. Bei der Frage nach *Wünschen bezüglich neuer Autoren* werden neben Gewerkschaften vor allem außerdeutsche Sozialdemokraten, Nichtmarxisten und Repräsentanten der »Marburger Schule« genannt. Insgesamt 10% sprechen sich so für eine größere Pluralität der Autoren aus.

Die verschiedenen *Beitragstypen werden mit folgender Häufigkeit gelesen*: Längere Analysen (60%), Kommentare (46%), Interviews (22%), Berichte (30%), Dokumentation (28%) und Rezensionen (13%). Die *Gliederung des Heftes* wird allgemein positiv beurteilt. Am meisten umstritten sind die Rezensionen. Etwa gleichviele Leser wollen mehr und weniger Buchbesprechungen. Eine Reihe von Antwortern wünscht sich eher längere Diskussionsschwerpunkte. 20% Der Leser haben Interesse am *Editorial*, weil sie den politischen Standpunkt der Redaktion zu den im Heft behandelten Themen erfahren wollen. 17% der Leser wollen im *Editorial* Interna der Redaktionsarbeit erfahren.

Unsere Berichte über Gewerkschaftstage und ausländische Linksparteien haben ein positives Echo gefunden. Gewünscht werden mehr Berichte über Jusobezirkskonferenzen und SPD-Landesparteitage, die in *spw* bisher eine Leerstelle bilden. Hier wird es darauf ankommen, Kriterien der Relevanz zu entwickeln. Die *regelmäßige* Berichterstattung über solche Ereignisse kann nicht unsere Aufgabe, sondern nur die eines guten monatlich erscheinenden Informationsdienstes sein. Der Wunsch nach häufigerer Erscheinungsweise und geringerem Heftumfang ist wohl auch nur in einem Zusammenhang mit dem fehlenden »Kreisblatt« zu sehen. In den letzten Jahren hörten wir oft und von verschiedenen Seiten die Kritik, *spw* sei schwer verständlich und die Artikel seien zu lang. Die überwiegende Mehrzahl unserer Leser hingegen bewertet die Artikel als verständlich. Weniger als 10% konkretisierten ihre Verständnisschwierigkeiten anhand bestimmter Artikel oder meinten, *spw* sei zu wissenschaftlich, habe ein zu hohes Niveau oder sei mit zu vielen Fremdwörtern gespickt. Und mehr als 2/3 halten die *durchschnittliche Artikellänge* von 7 Seiten für »goldrichtig«. (23% befürworten längere Artikel, und nur 7% wollen kürzere).

Der Identifikationsgrad mit *spw* ist relativ hoch: 45% der Leser sind prinzipiell bereit, auch als Autoren an *spw* mitzuarbeiten. Lediglich 1/10 erklärten ausdrücklich, daß sie *spw* ihren Freunden nicht empfehlen. 3/4 hingegen tun dies, stoßen aber zum Teil auf Schwierigkeiten bei der Abo-Werbung: Der Preis gilt manchen als zu hoch (16%), oder Werbeversuche scheitern an theoriefeindlichen Haltungen (9%). 1/4 der Leser hält es aber trotz der Widerstände für möglich, noch weitere Abonnenten zu werben. 2/3 der Leser würden sich in der einen oder anderen Form, auf Parteiversammlungen (39%), durch Verwendung von *spw* als Schulungstext (52%), durch Büchertische (23%), durch Plakate kleben (1/3), Prospektverteilung (30%) und Kommissionsverkauf (11,5%) für *spw* engagieren. Wir kommen darauf zurück.

Jürgen Blume, Frank Heidenreich und Andreas B. Westphal

Editorial

Im vorliegenden Schwerpunkt werden Grundanforderungen an die politische Strategie der Linken heute diskutiert. Dauerhaftere Überlegungen zur Herstellung eines Linksbündnisses anzustellen, ist unsere Absicht; der Wahlkampf und die Frage »wer-mit-wessen-Unterstützung-nach-dem-6.3.« geben sinnvolle Anlässe. Die Stärke der Beiträge liegt darin, daß ihre Gedanken auch nach den Bundestagswahlen aktuell bleiben.

Alle Beiträge des Schwerpunkts sind — notwendig — kritisch gegenüber konkurrierenden politischen Positionen; sie alle beinhalten zugleich auf bestimmte Weise ein Moment der Kritik an Traditionen, Strömungen und Mehrheitsauffassungen im eigenen »Lager«. Anders als die übrigen Aufsätze, die von einem organisationspolitischen Standpunkt die Probleme, Aussichten und Träger eines breiten Bündnisses der Linken bestimmen, schreibt *Barabara Rohr* über die besonderen Gesichtspunkte einer der sozialen Bewegungen, der sich in Form vielfältiger Initiativen, Gruppen und Projekten entwickelnden Frauenbewegung. Ihr Beitrag räumt auf mit einigen harmonisierenden Auffassungen über den Zusammenhang von Frauenfrage und Klassenverhältnissen. Die »Gleich«setzung beider Probleme ging schon immer zu Lasten der Frauen. Als Arbeiterinnen leben sie nicht nur unter der Fuchtel des Kapitals, sondern in einem »Netzwerk vielfältiger Unterdrückungszusammenhänge« (27). Entsprechend fordert die Autorin für die Überwindung der doppelten Unterdrückung durch kapitalistische und durch patriarchalische Strukturen auch unterschiedliche Befreiungswege. Eine »neue Mehrheit« bedarf zum einen der Zusammenarbeit in der Frauenbewegung, zum anderen des gemeinsamen Kampfes mit Männern in der Arbeiterbewegung — allerdings nicht um jeden Preis. Denn obgleich die Gemeinsamkeit bei der Abwehr sozialer Demontage noch leicht fallen mag, die Gegnerschaft zu wiederauflebenden konservativen Frauenleitbildern wird auch linken Männern schon schwerer, soweit ihnen die Institution der Kleinfamilie als eine selbstverständliche Lebensform gilt (vgl. 30). Klassenkampf ohne »Geschlechterkampf« wird das Problem der Frauenunterdrückung als ganzes nicht lösen.

Wulf Damkowski und *Jutta Rother* kritisieren scharf die sozialdemokratische Politik der letzten Jahre. Die Politik der »inneren Reformen« ist an der Weltwirtschaftskrise »zerbrochen« (15), der Verzicht auf die Reformperspektive war das Ergebnis. Nach Auffassung von Damkowski/Rother muß eine »neue Bündnispolitik der SPD entwickelt werden« (15f.), die in den Grünen auch als Partei »Bündnispartner« (16) sieht. Die bisherigen Gespräche zwischen SPD und Grün-Alternativen sind an der Kompromißlosigkeit sowohl der »Fundamentalisten« bei den Grünen als auch der SPD-Rechten gescheitert. In Übereinstimmung mit *Richard Mengs* Kommentar »Lernprozeß und Parteitaktik in Hessen« vertreten sie die These, daß beide Flügel die parlamentarischen Verhandlungen nur akzeptierten, um aus ihrem Scheitern Schuldzuweisungen begründen und taktische Vorteile ziehen zu können. Aufgabe der SPD-Linken ist es, eine Art Scharnier zwischen den gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen und den Grün-Alternativen zu bilden. Von der Linken in der SPD fordern die Autoren die konkrete Wahrnehmung einer »Vermittlungs- und Integrationsfunktion« (21). — Die Sozialdemokratie ist nach Auffassung von *Fred Karl* als Kernstück einer »neuen Mehrheit von links« (33) unter der Voraussetzung zu denken, daß sie ihre Politik einer grundsätzlichen Revision unterwirft, statt nur »moralische Entrüstung über den 'Verrat' in Bonn und ... verbalradikale Opposition zum Kurs der Kohl/Genscher-Regierung« (ebd.) zu artikulieren. Hindernisse auf dem Weg zu einer neuen Politik der Linken sind einerseits der Versuch der SPD, anstelle eines wirklichen Bündnisses die »Vereinnahmung der neuen Bewegungen« (34) anzustreben, andererseits die Haltung der Grünen, als die allein legitime Vertretung aller Äußerungen von Protest und Widerstand aufzutreten. Da die Kommunisten über spezifische Erfahrungen aus den Kämpfen und der Entwicklung der Arbeiterbewegung verfügen, »muß die DKP einbezogen werden« (35) in die Konstruktion einer neuen Mehrheit. Karl unterstreicht den Bruch mit einer auch in der DKP bekannten »Sichtweise, die den Entwicklungscharakter der neuen Bewegungen, d.h. ihre

Fähigkeit zu politischer Verallgemeinerung« (36) leugnet. — *Ernst Hoplitschek* fragt in seinem Beitrag nach den Widersprüchlichkeiten einer Perspektive der rot-grünen Koalition. Während in den Kommunalparlamenten Oppositionskoalitionen gegen CDU und CSU schon vielfach Realität sind, droht die Bündnisorientierung der »Sozialstaatsanhänger« (24) die Identität der Grünen aufzulösen. Hoplitschek fürchtet, daß die SPD durch eine propagandistische Integration der Themen Frieden und Umwelt und durch ihre Repräsentation im Wechsel von Personen die Grünen »politisch überflüssig« (ebd.) machen könnte. Sein Angriff gilt daher all denen, welche die Integrationsversuche der SPD mit einer »Verwässerung von authentischen grünen Positionen in den eigenen Reihen« (23) beantworten. Im Gegensatz zu Fred Karl und zu Wolf/Zimmermann (vgl. 43), die auf dem Bielefelder Kongreß »Zukunft der Arbeit« neue und mehrheitsfähige Konzepte gegen Arbeitslosigkeit formuliert sehen, ist nach Hoplitschek in diesen Diskussionen und in den Beschlüssen der beiden letzten Parteitage der Grünen das Paradigma »Ökologie« durch »fast originäre 'links-sozial-demokratische' Lösungsstrategien« (23) ersetzt.

Klaus-Peter Wolf und *Burkhard Zimmermann* präzisieren in ihrem Beitrag aus der Sicht von Marxisten in der SPD, in welche Richtung die Sozialdemokratie ihre praktische Politik wird verändern müssen, wenn sie ein konstruktiver Teil der »neuen Mehrheit links von der CDU« werden will. Die Kritik an den Grünen gilt vor allem ihrem »fundamentalistischen« Flügel, dessen Politik die Linke innerhalb der Grünen und auch gesamtgesellschaftlich schwächt. Die »'Mehrheit links von der CDU' muß vor allem außerparlamentarisch ... handlungsfähig werden.« (41) Zu ihr werden neben den Grün-Alternativen auch die Gewerkschaften, die demokratischen Bewegungen und die DKP zählen müssen. Ähnlich Fred Karl erkennen Wolf/Zimmermann bei den Grünen einen Prozeß politischer Verallgemeinerung: »Ökologische Fragen werden zunehmend in einen Zusammenhang mit ökonomischen Problemen gebracht.« (42) Während Hoplitschek gegen den Beschluß des letzten Parteitags der Grünen zur »35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommen« polemisiert (»systemkonforme Lösungsstrategie«, vgl. 24), kritisieren Wolf/Zimmermann daran, daß »Teile der Arbeitnehmer die aus der kapitalistischen Krise resultierende Arbeitslosigkeit z.T. selbst finanziell bekämpfen sollen.« (43) Die Anstöße zur Veränderung der SPD-Politik von außen bedürfen jedoch zwingend einer sozialdemokratischen Linken. Allerdings: »Gegenwärtig scheint Jochen Vogel der einzige prominente 'Parteilinke' zu sein; zumindest werden Positionen links von ihm kaum noch öffentlich formuliert.« (44) Innerhalb der SPD bestehen die Gegensätze sowohl zu den Befürwortern Großer Koalitionen als auch zu den Dialogstrategen Glotzschers Provenienz, die eine die sozialen Konflikte harmonisierende Integration von Teilen der Grünen bezwecken.

Außerhalb des Schwerpunkts veröffentlichen wir (nach dem ersten Teil in *spw* 17, 407ff.) den zweiten und letzten Teil der Sozialstaatsanalyse von *Michael Krätke*. Die außergewöhnliche Länge des Beitrags rechtfertigt sich durch den unübersehbaren Mangel in der Ausarbeitung von Positionen einer sozialistischen Sozialpolitik. Wir hoffen, auf diese Weise etwas beizutragen zur Vorbereitung des sozialpolitischen Aspekts der nun für den 28./29. Mai geplanten *spw*-Arbeitstagung zum Thema »Alternativen der Wirtschafts- und Sozialpolitik«, die zusammen mit dem Juso-Unterbezirk Dortmund veranstaltet wird.

In *spw* 15 erschien unter dem Titel »Gramsci und der dritte Weg« ein Beitrag von Alfred G. Frei, der sich kritisch auf das Buch »Betr.: Gramsci. Philosophie und revolutionäre Politik in Italien« (prv 1980) bezog. *Hans-Jörg Sandkühler*, einem der Herausgeber, geben wir in diesem Heft Gelegenheit zur Replik. Schwer wiegt sein Vorwurf des Reformismus gegen Frei (vgl. 98). Der weitere Angriff gilt den Arbeiten des westberliner *Projekts Ideologie-Theorie* und W.F. Haugs Konzept der »Strukturellen Hegemonie«, dessen weitgehende Übereinstimmung mit der Politik der DKP Fred Karl in seinem Artikel behauptet (vgl. 35f.), während Sandkühler es denunziert als ein Intellektuellen-Angebot (vgl. 99). Weitere Klärung der Streitfragen tut not.

Frank Heidenreich

Aktuelle Kommentare

Christiane Rix-Mackenthun

Gibt der Klügere nach?

Zu den Initiativen im Rahmen der Genfer Verhandlungen

In den letzten Monaten ist eine Bewegung in die Friedensbewegung gekommen, die an nervöses Stühlerücken erinnert. Man weiß nicht so recht, was man von den Ereignissen auf dem politischen Parkett in Genf, Prag und Brüssel zu halten hat, ob man das, was von dort verläutet, als Erfolg oder als Augenwischerei verbuchen soll.

Es begann im vergangenen Herbst, als der NATO-Oberbefehlshaber General Rogers erklärte, er wolle dasselbe wie die Atomrüstungsgegner, und flugs ein militärisches Konzept vorlegte, das zwar mitnichten von ihm stammt, aber dennoch seitdem als »Rogers-Plan« durch Köpfe und Medien geistert. In diesem Plan wird ein massiver zusätzlicher Schub konventioneller Aufrüstung mit einem Arsenal neuartiger panzerbrechender Waffensysteme gefordert, die sich ihre Ziele eigenständig und treffsicher über weite Entfernungen suchen. Die Wirkung dieser sogenannten »intelligenten Waffen« erreicht Dimensionen, die sie zu »Quasi-Kernwaffen« machen. Es handelt sich also bei dem Konzept um eine modernisierte konventionelle Rüstung auf höherem Niveau, die das Schlachtfeld weit in das Gebiet des Gegners verlagern kann, ohne daß das NATO-Konzept damit den Einsatz nuklearer Waffen aufgeben würde. Allerdings würde die Nuklearschwelle mittels der Quasi-Kernwaffen erhöht und das eigene Schadensrisiko gesenkt.

Verminderung des Schadensrisikos ist jedoch noch keine Friedenspolitik. Der Rogers-Plan, der sich als anti-atomar verkaufen läßt, dient denn auch dazu, einer Friedensbewegung, deren Kampfkraft sich weitgehend aus der Ablehnung von Atomraketen und der Angst vor der totalen Vernichtung speist, einigen Wind aus den Segeln zu nehmen. Wer die Kosten-Nutzen-Kalküle der NATO-Strategie mit Friedensofferten verwechselt, läuft Gefahr zu übersehen, daß das Risiko eines Nuklearkrieges vielleicht gesenkt, das Risiko eines Kriegausbruchs durch Konzepte wie den Rogers-Plan jedoch erhöht werden könnte. Vorrangig militärisch orientierte Alternativkonzepte bieten von daher, das kann man an diesem Beispiel sehr gut studieren, keinen ausreichenden Ansatzpunkt für konstruktive Friedenspolitik. Aber auch die ausschließliche Fixierung auf Kritik an Atomrüstung oder auf die Verhinderung des NATO-Doppelbeschlusses ohne weiterreichende Überlegungen greift zu kurz.

Die Friedensbewegung wird immer mehr durch die sich in den letzten Monaten beinahe überstürzenden Erklärungen auf beiden Seiten gefordert, sich Gedanken über politische Alternativen zur gegenwärtigen Politik des Kriegsrisikos bzw. der Abschreckung zu machen. Selbst wenn diese Gedanken noch nicht zwangsläufig zur Entwicklung realistischer, d.h. auch politikfähiger Alternativkonzepte führen können, so dienen sie doch wenigstens zur Einschätzung aktueller Ereignisse auf internationaler Ebene, die für die konkrete politische (Überzeugungs-)Arbeit notwendig ist.

Die Andropow-Vorschläge vom Dezember 1982 zeigen beispielsweise, daß die Sowjetunion sich bei den Verhandlungen bewegt hat. Sie will ihr Mittelstreckenarsenal in Europa auf ca. 150 Raketen abbauen und langfristig alle Nuklearwaffen aus Europa abziehen. Gleichzeitig sollen beide Seiten ihre Trägerflugzeuge für Atomwaffen mittlerer Reichweite

reduzieren. Die UdSSR ist ferner bereit, ihre Interkontinentalraketen für den Fall, daß die USA diese in gleicher Weise abbauen, um ein Viertel zu reduzieren. Außerdem will sie über konventionelle Rüstung reden, bei der die offizielle NATO-Version bis heute lautet, die Sowjetunion sei überlegen. Zudem will die UdSSR vertrauensbildende Maßnahmen, wie Reagan sie vorgeschlagen hatte, prüfen. Außerdem bot Andropow als ersten Schritt an, in Europa so viele Mittelstreckenraketen zu behalten, wie Frankreich und Großbritannien zusammen haben. Das bedeutet, daß die UdSSR hunderte von Raketen abzubauen bereit sind, davon Dutzende der SS20 mit je drei Sprengköpfen.

Es ist angesichts derartig weitgehender Vorschläge, die immerhin Verhandlungsangebote sind, also noch nicht einmal als finale Positionen der Sowjetunion gelten können, erstaunlich, wie die westliche Propagandamaschinerie es versteht, auch hieraus noch Kapital zu schlagen. Dabei ist weniger verblüffend, daß zahlreiche CDU-Politiker einschließlich der Bundesregierung die alte Platte von der Bedrohung durch die sowjetische Überlegenheit, die auf diese Weise festgeschrieben würde, auflegten und die Andropow-Vorschläge damit in die Reihe der zahlreichen früheren sowjetischen Angebote einreihen und abzuhelfen gedachten. Viel erstaunlicher ist, daß die Vorschläge von einigen Befürwortern einer intensiven Prüfung auf die harte Haltung von Präsident Reagan zurückgeführt wurden. Damit wird suggeriert, die Sowjetunion wolle eigentlich nicht abrüsten, versuche vielmehr, den Westen mittels langwieriger Verhandlungen hinzuhalten und auf diese Weise die Stationierung der Mittelstreckenraketen zu verhindern.

Der Westen steht offensichtlich unter Verhandlungsdruck. Dies liegt zum einen sicher an der erstarkten Friedensbewegung, die die westeuropäischen Regierungen, aber auch die amerikanische Führung unter Legitimationsdruck setzt. Zum anderen nehmen die Vorstöße der Sowjets und schließlich auch die Prager Erklärung der Mitglieder des Warschauer Paktes denjenigen den Wind aus den Segeln, die immer wieder behaupten, die Sowjetunion wolle ihre Überlegenheit festschreiben und zudem noch dafür sorgen, daß sich die USA sicherheitspolitisch von Westeuropa »abkoppeln« könnten.

Die Prager Erklärung vom Januar 1983 ist in mehrerer Hinsicht bemerkenswert: Die Mitglieder des Warschauer Paktes bekunden nicht nur ihr Interesse an einer Wiederaufnahme und Weiterentwicklung der Entspannungspolitik, sondern formulieren bereits ein Ziel, das zwar noch in weiter Ferne liegt, dennoch aber als gemeinsames Interesse Entspannung mit neuem Leben erfüllen könnte: die Auflösung der Blöcke und ein atomwaffenfreies Europa. Gerade wenn der Westen bei seiner Rüstungspolitik von der These der Bedrohung durch den kommunistischen Block lebt, kann er angesichts dieser Vorschläge *glaubwürdig* nur noch über den Weg zu Erreichung dieses Ziels streiten.

Im Moment ist für die Friedensbewegung entscheidend, sich über die politischen Voraussetzungen der Vorschläge Klarheit zu verschaffen. Sie gehen von Prinzipien aus, die in der Zeit der Entspannungspolitik zwar selbstverständlich waren, heute aber zunehmend von der Reagan-Administration infrage gestellt werden: Anerkennung der Interessensphären beider Blöcke, Nichteinmischung, friedlicher Interessenausgleich, sprich Koexistenz ungeachtet der Systemunterschiede, sowie Teilbarkeit der Entspannung. Dies sind entscheidende Voraussetzungen für jede einigermaßen erfolgversprechende Form militärischer Abrüstung.

Der Andropow-Vorschlag und die Prager Erklärung könnten der Friedensbewegung neue Impulse geben, sich über die Verhinderung der Stationierung der Mittelstreckenraketen hinaus über die Rahmenbedingungen friedenschaffender Politik Gedanken zu machen und zu einer politischen Bewegung zu werden, die es versteht, Vorstöße konstruktiv auf-

zugreifen und zu diskutieren. Dazu gehört sicherlich auch die offene Diskussion über eigene Feindbilder, Bedrohungsängste und Vorbehalte gegeneinander, die bis heute eher noch als Ansatzpunkt dienen, die Friedensbewegung auseinanderzudividieren.

Richard Meng

Lernprozeß und Parteitaktik in Hessen

Ein bißchen makaber mutet es an, was sich in der letzten Januarwoche im Wiesbadener Landtag tat. Da zog die CDU verbalradikal gegen die Grünen zu Felde und bediente sich dabei hinreichend bekannter Börner-Zitate; da zogen die Grünen aus Protest gegen solche Versuche, sie als Faschisten zu diffamieren, aus dem Parlament aus; und da gab es erstmals in der Bundesrepublik in einem Landesparlament in einer relevanten inhaltlichen Frage jene Mehrheit, die Willy Brandt »links von der CDU« genannt hatte: Im Vorgriff auf den ordentlichen Landeshaushalt beschlossen SPD und Grüne gegen die CDU ein Gesetz, das 240 Millionen Mark für besonders dringliche Maßnahmen bereitstellt und damit der geschäftsführenden Börner-Regierung über den Frühling hilft.

Makaber daran ist nun sicher nicht das Ergebnis, denn die vom Landtag beschlossenen Millionen werden sinnvoller ausgegeben als so manches Arbeitsmarktprogramm der Vergangenheit. Inhaltlich betrachtet ist das ein kleiner Schritt in eine andere Richtung, ein Anfang. Das tragende Motiv der Wiesbadener Landespolitik sind jedoch nicht primär diese Inhalte gewesen: Mitbeeinflußt werden sie von der Parteitaktik, und die Cheftaktiker sitzen dabei nicht nur in Wiesbaden, sondern auch in Bonn. In der Vorphase des Bundestagswahlkampfes bestand eine merkwürdige Interessenidentität aller drei Landtagsparteien, daß genau das passierte, was passierte. Wiesbaden lehrt insofern, wie weit bloße politische Manöver und tatsächliche politische Prozesse ineinander verwoben sind.

Die CDU spekuliert bundesweit ganz offen auf die Angst vor einer rot/grünen Koalition. Ihre Wiesbadener Taktik war es, Belege für eine Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen zu produzieren. Wenn die CDU-Einschätzung richtig ist, daß ein Teil der SPD-Wähler im Falle einer Öffnung der SPD in Richtung Grüne zur CDU überläuft, dann ist die Strategie, mit Börner-Zitaten die Grünen zu provozieren, während Grüne und SPD gemeinsam ein Gesetz beschließen, nur folgerichtig.

Die Grünen ihrerseits wissen recht genau, daß ihre Wähler mehrheitlich eine Zusammenarbeit mit der SPD wünschen und die Stimmabgabe für die grüne Partei vor allem als Mittel des Drucks auf die SPD verstehen. Hätten die Grünen in Hessen vor der Bundestagswahl eine SPD-Regierung zu Fall gebracht, hätte sie das gegen einen Kanzlerkandidaten Vogel wohl schon von vornherein um die Chance gebracht, in den Bundestag einzuziehen: Die Grünen mußten in Hessen das Signal setzen, daß sie zur konstruktiven parlamentarischen Arbeit gewillt sind. In der grünen Partei gibt es in Hessen und anderswo allerdings eine gewichtige Minderheit, die das anders sieht und in ihrer Gleichsetzung von CDU und SPD sich selbst als einzige fundamentale Opposition sah. Ihre Interessen decken sich faktisch mit dem bisher noch kleinen Flügel der hessischen SPD-Rechten um Finanz- und Wirtschaftsminister Reitz, der offen für eine große Koalition eintritt. Die Mehrheit der Grünen und die Mehrheit der SPD jedoch hatten bis zum 6. März identische parteitaktische Interessen: nämlich etwas Gemeinsames vorweisen zu können. Die parla-

mentarische Erfahrung verstärkte noch diese Linie bei den Grünen, denn ihre Abgeordneten waren nunmehr mit der realen Alternative zur SPD, der strammrechten hessischen CDU, konfrontiert.

Die SPD-Landtagsfraktion ist personell praktisch dieselbe wie in den vier Jahren zuvor, und in den ersten Wochen nach der zur eigenen Überraschung (bonn-bedingt) gewonnenen Landtagswahl stand es in der Tat auf der Kippe, ob überhaupt und wie konstruktiv mit den Grünen Kontakt aufgenommen werden sollte. Daß sich schließlich mit zunehmender Resonanz die Linie durchsetzte, die »ausloten« will, wie weit man mit den Grünen gemeinsam kommen kann, ist verstehbar nur in der Summe verschiedener Faktoren: Erwartungshaltungen innerhalb der Partei und Wählerschaft, Hamburger Erfahrungen und — vor allem — die »Bonner Konstellation«, die einen Bundestagswahlkampf gegen die CDU/CSU und eine Polarisierung gegen rechts erzwang. In der eher ländlich-konservativ dominierten hessischen SPD lief die Entscheidung für Gespräche mit den Grünen eher von oben nach unten. Daß man »im Landtag« mit den Grünen reden müsse, akzeptierten die meisten der Landtagsabgeordneten gerade noch — von einem außerparlamentarischen Annäherungsprozeß war jedoch nichts zu spüren. An den Gesprächen im Parlament hatten außer den dogmatischen SPD-Rechten zunächst alle ein Interesse — diejenigen, die die SPD zu den Grünen hin öffnen wollen, um zu beweisen, daß das geht, und diejenigen, die die SPD eher in einen Bürgerblock einbinden wollen, um zu beweisen, daß es mit den Grünen nicht geht.

Die Partei vollzog die Gespräche und ihr konstruktives Zwischenergebnis nach — mehr meist nicht, aber auch nicht weniger. Bei den Grünen verlief der Prozeß kaum anders. Ist das schon ein Lernprozeß? Entscheidend wird sein, ob nach dem 6. März zwischen beiden Parteien eine inhaltliche Klammer besteht, die auf beiden Seiten eine Umorientierung erschwert.

Was hat sich tatsächlich verändert? Die Wiesbadener SPD-Funktionäre haben leibhaftige und in Hessen nicht sonderlich radikale Grüne kennengelernt, ein nicht zu unterschätzender Faktor. Die Erwartungshaltung in der Partei in Richtung auf eine Zusammenarbeit mit den Grünen ist gestärkt, die Schwelle zur CDU höher geworden. Es mußte plötzlich SPD-Politik formuliert werden, statt mit dem Argument der FDP-Mehrheiten darauf zu verzichten. Und man mußte zu diesem Zweck nachdenken, was (beispielsweise) ein sozialdemokratischer Landeshaushalt überhaupt sei. Die Grünen haben diesen Denkprozeß begünstigt — mit eigenen Argumenten, aber auch indirekt.

Kaum ein Beispiel könnte die Lage besser ausdrücken als jene Szene, in der die grüne Verhandlungsdelegation den staunenden SPD-Unterhändlern ein Papier des Juso-Landesvorstandes vor die Nase hielt, in dem Vorschläge zur Situation in den sozialen Brennpunkten gemacht werden. Die SPD übernahm den Vorschlag. Die SPD hat in Hessen Tabuschwellen auch eines Teils der eigenen Mitglieder überschritten, und das verbessert die Arbeitsbedingungen für all diejenigen, die eine andere linke Politik wollen. Das Beispiel zeigt auch, welches fundamentale Interesse die SPD-Linke an einer Fortsetzung des Annäherungsprozesses haben muß. Was immer im einzelnen SPD und Grüne gemeinsam verabreden werden, es wird in aller Regel eine Verbesserung gegenüber früher bedeuten. Juso-Positionen rücken damit ins Zentrum dieser Konstellation. Die Hoffnung auf die Zeit nach dem 6. März ist innerparteilich vor allem, daß sich die Inhalte, an denen sich die Taktik festmachte, verankern und ausbauen lassen. Die Chance, Kurskorrekturen nach links durchzusetzen, war zumindest in Hessen lange nicht so groß wie heute, zumal die symbolbeladenen landespolitischen Konflikte (Startbahn, Kernenergie) aus der Tagespolitik ver-

schwunden sind. Dabei kommt es auch darauf an, den Diskussionsprozeß mit den Grünen gesellschaftlich als Partei und als Jusos aufzunehmen.

Bei realistischer Einschätzung ist jedoch eher zu erwarten, daß die Mehrheit der hessischen SPD sich bis zum 6. März nicht so sehr gewandelt haben wird, daß bei einem Wegfallen des kurzfristigen Interesses weiter auf die Grünen zugegangen wird. Der Vorgriff auf den Landeshaushalt war nicht mehr als eine Sammlung von Punkten, an denen sich der Konsens geradezu anbot. Es ist völlig richtig: Die SPD-Mehrheit von Holger Börner mußte kein substantielles Zugeständnis machen. Einiges spricht dafür, daß nach einem respektablen Bonner Wahlergebnis für Hessen auch eine andere Taktik greifen könnte, wenn dem nicht entgegengewirkt wird. Der Anfang Februar ausgebrochene Konflikt um die vom SPD-Wirtschaftsminister angeordnete Realisierung der Umgehungsstraße Eltville war »nur« das erste gezielte Störmanöver — mit dem Segen Holger Börners, davon kann ausgegangen werden. Das Ziel wäre, nach Neuwahlen in Hessen (im Herbst) stärkste Fraktion zu werden, womit man dann von der CDU, falls die Grünen überhaupt noch einmal in den Landtag kommen, die Tolerierung als Minderheitsregierung verlangen könnte. Bei den Grünen ist ein ähnlicher Interessenwandel denkbar, ihre harte Reaktion auf den Bau der Umgehungsstraße, die primär innerparteilich motiviert war, deutet das an.

Glaubwürdig konstruktiv sind die anstehenden Verhandlungen über einen rot/grünen Landeshaushalt erst dann, wenn gleichzeitig mit den Grünen ernsthaft über die Frage der Wahl einer SPD-Landesregierung gesprochen wird. Das könnte nur eine Minderheitsregierung sein, denn sowohl SPD als auch Grüne wären mit einer Koalition auf absehbare Zeit überfordert. Wenn SPD und Grüne nicht (bewußt oder unbewußt) formale Anlässe bieten, um den Annäherungsprozeß umzukehren, werden sich Mehrheiten und Minderheiten im hessischen Landtag jedenfalls künftig an Inhalten festmachen müssen. Das ist die relevante Veränderung und auch die Chance, die in der neuen Konstellation für den Bewußtseinsprozeß der SPD und der Gesellschaft steckt — ganz gleichgültig, welche taktischen Prioritäten der 6. März nach sich zieht. Bisher hatte keine Seite etwas zu verlieren, und so war die open-end-Strategie kein Risiko. Das wird jetzt anders.

Hannes Schwenger

Aufwärts, abwärts oder rückwärts?

Wie es beim *Vorwärts* jetzt weiter geht, weiß zur Zeit niemand genau, während diese Zeilen geschrieben werden. Nur eines steht fest: Vorwärts geht es nicht, selbst wenn das selbstgesteckte Ziel von 20.000 neuen Abonnenten erreicht wird, selbst wenn der Parteivorstand von seinen pauschalen Halbierungsplänen für die Redaktion inzwischen abgerückt ist. Der letzte Stand im Rennen um die Existenz des *Vorwärts* von Ende Januar: 15.000 neue Abonnenten für ein Blatt, das künftig vier Seiten dünner und um ein Viertel seiner Redakteure ärmer sein wird; bei einem gekürzten Redaktionsetat, der für diesen reduzierten Umfang gerade ausreichen wird, um nicht auch die Honorare der Mitarbeiter zu halbieren. Gestutzt werden dafür die Ressorts *Arbeit und Kapital* sowie *Tendenzen und Programme*. Ob und wann der eigene Verlag wirklich — und damit weitere vierzig Arbeitsplätze — zugunsten eines Fremdverlages aufgegeben wird, ist noch nicht entschieden.

Herausgeber Egon Bahr bereitet die Liquidierung des Verlags jedenfalls schon vor, wenn er sagt, selbst Rudolf Augstein habe seinen Lesern vor Jahren erklären müssen, »daß und warum der 'Spiegel' bei Springer gedruckt werden muß«.

Mal sehen, wohin der *Vorwärts* geht. Der Parteivorstand wird sich Fragen und Skepsis von denen gefallen lassen müssen, die — wie *spw* — in der Erwartung um Abonnenten für den *Vorwärts* geworben haben, daß dieses Blatt den vor Jahren zaghaft begonnenen Weg der Erneuerung weitergeht. Daß er die Werbekampagne anlaufen ließ, ohne den neuen Abonnenten die geplante Reduzierung des Blattes anzukündigen, beweist wenig Sensibilität des Parteivorstands für die Erwartungen der Leser. Daß sie mit bloßen Solidaritätssapellen nicht zu halten sein werden, zeigt die Erfahrung der »Neuen«. Und selbst bei den Beschlüssen von Anfang Dezember scheinen noch einige Mitglieder des Parteivorstands geschlafen zu haben, wenn sie auf besorgte Nachfragen versicherten, die Beschlüsse enthielten keine Reduzierung der Redaktion; im Protokoll las man's anders. Und bis heute hat es der Parteivorstand noch nicht einmal für nötig befunden zu erklären, ob das zwischen Verlag und Redaktion vereinbarte Redaktionsstatut — Kernstück der neuen, von Parteiweisungen unabhängigen Redaktionspolitik des *Vorwärts* — im Fall eines Verlagswechsels erhalten bleibt. Einige Untertöne im Protokoll des Parteivorstands klingen eher anders: Ausdrücklich wird »der mehrfach geäußerte Wunsch festgehalten, die Partei möge sich in den Publikationsorganen besser als bisher wiederfinden.«

Willy Brandt, der dies im Parteivorstand vortrug, kann sich dabei im neuen *Vorwärts* wohl kaum vernachlässigt fühlen; genausowenig wie Herausgeber Egon Bahr, dessen Leitartikel im *Vorwärts* in gleicher Regelmäßigkeit und Aufmachung erschienen, als sei das Blatt noch Zentralorgan. Gewiß, der Parteivorstand bekam auch Beiträge zu lesen, die nicht immer seiner Meinung entsprachen. Doch gerade diese Politik der »hundert Blumen« ist dem Blatt so gut bekommen, daß der *Vorwärts* nach jahrelangem Siechtum in letzter Zeit wieder zu einem mehr gelesenen und mehr zitierten Blatt wurde. Aus bloßem Mitleid hätten ihn wohl kaum 15.000 neue Leser abonniert. Nein, es ist genau dieser neue *Vorwärts*, den die 15.000 Neuleser — darunter auch solche von *spw* — abonniert haben, nicht das Zentralorgan von gestern. Wenn sie sich im *Vorwärts* nicht wiederfinden, werden nicht einmal 28 Seiten übrigbleiben. Und wo sich dann die Partei noch finden wird, ist sehr die Frage; bestimmt nicht in einem Gemeindeblatt wie dem *Sozialdemokrat Magazin*, mit dem einige den *Vorwärts* schon zusammenlegen wollten. Die alten und neuen Leser des *Vorwärts* werden Egon Bahr beim Wort nehmen: »Wenn künftig über den *Vorwärts* öffentlich gestritten wird, so soll das um seine Inhalte und profilierten Meinungen und nicht um seine Existenz gehen.« Sonst allerdings ginge es endgültig rückwärts.

Diskussionsschwerpunkt

Wulf Damkowski und Jutta Rother

»Politik links von der CDU« (Willy Brandt)

Zum Verhältnis von SPD, SPD-Linken, Gewerkschaften und Grünen

1. Situation der SPD

1.1 Die Krise

Der fliegende Koalitionswechsel der Genscher-FDP zur CDU und die damit verbundene Bildung einer Rechtsregierung im November 1982 zeigten nur allzu deutlich auf, daß die von der SPD 1969 mit einer Mehrheit der linken Mitte eingeleitete Politik der gesellschaftlichen Reformen an der seit Mitte der 70er Jahre herrschenden Wirtschaftskrise zerbrochen ist. Wesentliche Reformvorhaben wie Mitbestimmung, berufliche Bildung, Wohnungsbau (Kommunalisierung von Grund und Boden), Rentenreform und Bildungspolitik wurden verwässert oder aufgegeben. Statt dessen wurde es bis in die sozialliberale Bundesregierung hinein, ja sogar unter führenden Sozialdemokraten, hoffähig, den Abbau sozialer Leistungen (BaFöG, Arbeitslosengeld, Mietrecht, Selbstbeteiligung bei Krankenhausaufenthalt) zu propagieren oder zu tolerieren und teilweise einzuleiten. Die Initiativen der sozial-liberalen Bundesregierung zum Nachrüstungsbeschluß der NATO sowie das starre Festhalten an diesem trotz innerparteilicher Kritik zeigten deutlich, daß auch von dieser gemeinsamen Plattform der sozialliberalen Koalition — nämlich der Friedens- und Entspannungspolitik — wenig geblieben war. Die Folgen der auch von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion bis zum bitteren Ende mitgetragenen Politik der Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeitnehmer waren deutlich an den Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlen in Berlin, Niedersachsen und Hamburg (6.6.82) ablesbar:

Der SPD gelang es aufgrund ihrer Regierungspolitik und ihrer Aussagen zu wichtigen Politikfeldern wie Friedenspolitik, Kernenergie-, Umweltschutz-, Wohnungs- und Sozialpolitik anders als Ende der 60er Jahre nicht, die neuen sozialen Bewegungen an sich zu binden, geschweige denn zu organisieren. Die Regierungs-SPD zeigte sich nicht in der Lage, weiterreichende Perspektiven und Konzepte zur Überwindung der Wirtschaftskrise und insbesondere der Arbeitslosigkeit zu entwickeln. Die Wahlenthaltungen in Stammwählerbereichen der SPD bewiesen, daß die SPD sich durch ihre Politik der Mangelverwaltung und der Abwälzung der Krisenlasten auf die abhängig Beschäftigten als traditionelle Arbeitnehmerpartei immer weiter von ihrer Basis entfernte, was auch dann zu einer der schwersten Identitätskrisen der Partei der Nachkriegszeit führte.

1.2. Überwindung der Krise und Perspektiven

Nach dem Sturz der Schmidt-Regierung hat die SPD zwar bei den Landtagswahlen in Hessen und insbesondere bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg zum Teil überraschend hohe Wahlergebnisse dadurch erzielt, daß sie ihr nahestehende Wähler — in Hamburg insbesondere in den Wohngebieten mit hohem Arbeitnehmeranteil — mobilisieren konnte. Jedoch muß der gewaltige Vertrauensvorschuß der Wähler an die SPD erst durch eine sozialdemokratische Politik der Erneuerung gerechtfertigt werden.

Neben der notwendigen programmatischen Erneuerung, die an die antikapitalistische und antifaschistische Tradition der Arbeiterbewegung anknüpft, muß auch eine neue

Bündnispolitik der SPD entwickelt werden, denn auf mittlere Sicht können parlamentarische Mehrheiten für eine antikapitalistische Reformpolitik in der Bundesrepublik nur dadurch gewonnen werden, daß einerseits das Vertrauen von Arbeitnehmern und Gewerkschaften in die SPD neu gefestigt wird, aber auch die jüngeren Wähler, die der SPD in das grün-alternative Spektrum weggelaufen sind, zurückgewonnen werden und andererseits die Grünen als Parteiformation, von deren parlamentarischer Existenz auf mittlere Sicht auszugehen sein wird, als Bündnispartner zur Verfügung stehen. Zwar zeigt die Politik der Sozialdemokraten in Hamburg nach den Bürgerschaftswahlen am 6.6.82 und die neue Oppositionsrolle der SPD auf Bundesebene, daß die Partei in ersten Ansätzen durchaus zu politischer Erneuerung und zur Öffnung gegenüber den sozialen Bewegungen in der Friedens-, Umwelt- und Energiepolitik fähig ist, aber realistischerweise ist auch zu sehen, daß sich solche Veränderungen gerade auch aufgrund der Existenz der Grün-Alternativen vollzogen haben und die SPD auf absehbare Zeit allein nicht die absolute Mehrheit auf Bundesebene erreichen kann. Vor diesem Hintergrund ist es wenig sinnvoll, das ohnehin sensible Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Grünen durch gegenseitige Stigmatisierungen wie »Unregierbarkeit« (ein konservativer Kampfbegriff, der dauernde Erpressungsversuch der FPD in der früheren Bundesregierung zugunsten privilegierter Minderheiten als Regierungsfähigkeit hinstellen will) einerseits und »Wachstumsfetischisten« und »Sprücheklopfer« andererseits weiter zu neurotisieren. Dringlicher ist eine kritische und nüchterne Bestandsaufnahme von Zielen und Programmen der SPD und der Grünen, die Analyse von Unterschieden sowie Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten und nicht zuletzt die Bereitschaft, aus gemachten Fehlern zu lernen. Das gilt für beide, Sozialdemokraten und Grüne. Soweit es die SPD betrifft, sollen im folgenden einige Überlegungen angestellt werden, wie eine politische Erneuerung in zwei zentralen Politikbereichen aussehen könnte.

2. Friedens- und Abrüstungspolitik

Hier geht es darum, sich auf verschiedene programmatisch-strategische Politiklinien, die in Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung historisch immer von hervorragender Bedeutung gewesen sind, zurückzubesinnen und für die künftige Politik zu aktualisieren:

(1) Die SPD muß sich an die Spitze der Friedensbewegung stellen, darf ihr nicht länger hinterherlaufen und muß selbst wieder — wie etwa in den 50er und 70er Jahren (unter Willy Brandt) — zu einer Massenbewegung, zu einem »Hoffnungsträger« werden.

(2) Dies ist nur möglich unter der Voraussetzung einer grundlegenden Neuformulierung der Friedenspolitik der SPD auf dem im Herbst 1983 geplanten Bundesparteitag und dazu gehören: eine klare Absage an die Hochrüstungsstrategien in Ost und West, drastische Abrüstungsschritte in beiden Bündnisssystemen und Senkung der Verteidigungsausgaben, Rücknahme des NATO-Doppelbeschlusses, keine Stationierung von Mittelstreckenraketen und der Neutronenbombe in Europa, stärkere vertragliche Autonomisierung der europäischen NATO-Staaten innerhalb des Bündnisses und als mittel- bis längerfristiges Ziel die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa (in Anknüpfung an frühere Überlegungen von Rapacki und H. Schmidt).

(3) Diese Politik wird die SPD nicht nur für die Friedensbewegung außerhalb der Partei weit öffnen, sie wird auch existentielle und latent vorhandene politische Grundbedürfnisse der Arbeiterschaft ansprechen. Denn schon historisch ist es immer vor allem die Arbeiterbewegung gewesen, die an der Spitze von Antikriegs- und Friedensbewegungen stand — und dies nicht ohne Grund. Das Wissen darum, wie Weltkriege durch eine unheilvolle Allianz von Monopolkapital und politischer Reaktion bzw. Faschismus geplant worden

sind, wie besonders die Arbeiterfamilien existentiell und sozial von kriegesischen Auseinandersetzungen bedroht sind und welches Leid sie für die Völker bedeuten, ist in der Arbeiterbewegung tief verwurzelt. Auf Intelligenz und akademische Kreise war — wie insbesondere zu Beginn der beiden Weltkriege — in dieser Hinsicht wenig Verlaß.

(4) Aber zur Zeit gibt es Irritationsfaktoren für Teile der organisierten Arbeiterschaft und Gewerkschaften, die diese noch zögern lassen, sich voll mit der angedeuteten neuen Friedenspolitik zu identifizieren: dazu gehören einmal Loyalität gegenüber der offiziellen sozialdemokratischen Politik, politische Berührungängste gegenüber Kommunisten innerhalb der Friedensbewegung und schließlich in der Sache die latente Furcht, daß Änderungen in der Verteidigungspolitik negative Auswirkungen auf dem Gebiet der Arbeitsplatzsicherung haben könnten.

(5) Während der erste Faktor durch eine neue Friedenspolitik der SPD problemlos überwindbar erscheint, erfordert die Angst vor Arbeitsplatzgefährdung sehr viel intensivere Überzeugungsarbeit und inhaltliche Auseinandersetzung. Dabei gilt es darüber aufzuklären, daß

- die Alternative zum Abbau der Rüstungsindustrie nicht Vernichtung von Arbeitsplätzen ist, sondern die Umstrukturierung von Rüstungsbetrieben in Unternehmen mit friedlichen Produktionszwecken;
- hohe Verteidigungsausgaben zu Lasten der Sozialausgaben und damit der ohnehin in unserer Gesellschaft Benachteiligten gehen;
- hinter den Hochrüstungsstrategien ein dichtes kapitalistisches Geflecht ökonomisch-militärischer Interessenverquickung, besonders in den USA, steht;
- Arbeitsplätze, die menschenverachtende Waffen produzieren, keine gesellschaftlich sinnvollen Arbeitsplätze sein können;
- nicht scheinbarer ökonomischer Zweckmäßigkeit und dem kapitalistischen Profitkalkül die politische Moral untergeordnet werden darf.

3. Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik

Die Praxis der öffentlichen Finanzpolitik ist gegenwärtig gekennzeichnet durch eine in erster Linie fiskalpolitische Orientierung ohne hinreichende Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Tendenzen (insbesondere steigende Arbeitslosenzahlen), was Privilegierte weiter privilegiert und Benachteiligte zunehmend benachteiligt, sowie durch das Versagen der antizyklischen Stabilitätspolitik, die wegen systemimmanenter, damit objektiver Probleme immer wieder zur prozyklischen Anwendung und damit negative Trends verschärft. Das bestehende finanzpolitische Instrumentarium ist untauglich als Instrument längerfristiger Entwicklungs- und insbesondere Wirtschaftssteuerung und ist damit zum verteilungspolitischen Ausgleich sozialer Unterschiede ungeeignet, d.h. für eine Politik zugunsten sozialer Minderheiten (wie z.B. arbeitslose Jugendliche, ausländische Arbeitnehmer oder jugend- und stadtteilkulturelle Initiativen zugunsten benachteiligter Bevölkerungsgruppen). Grundursache dieser Defizite ist die Integration der öffentlichen Finanzpolitik in Struktur und Mechanismen des kapitalistisch-ökonomischen Systems, das immer wieder zu zyklischen Schwankungen tendiert. Die Folge sind extreme Diskontinuitäten in den öffentlichen Einnahmen, öffentliche Finanzierungsengpässe (Sparprogramme), strukturelle und konjunkturelle Arbeitslosigkeit und regionale Ungleichgewichte. Dies ist die Beschreibung des gegenwärtigen Zustandes, zu dessen Überwindung es allerdings längerfristiger und grundlegender Strukturveränderungen bedarf (siehe oben), Strukturveränderungen, mit denen jedoch nicht über die kurzfristig brennenden Probleme der Arbeitslo-

sigkeit hinweggetröstet werden darf. Von daher ist es angemessen, zwischen kurzfristigen (systemimmanenten) und längerfristigen (systemüberwindenden) beschäftigungspolitischen Maßnahmen zu unterscheiden.

(1) Es ist inzwischen unstrittig, daß eine Zahl von mehr als 2 Millionen Arbeitslosen nicht kurzfristig abzubauen ist und schon gar nicht allein konjunkturelle Ursachen hat. Die hohe Arbeitslosigkeit signalisiert vielmehr eine prinzipielle Strukturkrise unserer Wirtschaft, die ganz grundsätzlich darin liegt, daß die Privatwirtschaft im wesentlichen unfähig ist, für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu sorgen. Die Privatwirtschaft muß notwendig ungeeignet sein, weil sie aus dem Kapitalverwertungszwang heraus die Finanzierung von Arbeitsplätzen in erster Linie als profitmindernden Kostenfaktor begreift und aus diesem Grund eher in Rationalisierungsvorhaben und damit häufig in die Vernichtung von Arbeitsplätzen investiert. Daher ist es längerfristig geboten, der öffentlichen Hand mehr und direktere Eingriffs- und Planungsinstrumente zur Schaffung von Arbeitsplätzen in sinnvollen Produktionsbereichen zu geben.

(2) Vor dem Hintergrund der gegebenen ökonomischen Rahmenbedingungen werden sich kurzfristige Maßnahmen einer aktiven Beschäftigungspolitik vor allem auf zwei Bereiche zu richten haben. Am wirksamsten wird die *Verkürzung der Wochenarbeitszeit* sein, was in erster Linie von den Gewerkschaften erkämpft werden muß; aber auch die öffentliche Hand kann hier eine Schrittmacherrolle einnehmen. Daneben müssen Staat und Kommunen durch öffentliche *Beschäftigungsprogramme* (vgl. das Hamburger Beispiel eines zweiten Arbeitsmarktes) neue Arbeits- und Ausbildungsplätze für politisch und sozial dringliche Aufgaben schaffen (Sozial- und Jugendarbeit, Umweltschutz, Wohnungsbau und Stadtsanierung, öffentlicher Nahverkehr und Energieversorgung). Auch bei knappen Haushaltsmitteln ist die Finanzierung solcher Programme in einer verteilungspolitisch gerechten Weise zu gestalten, d.h. durch Einnahmeverbesserung und Umschichtungen im Haushalt, die die Besserverdienenden stärker belasten.

(3) Längerfristige linke Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik muß sich mit dem Ziel einer Verstetigung der öffentlichen Finanzpolitik und ihrer Integration in regionale und nationale Entwicklungskonzepte, einer verteilungspolitischen Umsteuerung, der Überwindung der Arbeitslosigkeit und der Schonung unserer natürlichen Ressourcen auf eine qualitative Veränderung des gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftssystems und eine qualifizierte Wirtschaftssteuerung richten. Das bedeutet konkret:

- von staatlicher Seite die Festlegung, Absicherung und Kontrolle von gesetzlichen Normen zur Verminderung der Umweltbelastung sowie die Berücksichtigung von ökologischen Zielsetzungen in allen Bereichen der Politik;
- die aktive Beteiligung der Beschäftigten an Entscheidungen in innerbetrieblichen Mitbestimmungsorganen bei Produktions- und Investitionsentscheidungen, um die wirtschaftliche Macht demokratischer Kontrolle zu unterwerfen;
- Produktions- und Investitionsentscheidungen sowie alle wirtschaftlichen Maßnahmen an gesamtwirtschaftliche/globale und regionale/sectorale Entwicklungsziele sowie Rahmen- und Regionalpläne zu binden;
- die Investitionslenkung durch öffentliche Instanzen auf dezentraler Ebene (drittelparitätisch besetzt mit Vertretern der öffentlichen Hand, Gewerkschaften und Unternehmen) für diejenigen Wirtschaftszweige durchzusetzen, die für die Beschäftigungslage der Arbeitnehmer, für die Versorgung der Bevölkerung und für eine gesunde Umwelt Schlüsselbedeutung haben;
- die öffentliche Finanz- und Aufgabenplanung mit für die Verwirklichung der gesetzten

globalen und regionalen/sectoralen Entwicklungsziele einzusetzen;

- die öffentlichen Unternehmen zu einem aktiven Instrument der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Technologie-, und Umweltpolitik zu machen, d.h. bestehende öffentliche Unternehmen an regionale und globale Rahmenvorgaben zu binden und den Bereich öffentlicher Unternehmen durch zusätzliche Vergesellschaftung von Unternehmen mit Schlüsselfunktion (s.o.) zu erweitern.

Die Umstellung unserer Wirtschaft auf qualitatives Wachstum und die Bindung von öffentlichen und privatwirtschaftlichen Entscheidungen an gesamtwirtschaftliche und ökologische Eckdaten ist eine Machtfrage und muß daher gegen massive Kapitalinteressen durchgesetzt werden. Handlungs- und Durchsetzungsmöglichkeiten des Staates im Kapitalismus sind begrenzt, so daß es gemeinsame Aufgabe von SPD, Gewerkschaften und alternativer Bewegung sein muß, die ökonomischen Rahmenbedingungen zugunsten einer qualifizierten Wirtschaftssteuerung und qualitativen Gesellschaftsentwicklung durch geschlossenes Handeln zu verändern.

4. Umsetzungsstrategien für eine »Politik links von der CDU«: Probleme und Perspektiven

4.1. Exemplarisch: Verlauf der Verhandlungen

zwischen SPD und GAL in Hamburg nach dem 6.6.82

Die Hamburger Bürgerschaftswahlen am 6. Juni 1982 brachten der SPD erhebliche Verluste, ließen die CDU erstmalig in Hamburg zur stärksten Partei werden und brachten die Grün-Alternative-Liste ins Parlament, die nun zum »Zünglein an der Waage« wurde. Die überwiegende Mehrheit der SPD lehnte eine große Koalition ab, und es kam zu umfangreichen Gesprächen mit der GAL, die zur Tolerierung eines SPD-Minderheitensensats bereit war, wenn ihre grundlegenden Forderungen, die im übrigen an Forderungen der SPD-Linken und eines Teils der Gewerkschaften anknüpften, durch die SPD aufgenommen und umgesetzt würden. Sowohl Teile der SPD (der harte Kern des rechten Flügels) als auch der GAL (Fundamentaloppositionelle) akzeptierten die Gespräche nur aus taktischen Gründen, um die jeweils andere Partei in der Öffentlichkeit zu diffamieren. Dies deshalb, weil beide Teile um dasselbe Wählerpotential konkurrieren und aus diesem Stimmen für sich gewinnen wollten, was der SPD bei der Wahl am 19. Dezember offensichtlich besser gelungen ist (so hat die SPD überdurchschnittlich bei den Jungwählern gewonnen und jeden 12. GAL-Wähler zurückgeholt). Letztlich sind die Gespräche dann auch an der Kompromißlosigkeit dieser beiden Flügel gescheitert. Dabei ist nicht zu verkennen, daß neben den SPD-Linken, die in den Gesprächen mit der GAL prinzipiell eine Chance sahen, auch andere Gesprächsbeteiligte im Verlauf der Gespräche gegenüber der GAL eine zunehmend aufgeschlossener und differenzierte Haltung eingenommen haben (so insbesondere der 1. Bürgermeister, führende SPD-Funktionäre und Gewerkschaftsvertreter, die anfänglich eine reservierte bis ablehnende Haltung gegenüber diesen Gesprächen hatten). So ist durch die Gespräche denn auch eine bemerkenswerte Fortentwicklung der Hamburger Politik geleistet worden, was in einem von Dohnanyi erarbeiteten letzten Verhandlungsangebot an die GAL sichtbar wurde: z.B. zusätzliche beschäftigungspolitische Maßnahmen auf der Basis von ABM-Programmen, Initiativen für mehr Ausbildungsplätze mit staatlicher Ausbildungsgarantie, keine Stelleneinsparungen im Haushalt 1983, Erhöhung der Einnahmen durch Gewerbesteuererhöhung und Beschleunigung der Maßnahmen für die Elbsanierung. Umstritten blieben bis zum Schluß der Gespräche neben kleineren Fragen vor allen Dingen die Hafenerweiterung und der sofortige Ausstieg Ham-

burgs aus der Kernenergie. Der Mangel in der Gesprächsführung lag bei diesen Fragen darin, daß von beiden Seiten zu wenig Kompromißvorschläge entwickelt wurden. Dabei haben gerade die SPD-Linken insofern eine Chance verpaßt, als sie hier durch konkrete Einigungsvorschläge den Gesprächen eine konstruktive Wendung hätten geben können.

4.2. Bündnispolitik links von der CDU und Rolle der SPD-Linken

Die Art und Weise, wie die SPD-Linke in Hamburg eher unvorbereitet, unkoordiniert und defensiv sich an den Gesprächen mit der GAL beteiligte, gibt Anlaß, darüber nachzudenken, welche aktive Rolle die SPD-Linke innerhalb und außerhalb der Partei und hier vor allem gegenüber den Gewerkschaften und dem grün-alternativen Spektrum einnehmen kann, um so eine Mehrheit links vom rechtskonservativem Block zu stabilisieren.

Die Bedeutung der GAL ist in Hamburg durch die absolute Mehrheit der SPD in der Bürgerschaft zunächst einmal gemildert. Und es ist immerhin denkbar, daß die Grünen bei den Bundestagswahlen am 6. März den Sprung über die 5%-Hürde nicht schaffen, möglich ist aber auch der umgekehrte Fall, daß mit den Grünen künftig im Bundestag zu rechnen ist und eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung auf deren Unterstützung angewiesen ist (Hamburger Verhältnisse). Die doppelte Aufgabe der SPD-Linken ist in beiden Fällen, einerseits für die oben skizzierten programmatischen Ansätze innerhalb der SPD zu arbeiten und zu kämpfen und gerade auch in dieser Hinsicht durch intensive Gespräche bei gewerkschaftlich organisierten Genossen und Genossinnen Überzeugungsprozesse in Gang zu setzen. Zum anderen — und das ist mindestens ebenso wichtig — kommt es darauf an, durch Überzeugungs- und Basisarbeit außerhalb der SPD die organisierte Arbeiterschaft in Gewerkschaften, Betrieben, Betriebsräten und anderen Organisationen der Arbeiterbewegung sowie die alternativen Gruppen in den verschiedenen sozialen Bewegungen für die Politik der Linken zu gewinnen, vor allem im alternativen Bereich immer wieder zu verdeutlichen, daß grundlegende gesellschaftliche Veränderungen nur durch Massenmobilisierung und d.h. durch gemeinsames Handeln mit der organisierten Arbeiterschaft durchgesetzt werden können.

In diesem Sinne muß die Linke innerhalb der SPD ihre neue strategische Rolle erst erkennen und dergestalt ausüben, daß sie eine Art Scharnier- und Klammerfunktion zwischen gewerkschaftlich organisierten Kollegen und Alternativen wahrnimmt und das noch in weiten Teilen feststellbare Verhältnis von Distanz und Mißtrauen in ein Vertrauensverhältnis entwickelt, das Basis für eine massenhafte Mobilisierung für die gemeinsamen politischen Ziele werden kann — eine Mobilisierung mit der Doppelfunktion, in SPD, Gewerkschaften und bei den Grünen gesellschaftliche Mehrheiten für die skizzierte Politik zu gewinnen und zugleich Handlungsdruck innerhalb der eigenen Partei zu erzeugen.

4.3. Neue Organisation der Linken innerhalb und außerhalb der SPD

Wenn die SPD-Linke diese Integrations- und Vermittlungsfunktion effektiv wahrnehmen soll, so bedarf sie hierfür neuer Handlungs- und Organisationsformen auf einer neuen politischen Basis. Die bisherigen Kreise, Gruppen und Grüppchen, in denen Linke bis jetzt Politik auf Bundes- und Landesebene zu entwickeln und zu koordinieren suchen, sind zu sehr nach innen gewendet, zu wenig untereinander verbunden und damit politisch zu wenig wirksam. Einmal müssen neue organisatorische Formen und Foren auf Bundes- und Regionalebene aufgebaut werden, die mehr als bisher die Chance bieten, längerfristige programmatische Ansätze zu erarbeiten und diese auch in der Öffentlichkeit zu vertreten. Solche Foren müssen die politische Präsenz der Linken bei aktuellen Kontroversen sowie

ihre Verzahnung mit der parlamentarischen Arbeit der Linken auf der jeweiligen Ebene leisten. Zum anderen muß die Gefahr der Selbstbeschäftigung der Linken gebannt werden, und diese müssen darauf hinarbeiten, daß die Parteigliederungen Veranstaltungsformen entwickeln, die sich für nicht in der SPD organisierte Linke im gewerkschaftlichen und alternativen Bereich öffnen, damit auf diese Weise die geforderte Vermittlungs- und Integrationsfunktion der SPD-Linken konkret wahrgenommen werden kann und eine Verstetigung der Zusammenarbeit mit dem Ziel gemeinsamer programmatischer Ansätze und Strategien möglich wird.

Alles zusammen — eine programmatische Neuorientierung sowie neue strategische und organisationspolitische Ansätze — bietet längerfristige Perspektiven für die Weiterarbeit von Linken in der SPD, Ansatzpunkte für eine Neuformierung der politischen Linken in der Bundesrepublik und gibt der SPD-Linken die Chance, zum politischen Motor für weiterreichende gesellschaftliche Veränderungen zu werden.

Pfingsten 1983 zum vierten Mal!

20. bis 23. Mai

Henry-Ford-Bau der FU Berlin



**VOLKS
Uni**

*Vorlesungen, Diskussionen,
Theater, Lieder,
Freizeit ...*

**VOLKSUNI-Büro:
Muthesiusstraße 38
1000 Berlin (West) 41**

Tel.: 030/792 89 20
(Di 11-18 Uhr)

Was wir machen?

- Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Arbeitslosen-Initiative und Gewerkschaften; Ökonomen zum Scheitern wirtschafts- und sozialpolitischer Vorstellungen von SPD und DGB; Zukunft der Arbeit.
- Faschismus. Lehren der Vergangenheit, heutige Aufgaben; Gewerkschaften und ihre Möglichkeiten vor 1933; Faschistisches Erbe im Arbeitsrecht; Kultur und Kunst im Faschismus.
- Frauenbewegung. Ihr Verhältnis zu Arbeiterbewegung und Staat.
- Politik. Sozialdemokratie — Grüne — Alternative.
- Friedensbewegung. Chancen der Entspannungspolitik und Abrüstung.
- Weitere Schwerpunkte: Gesundheit, Ökologie und Erziehung.
- Künstler: Eva-Maria Hagen, Dieter Süverkrüp, Lutz Görner, Walter Hossmann

Weitere Informationen erhältlich über die VOLKSUNI-Briefe (10,- DM pro Jahr). Schlafplätze können über das Volksuni-Büro vermittelt werden.

Ernst Hoplitschek

Grün-Rote Koalition?

Positionen und Widersprüche im Verhältnis Grüne — SPD

Einleitung

Seit Monaten vergeht kaum ein Tag, an dem nicht — vorzugsweise in den Medien — von einer »Koalition« zwischen SPD und den Grünen die Rede ist. Die Häufigkeit und Intensität dieser Koalitions-Spekulationen bzw. -Wünsche steht offensichtlich im Kontext des unaufhaltsam scheinenden Durchmarsches der Grünen in die Parlamente. Das Gerede von dieser Art Koalition ist andererseits Reflex realer Tatbestände. Auf kommunaler Ebene existieren schon fast »traditionelle« Sach-Koalitionen, meist in Gestalt von Oppositionskoalitionen gegen die CDU — aber auch Zweck-Koalitionen, die alleine an bestimmte Gesetzesvorlagen gebunden sind (etwa in Hessen, anlässlich der Verabschiedung des »Vorschaltgesetzes«).

Auch im Vorfeld der vorgezogenen Bundestagswahlen am 6. März 1983 wird (von CDU/CSU/FDP eher demagogisch) von der drohenden »rot-grünen« Koalition gesprochen, vor allem zum Zwecke der Verunsicherung des Wählers. Eher beiläufig dringt dem Medien-Konsumenten ins Bewußtsein, daß Koalitionsfragen — von wem auch immer gestellt — Machtfragen sind und deshalb mit Taktik zu tun haben. Schließlich wirft sie die wichtige Frage nach der Stabilität der Identität der beiden potentiellen Bündnispartner auf.

1. Koalitionsfragen sind Machtfragen

Koalitionsfragen sind immer dann von Interesse, wenn die Partner die Chance haben, Machtverschiebungsprozesse zu bewirken. In der historischen Situation trifft dies sowohl auf die SPD als auch auf die Grünen zu, unterstellt, die Grünen »etablieren« sich als »dritte« Partei auch auf Bundestagebene nach dem 6. März 1983. Die Voraussetzungen für ein solches Bündnis werden anscheinend innerhalb der beiden Parteien massiv geformt; mit welchem Erfolg, bleibt abzuwarten.

Da das neue Machtzentrum in der Bonner Baracke der SPD (ergänzt um Peter Glotz) erkannt hatte, daß Helmut Schmidt für die Denkfigur »Koalition« einen Störfaktor darstellte, wurde für diese Strategie ein Repräsentant gebraucht, der die »Ökopax-Innovation« auch glaubwürdig verkörpern kann. Dafür erscheint H.J. Vogel besonders geeignet, der bereits in seiner Berliner Zeit wichtige Erfahrungen des politischen Umgangs mit der »alternativen« Szene gemacht hatte. Seine Aufgabe wird es aber auch sein, den traditionellen Strömungen innerhalb der SPD diese Innovation zu vermitteln, vor allem jenen traditionellen Gewerkschaftslinien, wie sie z.B. die IG Metall- und IG Bergbau-Mitglieder darstellen.

Gerade dieser Flügel der SPD warf den Grünen seit jeher eine Nicht-Beachtung der »sozio-ökonomischen Frage« vor. Dadurch aber übte er (sicher unbewußt) einen Druck auf die Grünen und deren Selbstverständnis aus. Das wiederum bewirkte jüngst auch innerhalb der Grünen — quasi als Pendant zur Entwicklung in der SPD — eine politische Bewegung. Sie wird organisiert — sicher nicht zufällig — von Strömungen, die, innerhalb der Grünen, über die Grünen »hinausdenken«. Ihr Bewußtsein ist von der Zielstrategie geprägt, daß besonders die Identitätssensibles der organisierten Arbeiterbewegung, die in der Wirtschafts- und Sozialpolitik verankert sind, auch im Rahmen der grünen Program-

matik ideologisch konturiert werden müßten, und zwar nicht beliebig, sondern als Prämisse für die Koalitionsfähigkeit der Grünen mit der Sozialdemokratie.

Nachdem der grüne Juni-Sieg in Hamburg (1982) diese grüne Politik gegenüber der SPD als richtig ausgewiesen hatte, hatte der Erfolg der Grünen in Hessen gleichzeitig die zweite Hauptströmung der Grünen, den authentisch ökologischen Flügel, sichtbar gemacht, besonders deren »Fundamentalopposition« gegen die dortige Börner-SPD. Schließlich hat der Sieg der SPD in Hamburg vom Dezember 1982 eines deutlich werden lassen: Die SPD ist inzwischen ein Dilemma für die Grünen und nicht umgekehrt, wie es zur Zeit der Krise der zerfallenden sozial-liberalen Koalition noch der Fall war. Es scheint, daß die bessere Taktik im Besitz der SPD (war) ist, dank ihrer Politikfähigkeit, die schon für sich eine »Macht« ist.

2. Koalition und Taktik

Ausgehend vom Bewußtsein einer Rückeroberungsstrategie zur Macht, ist der SPD (fast) jedes Mittel recht. Der Umgang mit den Grünen wird alleine von diesem Ziel diktiert. Man will über die Antizipation von »grünen« Themen potentielle grüne Wähler gewinnen (Erst- und Jungwähler) sowie die an die Grünen verlorenen Stimmen wieder zum Zurückfloten veranlassen, wie es mustergültig bei der Dezember-Wahl 1982 in Hamburg gelungen ist. Von langfristigem SPD-Interesse ist nur eines: Die Grünen politisch überflüssig zu machen!

Die Troika Brandt/Vogel/Glötz leistet sich dabei den vorübergehenden Drahtseilakt, durch ihre traditionelle Strömung innerhalb und ihre »Stammwähler« außerhalb der Partei unter Druck zu geraten. Dem versucht die Troika durch eine Doppelstrategie entgegenzuwirken. Die Ökopax-Thematik wird gegenüber der Öffentlichkeit in Gestalt eines angegrünen Brain-Trusts (Meyer-Abich, C.F. von Weizsäcker u.a.) abgestützt — ein Vorgang, der viele Grüne nicht unbeeindruckt ließ! Parteipolitisch wird der fortwährend über die Medienschiene gegen die Grünen gehaltene Vorwurf, sie seien unberechenbar und damit politikunfähig, zur Beruhigung der Konservativen benutzt, eine Koalition mit den Grünen komme nicht in Frage.

Dieser Taktik haben die Grünen keine Offensive gegenübergestellt, die sie gegen solche Winkelzüge der SPD immunisiert hätte. Stattdessen wird zugelassen, daß eine innergrüne Machteroberungsstrategie in Gang gesetzt wurde. Mit dem von der SPD gewünschten Effekt, daß Uneinigkeit entsteht, kurz: daß sich die Widersprüche innerhalb der Grünen verschärfen. Ein Ergebnis, das kurioserweise von den subjektiven Linken der Grünen noch vor kurzem als Ziel gegenüber der SPD angegeben worden war.

Nachdem es den Grünen gelungen war, ihren Beitrag zur historischen Bedeutungslosigkeit der neugegründeten DS zu leisten, erfolgte die Verwässerung von authentischen grünen Positionen in den eigenen Reihen um so reibungsloser. Eingeleitet durch den (nicht-grünen) Kongreß »Zukunft der Arbeit« (Bielefeld 1982) wurde ein systematischer Angriff auf das Paradigma »Ökologie« gestartet. Die davon abgeleiteten essentiellen Aussagen der Grünen wurden anschließend über die grünen Parteitage in Hagen und Sindelfingen durch fast originäre »links-sozial-demokratische« Lösungsstrategien ersetzt. Dies gilt besonders für die Bereiche Wirtschafts- und Sozialpolitik, in deren Zentrum die »Sozialstaatslösung« gestellt wird. Anstelle einer gattungsspezifischen Lösung der Probleme haben klassenspezifische Setzungen — etwa unter dem Motto: »Der Kapitalismus ist an allem Schuld« — nun die Programmatik bestimmt. Dies ist der Hebel — so die subjektiven Linken innerhalb der Grünen — der den Einbruch in SPD-Klientel bewirken helfen soll bzw.

— wie ein Sozialstaatsanhänger bei den Grünen es einmal formuliert hat — die »Bündnisfähigkeit der Grünen mit der Arbeiterbewegung« allgemein sicherstellen soll.

Aus grüner Sicht stellen sich danach folgende Fragen: a) wer kann seine Strategie und Taktik jeweils (innerparteilich) besser organisieren?; b) zahlt sich dies auch in einem Wahlerfolg aus? und c) wer zieht wen über den Tisch oder feiner ausgedrückt: wessen Identität bleibt auf der Strecke?

3. Koalition und Identität

Man hat bei den Grünen manchmal den Eindruck, als habe sie das Machtbewußtsein (weil unreflektiert geblieben) schwindelig gemacht. Nur so werden teilweise nicht-vermittelte Positionswechsel erklärbar, wie etwa der jüngste in Hessen. Auf den Parteitag vor der Wahl war zu vernehmen, daß man einen Holger Börner als Ministerpräsidenten nicht akzeptieren würde — dennoch scheint er, fester denn je, die Zügel in der Hand zu haben.

Nun ist die Flexibilität sicher ein Merkmal von Politikfähigkeit, es fragt sich aber, wie die Substanz und die Stabilität der Ideologie und Programmatik beschaffen ist. Die Grünen sollten, gerade um der Sache willen, jede Anbiederung an die SPD vermeiden und die eigenen Alternativen gerade in kritischer Distanz zu den 70er Jahren entwickeln. Sie sollten sich auch nicht mit dem Verweis auf die kommende »Dämmerung« in der Republik durch Kohl/Genscher (möglicherweise für 4 Jahre) unter Loyalitätsdruck setzen lassen. Schließlich haben die neuen sozialen Bewegungen gerade gegen die Sozial-Liberalen so viele politische Widerständskräfte gesammelt, daß die drohende rechts-liberale Zangenpolitik auf mehreren Politik-Feldern auf ihre immanenten Grenzen stoßen muß. Hier stünde dann die Loyalität der Oppositions-SPD auf dem Spiel und nicht die der Grünen, was eine durch die SPD lancierte Sprachregelung von der »neuen Mehrheit« suggeriert.

Dennoch: Abgrenzung von traditionellen Konzepten der sozial-liberalen Ära muß nicht bedeuten, sich der aktiven Teilnahme zu entziehen und in der Reproduktion von »fundamentaler« Opposition zu verharren. Es ist gerade umgekehrt. Um etwas zu erreichen, muß man heute radikaler denken, als ein »Links-Sozialdemokrat«, auch radikaler hinsichtlich der eigenen »linken« Vergangenheit. Was kann das für die 8% bedeuten, die die Grünen landauf, landab bekommen? Der Zusammenhang zwischen den durchsetzbaren Positionen, die im Verhältnis von 8:51 zu den eigenen Vorstellungen stehen, zu der Alternative, bleibt entscheidend. Viele Grüne sehen diesen Zusammenhang nicht, sondern reden nur noch über Prozentpunkte, aber nicht über die potentielle Qualität, die diese bewirken können, wenn man mit ihrer Hilfe auf tatsächlich grenzüberschreitende Konzeptionen zielt, die auch und gerade das alte »links-rechts«-Schema durchbrechen könnten. Das Schlimmste, was den Grünen passieren kann, wäre, daß die Öffentlichkeit die erreichbaren Zugeständnisse für die ganze Wahrheit hält. Wie bringt man Utopie und »Realpolitik« zusammen? Wie wirkungsvoll auch in den Parlamenten?

Ein absolutes Negativ-Beispiel ist die von den Sozialstaatsanhängern in den Grünen (in Sindelfingen) durchgepowerte programmatische Forderung: »35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommen!« Hier eifern die Grünen nicht nur dem etablierten politischen Kartell nach (im Versprechen), sondern bleiben im sattsam bekannten »System« der Lösungsstrategien hängen. Für die ohnehin seit Jahren erfolglos subventionierte Wertindustrie z.B. hieße das: noch mehr Freisetzung von »Arbeit«, wodurch noch mehr Menschen in die entweder von der Konjunktur oder von der politisch verträglichen Staatsverschuldung abhängige »Sozialhilfe« fallen würden.

Aber auch die hinter dieser Forderung stehende Strategie der »Verstaatlichung« (was in

der Werftindustrie ja teilweise schon der Fall ist) führte aus dem Weltmarkt-Dilemma nicht heraus. Die Labour-Party hat in ihrer Amtszeit »British Steel« rigoros saniert und Tausende Menschen arbeitslos gemacht. Auch der andere Lösungsweg, die Machtfrage direkt anzugehen, etwa durch die Forderung nach »Umstellung der Produktion«, muß auf längere Sicht marktorientiert beschritten werden. Kurz: Man kommt aus dem Dilemma nicht heraus. Diese Art von Lösungsstrategie würde sich im Krisenmanagement sozialdemokratischer Provenienz hoffnungslos verstricken und lediglich das provozieren, was man eigentlich verhindern will. Die Leute wählen (eher) das Original (die SPD), als eine schlechte Kopie (eine vergeblich nach »links« gebogene Partei wie die Grünen!).

Alle von den Grünen anzustrebenden Kompromisse, gerade jene, die systemimmanent durchgesetzt werden sollen — es sei denn, man glaubt noch an Revolutionen nach dem Gesichtsmuseum — müssen gleichzeitig auf die Transzendierung des herrschenden Systems verweisen. Nicht kompromißfähig sind folgende grüne Positionen: Verzicht auf die NATO-Nachrüstung, die Lagerung chemischer Kampfstoffe und die zivile Nutzung der Kernenergie. Dies sind für die Grünen nicht nur absolute Überlebensfragen, sondern diese Forderungen reflektieren die »Basis«, verweisen auf die Herkunft der Grünen aus derjenigen Bewegung, die wesentliche Kritik an der herrschenden Industriekultur leistet. — Übergangsfristen müßten, wenn man nicht betriebsblind ist, einkalkuliert werden, schon aus dem Grunde, daß parallel zum Ausstieg aus den konventionellen Konzepten grüne Alternativen sich entwickeln müssen, um auf die Qualität der Neuen hinzuweisen. Zugespitzt: Der Ausstieg aus der NATO-Nachrüstung zwingt alle Beteiligten, sich mit neuen, friedenspolitischen Konzepten auseinanderzusetzen, die die alten Konzepte substituieren, und gleichzeitig, wie in der Friedenspolitik, auf ein langfristiges Ziel der Grünen, nämlich die Auflösung der Blöcke, verweisen. Entsprechendes hätte in der Energiepolitik zu geschehen.

Für neue Flughäfen, Autobahnstraßen wird es keine grünen Zusagen geben können, dagegen Zustimmung, wenn es um den Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs geht, statt ihn abzubauen, wie dies die SPD-Ressortminister taten. Die Grünen werden darauf dringen, daß — quasi als Gegen-Marktstrukturen — Projekte gefördert werden, an denen sich die Zielvorstellung der ökologisch-ökonomisch sinnvollen Arbeit ablesen läßt. Projekte, die Gebrauchswerte schaffen, in denen Selbstverwaltungsmodelle an die Stelle der fremdbestimmten Lohnarbeit treten und die kollektive Lebens- und Arbeitszusammenhänge erproben. Um es anders zu formulieren: Gegen und neben den Megamashines des Big Government, des Big Business und der Big Labour wird eine Gegenmacht aufgebaut, die einen Werte- und Bewußtseinswandel in der Bevölkerung fördern soll und die weder durch die »linke« Brille gesehen wird noch sich von der Gesellschaft abschottet (wie manche »alternativen« Projekte heute.).

Der Unterschied zwischen einer SPD-Position und einer Position der Grünen bei Gesprächen oder Verhandlungen z.B. am Sektor »Wohnungsbau« könnte nicht in der Differenz der Quantität liegen (SPD: 5000 Wohnungen — Grüne: 8000), sondern in der Verknüpfung von Qualität und Quantität; angefangen von Energiesparmaßnahmen bis hin zur »Wohn-Umwelt«.

4. Grüne Perspektiven

Ohne Zweifel erscheint die SPD als adäquater Gesprächspartner der Grünen, da ihre neuerlichen programmatischen Aussagen eine bestimmte Öko-Sensibilität erkennen lassen. Einen Blankoscheck zur Unterstützung seitens der Grünen — etwa nach dem 6. März 1983 — kann es nicht geben, da erst jeder Punkt des von Vogel angekündigten 100-Tage-

Programms ausgelotet werden muß, ohne auch nur eine essentielle grüne Position zu verschenken. Andererseits werden mögliche Verhandlungen noch von anderen Faktoren beeinflusst, die auch innerhalb der Grünen zu suchen sind, und über die jetzt nur spekuliert werden könnte.

Wichtiger aber ist, daß die Grünen, sollten sie an der 5%-Hürde scheitern, massive Selbstkritik-Fähigkeit demonstrieren und offensiv ihre kritische Konsolidierungsphase angehen. Sie sollten sich dann mit dem Gedanken trösten: Die Sache der Ökologie steht auch nach dem 6. März 1983 noch auf der Tagesordnung.

spw

16'82

Aktuelle Kommentare

K.-P. Wolf: Völkermord im Libanon
K. Krusewitz: Friedensbewegung nach Bonn: Vorwärts, aber nicht vergessen
E. Lutz: Operation 83: Kein tragfähiger Kompromiß

Walter Fabian zum 80. Geburtstag

Diskussionsschwerpunkt: Wirtschaftspolitik und Arbeiterbewegung in Westeuropa

T. Schlüter: Kontrastprogramme gegen die Krise: Monetarismus und alternative Wirtschaftsstrategie in Großbritannien

P. Jansen: Gesellschaft mit beschränkter Handlungsfähigkeit. Französische Wirtschaftspolitik mit dem Rücken an die Wand

T. Bieling: Italien: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in den 70er Jahren

J. Goldberg: Wirtschaftskrisen — Ursachen und aktuelle Perspektiven

Außerhalb des Schwerpunktes:

Schöler/Zimmermann: Endlich Schluß damit. Für ein baldiges Ende dieser Koalition in Bonn

Albers/Westphal: Polen

17'82

Aktuelle Kommentare

H. Hawreliuk: Der »Fall Genschers« und der Niedergang der SPD

A. Brandt: Keine Wende in der Wirtschaftspolitik!

O. Scholz: Frankfurter Kreisverkehr

Aktualität des Marxismus!?

O. Bauer: Marx als Mahnung — Zu Marxens vierzigstem Todestag

U. Schöler: Marxismus und Anti-Marxismus in der SPD

K. Neumann: Am Ende einer Ära. Sozialdemokratische Perspektiven jenseits des Sozial-Liberalismus!

J. Hindels: Austromarxismus und Sozialdemokratie heute

D. Albers: Bauer und Gramsci. Neun Thesen

Außerhalb des Schwerpunktes

M. Krätke: Dieser Sozialstaat ist der unsre nicht!/? Einige Bemerkungen zum linken Unbehagen am Sozialstaat in der Krise (I)

T. Beck: NATO-Expansionsstrategie im Mittelmeerraum — das Beispiel Comiso

N. Konegen u. U. Roßbach: Theorie und Praxis — ein schwieriges Verhältnis?

G. Beling u. K. Wand: Zum Scheitern der Gespräche SPD-GAL in Hamburg

Berichte/Briefe/Besprechungen

5. Jg. 1982

Barbara Rohr

Wachsam und Unbescheiden!

Einige Überlegungen zur Frauenfrage angesichts politischer Rechtsentwicklung

Immer mehr Frauen setzen sich in allen Bereichen ihres Lebens kämpferisch für ihre Rechte ein. Denn unsere Erkenntnisse und Ansprüche lassen uns wachsamer und unbescheidener werden: Skeptisch sehen wir unsere Berufsperspektive schwinden. Hellhöriger und scharfsichtiger nehmen wir Verschlechterungen unserer gegenwärtigen Lebensbedingungen wahr. Kritisch blicken wir zurück und fragen, was uns bisher klein und stumm gehalten — aber auch stark gemacht hat, um aus der Vergangenheit zu lernen, wie wir uns in Zukunft wehren können.

Durch die *Frauenbewegung* haben wir begriffen, daß wir in ein Netzwerk vielfältiger Unterdrückungszusammenhänge verwoben sind. Je nach Alter, Situation und Lebensbereich haben wir verschiedenartige Unterdrückungsformen erfahren — eine Hierarchie von Unterdrückungen mit unterschiedlichen Ausprägungen und Wirkungen: Viele der Unterdrückungen sind allgemein, andere frauenspezifisch; einige wirken ständig, andere nur punktuell; viele sind uns schon bewußt und werden von uns bekämpft, andere nehmen wir noch unbewußt hin; manche ließen uns zeitweilig verstummen und lähmten uns, andere dagegen lösten unsere Zungen und brachten uns zum Aufstehen. Aus vielen Unterdrückungsformen haben wir uns mühsam Schritt für Schritt herausgearbeitet; doch sind wir dabei auf neuen Ebenen in neue Unfreiheiten verstrickt worden. Viele unserer Unterdrückungen können wir unmittelbar aus unserer Klassenlage im kapitalistischen Gesellschaftssystem erklären, andere dagegen sind nur vermittelt darauf zurückzuführen, ganz besonders jene, die sich aus unseren Beziehungen zu Männern gleicher Weltanschauung und gleicher politischer Einstellung ergeben, mit denen wir gemeinsam leben, arbeiten und politisch kämpfen. Damit deute ich an, wie schwierig es ist, die jeweils richtige Richtung und die jeweils angemessene Form von Kampf und Auseinandersetzung zu bestimmen. Das bedeutet, daß wir das schwierige Verhältnis von Klassen- und Geschlechterfrage theoretisch klären und praktisch lösen müssen.

Diesen Zusammenhang von kapitalistischen und patriarchalischen Unterdrückungsmomenten versuche ich zu berücksichtigen, wenn ich danach frage, 1. was wir Frauen von der gegenwärtigen politischen Rechtsentwicklung zu erwarten haben, und 2. welche gemeinsamen Forderungen wir stellen müssen, um bisher Erreichtes zu halten, Voraussetzungen für mehr Gleichberechtigung zu schaffen, und welche Hindernisse und Möglichkeiten wir sehen, um unsere Forderungen durchzusetzen.

Rechte Politik und die Verschlechterung der Lage der Frauen

Die ökonomische und politische Entwicklung belegt, daß materielle Grundlagen für mehr Gleichberechtigung zurückgenommen oder weiterhin fehlen werden, und daß durch gleichzeitige ideologische Beeinflussung versucht wird, Frauen mit der Verschlechterung ihrer Lage zu versöhnen, indem die traditionelle Frauenrolle aufgewertet wird zulasten weiblicher Berufsorientierung. Ich zähle einige Beispiele aus *unterschiedlichen Lebensbereichen* von Frauen auf, die diese Entwicklung andeuten. Sie trifft Frauen — jeweils nach Alter, sozialer Lage, Berufs- und Familiensituation in unterschiedlicher Weise.

Das wachsende Bedürfnis vieler Frauen nach *beruflicher Tätigkeit und finanzieller Unabhängigkeit* vom Mann kann in Zukunft kaum befriedigt werden. Frauen sind von Ar-

beitslosigkeit besonders betroffen, in vielen Fällen wird das Arbeitslosengeld gekürzt, für Um- und Fortbildungsmaßnahmen sowie für Bildungsurlaub werden Gelder gestrichen. Kriterien für die Zumutbarkeit von Arbeitsplätzen und weiteren Arbeitswegen werden verschärft. Frauenvollzeitarbeitsplätze werden in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt. Dabei können die höheren Leistungsnormen, die Teilzeitkräfte erbringen, zur allgemeinen Norm erhoben werden, so daß die Konkurrenz zwischen Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten verschärft werden wird. Im Hochschulbereich werden Frauenprojekte teilweise nicht mehr finanziert. Weiterhin erhalten viele Angestellte und Arbeiterinnen weniger Lohn als männliche Kollegen.

Soziale Dienste werden abgebaut: Es werden Plätze in Krippen, Kindergärten und Kindertagesstätten gestrichen, so daß die Erziehung und Betreuung von Kindern vielfach wieder ganz in die privaten Haushalte verlagert wird. Ähnliches gilt für die Pflege vieler alter und kranker Menschen. Privaten Elterninitiativen wird die Finanzierung versagt, Zuschüsse für außerhäusliche Unterbringung von Kindern werden gekürzt. Erholungskuren für Frauen und Mütter werden eingespart, Mutterschaftsurlaub soll eingeschränkt werden, die Möglichkeit, Kinderbetreuungskosten beim Steuerausgleich anzurechnen, soll beseitigt werden, das Kindergeld wird verringert, das Schüler-BaFög eingezogen. Mißhandelte Frauen und ihre Kinder haben es zunehmend schwerer, in Frauenhäusern Zuflucht zu finden. In psychologischen und therapeutischen Beratungsstellen werden Mitarbeiterstellen eingespart, so daß die Wartezeiten für Ratsuchende wachsen. Ferner ist angekündigt, daß die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr von den Krankenkassen übernommen werden, und daß die mühsam errungene soziale Indikationsregelung wieder rückgängig gemacht werden soll. Für ältere Frauen sind Rentenkürzungen vorgesehen.

Diese gesamtgesellschaftlichen Einschränkungen im Arbeits- und Sozialbereich dringen ein in die *privaten Lebenszusammenhänge* der Menschen und belasten Partnerschaften, Freundschaften und familiäre Beziehungen. Die sozialen Unsicherheiten der Frauen selber und/oder die ihrer Männer, Partner und Kinder können zu problematischen und konfliktreichen Situationen innerhalb der »privaten« Beziehungen führen — bis hin zu psychischer und physischer Gewaltanwendung gegenüber Frauen. Krankheitsrisiken bei Frauen steigen, psychische Störungen treten häufiger und früher auf. Da es den Frauen schwerer gemacht wird, erwerbstätig zu sein und ihre Kinder während ihrer Ausbildungs- und Arbeitszeit außerhäuslich betreuen zu lassen, sind sie notgedrungen wieder auf die ausschließliche Mutter- und Hausfrauenrolle verwiesen.

Diese ökonomische und politische Entwicklung wird durch massive *ideologische Beeinflussung* begleitet und gestützt: An erster Stelle steht die gesellschaftliche Aufwertung von Mütterlichkeit und Hausfrauentätigkeit. Konservative Frauenleitbilder blühen wieder auf, eine Erscheinung, die in kapitalistischen Krisenzeiten seit jeher zu beobachten war, wenn die außerhäusliche Arbeitskraft von Frauen wieder weniger gebraucht wurde. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit — etwa in der Weimarer Republik, zu Beginn des Faschismus oder auch in den Jahren der Adenauer-Regierung — lautete das Motto konservativer Familienpolitik: »Die Frau gehört in die Familie«. In diesem Sinne wird gegenwärtig in den familienpolitischen Konzeptionen der CDU/CSU die Familie wieder als der Bereich verherrlicht, in dem wir uns »selbst verwirklichen« und Mutterschaft als unseren »eigentlichen Beruf« leben und erleben sollen. Damit beginnt das weibliche Leitbild der vorausgegangenen sozial-liberalen Reformphase zu verblassen, nämlich die Frau, die als »mitverdienende Partnerin« auch im Beruf »ihren Mann steht« und somit beides »voll im Griff« hat, sowohl die berufliche als auch die familiäre Arbeit.

Eine weitere ideologische Maßnahme zur Durchsetzung einer rückwärts gewandten Frauen- und Familienpolitik besteht in *erneuten Angriffen gegen den bereits reformierten Paragraphen 218* — gegen die mühsam erkämpfte soziale Indikationsregelung. Auch wenn es unser Ziel ist, daß der §218 endgültig aus dem Strafgesetzbuch verschwindet, stellte die Indikationslösung doch schon eine Erleichterung für Frauen dar. Mit gegenwärtigen Kampagnen wie: »Wähle das Leben« oder mit Parolen wie: »Friede im Mutterleib — Babys wollen leben« werden Frauen moralisch unter Druck gesetzt. Unser Recht, selber bestimmen zu wollen, ob und wann wir ein Kind bekommen möchten, soll uns auch weiterhin abgesprochen werden.

Welche Gefahren drohen den Frauen durch eine politische Entwicklung, die sie auf Hausarbeit und Familie festlegen will? — Die Rechten knüpfen geschickt an Sehnsüchten, Wünschen und Gefühlen vieler Frauen an, sich nicht im Berufsleben behaupten und durchsetzen zu müssen, sondern sich zu bescheiden und nicht »alles« zu wollen. Viele Frauen fragen sich in der Tat, ob Hausarbeit nicht »selbstbestimmter« sei als viele der beruflichen Tätigkeiten, die teilweise noch monotoner sind als das tägliche Einerlei des Haushaltes. Ist die ausschließliche Hausarbeit nicht weniger anstrengend als das kräfteverzehrende Hin und Her zwischen beruflichen Verpflichtungen und familiären Belastungen? Fällt es uns nicht leichter, unsere Identität als Mutter und Hausfrau zu finden, als wenn wir uns der von Männern geprägten Berufswelt anpassen müssen, die auch die Männer teilweise zerstört? Leisten wir nicht auch unseren Beitrag zu gesellschaftlicher Arbeit, indem wir alle unsere Kräfte einsetzen, um den »Reproduktionsbereich« menschlich zu gestalten und unsere Kinder liebevoll zu erziehen?

Diese Sehnsüchte und Fragen sind verständlich. Wir alle tragen sie in uns, besonders dann, wenn die vielen Anforderungen und Kämpfe der unterschiedlichen Lebensbereiche unsere Kräfte zu übersteigen drohen. Trotzdem enthalten diese offenen oder versteckten Wünsche »Fesseln«, die unserer Befreiung im Wege stehen. Deshalb müssen wir uns dagegen wehren, daß diese Wünsche zur Wirklichkeit werden. Denn der Weg zu unserer Befreiung kann letztlich nur über *berufliche Arbeit* führen, auch wenn vielen Frauen dieser Weg gegenwärtig und zukünftig schwerer gemacht wird und sie kaum noch sehen, wie sie in die Erwerbstätigkeit hineinkommen sollen. Die ausschließliche Verwiesenheit von Frauen auf häusliche Arbeit ist von ihrer Struktur und objektiven Funktion her benachteiligend und unterdrückend, weil Hausarbeit in der Regel einseitige Entwicklung menschlicher Möglichkeiten bedeutet. Zwar können viele Frauen durch Hausarbeit und ganz besonders durch das Zusammenleben mit ihren Kindern Fähigkeiten herausbilden, die für ein menschliches Miteinander unverzichtbar sind, etwa: Fürsorglichkeit, Empfindsamkeit, sich Einlassenkönnen auf andere, positive Gefühle, Wärme, Freude an den kleinen Dingen des Alltags — Fähigkeiten, die in den meisten Bereichen des beruflichen Lebens kaum erworben werden können. Trotzdem bleiben durch die ausschließliche Hausarbeit viele Möglichkeiten der Frauen unterentwickelt. Die Beschränkung der weiblichen Arbeit auf die »Privatheit des Hauses« bedeutet häufig auch den Verzicht auf die Entwicklung eigener Fähigkeiten und auf eigene Perspektiven. Sie fesselt die »Produktivkraftentwicklung« der Frau.

Zeigen, was in uns steckt, verändernd in die gesellschaftliche Öffentlichkeit eingreifen, Fähigkeiten entwickeln, die aus unserer klassen- und geschlechtsmäßigen Unterdrückung herausführen, das können wir nur, wenn wir außerhäuslich arbeiten. Ausschließlich Hausarbeit hält uns »klein«. Darum müssen wir gegenüber allen ökonomischem, politischen und ideologischen Entwicklungen wachsam sein, die das Leitbild der Hausfrau auf-

werten und uns das Recht auf berufliche Arbeit streitig machen wollen. — Während unter »Linken« die Einschätzung von beruflicher Arbeit für Persönlichkeitsentwicklung und Existenzsicherung von Frauen kaum umstritten ist, gehen die Meinungen über die Institution der Familie und deren Bedeutung für die »Subjektwerdung« der Frau weit auseinander. Viele tragen noch traditionelle Vorstellungen von der Familie als einer selbstverständlichen Lebensform in sich. Wir machen uns nicht systematisch bewußt, daß die »normale« Kleinfamilie durch Funktion und Struktur die Herrschaftsstellung des Mannes sichert, seine Vorrechte stützt und zu einem Ort der physischen und psychischen Ausbeutung der Frau werden kann und in der Regel wird, besonders dann, wenn Frauen nicht ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen können. Neben der Familie sollten wir auch andere und »neue« Formen des Zusammenlebens anerkennen und bewußt gestalten. Unsere Erfahrungen zeigen doch, daß u.a. wir Töchter von Kriegerwitwen auch ohne Väter lebenstüchtig geworden sind; daß wir unsere eigenen Kinder auch ohne Mann gut und verantwortungsbewußt erziehen können; daß wir unsere Liebesbeziehungen auch ohne Kirchensegen und Standesamt auf humane und auch dauerhafte Weise leben können, und daß das Zusammenleben unter Frauen oder unter Männern eine vernünftige Alternative zur Kleinfamilie sein kann. Wir haben positiv erfahren, daß wir unsere Bedürfnisse nach Geborgenheit, Zusammengehörigkeit und Gegenseitigkeit, nach Vertrautheit, Zuverlässigkeit und emotionaler Sicherheit und vor allem nach mehr Gleichheit auch in anderen Lebensformen als in denen der traditionellen Familie leben können — allerdings nur dann, wenn wir finanziell unabhängig sind. Aber wir haben auch negativ erfahren, daß viele der Linken die »Normalität« der patriarchalischen Familie zutiefst verinnerlicht haben. Obwohl sie teilweise leiden, halten sie an ihr fest und reagieren auf Männer oder Frauen, die aus der traditionellen Familienrolle ausgebrochen sind, zuweilen mit Unsicherheit oder mit Schweigen.

Obwohl wir erkannt haben, daß wir unseren Weg zur Befreiung nicht ohne Veränderung der patriarchalischen Familie beschreiten können, haben die Linken der rechtsgerichteten Familienpolitik noch wenig entgegenzusetzen. Besonders gegenwärtig, wo die beruflichen Möglichkeiten der Frauen massiv eingeschränkt und sie wieder in die Familien verwiesen werden, müssen wir uns nicht nur unsere Berufsorientierung bewahren, sondern uns auch der »Familienfrage« öffnen und nach »neuen« Lösungen suchen.

Zu einigen frauenpolitischen Forderungen und Möglichkeiten ihrer Realisierung

Unsere Ziele richten sich auf gesellschaftliche Verhältnisse, in denen die Menschen befriedigende, von Ausbeutung befreite Arbeit finden und gleichzeitig ihren »persönlichen« Bedürfnissen entsprechend leben können, in denen die Frau dem Mann als »Freie und Gleiche« begegnen kann. Dieses Ziel ist langfristig nur durch eine Veränderung der herrschenden Besitz- und Eigentumsverhältnisse zu erreichen. Wir verknüpfen es mit kurzfristigeren Forderungen, die teilweise auf parlamentarischer Ebene, teils in außerparlamentarischen Bewegungen und teilweise auch in der persönlichen Auseinandersetzung und Gegenwehr tagtäglich erkämpft werden müssen: *Unsere zentralen Forderungen sind die Rechte auf qualifizierte Berufsausbildung und berufliche Arbeit für die Frau.* Das bedeutet vor allem Erhalt bzw. Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Die drängenden Fragen beziehen sich darauf, wie arbeitslose Frauen ihre Berufsorientierung aufrecht erhalten können, auch wenn sie vorübergehend keine Arbeit finden oder in sog. alternativen oder informellen Bereichen »irgend etwas machen«.

Damit Frauen ihre Rechte auf Ausbildung und Erwerbsarbeit verwirklichen und außer-

häusliche Arbeit mit den vielfältigen Anforderungen ihres übrigen Lebenszusammenhanges verbinden können, fordern wir öffentliche und nicht-öffentliche Hilfen, z.B. die Verkürzung der beruflichen Arbeitszeit für Männer und Frauen, besonders für alleinerziehende Eltern; Anhebung der Frauenlöhne; soziale Absicherung für teilzeitarbeitende Frauen; Aufteilung der Hausarbeit in Familien oder sonstigen Lebensformen; schließlich Erhalt und Ausbau der sozialen Infrastruktur im Sinne »familien«ergänzender oder -entlastender Maßnahmen: Kindergärten, Ganztagschulen, Elternurlaube, Erhalt und Ausbau des Mutterschutzes, Rücknahme der frauenfeindlichen Sparpolitik, ersatzlose Streichung des § 218, Verbesserung der Geburtspraxis, Finanzierung und Einrichtung von Frauenhäusern und Frauenprojekten, materielle und psychische Unterstützung alter Menschen, keine materielle, rechtliche und moralische Beeinträchtigung von Frauen, die in anderen Lebensformen als denen der patriarchalischen Familie leben wollen u.ä. Diese Forderungen zeigen, daß die Frauenfrage letztlich nur im Zusammenhang mit der Klassenfrage gelöst werden kann, und dies ist nur in *größtmöglicher Gemeinsamkeit* zu verwirklichen. Gemeinsamkeit meint dabei zweierlei:

Zum einen brauchen wir ein breites Frauenbündnis, gegründet auf unseren gemeinsamen Interessen als Frauen an einem menschenwürdigen Dasein. Allerdings bestehen in den verschiedenen Richtungen innerhalb der Frauenbewegung unterschiedliche Vorstellungen über Ziele und Wege des Frauenkampfes, welche ein gemeinsames Vorgehen teilweise erschweren oder sogar verhindern: etwa unterschiedliche Auffassungen über die Ursachen von Frauenunterdrückung, über die Bedeutung von Reproduktions- und Produktionsbereich für die Frauenbefreiung, über Fragen der Zusammenarbeit mit Männern, aber auch Standpunkte von Besserwisseri, von Ausgrenzungen und »wir wissen allein, wo es langgeht«. In diesem Zusammenhang sollten wir Frauen, die wir der sog. »demokratischen« Frauenbewegung angehören, uns selbstkritisch fragen, ob wir nicht auf das Etikett »demokratisch« verzichten sollten, weil es möglicherweise den Anschein erweckt, wir hielten Frauen anderer politischer Zuordnungen für weniger demokratisch! Trotz mancher unterschiedlicher Auffassungen gibt es jedoch auch positive Erfahrungen des gemeinsamen Vorgehens: im Kampf gegen den § 218, in der Friedensbewegung, oder in Einzelaktionen gegen Sozialabbau. Aus diesen Erfahrungen können wir für gemeinsame Gegenwehr lernen.

Gemeinsamkeit im Frauenkampf will andererseits auch den gemeinsamen Kampf mit Männern, mit Organisationen der Arbeiterbewegung — allerdings nicht um jeden Preis. Mein Verständnis von Frauenkampf als Einheit von Klassen- und »Geschlechterkampf« stützt sich auf die These von der doppelten Unterdrückung der Frau als Klassen- und als Geschlechtswesen. Der Kampf um die Befreiung der Frau ist zum einen Teil des ökonomischen, politischen und ideologischen Klassenkampfes. Hier kämpfen Frauen und Männer als gleichermaßen Unterdrückte und Ausgebeutete gegen die kapitalistischen Verhältnisse, gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, für den Frieden, gegen Arbeitslosigkeit, für humane Lebens- und Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen, gegen Sozialabbau, gegen Berufsverbote und Verschärfung des Demonstrationsrechtes u.a.m. Auch Männer können die frauenspezifischen Anteile des Klassenkampfes unterstützen: z.B. im ökonomischen Klassenkampf gemeinsam gegen die Vernichtung von Frauenarbeitsplätzen; im politischen Klassenkampf gemeinsam gegen die Einziehung von Frauen zum Militär; im ideologischen Klassenkampf gemeinsam gegen das Wiederaufleben der Ideologie von den Natureigenschaften der Geschlechter.

Jedoch kann das Ganze unseres unterdrückenden weiblichen Lebenszusammenhanges

nicht mit klassenkämpferischen Mitteln überwunden werden. Denn die Frau ist nicht nur als Klassenwesen wie der Mann durch die kapitalistischen Verhältnisse unterdrückt, sondern sie ist zusätzlich als Geschlechtswesen dem Manne untergeordnet. Dieses verinnerlichte Unterdrückungs- und Unterwerfungsverhältnis zwischen den Geschlechtern ist zwar auch Ergebnis des jahrtausendelangen Wirkens der Klassengesellschaft. Daher sind unsere Geschlechterbeziehungen auch »gesellschaftliche Verhältnisse«. Ihr Unterdrückungszusammenhang ist jedoch nur mittelbar auf das kapitalistische System zurückzuführen. Kapitalistische und patriarchalische Unterdrückungsformen überlagern sich und machen es uns zuweilen schwer, die richtige Kampfrichtung zu bestimmen. Hier sind noch viele Fragen ungeklärt.

Auf jeden Fall geht es um die Frauenunterdrückung in unserem Alltagsleben — häufig verborgen, tabuiert und nicht öffentlich — um eine Unterdrückungsform, die unser Innerstes zutiefst berührt und uns zutiefst beschädigen, verletzen und handlungsunfähig machen kann. Diese Unterdrückungsform ist nicht in gleicher Stoßrichtung, »Seite an Seite« mit dem »Mitreiter« im Klassenkampf überwindbar, denn er kann gleichzeitig unser Unterdrücker sein. Wenn wir die These von der doppelten Unterdrückung der Frau zur Untersuchung ihres gesamten unterdrückenden Lebenszusammenhangs aufrecht erhalten wollen, so müssen wir für die Überwindung ihrer doppelten Unterdrückung auch unterschiedliche Befreiungswege benennen.

Das bedeutet nicht nur Klassenkampf, sondern auch »Geschlechterkampf«. Ich setze dieses Wort bewußt in Anführungsstriche, denn es ist ein mißverständliches Wort. Bei unseren Befreiungsbemühungen gegen patriarchalische Herrschaft geht es nicht um einen unversöhnlichen, unvereinbaren Gegensatz wie bei unserem Kampf gegen die kapitalistische Herrschaft. Das Ziel des »Geschlechterkampfes« im Rahmen des Frauenkampfes ist letztlich die Gemeinsamkeit mit dem Mann. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es unterschiedlicher, situationsangemessener Formen der kämpferischen Auseinandersetzung mit dem Mann. Wir Frauen sind herausgefordert, auch über diese Frage nachzudenken: Wie können wir bereits innerhalb unserer Geschlechterbeziehungen für unsere Rechte kämpfen, so daß dabei die Einheit der Bewegung gegen rechte Politik nicht geschwächt, sondern vielleicht sogar gestärkt werden kann?

Sendet

freiwillige

Beiträge

zum weiteren

Ausbau der SPW

Fred Karl

Über Strukturen und Inhalte einer »neuen Mehrheit«

Jedes denkbare Ergebnis der Bundestagswahl im März macht es erforderlich, die Kräftekonstellation links von CDU, CSU und FDP politisch weiterzuentwickeln und inhaltlich zu füllen. Es sind die drängenden gesellschaftlichen Probleme dieses Jahrzehnts, die eine neue Politik zwingend herausfordern — und zwar eine gemeinsame, *mehrheitsfähige* Antwort der Strömungen der Arbeiterbewegung und der ökologisch-alternativen Kräfte, um eine Rechtsentwicklung zu verhindern. Die *neue Mehrheit von links*, ein sozialalternatives Bündnis mit Unterstützung der außerparlamentarischen demokratischen Bewegungen, darf nicht wahrarithmetisch gedacht, sondern muß hinsichtlich seiner Inhalte und der Struktur der Zusammenarbeit überlegt und praktisch angegangen werden.

Für den Fall einer CDU/CSU-Mehrheit (mit oder ohne FDP) im neuen Bundestag ist der CDU-Staat (und die Raketenstationierung) nur zu verhindern, wenn sich das inner- und außerparlamentarische Oppositionspotential nicht spalten läßt in SPD/Gewerkschaften und Grün-Alternative. Die Spaltung würde unüberbrückbar, wenn sich etwa in der SPD die Löwenthal-Linie, bei den Grünen der Bahro-Flügel durchsetzte. Neue Mehrheiten gegen die CDU/CSU müssen von unten aus den Ländern und Kommunen heranwachsen. In außerparlamentarischen Massenaktionen muß sich die praktische Zusammenarbeit von Sozialdemokraten, Grün-Alternativen, Marxisten und Kommunisten entwickeln und stabilisieren.

Bei einer rechnerischen Mehrheit von SPD und Grünen nach dem 6. März besteht die Notwendigkeit, Inhalte für die Tolerierung einer *neuen* SPD-Regierung zu finden. Wenn die SPD versuchen sollte, je nach Thema sich wechselnde parlamentarische Stimmenmehrheiten zu verschaffen, in Einzelfragen eine Große Koalition zu praktizieren und an die alte Regierungspolitik anzuknüpfen, würde die Herausbildung neuer inhaltlicher Mehrheiten blockiert. Die Grüne Partei würde in die Rolle einer sich verweigernden Fundamentalsoption zurückgedrängt.

1. Der Hegemonieanspruch der SPD

Allein durch moralische Entrüstung über den »Verrat in Bonn« und durch verbalradikale Opposition zum Kurs der Kohl/Genscher-Regierung (der z.B. in den Fragen der Mieten und des Sozialabbaus an Pläne der sozialliberalen Koalition anknüpft) gelang es der SPD, ihre vorher abbröckelnden Stammwähler wieder zu mobilisieren, das Abwandern der Arbeiterstimmen zur CDU rückgängig zu machen und erfolgreich neue Mitglieder zu werben bzw. alte Mitglieder zurückzuholen. Dies gelang, ohne die eigene Politik wirklich grundsätzlich zu verändern. Die SPD hatte auch deshalb Erfolg, weil die Grünen zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen keine wirksamen Antworten zu bieten hatten; manche Protestwähler, von denen die Grünen bei ihren Wahlerfolgen profitierten, sahen in der SPD-Stimmabgabe einen erfolversprechenderen Denkkzettel für Kohl/Genscher. Doch diese Wählerwanderungen auf der Ebene von Stimmungen können wieder nach rechts umschwenken, wenn die SPD, erneut an der Regierung, zur alten Politik greift.

Bisher hat sich die SPD weder die wirtschaftspolitischen Forderungen der Gewerkschaften noch die Forderungen der Friedensbewegung zu eigen gemacht. Sie wollte sich — wie in der Frage der Raketenstationierung — alle Optionen offen halten. Trotzdem muß die Sozialdemokratie als Kernstück der »neuen Mehrheit« diskutiert werden. Sie ist Be-

zugspartei der Masse der Lohnabhängigen, der Mehrzahl der in Gewerkschaften und Bürgerinitiativen aktiven Menschen. Wohl ist das Gerede vom »Ende der SPD«, das noch vor einem Jahr unter Grünen und Sozialisten modisch war, inzwischen verpufft. Aber ein gewichtiger Teil der Grün-Alternativen zeigt Berührungängste vor der SPD, berechnete Ahnungen, ähnlich wie die APO-Generation geschluckt und vereinnahmt zu werden. Ein starker Flügel bei den Grünen sah die SPD als Hauptgegner im Bundestagswahlkampf. Dies ist kein Wunder angesichts der Erfahrungen dieser »Kinder der sozialliberalen Koalition«, die ihre prägende politische Sozialisation über Atomprogramm und NATO-Nachrüstung der SPD-Regierung (in Bundesländern über Schlüsselerlebnisse wie die Startbahn West) gemacht haben. Denn selbst ein »ökologischer« SPD-Linker wie E. Eppler formuliert unverblümt die *Vereinnahmung* der neuen Bewegungen und die Abstoßung des übriggebliebenen Rests, statt ein gegenseitiges Bündnis anzustreben; er plädiert dafür, daß Sozialdemokraten »das Wichtigste, das Dringendste selbst auf(nehmen), was die Friedens- und Ökologiebewegung will, und (dann zu) versuchen, die Grünen oder die Alternativen unter die 5% Hürde zu bringen«¹. Diese Absicht des Hinausdrängens konkurrierender alternativer Kräfte durch Teilintegration liegt sicherlich auf der Linie der Parteiführung.

Konzepte etwa der Jungsozialisten oder auch von »Vordenkern« wie Horst Heimann², eine sozial-alternative Zusammenarbeit anzustreben, das als *historisches Bündnis* (von Arbeiter- und neuen sozialen Bewegungen) an die Stelle des sozialliberalen Bündnisses zwischen Sozialdemokratie und liberalem Bürgertum treten könnte, sind noch Einzelstimmen. Sicherlich liegt dies auch am unfertigen Zustand der *gegenwärtigen* parteimäßigen Ausformung der neuen sozialen Bewegungen in Gestalt der Partei der Grünen, die das Protestpotential wiederum allein für sich in Anspruch nehmen.

2. Der Hegemonieanspruch der Grünen

Der Alleinvertretungsanspruch der Grünen wurde in den letzten Wahlkämpfen in der Diskussion um Wahlbündnisse besonders deutlich. In Hessen bestanden wegen der breiten außerparlamentarischen Aktionen im letzten Jahr günstige Voraussetzungen für eine gemeinsame parlamentarische Repräsentanz der linken und alternativen Kräfte. In der Diskussion um eine weitestmögliche Zusammenfassung dieses Protestpotentials pochten die Grünen jedoch auf Erstgeburtsrechte und erhoben den Anspruch (wie der Sprecher des Volksbegehrens gegen die Startbahn West Alexander Schubart erfahren mußte, als er von der grün-»offenen« Liste wieder gestrichen wurde), »schon ihrerseits das gesamte Spektrum des Protestpotentials abzudecken«³. Sie lehnten auch eine Kandidatur der zu den neuen Bewegungen gestoßenen ehemaligen SPD-Mitglieder wie M. Coppik von den DS mit der Begründung ab, »der Linkssozialismus (sei) ebenso wie die Arbeiterbewegung gescheitert«, eine »Generalabrechnung mit der SPD (sei) notwendig«⁴. Hier setzte sich der Monopolanspruch der Grünen gegen die Selbstdarstellung als »Sprachrohr der Bürgerinitiativen« durch, indem sie einen Beschluß des Plenums der Bürgerinitiativen »Keine Startbahn West« ignorierten, der sich für eine Bündnisliste ausgesprochen hatte.

Der Vorschlag einer »offenen grünen Liste«, auch zu den Bundestagswahlen als weitestgehendes Zugeständnis gemacht (aber kaum umgesetzt), ist jedoch selbst nach dem Eingeständnis führender Hamburger Grüner »in einem noch offenen Diskussionsprozeß eine Behauptung von Hegemonie«⁵. Das Konzept einer »Grün-Alternativen Liste« in Hamburg und wenigen anderen Städten ist sicher breiter, stellt aber nur eine Bündnis-konstruktion *innerhalb* des ökologischen Lagers und keinen Rahmen für eine links-alternative Zusammenarbeit dar. Dabei wären gerade in Hamburg die Voraussetzungen für ein Links-

bündnis von der inhaltlichen Seite gegeben gewesen: Mehrere Arbeitsgruppen, zusammengesetzt aus Mitgliedern verschiedenster fortschrittlicher politischer Strömungen und Bürgerinitiativen, hatten 1981 die Grundbestandteile für eine in dieser Form noch in keinem Bundesland erzielte Übereinstimmung außerparlamentarischer Kräfte in der Friedens- und Wirtschaftspolitik, im Sozial- und Bildungsbereich, zu Arbeitsplatzbeschaffung und alternativer Energiepolitik, zu Belangen der Frauen, Mieter und Schüler erarbeitet. Diese inhaltlichen Grundlagen waren gerade auch durch die Mitarbeit »traditioneller« gewerkschaftlich-orientierter Kräfte aus der »alten« Friedens- und Arbeiterbewegung entstanden. Der erreichte Konsens galt dann aber für eine Listenbildung plötzlich nicht mehr: Mit Blick auf Wahlprozente und »öffentliches Ansehen« formulierten die Grünen Essentials zur Ausgrenzung der Mitstreiter aus der DKP und ihrem Umkreis, mit denen vorher in den Fachausschüssen von Bezirksparlamenten wie Eimsbüttel ansatzweise zusammengearbeitet worden war.

3. DKP für demokratisches Linksbündnis

Nur unter dem Aspekt des Wahlerfolgs, des Einzugs in die Parlamente, der die parlamentarischen Illusionen der Grünen und ihr Auftreten gegenwärtig bestimmt, ist die DKP ein »zu vernachlässigender Faktor« (NRW-Grüner Stratmann in »frontal« 6/82). Was historische Erfahrungen, Mitgliederzahlen, das aktive Engagement dieser Mitglieder in den außerparlamentarischen Aktionen und vor allem ihre Verankerung in den Betrieben betrifft, ist diese »0,3% Partei« (die in einzelnen Städten und Gemeinden aber auch Ergebnisse um die 10% erzielt) eigentlich die »dritte Partei« statt der Grünen. Doch soll es hier nicht um Rangplätze gehen, sondern um den Beitrag der einzelnen Kräfte für eine »neue Mehrheit«. Dabei muß die DKP einbezogen werden.

Bündnis und Autonomie

Nun finde ich es reizvoll darzulegen, daß sich theoretische Überlegungen von *W.F. Haug* über eine »aktivierende Verknüpfung der möglichen Linkskräfte«⁶ teilweise mit Vorschlägen der DKP zur Struktur der Zusammenarbeit decken, obwohl sie völlig unabhängig voneinander entwickelt wurden.

Haug fordert eine »Verknüpfung unterschiedlicher Kräfte, die in dieser als solche anerkannt sind und autonom bestehen bleiben«. Die DKP Hamburg hatte für ein Wahlbündnis zu den Bürgerschaftswahlen vorgeschlagen: »Viele haben wichtige Erfahrungen und Vorschläge in ein solches Bündnis einzubringen. Niemand sollte dabei seine Identität aufgeben, jede(r) Beteiligte wird seine politische, organisatorische und ideologische Selbständigkeit bewahren.«⁷

Kräftesteigerung durch Kooperation

»Unter Aktivierungsdispositiv soll eine An- bzw. Umordnung gesellschaftlicher Kräfte verstanden werden, welche die Handlungsfähigkeit der einzelnen Kräfte stärkt.«⁸ Und an anderer Stelle schreibt Haug: »Ein Aktivierungsdispositiv unterstellt, daß es in den beteiligten Kräfte tiefer geht als nur bis zu einer Führung; es wirkt nur, indem es zusätzliche Handlungsmöglichkeiten für die in einer Gruppe Organisierten freisetzt.«⁹

Voraussetzung dafür ist der Abbau von gegenseitigen Vorurteilen und Blockierungen. Für ein Aufeinanderzugehen von Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen heißt das, »Kulturschranken« zwischen in den traditionellen Organisationen Geprägten und den neue Politikformen entwickelnden Alternativlern abzubauen, sowohl Erfah-

rung/Organisation als auch Initiativen/Spontaneität ineinander aufzuheben. Bei der DKP ist von »Partnerschaft, gegenseitigem Geben und Nehmen« die Rede, von neuen Anstößen und dem Lernen aus neuen Aktionsformen. Selbstkritisch wird eingestanden, daß »auch in unserer Partei« Hemmnisse gegenüber einer Mitarbeit in rot-grünen Bündnissen zu überwinden waren. »Zugleich haben wir aber auch vieles zu geben. Wir bringen als Arbeiterpartei in demokratische Bewegungen unsere Verbindungen mit der Arbeiterklasse«¹⁰ und die Kampferfahrungen der kommunistischen Bewegung mit einem ökonomisch und ideologisch mächtigen Gegner ein.

Konvergenz in der Differenz

»Diese Art der Bildung einer Einheit beruht auch nicht auf dem Ausklammern von Fragen, die Bruchlinien bezeichnen.«¹¹ Nicht vorrangig »Vereinheitlichung« und »Zusammenschluß« stehen auf der Tagesordnung der Kommunisten, sondern prozeßhaft »die Zusammenarbeit zu entwickeln«, »das Zusammenwirken zu fördern« und selbst im Wahlkampf die Atmosphäre dafür herzustellen.

»Die DKP betrachtet es als natürlich und sogar notwendig, daß in einem Bündnis in Grundfragen Meinungsverschiedenheiten herrschen und in anderen konkreten Fragen übereinstimmende Positionen erreicht werden können. (...) Dabei kommt es zu erheblichen Diskussionen, die aber unter dem Gesichtspunkt ausgetragen werden sollten, das gemeinsame Handeln möglichst nicht zu erschweren, sondern noch zu erleichtern.«¹²

Dies sind differenziertere Aussagen als die oft anzutreffende Tendenz der Diskussionen ausschließenden »Ausklammerung strittiger Fragen« und »Nichteinmischung in interne Angelegenheiten« sowie des Beharrens auf einen letztlich Lernprozesse blockierenden, defensiven Minimalkonsens. Über Jahre hinweg bestand in der DKP eine Sichtweise, die den Entwicklungscharakter der neuen Bewegungen, d.h. ihre Fähigkeit zu politischer Verallgemeinerung und zur Herausbildung gesellschaftspolitischer Zielvorstellungen nicht zur Kenntnis nahm oder als »Sackgassen und Irrwege«, links- und rechtsopportunistische Abweichungen abbildete. Nach dem Wollen der DKP sollten sich die Bürgerinitiativen auf »begrenzte, ganz konkrete Anliegen konzentrieren«, da sie »nicht in der Lage (sein), über ihre konkreten gemeinsamen Anliegen hinaus eine antimonopolistische Gesamtalternative« zu entwickeln. Dazu sei »nur die von der Theorie von Marx, Engels und Lenin geleitete revolutionäre Arbeiterbewegung in der Lage«¹³, also die kommunistische Partei. Diese leninistische Zielvorstellung, die nicht per Postulat schon eingelöst ist, sondern real in der Praxis bewiesen werden muß, kann als aktuelle Hegemoniebehauptung mißverstanden werden. Kommunisten verstehen diese Aussagen »aber keineswegs als einen Führungsanspruch, sondern als besondere Verantwortung. Unsere Partei will sich Achtung und Ansehen allein durch ihre Initiative bei der Entwicklung gemeinsamer Bewegungen und Aktionen, durch die Tatkraft und Konsequenz ihrer Mitglieder erwerben.«¹⁴

4. Die Herausarbeitung der »neuen Inhalte«

Diese Formen gleichberechtigter und autonomer Zusammenarbeit entwickeln sich gegenwärtig nicht über Wahlbündnisse, wiewohl diese eine perspektivische, strategische Idee bleiben, sondern über das Zusammenwirken in den außerparlamentarischen Bewegungen, welche nun nach dem Verlust der Funktion als Zünglein an der Waage auch wieder für die Hamburger GAL im Vordergrund stehen. Der Vorrang der außerparlamentarischen Aktion ergibt sich auch aus der Notwendigkeit, eine »zwingende« Kraft links von bzw. außerhalb der SPD zu bilden, um die Entwicklung in der SPD zu beeinflussen. Beispielcha-

rakter kann die BaFög-Demonstration vom Dezember letzten Jahres in Bonn haben, wo neben Grünen und Kommunisten auch SPD-Prominenz sich veranlaßt sah, gegen die BaFög-Streichungen Stellung zu nehmen. Angesichts der Zuspitzung in der Raketenfrage und der anwachsenden Arbeitslosenzahl können, so Herbert Mies, »die Bedingungen für ein solches Bündnis, wenn sie jetzt auch noch nicht vorhanden sind, sehr rasch heranreifen«. ¹⁵

Die Herausbildung der neuen Mehrheit ist aber nicht nur eine Struktur-Frage, es müssen gemeinsame, mehrheitsfähige Inhalte entwickelt werden. Daß ein Diskussionsprozeß begonnen hat, zeigt der Bielefelder Kongreß »Zukunft der Arbeit« vom Oktober 1982. »Wege aus Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung« suchte ein wichtiger Teil der möglichen neuen Mehrheit: Neben dem BBU, den Grünen, der Hamburger GAL und Westberliner AL, Jungdemokraten und Jungsozialisten, Bürgerinitiativen, DS, SHB und DKP waren viele Einzelpersonen und gewerkschaftlich Aktive vertreten — nicht aber »offizielle« Kreise aus SPD und Gewerkschaften. Auf einer allgemeinen Ebene sahen sich Träger und Teilnehmer des Kongresses einig über die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel einer 35-Stunden-Woche, von ökologisch und sozial sinnvollen Zukunftsinvestitionen, der Forderung nach menschengerechter Arbeit, des Widerstands gegen den Sozialabbau und des gemeinsamen Willens zu einer »Wirtschaftspolitik von unten«.

In der konkreten inhaltlichen Umsetzung dieser Ziele bestehen noch große Gegensätze, die in dem Annäherungsprozeß von Arbeiterbewegung, Gewerkschaften und »Traditionslinken« einerseits und den Mittelschicht-sozialisierten Vertretern neuer Bewegungen andererseits abgearbeitet werden müssen:

- das »Ob« und »Wie« des Wirtschaftswachstums im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung;
- der Vorrang sozialer oder ökologischer Fragen bzw. die Vermittlung beider Themen;
- Arbeitszeitverkürzung mit oder ohne Lohnausgleich (für alle oder für die mittleren und unteren Einkommensgruppen);
- die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.

Rudolf Hickel hat auf dem Bielefelder Kongreß einige Orientierungsperspektiven formuliert. ¹⁶ Eine Alternativstrategie für eine »neue Mehrheit« hat nur dann eine ernsthafte Chance, wenn sie langfristige Ziele und kurzfristige Handlungsanforderungen miteinander vermittelt. Er wendet sich mit Recht gegen »spekulative Ansätze einer Residual-Alternativstrategie«, die entweder den »formellen Sektor« der entfremdeten Lohnarbeit gar nicht angeht oder glaubt, durch den Ausbau »informeller« selbstbestimmter Alternativprojekte den Bereich der industriellen Arbeit von »unten« aufzurollen. Das Konzept einer Alternativökonomie, so Hickel, muß dagegen gesamtgesellschaftlich ausgerichtet werden. Sie kann sich nicht auf einen Teilssektor kleiner Projekte zurückziehen, der sich zudem in finanzieller Abhängigkeit vom Bereich traditioneller Wertschöpfung, staatlicher und privater Subventionierung befindet. Das »was und wie für wen« der Produktion und des Wachstums muß im Vordergrund stehen, ein Alternativentwurf im übergreifenden Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit Stellung beziehen: An der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften geht kein Weg vorbei, sozialistische Perspektiven (Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien bei demokratischer Kontrolle, z.B. über Wirtschafts- und Sozialräte, deren Vorformen sich aus regionalen Initiativen herausbilden sollten) sind unumgänglich.

Erst dieser gesamtgesellschaftliche Rahmen öffnet wirtschafts- und sozialpolitische Tore für unterstützenswerte Eigenarbeits- und Selbsthilfeprojekte. Warum z.B. nicht unter dem

Motto vom qualitativen Wachstum mit den Gewerkschaften für staatliche Investitionen in soziale Experimente eintreten, fragt WSI-Autor W. Elsner?¹⁷ Isoliert von den zentralen Ökonomie- und damit Machtfragen betrachtet, würden Selbsthilfeprojekte dem Subsidiaritätsprinzip der CDU, einer Austeritätspolitik (zugunsten der Subventionierung der weltmarktorientierten Großunternehmen) in die Hände arbeiten. Inzwischen hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB in den neuesten WSI-Mitteilungen inhaltliche Gemeinsamkeiten und Ansatzpunkte für eine Kooperation zwischen Gewerkschaften und Ökologiebewegung herausgearbeitet. Unter anderem werden regionale Arbeitskreise von betrieblichen Arbeitnehmervertretern und Ökologen zu den an Gewicht zunehmenden Problemen (Chemikalien/Schwermetalle, Trinkwasserversorgung, Ernährung) vorgeschlagen, die den bisher vorherrschenden Gegensatz in der AKW-Thematik abbauen könnten.

Die Herausarbeitung solcher gemeinsamer Perspektiven erscheint mir fruchtbarer als die wiederholte links-akademische Kritik von außen, das ständige Entlarven eines »kleinbürgerlichen Charakters« der neuen sozialen Bewegungen. »Der primäre Bezug auf die grüne Bewegung nur in Form solidarischer Kritik«, wie es seinerzeit der stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende Alex Drexler formulierte¹⁸, reicht ebensowenig wie die Zuschauerhaltung der SPD-Linken bei den Tolerierungsverhandlungen zwischen SPD und GAL im Hamburger Herbst 1982.

Anmerkungen

- 1 Erhard Eppler auf dem Juso-Bundeskongreß 1982, zit. nach: *spw* 16, 1982, S. 293
- 2 Vgl. Horst Heimann, Die Alternativbewegungen sind noch keine politikfähige Kraft, in: *Vorwärts* Nr. 37 vom 3.9.1981, S. 18
- 3 Alexander Schubart, Ein breites Bündnis alternativer Kräfte, in: TAZ vom 3.2.1982, S. 3
- 4 Grünen-Bundesvorstandsmitglied Uli Tost; vgl. UZ vom 4.3.1982, S. 2
- 5 Jürgen Reents, Bernd Vetter, Ein Vorschlag zur Diskussion: Grün-Alternative Bündnisliste, Hamburg 25.8.1982
- 6 Wolfgang Fritz Haug, Strukturelle Hegemonie, in: *Das Argument* 129, 1981, S. 628-648 — hier: S. 636.
- 7 UZ vom 27.6.1981, S. 3
- 8 W.F. Haug, a.a.O., S. 636
- 9 ebd., S. 637
- 10 Willi Gerns, Unsere Weltanschauung und demokratische Bewegungen, in: UZ vom 12.8.1981, S. 7
- 11 W.F. Haug, a.a.O., S. 641
- 12 UZ vom 17.12.1982, S. 7
- 13 Willi Gerns, Neue soziale Bewegungen und antimonopolistische Alternativen, in: Programmheft zur Marxistischen Woche 1981, S. 42
- 14 Herbert Mies, Willi Gerns, Weg und Ziel der DKP, Frankfurt 1979, S. 138 (Zitat aus DKP-Parteiprogramm)
- 15 ders., Linkes Bündnis gegen Rechtskoalition, in: DVZ vom 7.10.1982, S. 3
- 16 Vgl. Rudolf Hickel, Über die Zukunft der Arbeit, in: DVZ vom 21.10.1982, S. 5
- 17 Vgl. Wolfram Elsner, Bemerkungen zu einigen Denkfehlern einiger Theoretiker der alternativen Ökonomie, in: WSI-Mitteilungen 1/82, S. 51
- 18 Alex Drexler, Rot statt grün? in: JuSo-Info Hochschulgruppe Kassel Nr. 22 (1980), S. 8

Klaus-Peter Wolf und Burkhard Zimmermann

Wird die »neue Mehrheit links von der CDU« ein Reformbündnis?

Über die Notwendigkeit sozialdemokratischer Lernprozesse und die Aussichten linker Bündnisse

Die letzten Landtagswahlergebnisse von Hessen und Hamburg zeigen deutlich das Dilemma der SPD: Fast ohne eigenes Zutun errang sie mit Hilfe von Genscher/Lambsdorff bei der Jugend und den traditionellen Stammwählern wieder den Rang des »kleineren Übels«. Ohne die alten Positionen gründlich infrage zu stellen, bewirkten einige neue Töne und moralische Empörung, die von den Rechtskräften als Änderung bisheriger Politik aufgegriffen wurden (vgl. die täglichen Kommentare der FAZ), den Eindruck von Wandel der Partei. Der seit Jahren währende schlechende Niedergang der SPD, bestimmt durch eine Politik der Hochrüstung und Bündnistreue sowie der Sozialdemontage an einst selbst erkämpften Errungenschaften, durch eine Arbeitsmarktpolitik zulasten der Arbeitslosen und der Lohnabhängigen, konnte gestoppt werden.

Dieses kapitalistische Krisenmanagement hatte wenig zu tun mit den kämpferischen Traditionen der Arbeiterbewegung und der sozialdemokratischen Partei. Mit Rationalisierungsprämien wurde der Arbeitsplatzabbau beschleunigt, Alternativen aber nicht einmal öffentlich diskutiert. Selbst gegen Beschäftigungsprogramme gab es in der SPD vor dem Sommer 1982 massive Widerstände. Dagegen war Industriesubventionierung nach wie vor an der Tagesordnung. »Lieber 5% Inflation als 5% Arbeitslosigkeit« war die Devise Helmut Schmidts, bis wir in der BRD 5% Inflation und 10% Arbeitslosigkeit hatten. Den Betroffenen suchte man zu suggerieren, daß die Regierung das Problem schon in den Griff bekommen könne, daß keine Grundfrage des kapitalistischen Systems berührt sei. Das sozialdemokratische Programm des »blauen Himmels über der Ruhr« von 1961 diene als Alibi für eine Politik, die ökologische Zerstörungen nicht bekämpfte und Umweltfragen hinter kurzfristigen Konzern- und Arbeitsplatzinteressen zurückstellte. Eine Wirtschaftspolitik, die in den großen Konzernen Bündnispartner sieht, führt zwangsläufig zu Begünstigung und Spendenaffären. Auch wenn die CDU-Vertreter ein vielfaches erhielten — niemanden wundert dies — die Spendenaffäre bleibt im öffentlichen Bewußtsein an der Sozialdemokratie hängen. In der BRD sind die Großkonzerne immer noch gesellschaftsbeherrschend. Sozialdemokraten haben ihre wirtschaftspolitische Konzeption weitgehend den Interessen der Monopole untergeordnet. Sind wir damit vielfach nicht doch nur »Frühwarnsystem des Kapitalismus«, manchmal gar nur »Werkschutz des Kapitals« gewesen und haben uns für Konzerninteressen einspannen lassen?

Ein anderes trauriges Kapitel ist der Abbau der Mietergesetzgebung der letzten Jahre. Nicht billiger Mietwohnraum, sondern der Eigenheim- und Eigentumswohnungsbau Privilegierten wurde mit Milliarden-Beträgen finanziert. Auf Intervention des stellvertretenden Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers Schmidt, der sich an Parteitagbeschlüssen nicht gebunden fühlte, mußte der Beschluß des Parteitages 1973, für die Abschaffung des Maklerwesens einzutreten, zurückgezogen werden.

Der Marxismus wird vom rechten Parteiflügel als überholt tabuisiert, ihrer Stammwählerschaft predigt die SPD Klassenharmonie und verbreitet Illusionen über den Charakter »dieses unseres Staates«. Antikommunismus wird als Vehikel benutzt, um die politisch

wirksame Öffentlichkeit und insbesondere die Gewerkschaften von klassenkämpferischen »Elementen« weitgehend zu reinigen. Die Bildungsarbeit der Partei ist vernachlässigt worden; welche Zeitung der SPD (abgesehen von ihren harmonisierenden Inhalten) wird übrigbleiben? Im Medienbereich drängt die SPD unter die Obhut einiger Pressekonzerne; einzig das absolut parteifremde SM bleibt erhalten.

Die SPD nach dem 17. September 1982

Aus der SPD hören wir jetzt ganz andere Töne. Horst Ehmke hält im Bundestag kämpferische Reden. Die Partei strotzt vor Kreativität. Auf Plakaten wird wieder an alte Zeiten erinnert: beispielsweise wird Bildungspolitik wieder als Klassenpolitik thematisiert. Die Zeit vor dem September 1982 scheint einfach »vergessen«. Wie glaubwürdig sind also die gegenwärtigen Entwicklungen der Partei?

Während Hans-Jochen Vogel spätestens in seiner Berliner Zeit Lernfähigkeit bewiesen hat, ist bei einem Großteil der Rechtssozialdemokratie wenig Veränderung zu spüren: Erich Meinicke wurde in Oberhausen nicht mehr als Bundestagskandidat aufgestellt. Klaus Thüsing wurde demonstrativ schlecht auf der NRW-Landesliste placiert. Annemarie Renger bekam zwar von ihrer Parteibasis kein Votum, dafür aber einen absolut sicheren Listenplatz in Nordrhein-Westfalen. Klaus von Dohnanyi, der in Hamburg ebenfalls viele neue Erfahrungen gesammelt und in den Verhandlungen mit der GAL einige Konsequenzen gezogen hat, mußte sich von seiner Parteirechten vor der zweiten Bürgerschaftswahl heftige Kritik gefallen lassen. »Dachlatten-Börner« verficht jetzt Programmteile, die vor der Hessen-Wahl mit ihm undenkbar waren. Seit die Grünen, die Börner vorher in die Nähe von Faschisten gerückt hatte, im hessischen Landtag sitzen, kooperiert er mit ihnen. Aber wie lange noch? Taktik statt Glaubwürdigkeit ist zur Zeit die Leitlinie vieler Parteirechter. Deshalb wird die Politik der Rechtskoalition heftig attackiert, ohne zuzugestehen, daß in vielen Bereichen lediglich die Schubladenpläne der alten sozialliberalen Bundesregierung verwirklicht werden. Die SPD profitiert davon, daß sie diese Politik nicht verantworten muß. Wie wenig selbst die Parteilinke nach dem Kanzlersturz dessen Ursachen begriffen hatte, zeigte deren Absicht, Helmut Schmidt erneut zu einer Kanzler-Kandidatur bewegen zu wollen. An die Stelle klarer Analysen traten Integrations- und Geschlossenheitsduselei.

Diese Parteieinschätzung mag zunächst pessimistisch klingen; aber nur eine realistische Einschätzung der Entwicklungsmöglichkeiten der SPD kann hilfreich sein. Illusionen über die gegenwärtige Veränderung der Partei, wie sie mit bestimmten wortradikalen Aussagen begründet werden, führen zu fehlerhaften politischen Konsequenzen und zu gefährlichen Enttäuschungen. Die entscheidende Frage ist, ob und wie die Parteimehrheit inhaltliche und personelle Konsequenzen aus dem Niedergang der SPD vor dem 17. September zieht. Keinesfalls ein »Hoffnungsschimmer« wäre das Austauschen der ersten durch die zweite Generation der Macher (z.B. Glotz, Ehmke, Voigt, Roth). Glaubwürdigkeit zu gewinnen, verlangt, ohne Rücksicht auf taktische Überlegungen eigene Fehler aufzuarbeiten und schonungslos eigenes Versagen zu überprüfen. Fehler müssen öffentlich korrigiert werden, nicht nur hinter vorgehaltener Hand. Dazu gehört die notwendige Analyse des gesellschaftlichen Standortes im Kapitalismus, die ohne akademische Spitzfindigkeiten betrieben werden muß. Linken Sozialdemokraten geht es nicht in erster Linie um Wahlarithmetik, sondern um Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten. In den Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit muß nicht Sozialpartnerschaft, sondern Klassenpolitik betrieben werden: Millionen gegen Millionäre.

Sozialdemokraten dürfen nicht nur von den Grünen Lernfähigkeit verlangen. Sie müssen diese selber nachweisen.

Grün-Alternative: Fundamentalopposition oder positiver Faktor im Reformbündnis?

Die Grün-Alternativen führen seit ihren Wahlerfolgen in West-Berlin, Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg und Hessen eine intensive strategische Debatte. Drei unterschiedliche Ansatzpunkte sind dabei deutlich geworden: Die Gruppe der *Fundamentalopponenten* — repräsentiert vor allem durch Rudolf Bahro — ist schwächer geworden. Die »*Machtbeteiligungsfraktion*« beschränkt sich nahezu auf die Landtagsfraktion in Baden-Württemberg; sie wäre sogar zu formellen Koalitionen mit der SPD bereit. Am ehesten mehrheitsfähig ist bei den Grünen eine Gruppe, die — unter bestimmten inhaltlichen Bedingungen — für eine *Tolerierung* der SPD als Regierungspartei eintritt. Hierzu zählen vor allem die GAL in Hamburg und die — ökologisch geprägten — Grünen in Hessen. Auch die AL in West-Berlin arbeitet mit der SPD punktuell zusammen, beide allerdings aus der Opposition heraus.

Niemand kann mit einiger Sicherheit sagen, welche strategischen und inhaltlichen Positionen sich bei den Grün-Alternativen durchsetzen und damit das künftige »Bild« dieser Partei bestimmen werden. Gestärkt werden gegenwärtig jene grün-alternativen Kräfte, die sich für eine aktive — auch parlamentarische — politische Gestaltung einsetzen und dabei eine »klug entwickelte Bündnispolitik gegenüber der SPD«¹ praktizieren. Sie können sich u.a. auf eine Analyse der Hamburger Bürgerschaftswahl vom 19. Dezember 1982 stützen, die von der Forschungsgruppe Wahlen/Mannheim vorgelegt worden ist. Danach schätzten im Juni des vergangenen Jahres nur zwei Drittel aller Wähler die GAL als politisch links ein. Knapp 20 Prozent sahen sie in der politischen Mitte. Zur Zeit der zweiten Bürgerschaftswahl im letzten Jahr haben jedoch »90 Prozent aller Hamburger Bürger die Grün-Alternativen als eine linke Partei und nur noch 8 Prozent als eine Partei der Mitte« empfunden. Für diesen Einstellungswandel ermittelte die Forschungsgruppe folgende Begründung: »Die Arbeit der GAL in der Bürgerschaft, vor allem aber wohl die Verhandlungen der GAL mit der SPD, haben diese Änderungen in der Einschätzung der Bevölkerung bewirkt.«

Eine oppositionelle Verweigerungspolitik — wie sie die Fundamentalopponenten verlangen — stärkt nicht das linke Profil der Grün-Alternativen. Sie würde vielmehr enttäuschte Grün-Wähler wieder zur SPD zurückdrängen, weil ihre Stimmabgabe keine praktischen Konsequenzen hätte. Allerdings kann die strategische Option der Tolerierung zu einer Zerreißprobe führen. Goltermann von der GAL befürchtet, daß die Grün-Alternativen dafür einen »Preis zu zahlen haben. Vielleicht den Preis der Spaltung der Bewegung. Und der wäre noch nicht einmal der höchste. Leider steht mehr auf dem Spiel.«²

Wer eine handlungsfähige »Mehrheit links von der CDU« will, muß prüfen, wo es mit den Grün-Alternativen und weiteren gesellschaftlichen Kräften Differenzen und Anknüpfungspunkte gibt. Diese Prüfung muß auch unabhängig von parlamentarischen Konstellationen erfolgen. Denn wesentliche Kräfte, die für eine politische »Mehrheit links von der CDU« zu gewinnen wären, sind in den Parlamenten nicht vertreten: die Gewerkschaften, die demokratischen Bewegungen und die DKP. Und die Grün-Alternativen sind, im Gegensatz zu den bisher im Parlament vertretenen Parteien, nicht parlamentsfixiert. Schließlich und vor allem greift jede Strategie, gesellschaftliche Veränderungen nur und vor allem auf der parlamentarischen Ebene bewirken zu wollen, zu kurz. D.h. eine »Mehrheit links von der CDU« muß vor allem außerparlamentarisch handlungsfähig werden.

Die deutliche Rechtsentwicklung sozialdemokratischer Regierungspolitik macht verständlich, daß auch viele Sozialdemokraten mit grün-alternativen Positionen — zumal antikapitalistischen und reformistischen — sympathisieren. Dennoch bleiben gegenüber dieser politischen Gruppierung grundsätzliche Differenzen; auch marxistische Sozialdemokraten sehen die Mitgliedschaft und Mitarbeit in der SPD nicht als eine taktische Frage:

»Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ... ist in der Bundesrepublik Deutschland nun einmal die Partei, um die sich die Majorität der abhängig Arbeitenden, soweit sie überhaupt eine Form von politischem Bewußtsein entwickelt, sammelt, und der von dieser Majorität aplaudiert wird in den Wahlen. Diese Sozialdemokratische Partei ist deshalb ohne Zweifel, so wie die Dinge in der Bundesrepublik liegen, das wesentlichste Kampffeld, wie der wesentlichste Kampffaktor, zugunsten der Wiederbelebung von Klassenbewußtsein und Wiedereinführung dieser abhängig arbeitenden Klasse als Subjekt in die bundesrepublikanische Geschichte, in der sie ja häufig genug nur Objekt gewesen ist. Deshalb bedarf es in dieser Sozialdemokratischen Partei eines marxistisch reflektierenden Flügels, der sich Gedanken über eine Programmatik für ihre nächsten Schritte und eine Form der Anleitung ihrer Kämpfe macht.«³

Wo liegen konkrete Differenzen? — Umstritten bei den Grün-Alternativen selbst sind das Rechtsstaatlichkeitsprinzip und das Gewaltmonopol des Staates. Im Zusammenhang mit der Anti-Reagan-Demo am West-Berliner Nollendorfplatz wurden diese Differenzen innerhalb der AL sowie zwischen der AL und den anderen Teilen der Friedensbewegung deutlich. Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit ist für viele Grüne nachrangig. In ihrem Gesprächsangebot an Willy Brandt bildete die Arbeitslosigkeit für Petra Kelly den letzten Punkt. Bahro will Arbeitslosigkeit als »Chance begreifen — sowohl subjektiv als auch objektiv ... Mit 5 Millionen Arbeitslosen ist zumindest theoretisch auch ein Druck möglich.«⁴ Im verabschiedeten Wirtschaftsprogramm der Grünen wird der »Ausstieg aus dem Industriesystem« gefordert. Ernst Hoplitschek u.a. sprechen von der »ollen Kamelle 'Sozialstaat'«. Sie wollen »Sozialhilfe dezentral in Eigeninitiativen« organisieren.

Gerade in den letzten drei Punkten wird deutlich, wie sehr Teile der Grünen die von der Arbeiterklasse erkämpften Errungenschaften ablehnen und zurückschrauben wollen. Der immerhin mit großer Mehrheit in den Bundesvorstand der Grünen gewählte Rudolf Bahro sagt dazu:

»Der DGB gehört nicht weniger als die SPD zu den Strukturen, die wir bekämpfen müssen. Wer nicht begreift, daß man im Bündnis mit dem DGB keine ökologische Politik machen kann, den sollten wir bitten, nicht unbedingt bei uns mitmachen zu wollen.«⁵

Wie finden Grün-Alternative und die Arbeiterbewegung zusammen?

Die grundsätzlichen und konkreten Differenzen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß es für fortschrittliche, an Arbeitnehmerinteressen orientierte Kräfte in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften wichtige Berührungspunkte mit Grün-Alternativen gibt, die eine gemeinsame Politik nicht nur notwendig, sondern auch möglich machen. Die von den Konservativen geschürte Debatte über »grün-rote Koalitionen«, das Wort von Willy Brandt über eine »neue Mehrheit links von der CDU«, aber mehr noch die Wahlergebnisse in Hamburg und Hessen haben bei den Grün-Alternativen nicht nur strategische, sondern auch inhaltliche Entwicklungen bewirkt. Ökologische Fragen werden zunehmend in einen Zusammenhang mit ökonomischen Problemen gebracht. Hierdurch sind wichtige Ansatzpunkte geschaffen worden, damit das grün-alternative Spektrum und die Organisationen der Arbeiterbewegung einen Schritt aufeinander zugehen können. Außerdem hat der (außer)parlamentarische Druck der demokratischen Bewegungen und der

Grün-Alternativen bei SPD und DGB gewisse Umdenkungsprozesse hinsichtlich ökologischer und friedenspolitischer Fragen eingeleitet.

Kristallisationspunkt für ein gemeinsames Vorgehen von Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Grünen können Investitions- und Beschäftigungsprogramme werden. Das gemeinsame Abstimmungsverhalten von Grünen und SPD beim Vorschaltgesetz zum hessischen Haushalt 1983 zeigt, daß Gemeinsamkeiten (vielleicht auch nur vorübergehend) hergestellt werden können. Ein weiterer Ansatz ist das vom DGB geforderte, auf 20 Jahre angelegte Investitionsprogramm mit einem Volumen von ca. 450 bis 500 Milliarden DM. »Vor allem sollen damit Maßnahmen zur Wärmedämmung (ca. 250 Milliarden) durchgeführt, aber auch das Fernwärmenetz (80 bis 100 Milliarden DM) ausgebaut und regenerative Energiequellen (Wärmepumpen, Sonnenenergie; ca. 150 Milliarden DM) erschlossen werden. Mit einem Beschäftigungseffekt von 700.000 bis 1 Million Dauerarbeitsplätzen würde das Programm neben einer ökologischen Umstrukturierung der Energieversorgung zu einer erheblichen Verbesserung der Beschäftigungssituation führen.«⁶

Auch das 50-Milliarden-Investitionsprogramm mit seinen Schwerpunkten Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung, Wohnungs- und Städtebau, Umweltschutz, Verkehr, Humanisierung der Arbeitswelt u.ä. »wäre kurzfristig für einen solchen Abstimmungsprozeß geeignet«.⁷ Diese Investitionsbereiche decken sich auch weitgehend mit den Vorstellungen der Grünen in Nordrhein-Westfalen, die sie im »Konzept gegen Arbeitslosigkeit« formuliert und vor allem auf dem Bielefelder Kongreß »Zukunft der Arbeit« vorgetragen haben.⁸

In einer zentralen arbeitsmarktpolitischen Frage gibt es — allerdings kritikwürdige — Annäherungen zwischen SPD und Grünen. Die SPD meint in ihrem Wahlprogramm, eine deutliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit müsse »auch über einen geringeren Lohnanstieg finanziert werden«. Die Grünen fordern bei Arbeitszeitverkürzung nur für die »unteren« und »mittleren« Einkommen einen vollen Lohnausgleich. SPD und Grüne beabsichtigen also, daß alle oder Teile der Arbeitnehmer die aus der kapitalistischen Krise resultierende Arbeitslosigkeit z.T. selbst finanziell bekämpfen sollen. Dabei schafft Arbeitszeitverkürzung allein ohnehin nicht nennenswert mehr Arbeitsplätze, so daß zwar die Einkommen der Lohnabhängigen (weiter) sinken, aber keine relevanten Neueinstellungen erfolgen würden. — In der Diskussion über die Aufrüstung bewegen sich SPD und DGB auf Positionen zu, die seit längerer Zeit von linken Sozialdemokraten, Grünen und Kommunisten vertreten werden. »Es darf keine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa geben«, heißt es im Beschluß des letzten DGB-Bundeskongresses. Die SPD will sich — so ihr Wahlprogramm — dafür einsetzen, daß die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen »überflüssig wird«. Der DGB plädiert in seinen Wahlprüfsteinen dafür, in die »Umschichtung der öffentlichen Haushalte« zur Finanzierung beschäftigungssichernder Ausgaben« auch den Verteidigungshaushalt einzubeziehen«.

Wer die ökologische Hülle der konkreten (wirtschafts-)politischen Forderungen der Grün-Alternativen abstreift, könnte meinen, daß das Godesberger Programm der SPD und der Orientierungsrahmen '85 als Vorlage gedient haben. Viele dieser Forderungen hatte die SPD als führende Regierungspartei allerdings schon lange preisgegeben. Deshalb erschienen viele der grün-alternativen Positionen als neu. Eine programmatische Übereinstimmung läßt sich auch insoweit erkennen, als die grün-alternativen, sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Grundsatzbeschlüsse keine realistische Transformationsstrategie zur Überwindung der kapitalistischen Profitlogik anbieten: Sie alle begnügen sich (noch) mit der Korrektur von »Auswüchsen« des Kapitalismus.⁹

Angesichts dieser Tradition vieler grün-alternativer Positionen liegt es nahe, wenn immer mehr Repräsentanten jenes gesellschaftlichen Spektrums die Haltung aufgeben, sie seien politisch gleichermaßen weit entfernt von SPD/CDU/FDP. Ihren Versuchen, ein konstruktives Verhältnis zur Sozialdemokratie zu finden, liegt auch die strategische Absicht zugrunde, Widersprüche zwischen den verschiedenen SPD-Flügeln auszulösen und zu nutzen: »Der Kern der Tolerierungsstrategie erweist sich als Instrument, den strukturell bei der SPD angelegten Widerspruch zwischen Worten und Taten zum Tanzen zu bringen. Das ist gut.«¹⁰ Diese Strategie kann von der SPD-Linken aufgenommen werden, wenn sie dazu dient, linkssozialdemokratische und sozialistische Kräfte zu stärken. Diese Strategie wird von der Parteilinken allerdings dann bekämpft werden, wenn sie zum Ziel haben sollte, Abspaltungen am linken SPD-Flügel zu provozieren. Dafür könnte es ein objektives Interesse der Grün-Alternativen geben. Denn die SPD-Linke ist es, »die auf der Basis fortschrittlicher Inhalte und sozialistischer Perspektiven die Organisationsfrage zugunsten der SPD beantwortet — und damit dem Ziel des Aufbaus einer Konkurrenzpartei argumentativ und faktisch im Wege steht.«¹¹

Rechtssozialdemokratie, »neue Mehrheit« und die wichtigsten Aufgaben der SPD-Linken

Was eine punktuelle Zusammenarbeit mit den Grünen angeht, so gibt es innerhalb der Sozialdemokratie vom rechten Partei- und Gewerkschaftsflügel genauso starken Widerstand wie bei den Grünen durch die Fundamentalopponenten. Allerdings revidieren Rechtssozialdemokraten eher als grün-alternative Fundamentalopponenten ihre Position aus opportunistischen Gründen, wenn es um die »Macht« geht, also um eine Regierungsbeteiligung. Prof. Dr. Richard Löwenthal hat für diesen Wandel kein Jahr gebraucht. Ende 1981 hieß es in seinen 6 Thesen zur »Identität und Zukunft der SPD«:

»Die Sozialdemokratie kann also die gegenwärtige Identitätskrise nur überwinden, wenn sie sich klar für die arbeitsteilige Industriegesellschaft und gegen die Verteufelung, für die große Mehrheit der Berufstätigen und gegen die Randgruppen der Aussteiger entscheidet. ... Wenn die Partei um der Integrierung dieser Gruppen willen eine klare Entscheidung vermissen läßt, kann sie nur sich selbst desintegrieren.« (FAZ Nr. 283 vom 7.12.1981, S. 2)

Mitte Dezember 1982 verlangte er von der Sozialdemokratie »die Bereitschaft zum sachlichen, öffentlichen Gespräch mit den neuen grünen Vertretungen in den Parlamenten. Das unmittelbare Ziel solcher Gespräche wird meist die Erkundung der Möglichkeit einer zeitweisen Tolerierung sozialdemokratischer Minderheitsregierungen durch die Grünen sein, wie in den letzten Wochen in Hamburg und vielleicht morgen in Hessen und anderswo.«¹²

Bis zum heutigen Tag agiert die Parteilinke in dieser Diskussion defensiv. Wenn es heute einen besonderen, Resignation erzeugenden Schwachpunkt für die SPD gibt, so ist es der kraftlose teilweise beabsichtigt passive Zustand der Parteilinken, die auf den höheren Funktionärsebenen stark in das Anpassungsgeflecht der Partei verstrickt ist. Gegenwärtig scheint Jochen Vogel der einzige prominente »Parteilinke« zu sein; zumindest werden Positionen links von ihm kaum noch öffentlich formuliert. Von der Schwäche der SPD-Linken können Gruppierungen links von der SPD vielleicht vorübergehend profitieren. Unter dem Strich schwächt dieses jedoch die gesamte Linke der BRD. Denn von der Parteilinken hängt es maßgeblich ab, ob die SPD zum entscheidenden Faktor einer »neuen Mehrheit links von der CDU« wird und damit gesellschaftliche Kräfteverhältnisse nach links verschoben werden können. Wo liegen nun die Hauptaufgaben der Linken in der Sozialdemokratie?

1. Es muß das Ziel sein, den Rechtsblock weiter zu destabilisieren. Hierzu gehört auch,

Tendenzen im rechten SPD-Flügel entgegenzutreten, sich eher für eine Große Koalition als für eine SPD-(Regierungs-)Politik in einer »neuen Mehrheit links von der CDU« zu entscheiden. Dies zu verhindern, kann helfen, die SPD aus dem »herrschenden Block« herauszulösen und eine Politik durchzusetzen, die sich an Arbeitnehmerinteressen orientiert, die versucht, Arbeitsplatz- und Ökologieinteressen als zwei Seiten einer Medaille zu betrachten.

2. Die SPD-Linke muß spätestens nach der Bundestagswahl, egal welche parlamentarische Rolle die Partei dann spielen wird, damit beginnen, Fehler sozialdemokratischer Politik aufzuarbeiten. Es muß analysiert werden, warum die Reform-Politik Willy Brandts und die kapitalistische Krisenmanagement-Politik von Helmut Schmidt gescheitert sind.

3. Dabei kann die SPD-Linke vorhandene innerparteiliche Spielräume nutzen, die sich daraus ergeben, daß die rechtssozialdemokratische Politik offensichtlich gescheitert ist und (zumindest zeitweise) für den Regierungsverlust der SPD gesorgt hat.

4. Linke Sozialdemokraten können für ihre innerparteilichen Ziele den Druck nutzen, den Gewerkschaften, demokratische Bewegungen und Grüne auf die SPD ausüben. Dieser Druck hat sich wesentlich verstärkt, seitdem die Grün-Alternativen in die Parlamente eingezogen und für den Regierungshaushalt der SPD maßgeblich geworden sind (Hessen, zeitweise Hamburg).

5. Allerdings führt die Stärke fortschrittlicher Kräfte außerhalb der SPD nicht automatisch zur Stärkung linkssozialdemokratischer Positionen. Ohne eine engagierte und offensive Parteilinke können die sich anbietenden Spielräume nicht genutzt und erweitert werden, ohne sie bleiben Veränderungsprozesse in der SPD in den Grenzen eines verbalen Opportunismus nach links. Die Chance wäre vertan, daß politische Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik nach links zu verschieben. »Die Veränderungsprozesse in der SPD sind nicht unabhängig von den Entwicklungen in den Gewerkschaften und der Stärke von demokratischen Basisbewegungen. Andererseits wird sich die SPD durch Druck von außen allein nicht in eine antikapitalistische Richtung entwickeln.«¹³

6. Von der Stärke der SPD-Linken hängt auch ab, ob die SPD tatsächlich eine Politik durchsetzen will, die von den Kräften einer »neuen Mehrheit links von der CDU« ebenfalls unterstützt werden kann. Mit der SPD kommt ein solches Bündnis nur zustande, wenn »bislang unterlegene Positionen der Parteilinken Mehrheitsposition in der SPD werden. Das Gewicht der SPD-Linken bei politischen Entscheidungen der Partei entscheidet darüber, welches Gewicht die SPD in einer »Mehrheit links von der CDU« haben wird.«¹⁴

7. Tatsache ist, daß von marxistischen Sozialdemokraten seit Jahren in der SPD vertretene Inhalte mit dem stärkeren Druck von links größere Zustimmung finden (Ablehnung neuer Raketen und der Atomenergie, Ablehnung von Großprojekten wie Autobahnen und Startbahn-West sowie Forderung nach ökologisch vertretbaren Beschäftigungsprogrammen). Marxistische Sozialdemokraten müssen darüber hinaus konkrete Schritte einer Transformationsstrategie formulieren, die zum Bruch mit der Profitlogik führen können.

8. Die Bedeutung von politischem Bewußtsein und außerparlamentarischer Arbeit muß inhaltlich (nicht opportunistisch) begriffen werden. Außerparlamentarischer Druck war vor 1914 die Stärke der Sozialdemokratie. In dieser Verbindung erst wird die Parlamentsarbeit relevant. Parlamentsfixierung und Illusionen über den Staat bestimmen dagegen nach wie vor die politische Praxis vieler Sozialdemokraten. Bewußtseinsbildung und Massenmobilisierung müssen eine wesentlich gewichtigere Rolle gegenüber parlamentarischer Arbeit erhalten.

9. Wenn die Parteilinke einen starken außerparteilichen Druck von Links nutzen will, kann sie nicht dem Glotz'schen Integrationskonzept folgen. Der (ohnehin) eher unrealistische Versuch, größere Teile der Grünen und der demokratischen Bewegungen in die SPD zu integrieren, kann gegenwärtig nur dazu führen, diese gesellschaftlichen Konfliktpunkte zu harmonisieren und die bundesdeutsche Linke insgesamt zu schwächen.

Das gegenwärtig opportunistisch begründete Verhalten insbesondere des rechten Parteiflügels muß aufgegriffen und von der Parteilinken zu mehrheitsfähigen Beschlüssen der Partei entwickelt werden. »Neue Mehrheit links von der CDU« heißt, eindeutige Positionsänderungen in der SPD herbeizuführen:

- Eine Rückbesinnung auf die Reformpolitik der Brandt-Ära und die Bedingungen ihres Scheiterns ist unabdingbar.
- Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit muß zu glaubwürdigen Konsequenzen und zu einer gesellschaftspolitischen Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus führen.
- Die Hochrüstung der NATO — insbesondere der »Doppelbeschuß« — muß abgelehnt werden.
- Ökologische Zerstörungen müssen als eigenes Problem erkannt und im Rahmen einer arbeitsorientierten Umweltpolitik bekämpft werden.

Dies verlangt nicht notwendig eine Programmdiskussion der SPD zum gegenwärtigen Zeitpunkt. So wichtig programmatische Veränderungen oder eine Überarbeitung des Godesberger Programms auch sind, die Erfahrungen der Debatte des Langzeitprogramms oder des Orientierungsrahmens '85 zeigen deutlich die Gefahren: Damals wurde diese Debatte zur Spielwiese für Parteilinke. Heute gibt es sowohl den OR 85 als auch den Alternativenwurf zum Godesberger Programm, den Wolfgang Abendroth 1959 formuliert hat. Wichtige Eckpunkte dieser beiden Grundsatzpapiere in praktische Politik umzusetzen, wäre ein erster Schritt, klassenbewußte Politik in einem Reformbündnis zu stärken.

Anmerkungen

- 1 W.K. Goltermann, in: *Moderne Zeiten*, 11/82, S.28
- 2 ebd.
- 3 Wolfgang Abendroth, in: *Linke Sozialdemokraten und bundesrepublikanische Linke*, *spw-Sonderheft 3*, S.40, Berlin/West 1981
- 4 Rudolf Bahro, in: *Moderne Zeiten*, 11/82, S.40
- 5 ebd. S.41
- 6 Wolfram Elsner, Jürgen Grumbach, in: *WSI-Mitteilungen* 12/82, S.773
- 7 ebd. S.775
- 8 Vgl. Jürgen Wasem, Bericht vom Kongreß »Zukunft der Arbeit«, in: *spw* 17, S.455
- 9 Vgl. ebd.
- 10 W.K. Goltermann, a.a.O., S.31
- 11 Beling/Wand, Zum Scheitern der Gespräche SPD-GAL in Hamburg, in: *spw* 17, S.437
- 12 zitiert nach *Frankfurter Rundschau*, 17. Dezember 1982
- 13 Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD, *spw-Sonderheft 2*, Berlin/West 2/1981, S.100
- 14 Beschluß der Landesdelegiertenkonferenz der Berliner Jungsozialisten, zitiert nach: *spw* 17, S.447

Analysen

Angela Huß-Michel

Vor 50 Jahren: Der Faschismus an der Macht

Am 30. Januar jährte sich zum 50. Mal der Jahrestag der Machtübergabe an Hitler, Anlaß genug für bundesweite Manifestationen und Kundgebungen wie in Hamburg, wo am 29.1. d.J. 30.000 Menschen einem Demonstrationsaufzug des DGB folgten. Dieses Datum kann jedoch nicht als das einzig zentrale für die politische Machteroberung des deutschen Faschismus eingestuft werden, wie es vor allem Konservative tun, ohne zu berücksichtigen, daß Hitlers offizielle Ernennung zum Reichskanzler nur der vorläufige Endpunkt einer jahrelangen Entwicklung war. Eine Reihe weitere »Jubiläen« zeichnen den Weg in den Terrorstaat nach: Reichstagsbrand (27. Februar), Ermächtigungsgesetz (28. März), Zerschlagung der Gewerkschaften (2. Mai), Bücherverbrennung (10. Mai), Verbot der SPD (22. Juni) usw.

Hitler fiel am 30. Januar 1933 nicht »vom Himmel« (und er kam auch nicht direkt »aus der Hölle«), sondern baute sich mit Hilfe der Reaktion, der vielen Anti-Republikaner, des Monopolkapitals und Militärs auf, gelangte aufgrund der Krisensituation und auf Kosten der bürgerlichen Parteien zu einer relativen Massenbasis und fand schließlich in äußerster Notlage Verwendung als »Wunderwaffe« zur Systemerhaltung. Wer sein Werk »Mein Kampf« gelesen hatte, wer seine Reden gehört oder gar in wirtschafts-informativem Kontakt zu ihm gestanden hatte, mußte wissen, wie die Konkretisierung seiner Pläne und Ideen in der Praxis aussehen würde.

Woher Hitler seine Ideen nahm

Hitlers Gedankengut war keinesweg originell oder neu, vielmehr eine neue Verbindung aus überkommenen Einstellungen und Forderungen anti-demokratischer Gruppen und Vereine wie der »Anti-Bolschewistischen Liga«, des »Alldeutschen Verbandes«, des »Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes«, des »Stahlhelm« und anderer. Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) vertrat die Interessen von Teilen der Schwerindustrie, der ostelbischen Junker und des reaktionären Militärs mit einer extrem nationalistischen Doktrin. Von 1920 bis 1930 stellte sie im Reichstag die stärkste bürgerlich-konservative Fraktion. Ihr Vorsitzender ab 1928 war der Pressezar Alfred Hugenberg, der im Kabinett der »Nationalen Konzentration« vom 30.1.1933 als Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister zusammen mit anderen parteilosen oder deutsch-nationalen Kollegen für die gutbürgerliche Fassade sorgte. Hugenberg war wie der Stahlhelm-Führer Reichsarbeitsminister Seldte Mitbegründer der Harzburger Front vom Oktober 1931, in der sich die NSDAP, die DNVP, der Stahlhelm, der Reichslandbund, die Alldeutschen, Vertreter des Militärs wie Generaloberst von Seeckt (langjähriger Chef der Reichswehr), Prinz Friedrich von Hohenzollern, die Konzernvertreter Blohm, Winnacker, Poensgen, Schlenker und andere gegen die Weimarer Demokratie verschworen. Hitler-Papens Regierungserklärung vom 1.2.1933 spiegelte die Forderungen der »nationalen Front« wider. Die Stoßrichtung war anti-marxistisch, d.h. gegen die Arbeiterbewegung gerichtet, und imperialistisch, d.h. für ein wirtschaftliches und militärisches »Gerüstetsein« gegen die »feindliche Welt«.

Das Verhältnis von NSDAP und Großindustrie

Hitler hatte bereits 1916 in einer Rede erklärt, er werde nicht eher ruhen, bis der »letzte Marxist bekehrt oder ausgerottet« sei. In einer geheimen Broschüre für Industrielle, die er auf Wunsch von Emil Kirdorf (Gelsenkirchner Bergwerks AG) anfertigte, bezeichnete er den Marxismus als Fremdkörper im deutschen Volk und trat für den »natürlichen Imperialismus« eines gesunden Volkes und für das Streben nach »Raum« ein. *Volksgemeinschaft* hieß die Devise, also Schluß mit dem Klassenkampf. Gleichzeitig erläuterte er seine Ablehnung des Pazifismus, der parlamentarischen Demokratie und seine »Rassentheorie«. Wen wundert es, daß ab 1931 Vertreter der Schwerindustrie Hitler als Garanten anti-bolschewistischer »Freiheit« offen unterstützten und darauf hofften, er möge im Notfall die hinderliche Arbeiterbewegung ausschalten und die gemeinsamen Expansions- und Kriegspläne vorantreiben. Hitler, der wiederholt vor Kreisen des Finanzkapitals sein Programm vertrat, konnte bei verschärfter Wirtschaftskrise mehr und mehr Repräsentanten auf seine Seite bringen. Er machte kein Hehl aus seinem Plan, Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden zu bekämpfen. War die Haltung gegenüber Hitler zunächst zwischen den Fraktionen der Großindustrie je nach Interessenlage verschieden gewesen (die Chemie- und Elektroindustrie hatten zunächst eine formal demokratische Lösung bevorzugt), wuchs mit den November-Wahlergebnissen in Kreisen des Finanz- und Monopolkapitals und der gesamten Reaktion die »Einsicht«, jetzt endgültig das Ruder herumwerfen zu müssen und offen für Hitler einzutreten.

Am 19.11.1932 übergab eine maßgebliche Gruppe Industrieller Hindenburg einen Brief, in dem sie die Umgestaltung des Kabinetts dergestalt vorschlugen, daß die »größtmögliche Volkskraft« hinter der Regierung stehen sollte. Sie ersuchte um die Übertragung der Leitung des Präsidialkabinetts an den »Führer der größten nationalen Gruppe«. Die Mittel der parlamentarischen Demokratie und selbst der autoritären Präsidialregierungen unter Brüning und Papen reichten zur Absicherung der Systeminteressen nicht mehr aus. Sicher mag das faschistische System falsch eingeschätzt worden sein, doch Hitlers Pläne waren in Grundzügen lange bekannt. Die Schuld der Vertreter der Industrie und des Finanzkapitals wurde im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß vom Anklagevertreter der USA so formuliert:

»Ohne die Zusammenarbeit der deutschen Industrie und der Nazi-Partei hätten Hitler und seine Parteigenossen niemals die Macht in Deutschland ergreifen und festigen können, und das Dritte Reich hätte nie gewagt, die Welt in einen Krieg zu stürzen.«

Die Unterstützung durch Teile der Großindustrie, der Banken und des Militärs hätte allein nicht ausgereicht, den Triumph des Faschismus zu garantieren. Immerhin war die NSDAP in den Jahren der Stabilisierung nach 1924 keine Massenpartei. Dies änderte sich nach 1929 unter den Bedingungen der großen Krise. 1928 hatte die NSDAP bei den Reichstagswahlen nur 2,6%, 1932 dagegen bereits 37,4% der Wählerstimmen gewinnen können. Eine Wahlanalyse zeigt, daß SPD und KPD ebenso wie die katholischen Parteien (Zentrum und BVP) keine Stimmen verloren, und daß Wechselwähler zur NSDAP aus den nicht-katholischen bürgerlichen Parteien kamen.

Das Parteiprogramm der NSDAP von 1920 zielte auf die Kleineigentümer, Angestellten, Bauern und insgesamt auf den Mittelstand ab. Scheinradikale Forderungen und anti-kapitalistische Manier liefen vor allem unter anti-semitischem Vorzeichen. Hitler versuchte zwar ständig, seine Kontakte zur Wirtschaft auszubauen, hielt aber einige Zeit die anti-kapitalistische Phrase aufrecht, um kleinbürgerliche, proletarisierte oder deklassierte Massen

als Wähler zu gewinnen. Am 4. Juli 1930 erließ der linke Flügel der NSDAP unter Otto Strasser einen Aufruf »Die Sozialisten verlassen die NSDAP«, worin er der Führung vorwarf, vom Programm des »nationalen Sozialismus« in Fragen der Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik abgewichen zu sein, und die zunehmende Verbürgerlichung und Verbonzung des Parteiapparats beklagte. Kritisiert wurden die Pläne Hitlers, einen »Interventionskrieg« gegen die Sowjetunion führen zu wollen und die einseitige Konfrontation gegen den Marxismus, hinter der man eine Sympathie für das Bürgertum und dessen kapitalistische Interessen vermutete. Der Antikapitalismus in der NSDAP war an seine Grenzen gestoßen. Daß die Stimmung im Volk schnell umschlagen konnte, wenn vorweisbare Erfolge ausblieben, bestätigte sich bei der Novemberwahl 1932. Das kapitalistische System schien langfristig ernsthaft gefährdet, eine revolutionäre Entwicklung möglich. Die Erfahrungen des Kapp-Putsches von 1920 sagten, daß eine Militärdiktatur ohne Massenbasis erfolglos sein würde. Hitler wurde nun auf Drängen der Industrie, des Finanzkapitals und der Reichswehr von Hindenburg zum Kanzler ernannt.

Wie verhielten sich die Arbeiterorganisationen?

Der Rücktritt des Kabinetts Müller (SPD) erfolgte offiziell wegen der Ablehnung der 1%igen Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung, war aber bereits im Frühjahr 1929 beschlossene Sache. Reichswehr und Hindenburg favorisierten den Reichswehrgeneral Schleicher, doch sollte zunächst Kanzler Brüning als »christlicher Demokrat« die Öffentlichkeit und die SPD dazu bringen, den Kurs der autoritären präsidialen Notverordnungs politik zu dulden. Die SPD unter Müller wurde systematisch in die Defensive gedrängt, obwohl sie bis zuletzt versucht hatte, den reaktionären Kreisen aus Wirtschaft und Militär entgegenzukommen, und damit weiter und weiter nach rechts gerückt war. Zustimmung zum Panzerkreuzerbau, Demonstrationsverbote (so am 1. Mai 1929 in Berlin, wo der sozialdemokratische Polizeichef Zörgiebel auf Arbeiter schießen ließ), Verbot des Rotfrontkämpferbundes, Ausschluß der Linken aus der Partei, Wehrprogramm zur Aufrüstung der Reichswehr — all diese »Vorleistungen« der SPD konnten nicht verhindern, daß sie Unternehmern, Reichsbank, DVP und Reichswehr als unzuverlässig erschien. Während Brüning durch den Abbau demokratischer und sozialer Rechte Hitler vorbereitete, sah die SPD in ihm das kleinere Übel. Anträge zur Aufhebung von Verordnungen oder Mißtrauensvoten wurden von ihr niedergestimmt. Unter Brüning kam es durch Lohnsenkungen, Kürzung der Arbeitslosenversicherung, der Beamtengehälter und Pensionen zu Einsparungen im Reichshaushalt in Höhe von 38%. Neue Steuern wurden erlassen, alte erhöht. 1931 gelang es Brüning, die SPD davon abzuhalten, gegen den Bau des zweiten Panzerkreuzers der Reichsmarine zu stimmen. SPD-Führer beteiligten sich aktiv an Plänen für geheime Mobilmachungsvorbereitungen.

Ostern 1931 stimmte die SPD der Brüning'schen Notverordnung »zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen« und damit der Einschränkung der Versammlungs- und Pressefreiheit zu. Die SPD begründet ihre Zustimmung mit ihrer Ablehnung des »Extremismus«. Gegen Kommunisten gerichtet, wurden Sozialdemokraten bald selbst Opfer dieser Verordnung. Eine weitere Fehleinschätzung mit entsprechend falscher Reaktion seitens der SPD war der Verzicht auf einen eigenen Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl 1932. Zusammen mit Zentrum und Demokraten unterstützte sie den kaiserlichen Generalfeldmarschall v. Hindenburg. Jener Hindenburg, der als Präsident der Weimarer Republik einen Anachronismus darstellte, war er doch Repräsentant der Antf-Republikaner und Monarchisten, sollte nun die »demokratische« Alternative zu Hitler vertreten.

Im Juli 1932 ließ sich die SPD widerstandslos ihre letzte Bastion, die preußische Regierung; nehmen, kapitulierte vor »einem Leutnant und zwei Mann« und vertraute auf den Spruch eines Reichsgerichts. Ein weiteres Beispiel für die unentschlossene Haltung der SPD war die von Innenminister Gayl an Severing ergangene Aufforderung, das eigene Zeitungsorgan, den »Vorwärts«, zu verbieten. Severing wandte sich an das Reichsgericht, das dem Verbot Recht gab. Dem Vorschlag der KPD, gemeinsam Widerstand zu leisten, folgte man seitens der SPD nicht. Die SPD-Führung unterschätzte die Gefahr des Faschismus, sah ihn als parlamentarische Variante, die sich letztlich mangels Erfolgen von selbst erledigen würde. Die Fehleinschätzung und die gleichzeitige Grundhaltung des Antikommunismus hinderten sie daran zu erkennen, daß das von der SPD mitgeschaffene und mitgetragene parlamentarisch-demokratische System in Gefahr war und nur ein Zusammengehen der Arbeiterbewegung in dieser Frage Schlimmstes verhindern konnte.

Nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 wurde die Kommunisten- und Sozialistenhatz offiziell eröffnet. Noch in der ersten Nacht wurden in Deutschland mehr als 10000 kommunistische und sozialdemokratische Funktionäre und Mitglieder verhaftet. Es folgte am 28. Februar die Notverordnung zum »Schutz von Volk und Staat«, die alle wichtigen Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft setzte. Von hier zum Ermächtigungsgesetz vom 23.3.1933 war nur ein kleiner Schritt. Immer noch hielten die Sozialdemokraten ihren legalistischen Anspruch aufrecht und beteiligten sich an der Abstimmung über das Gesetz. Als einzige Partei stimmten die Sozialdemokraten dagegen, doch fehlten bereits 26 eigene und 81 kommunistische Abgeordnete. Deren Mandate waren bereits »annulliert«. — Ähnlich der SPD-Führung taktierte die ADGB-Führung bis zuletzt in der Hoffnung, sich mit dem neuen Regime arrangieren zu können. Auch sie erkannte nicht das Wesen des Faschismus, sein Zusammenwirken mit dem Monopolkapital und den Staatsapparaten und seine anti-demokratische und gegen die sozialistische Arbeiterbewegung gerichtete Perspektive. Die »Eiserne Front« mit den Mitgliedern des Reichsbanners, der Freien Gewerkschaften und der republikanischen Sportverbände umfaßte ca. 10 Millionen Menschen. Dieses Potential, im Ernstfall verstärkt durch die Kommunisten, hätte eine schlagkräftige Truppe gestellt. Die Führer aber wiegelten die aufgebrachte Basis ab. Im Februar 1933 erließ der ADGB einen Aufruf, in dem er »kühles Blut« und »ernste Besonnenheit« forderte. Am 7. März, nach der letzten Reichstagswahl, wurden Reichsbanner und Eiserne Front verboten. Diese Maßnahme konnte die Gewerkschaftsführer ebensowenig von ihrem Anpassungskurs abbringen wie Repressalien gegen Gewerkschafter.

Auch die KPD unterschätzte die Gefahr des Faschismus für die Demokratie und die gesamte Arbeiterbewegung. Die auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 festgelegte Bündnis- und Volksfrontstrategie kam zu spät, sie bildete die längst überfällige Lehre aus der Katastrophe gerade der deutschen Arbeiterbewegung. Einheitsfrontbestrebungen vor 1933 scheiterten letztlich auch am von der KPD geforderten Primat der Diktatur des Proletariats sowie an ihrer langjährigen Sozialfaschismus-Kampagne gegen SPD und Gewerkschaften. Sektiererisch waren die Versuche, statt einer Einheitsfront die organisatorische Integration der sozialdemokratischen Arbeiterbasis in die KPD zu erreichen. Ihre wiederholten Appelle an die SPD-Führung zu gemeinsamem Widerstand und Generalstreik trafen so auf Mißtrauen und Ablehnung.

Wie konnte der Faschismus Einfluß auf die Massen gewinnen und stabilisieren?

Die katastrophale wirtschaftliche Lage Deutschlands machte den Sieg des Faschismus möglich. Die parlamentarischen Parteien hatten sich der Krise gegenüber als hilflos erwie-

sen, die Unzufriedenheit in breiten Kreisen stieg. Nahezu 7 Millionen Arbeitslose, deklarierte Beamte und Angestellte, in ihrer Existenz bedrohte Kleineigentümer und Gewerbetreibende, ein Mittelstand, der sich nicht vom Monopolkapital, sondern vom »Bolschewismus« bedroht fühlte, boten einen guten Nährboden für die faschistische Propaganda. Das geistige Klima war von den rechten und konservativen Gruppen und Parteien schon seit Beginn der Republik bestimmt worden. Der Faschismus potenzierte nur die unterschiedlichen reaktionären Ideen und verstand es, sie in einer neuen populären Version zusammenzufassen. Volksgemeinschaft statt Klassenkampf, das Pochen auf eine »nationale Solidarität« — diese Schlagworte hatten den psychologischen Effekt, das Selbstwertgefühl des noch so unbedeutenden Einzelnen zu erhöhen. Die »Volks-Solidarität« wurde durch die »Schande von Versailles« und außenpolitische Feindbilder geschaffen und so der geistige Isolationismus erzeugt, der für die Kriegspolitik nötig war. Die Nazis artikulierten das von den internationalistischen Linken unberücksichtigt gelassene »Nationale« und benutzten den Popanz der Volksgemeinschaft, um im Sinne des Finanzkapitals ihre Expansions- und Kriegspolitik auf Kosten des Volkes vorzubereiten und durchzuführen. Unter »Volksgemeinschaft« liefen die Ausbeutung im Arbeitsdienst, die staatliche Freizeitgestaltung im KDF (Kraft durch Freude), das Führer-Gefolgschaft-Prinzip in Betrieben über die Deutsche Arbeitsfront (DAF), das Sammeln für das Winterhilfswerk, die Tätigkeit der staatlichen Volkswohlfahrt. Durch die »freiwillige« Inanspruchnahme möglichst vieler Untertanen für den Dienst am Volk verwischte sich bei vielen der Eindruck des staatlichen Monopols. Viele glaubten und erlebten, daß es nun auf jeden einzelnen ankomme. Opfer und Spenden mußten scheinbar von allen gleichermaßen gebracht werden. Die Faschisten verstanden es, ideologisch an mehreren gesellschaftlichen Fronten gleichzeitig zu kämpfen. »Gleichschaltung« — d.h. Ausschaltung jeglicher Kritik und Durchsetzung des Führerprinzips — und Ritualisierung der Gesellschaft unter dem Aspekt des Volkswohls sicherten den Erfolg. Ein von der Partei monopolisierter Staatsrundfunk, gleichgeschaltete Literatur und Presse besorgten die fast lückenlose Information. Subjektive, wenn auch oft nur kleine Verbesserungen der eigenen Lage wurden als Bestätigung des nationalen Aufschwungs gesehen, ohne darin die Logik der Kriegsvorbereitung zu entdecken.

Der Faschismus war vom Standpunkt des Monopolkapitals aus notwendig, da sich sonst eine andere Konstellation im Rahmen der parlamentarischen Demokratie durchgesetzt hätte. Von Seiten der Arbeiterbewegung wäre er dennoch zu verhindern gewesen. Der Prozeß bis zur Installierung Hitlers und damit des Faschismus durchlief verschiedene Stadien anti-demokratischer Regierungsformen. Das Parlament wurde allmählich mehr und mehr ausgehöhlt und außer Kraft gesetzt. Gerade das lange Zögern von Teilen der Großindustrie — der neuen Zweige von Chemie- und Elektroindustrie —, der NSDAP Regierungsgewalt anzuvertrauen, zeigte das Bemühen von Teilen der herrschenden Klassen, die eigenen Interessen möglichst in demokratischen Formen durchzusetzen. Was die Nationalsozialisten schließlich akzeptabel machte, war neben ihrem anti-marxistischen, auf Expansion angelegten Programm ihre Fähigkeit, Massen zu organisieren. Mehr Demokraten und wirkliche Republikaner sowie eine zum geschlossenen Kampf bereite Arbeiterbewegung hätten den Faschismus und mit ihm den II. Weltkrieg mit seinen 50 Millionen Toten verhindern können.

Läßt sich aus Geschichte etwas lernen?

Wir müssen uns fragen, welche Parallelen entgegen allen anderslautenden Versicherungen heute zur Weimarer Republik bestehen. Welche Grundrechte wurden bereits durch eine

SPD/FDP-Regierung abgebaut, welche Aufrüstungsprogramme wurden von der SPD-Führung angeregt und getragen, welche Einschnitte in den Sozialstaat bereits unter der SPD vorgenommen (Mieterschutz, BaFÖG, Kranken-, Renten-Arbeitslosenversicherung)? Wenn also heute die große Wende proklamiert wird, von wem wurde sie inhaltlich bereits eingeleitet, wo können Konservative anknüpfen? Wie kommt es, daß eine Kohl-Lambsdorf-Regierung umgehend die Aktienkurse in die Höhe schnellen läßt, daß BDI-Vertreter ihre Erleichterung ausdrücken, aber gleichzeitig versichern, investieren könne man erst nach dem 6. März, wenn man wisse, ob man auf eine vierjährige »stabile« Wirtschaftspolitik rechnen könne?

Wie ist es zu beurteilen, wenn Unternehmen wie der Flick-Konzern mittels »Spenden« und Bestechung die politischen Willensbildungsprozesse in den Parlamenten zu ihren Gunsten beeinflussen und Politiker aufbauen helfen, alles das auf Steuerkosten? Wachsam verfolgen und bekämpfen werden wir Tendenzen, im Zeichen innerer und äußerer Sicherheit weiter Grundrechte einzuschränken (Datenschutz, Demonstrationsrecht, Meinungsfreiheit u.ä.) und gleichzeitig einer tödlichen Aufrüstung das Wort zu reden. Um einer weiteren Rechtsentwicklung entgegenwirken zu können, bedarf es der Geschlossenheit aller fortschrittlichen parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräfte, die sich bei allen ideologischen Unterschieden darüber klar sein müssen: Wichtigstes und gemeinsames Anliegen ist die Verteidigung der demokratischen und sozialen Errungenschaften unserer Republik gegen reaktionäre und rechtsradikale Angriffe. Damals warnten die Antifaschisten zu Recht, daß Hitler Krieg bedeute. Heute darf der Drang nach Einflußzonen, Märkten und Rohstoffen keinen neuen, diesmal atomaren »Kreuzzug« sanktionieren, der das Ende der Menschheit bedeuten würde.

Literatur

- Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 1/83, Vor 50 Jahren: Machtergreifung des Faschismus in Deutschland, Pahl-Rugenstein, Köln 1983
- Heinz Brüdigam, Faschismus an der Macht, Röderberg-Verlag, Frankfurt a.M. 1982
- Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Pahl-Rugenstein, Köln 1967
- Freimut Duve, Wolfgang Kopitzsch (Hrsg.), Weimar ist kein Argument oder Brachten Radikale im öffentlichen Dienst Hitler an die Macht? rororo 4002, Hamburg 1976
- Reinhard Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Pahl-Rugenstein, Köln 1975
- Reinhard Kühnl, Texte zur Faschismusdiskussion 1, rororo 1824, Hamburg 1974
- Reinhard Kühnl, Faschismustheorien, Texte zur Faschismusdiskussion 2, rororo 4354, Hamburg 1979
- Reinhard Opitz, Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: *Das Argument* 87, 16. Jg., Berlin/West 1974, S. 543ff.
- Projekt Ideologie-Theorie (PIT), Faschismus und Ideologie, 2. Bde. (Argument-Sonderbände AS 60 und 62), Argument-Verlag, Berlin/West 1980
- Wolfgang Ruge, Weimar Republik auf Zeit, Pahl-Rugenstein, Köln 1980
- Josef Schleifstein, Die »Sozialfaschismus«-These, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt a.M. 1980

Werner Holtfort

Menschenrechte und Verfassungswirklichkeit

Die Geschichte der Einschränkung demokratischer Rechte

Nach traditionellem deutschen Verständnis hat der Staat vor allem den Bürgern »öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung« (so der Polizeibegriff seit dem Preußischen Allgemeinen Landrecht von 1794) zu gewährleisten. Er wird an der Effektivität dieser Gewähr gemessen: Wird etwa befürchtet, daß kriminelle Störer der inneren Sicherheit ihrer Strafe infolge von Rechten entkommen, die zum Schutze der Unschuld eingerichtet waren, so werden diese Schutzrechte lieber auf die Gefahr hin beseitigt, daß künftig mehr Unschuldige verurteilt werden. Das ist jedenfalls die Tendenz, nach der das Strafprozeßrecht der Bundesrepublik seit 1974 verändert wurde. Die innere Sicherheit des Staates ist das eigentliche Schutzobjekt, mit ihr zugleich soll die Sicherheit der Einwohner gegen kriminelle Angriffe durch andere Mitmenschen garantiert werden. Es gilt das Vorurteil, Menschenrechte oder Bürgerfreiheiten und staatliche innere Sicherheit stünden im Widerstreit; wolle man diese haben, so müssen man jene einschränken und umgekehrt.

Die bürgerliche Revolution hatte zwar die staatliche Zwangsgewalt zu Gunsten einer neuen Gesellschaftsordnung zurückdrängen wollen, die dem Staatsbürger ihrer Überzeugungskraft wegen Sicherheit ohne Freiheitsverlust verhieß. Die Angst des Besitzbürgertums vor dem aufkommenden Proletariat aber stützte diese Vorstellung zurück auf die bloße Forderung nach Berechenbarkeit staatlicher Eingriffe. Die der Idee nach grenzenlose Staatsgewalt durfte danach in die Freiheitssphäre der Bürger nur noch auf Grundlage eines formalen Gesetzes eingreifen. Ein modernes Beispiel ist das »Kontaktsperregesetz« (Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz vom 30.9.1977): Nicht die Tatsache, daß inhaftierte und vielleicht unschuldige Verdächtige wochenlang des Schutzes der Rechtsanwälte ihres Vertrauens beraubt wurden, war dem Parlament ein Ärgernis, sondern daß die Exekutive dieses ohne gesetzliche Grundlage angeordnet hatte. Deshalb wurde im Eiltempo eine nachträgliche gesetzliche Ermächtigung geschaffen.

Innere Sicherheit, Ruhe und Ordnung werden offenbar durch jede prinzipielle Opposition gefährdet, die darauf aus ist, herrschende gesellschaftliche Verhältnisse zu ändern, die mit anderen Worten einen noch bekannten, wenngleich nicht idealen Zustand durch einen ungewissen, also riskanten, ersetzen will. Der Ruf nach innerer Sicherheit ist deshalb stets ein Mittel, etablierte Herrschaft zu stabilisieren und Opposition zu bekämpfen. Die These der inneren Sicherheit als Ermächtigung zu staatlichem Eingriff bedarf eines inneren Feindes, der freilich austauschbar ist: »Demagogen« (die Feinde der »Karlsbader Beschlüsse« von 1819), »Demokraten« (gegen die nur Soldaten helfen), »Sozialisten« (Gesetz gegen die »gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokraten« vom 21.10.1878), »Bolschewisten«, »Alljuda«, »Kommunisten«, Staats-, Volks- und Verfassungsfeinde...

Abermals geriet 1918 die innere Sicherheit des Staates durch den Zusammenbruch der alten monarchischen Ordnung in Gefahr. Die Angst vor Unordnung verführte die Mehrheits-SPD damals zum Bündnis mit Kapitalismus und den Resten der feudalen Strukturen in Militär, Amtskirche, Justiz und Beamtenschaft. Unter dem Mantel einer demokratischen Verfassung behielt die überkommene Herrschaft das Heft in der Hand. Grotesk schnell wechselte oft die Situation: Im März 1920 putschten die Freikorps unter Kapp gegen die sozialdemokratische Reichsregierung. Als sie durch den Generalstreik der Arbei-

terschaft gerettet war, verbündete sich dieselbe Reichsregierung mit eben diesen Freikorps gegen die Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet. Doch schon zehn Jahre später half es den Sozialdemokraten nichts, daß sie zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die Enteignung des Großkapitals und Großgrundeigentums und die Entmachtung des nationalistischen Herrschaftsapparates verhindert hatten. Sie sahen sich von der neuen rechtsradikalen Exekutive in das innere Feindbild der »jüdisch-marxistischen Staatsfeinde« eingereiht und verfolgt.

Die Verfasser des Grundgesetzes zogen aus der traurigen Geschichte der inneren Feind-erklärungen ihre Lehre: Zwar sollten diejenigen, die etwa die neu konstituierten Menschenrechte gegen die freiheitliche Demokratie einsetzten, als einzelne diese Rechte verwirken (Art. 18) und als politische Partei (Art. 21 Abs. 2) als »verfassungswidrig« verboten werden können. Innere Feinderklärungen blieben also möglich. Doch wurden sie nicht länger der Exekutive gestattet, sondern der ausschließlichen Kompetenz des Bundesverfassungsgerichts übertragen. Dennoch nahm die Adenauer-Regierung ein Recht zu einer mindestens einstweiligen Regelung für sich in Anspruch und erklärte am 19. September 1950 13 Organisationen zum inneren Feind. Ein Beamter, Angestellter oder Arbeiter, der diese unterstütze, mache »sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig« und sei »un-nachsichtig« »sofort« aus dem Dienst zu entfernen, sei es durch fristlose Kündigung, durch Widerruf des Beamtenverhältnisses oder »durch Einleitung eines förmlichen Dienststrafverfahrens unter gleichzeitiger vorläufiger Dienstenthebung und Gehaltseinbehaltung«. Den Landesregierungen wurde desgleichen empfohlen. Diese Feinderklärung wurde nicht näher begründet, die Bundesregierung begnügte sich mit der Behauptung: »Die Gegner der Bundesrepublik verstärken ihre Bemühungen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu untergraben.« Zu den 13 Organisationen gehörten nun nicht etwa das Korps der politischen Leiter der NSDAP, die SS oder dergleichen, hingegen die Sozialistische Reichspartei (SRP), die »Schwarze Front« (Otto-Strasser-Bewegung), die VVN und im übrigen nur KPD und kommunistische Organisationen oder solche, in denen kommunistischer Einfluß vermutet wurde. Auf eine Prüfung des Einzelfalls kam es nicht an. Entscheidend war die Zugehörigkeit zu einer der beschriebenen Organisationen. Soweit zu sehen, stützte man sich ausschließlich auf eigene Angaben der öffentlichen Bediensteten. Untersuchungen durch die Ämter für Verfassungsschutz oder Anhörungsverfahren hat es nicht gegeben. Immerhin hatte die Regierung Adenauer — war sie mit ihrer Feinderklärung auch vorgeprellt — das Bedürfnis, sie durch das ausschließlich dazu befugte Bundesverfassungsgericht bestätigen zu lassen. Sie betrieb das entsprechende Verfahren sowohl gegen die SRP als auch gegen die KPD, die auch beide 1952 bzw. 1956 für »verfassungswidrig« erklärt wurden. Von da an wurde die Verfolgung des organisierten Kommunismus Sache der Strafjustiz.

Als CDU/CSU und SPD sich zur großen Koalition zusammenschlossen, stand ihnen im Parlament keine effektive Opposition gegenüber. In der Konsequenz entstand die »Außerparlamentarische Opposition« (APO) um den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), die »Neue Linke«. Es war eine lockere Aktionsgemeinschaft ohne feste Mitgliedschaft und Organisation, die mit dem Instrumentarium der Adenauer-Zeit nicht zu fassen war. Insbesondere war die Durchführung eines Parteiverbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die APO unmöglich. Ebenso wenig konnte gegen die einzelnen in der APO Mitwirkenden die Verwirkung von Grundrechten nach Art. 18 ausgesprochen werden. Gegen Zehntausende politisch engagierter Studenten konnte ein derartig zeitraubendes und umständliches Verfahren gar nicht in Betracht gezogen werden.

Zum anderen berief sich die APO nicht auf Grundrechte, um die freiheitliche Grundordnung, sondern um einzelne Formen der repräsentativen Demokratie und vor allem das »Establishment« zu bekämpfen. Der Kampf galt der Klassengesellschaft und ihrer kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Diese Opposition der eigenen kritischen Jugend war offenkundig weit gefährlicher, als es die der Kommunisten mit ihrem angesichts der Zustände in der DDR und der SU offenbar wenig anziehenden System je gewesen war.

Die Diffamierung der Intellektuellenbewegung als innerer Feind Nr. 1 folgte schnell, angeführt vom Presseimperium des Axel Cäsar Springer, aber auch von rechten SPD-Politikern, wie dem Regierenden Bürgermeister in Berlin Klaus Schütz (»seht euch diese Typen doch nur an!«). Doch hatte man den Formen außerparlamentarischer Opposition außer hartem Polizeieinsatz (Todesschuß auf Benno Ohnesorg) zunächst nichts entgegenzusetzen; dem zum Trotz breitete sich die Bewegung eher aus. Ein recht kleiner Teil veränderte seine Strategie über die Gewaltanwendung zunächst gegen Sachen, dann auch gegen Personen zum späteren Terrorismus. Die Mehrzahl aber verkündete ihre Entschlossenheit, ihre Ideen auf legalem Wege über den »langen Marsch durch die Institutionen« des Staates durchzusetzen.

Was war also zu tun, wenn es nichts helfen konnte, das Bundesverfassungsgericht anzurufen? Der CDU-Abgeordnete Dr. Benda, heute Präsident des Bundesverfassungsgerichts, beklagte, daß »aufgrund der heute geltenden Rechtslage« die Möglichkeit fehle, den jungen Rebellen den beruflichen Zugang zu den öffentlichen Institutionen zu versperren. Er regte an, die politisch Verantwortlichen sollten gemeinsam eine rechtliche Regelung schaffen. Die CDU-Fraktion griff das auf. Ihr Vorsitzender Dr. Rainer Barzel bot der SPD-Bundestagsfraktion eine gemeinsame Änderung der Verfassung an. *Herbert Wehner* wies dieses Angebot noch am 21.1.1972 zurück: »*Ich sehe keinen Sinn darin, die freiheitliche Grundordnung durch den ersten Schritt zu ihrer Beseitigung schützen zu wollen...*«

Trotz dieser Einsicht, die Verfassung erlaube dergleichen nicht, veranlaßten die sich abzeichnende neue Praxis innerstaatlicher Feinderklärungen durch die Exekutive in CDU-regierten Bundesländern (aber nicht nur dort, vgl. den Fall Heike Gohl im November 1971 in Hamburg) und der wachsende Druck der politischen Rechten den Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten zum Versuch einer bundeseinheitlichen Verwaltungspraxis. Am 28.1.1972 beschlossen sie die »Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst« (Radikalen-Erlaß). Noch schwerer wog ein Entscheid des Bundesverfassungsgerichtes: Durch Beschluß vom 22. Mai 1975 gab sein 2. Senat das Monopol des Gerichts auf innerstaatliche Feinderklärungen aus den Vorschriften der Art. 18 und 21 GG auf. Das Gericht erklärte sich weiterhin zuständig, politische Parteien als verfassungswidrig zu beurteilen, die Einstufung als Verfassungsfeind indessen durch die Exekutive sei ein zulässiges »Werturteil«, an das »keinerlei rechtliche Auswirkungen geknüpft« seien (Beschluß vom 29.10.1975).

In Wahrheit wurden und werden gerade an solche »Werturteile« juristische Sanktionen geknüpft, nämlich die *Berufsverbote*. Sie sind weniger als die »Verwirkung« von Grundrechten in Art. 18 GG, weit weniger auch als Verurteilungen zur Kriminalstrafe. Der vom Berufsverbot Betroffene kann im übrigen am politischen und sozialen Leben und auch an der Fürsorge des Sozialstaates teilnehmen. Er darf sich »lediglich« im gewünschten Beruf nicht betätigen, vorzugsweise nicht im öffentlichen, zunehmend aber auch nicht im privaten. Davon erfährt man nur gelegentlich, die Dunkelziffer scheint hoch. Doch wurde aus Anlaß des Falls Klaus Traube bekannt, daß das Bundesamt für Verfassungsschutz mit Er-

folg von der privaten Arbeitgeberin des Observierten forderte, ihn aus dem Angestelltenverhältnis zu entlassen, dieses, obschon der Arbeitgeberin Klaus Traube »schier unersetzbar« erschien. Auch beschränkt sich die Sanktion nicht etwa auf Kommunisten. Traube ist Sozialdemokrat. Mehrfach sind sozialdemokratische Bewerber aus dem öffentlichen Dienst ausgesperrt worden. Auch kommt es nicht auf Zugehörigkeit zu einer politischen Gruppierung an. Betroffen werden können offenbar Gegner der atomaren Hochrüstung, der Atomenergiepolitik, Hausbesetzer, Hochschullehrer, die ihre Kritik an staatlichen Organen unbotmäßig äußern, oder jemand, den die Behörde für politisch »naiv« hält, weil er die angenommene Gefährlichkeit der DKP nicht richtig einschätzen könne.

Entscheidend aber ist: Die Definition des inneren Feindes, diesmal des »Verfassungsfeindes«, steht wieder der Exekutive zu, der die Väter des Grundgesetzes diese Befugnis gerade nehmen wollten! Daß die Sanktion gegen diese Dissidenten im ganzen sehr viel humaner ist als die autoritärer Regierungen, namentlich auch in den Ländern Osteuropas, ändert an der Qualität nichts. Festzuhalten bleibt, daß sich gegen das geschriebene Programm des Grundgesetzes eine andere Verfassungswirklichkeit entwickelt.

Die Verfassung sagt, jeder Deutsche habe nach seiner Eignung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte, niemandem dürfe bei der Zulassung zu öffentlichen Ämtern aus einer Weltanschauung ein Nachteil erwachsen (Art. 33), wie überhaupt niemand wegen seiner politischen Anschauung benachteiligt werden dürfe (Art. 3). Wer aber in der Verfassungswirklichkeit eine Opposition zur herrschenden Marktordnung und Eigentumsideologie zu prinzipiell betreibt, der wird in vielen Bundesländern eben wegen seiner politischen Anschauung kaum eine Chance haben, in das angestrebte »öffentliche Amt« zu gelangen, mag er im übrigen noch so fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Das »Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition« ist somit eingeschränkt. Der Versuch etwa, auf eine humane, demokratische Weise Kommunist zu sein, ist zwar im Einklang mit dem Grundgesetz, aber er wird von Regierungen als »verfassungsfeindlich« interpretiert und zum Versperren des Berufsweges führen können.

Art. 5 GG konstituiert die »Informationsfreiheit«. Danach hat jeder das Recht, »sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten«. In der Verfassungswirklichkeit aber ist es niemandem, der mit dem Gedanken eines späteren Eintritts in den öffentlichen Dienst spielt, zu raten, etwa neugierdehalber eine »Rote Fahne« zu abonnieren. Art. 2 GG verspricht jedem »das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit«. Doch sorgt der vom »Radikalenerlaß« ausgehende Druck auf kritische Jugendliche dafür, daß dieses Recht nicht zu extensiv oder von zu vielen gebraucht wird: Wer nie durch politische Meinungsäußerungen aufgefallen ist, erst recht, wer sich den Ideologien oder auch bloßen Vorurteilen der älteren Generation angepaßt hat, der bietet nach herrschender Ansicht ohne weiteres die »Gewähr, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten«. Wer sich dagegen mit seinen Äußerungen links oder rechts von den im Parlament vertretenen Parteien bewegt hat, muß erst beweisen (und d.h.: Zweifel beseitigen), daß er diese Gewähr bietet. Die ebenfalls als ein Prinzip der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vom Bundesverfassungsgericht postulierte »Chancengleichheit« für alle nicht für verfassungswidrig erklärten Parteien bleibt auch auf der Strecke. Da es genügt, daß eine Behörde eine Partei als verfassungsfeindlich bezeichnet, um ihre Funktionäre in die Gefahr von Berufsverböten zu bringen, können etwa Wahlaussichten von der Exekutive durchaus massiv beeinflußt werden.

Zugleich nahm der Wissensdurst der Nachrichtendienste in demselben Maße zu, wie die

technischen Möglichkeiten, ihn zu stillen. Das wichtigste Grundrecht des Art. 1 lautet: »Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.« Zu dieser Menschenwürde gehört zweifellos auch, daß der Staat dem Bürger seine privaten Geheimnisse nicht zu entreißen versucht, sondern sie respektiert. Die personell und materiell ständig anschwellenden Sicherheitsdienste haben unterdes aus vielerlei Anlässen Daten über Millionen von Bundesbürgern elektronisch gespeichert, und mit unzureichenden gesetzlichen Möglichkeiten versuchen die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder, Staudämme gegen den Verbund solcher elektronischen Daten zu Persönlichkeitsprofilen (»gläserner Mensch«) aufzurichten. Infolgedessen wagen viele Bürger es nicht mehr, von ihren Freiheitsrechten Gebrauch zu machen.

Art. 4 Abs. 3 GG garantiert, daß niemand »gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden« darf. Doch wann das Gewissen, also eine innere, Außenstehenden nicht vernehmbare Stimme spricht, das soll eine staatliche Kommission entscheiden, oft nach dem Muster: Wessen Gewissen es nicht verbietet, der eigenen Mutter Nothilfe gegen die Brutalität eines Unholdes zu leisten, der darf sich im Krieg gegen den äußeren Angreifer erst recht nicht auf Gewissensnot berufen.

Die Todesstrafe, Terrorinstrument der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, ist durch das Grundgesetz »abgeschafft«. Der Grundgedanke war, der Staat dürfe in Friedenszeiten unter keinen wie immer gearteten Umständen über das Leben seiner Bürger durch staatlichen Hoheitsakt verfügen. Dennoch führten viele Bundesländer den polizeilichen Todesschuß wieder ein, behielten es sich also prinzipiell vor, nach einfachem, jederzeit erweiterbarem Gesetz über das Leben ihrer Bürger zu disponieren, wenn auch vorerst nur über das des kriminell Verdächtigen aufgrund polizeilicher Ermessensentscheidung.

»Man braucht doch nicht« — wunderte sich der Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, der französische Historiker Alfred Grosser in seiner berühmten Frankfurter Rede — »zum Schutze des Rechts Rechte anzutasten und zum Schutze der Freiheit Freiheiten zu beschränken«. Aber eben dieses war beabsichtigt! »Wir müssen« — so der Innenminister Schieß am 24.9.1975 vor dem Landtag Baden-Württembergs — »ein Stück von unseren im Grundgesetz und allgemein garantierten Freiheiten freiwillig einschränken, damit wir den übrigen Teil unserer Freiheiten auch in Zukunft erhalten können.« Aber welche staatsbürgerlichen Freiheiten geopfert wurden, um unternehmerische Freiheiten und Vorrechte vor Alternativen und Innovationen zu retten, das kann jeder selbst sehen. Mit dem Radikalenerlaß sei nur, so der damalige Bundespräsident Walter Scheel, »ein kleines Wölkchen am im übrigen blauen Himmel der Freiheit« erschienen. War es nur das erste? Und wenn der Himmel sich »wölkchenweise« bezieht, bevor ein Sturm aufkommt? Das Grundgesetz der Bundesrepublik erwies sich als eine Schönwetter-Verfassung.

Das zeigte sich deutlich, als 1974 der neue SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt den Rechtsruck zu einer gemäßigt konservativen Bundesregierung einleitete. Es war ein nochmaliger sozialdemokratischer Versuch, mehr soziale Gerechtigkeit im Bündnis mit den unter Adenauer abermals restaurierten alten Herrschaftsschichten in Gesellschaft und Wirtschaft herbeizuführen, ohne die Gewerkschaften allzusehr zu verärgern. Diese ohne Rückkopplung mit der eigenen Partei unternommene Politik hatte zweifellos Erfolge, auch bei der Wählerschaft (»Schmidt-Wähler«). Ihr Preis war der Verzicht auf die Reformpolitik Willy Brandts. Unter der Parole, es gelte nun, das »Erreichte zu sichern«, rief der Staat bei der kritischen Jugend den Eindruck der Reformunfähigkeit hervor. Er reagierte im Gegenteil auf nonkonformistische Meinungsäußerungen und abweichendes Verhalten mit

dem weiteren Abbau von Liberalität. Er schuf dadurch Bedingungen für die Rekrutierung des zum Terrorismus übergegangenen Teils der APO unter dem sozial engagierten, jedoch frustrierten Teil unserer Jugend. Endlich sagte sich der Staat durch seine Theorie von dem »überverfassungsrechtlichen Notstand« (Analogie zu § 34 StGB) für den Fall eines von den Behörden angenommenen Staatsnotstandes von der Bindung seiner vollziehenden Gewalt »an Gesetz und Recht« (Art. 20 Abs. 3 GG) ganz los.

Das brachte die sozialliberale Regierung in Konflikt einerseits mit den eigenen Parteiorganisationen. Jungsozialisten und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, aber auch viele SPD-Bezirke und die Deutschen Jungdemokraten kritisierten scharf die staatlichen Maßnahmen. Andererseits verlangte die CDU/CSU-Opposition einen noch weit rigoroseren Abbau des Rechtsstaates, Wiedereinführung der Todesstrafe, Verschärfung des Demonstrations- und Versammlungsrechts, Sicherheitsverwahrung für Erstbestrafte, neue Straftatbestände — um nur einiges zu nennen. So half denn den regierenden Sozialdemokraten der willfährige zentimeterweise Abbau des demokratischen Verfassungsstaates ebenso wenig wie ihr Bündnisversuch mit der Reaktion nach dem Vorbild von 1918: In die neue Hexenjagd der »Sympathisantenverfolgung« des überwiegenden Teils der abermals von Springer angeführten Massenmedien und der CDU/CSU, die allen galt, die über die Ursachen des Terrorismus nachdenken wollten, um sie aufzudecken und zu beseitigen, wurde neben Heinrich Böll, Günther Grass, Helmut Gollwitzer, Heinrich Albertz, Willy Brandt und vielen anderen auch Bundeskanzler Helmut Schmidt (so etwa in der Dokumentation der CDU vom 11.10.1977) ausdrücklich miteinbezogen. Bundesinnenminister Gerhard Baum, der entsprechend dem Grundgesetz die Personaldaten der Bürger gegen den Zugriff der Sicherheitsdienste schützen und durch Versagung der »Amtshilfe« den Verfassungsschutzämtern weiterhin exekutive Befugnisse versagen wollte, wurde als »Sicherheitsrisiko« diffamiert.

Baum stand dennoch nicht allein. Unterstützt durch Bundesjustizminister Jürgen Schmude und schließlich auch von Einsichten Helmut Schmidts wurde zaghaft versucht, die Wirklichkeit wieder mehr dem Verfassungsprogramm des Grundgesetzes anzugleichen. Im Falle eines Wahlsiegs des Rechtsblocks werden uns die 13 Jahre der sozialliberalen Koalition als ein vergleichsweise freiheitliches Zeitalter erscheinen. Die ausgeuferter Berufsverbotspraxis in Bayern und Baden-Württemberg, die Sympathisantenjagd, die früheren Vorschläge zum Abbau des Rechtsstaates und die Andeutung Franz Josef Strauß', man könne ja auch die politischen Gewalttäter einmal dem Volke selbst überantworten, dann brauche die Polizei und Justiz sich nicht mehr darum zu kümmern, lassen ahnen, welchen Weg eine CDU/CSU-Regierung nach dem 6. März 1983 einschlagen dürfte. Kernkraftpolitik »ohne Wenn und Aber« ruft das enorme Sicherheitsbedürfnis des werdenden Atomstaates hervor. Daß Demonstrations- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt werden, ist mehrfach angekündigt. Wer Datenschutz als »Tatenschutz« bezeichnet, hat schwerlich Hemmungen, Polizei und Nachrichtendiensten den Zugriff auf alle elektronisch gespeicherten Personaldaten der Bürger zu gestatten. »Keine Freiheitsrechte für Feinde der Freiheit«, so lautet seit Jahren die Parole, mit welcher die Christdemokraten die Berufsverbote rechtfertigen. Damit wäre die Vorstellung der Väter des Grundgesetzes, nur das Bundesverfassungsgericht dürfe Freiheitsrechte als »verwirkt« aberkennen, ins Gegenteil verkehrt. Die Exekutive wird dann allein definieren, wer als »Feind der Freiheit« illegalisiert und aus dem Rechtsstaat ausgegrenzt wird: Es sind die »Systemveränderer«, die Änderungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems und die Überwindung der Klassengesellschaft anstreben.

Michael Krätke

Dieser Sozialstaat ist der unsre nicht!?

Einige Bemerkungen zum linken Unbehagen am Sozialstaat in der Krise (II)*

4. Die programmatische Schwäche der sozialistischen Sozialpolitik

Orthodoxe Marxisten waren und sind der Ansicht, daß eine »wahre« Sozialpolitik, bei der der Staat die Rolle des weltlichen Arms der ausgleichenden sozialen Gerechtigkeit zu spielen habe, im Kapitalismus unmöglich und im Sozialismus überflüssig sei.³¹ Sie hatten und haben Recht, insoweit wie die Absicht der staatlich institutionalisierten Sozialpolitik nicht war, die Struktur des kapitalistischen Systems zu verändern, sondern dahin ging, den bürgerlichen Staat wie das Lohnsystem für die Masse der Lohnarbeiter akzeptabler zu machen; sie hatten und haben Unrecht, da der Sozialstaat in der Tat den Lohnarbeiterstatus verändert, indem er jedem Arbeiter ein Recht auf Leben und Lebensunterhalt zugesteht und garantiert, das mit seiner »Freiheit« als Lohnarbeiter eigentlich unvereinbar ist, und indem er jedem menschlichen Leben einen Wert zugesteht, d.h einen Platz in der Warenwelt einräumt und dessen gesellschaftliche Anerkennung auch erzwingt, der von der Verwertbarkeit des menschlichen Individuums für privates Kapital tendenziell abgelöst wird. Was für das Kapital wertlos, weil unverwertbar ist, bekommt Dank der Intervention des Sozialstaats doch einen, wenn auch stets strittigen Wert, indem der Sozialstaat Lohnarbeiter wie Kapitalisten zwingt, einen Teil der notwendigen Arbeitszeit für den Lebensunterhalt der für das Kapital wertlosen, überflüssigen Bevölkerung von Kranken, Invaliden, Alten usw. aufzuwenden.

Anfänglich war die sozialpolitische Programmatik der Arbeiterorganisationen nicht mehr als der Versuch, sich darüber zu verständigen, wie aus der sozialpolitischen Initiative des Obrigkeitsstaates das Beste für die Arbeiterklasse zu machen sei. Überlegungen, wie man Sozialpolitik im Kapitalismus mit Gewinn für die sozialistische Arbeiterbewegung bzw. im Blick auf die sozialistische Transformation der bürgerlichen Gesellschaft treiben könne, gab es nicht. Daß man an der parlamentarischen Sozialgesetzgebung und in der vom Staat gewährten »Selbstverwaltung« der Sozialversicherungsinstitutionen mitarbeitete — im Gegensatz zu linksradikalen, anarchistischen, syndikalistischen Strömungen der Arbeiterbewegung —, ließ sich mit den Worten Karl Kautskys damit rechtfertigen, daß man so »auch heute schon dem moralischen und physischen Elend, das der Kapitalismus für die arbeitenden Volksmassen stets zu vermehren strebt, entgegenwirken und zur körperlichen und geistigen Wiedergeburt der Arbeiterklasse beitragen« könne.³² Die Abwehr von Elend, der Schutz der Arbeitskraft und die Sicherung der Existenz für Lohnarbeiter außerhalb der aktiven Arbeiterarmee auf einem proletarischen Lebensniveau, also der Schutz der Lohnarbeiter vor dem »Versinken in Pauperismus«, war im wilhelminischen Obrigkeitsstaat das vorrangige Ziel, dem die Teilnahme der Arbeiterorganisationen an der Sozialpolitik diene. Im Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie von 1891 wurden zum »Schutz der Arbeiterklasse« eine Reihe von gesetzlichen Regelungen wie die Einführung eines achtstündigen Normalarbeitstags, Verbot von Nachtarbeit, Verbot der Kinderarbeit, eine umfassende Gewerbeinspektion, eine Garantie des Koalitionsrechts und zur Reform der Sozialversicherungen schließlich gefordert, daß diese insgesamt vom Zen-

* Der erste Teil ist abgedruckt in *spw* 17, 1982, S. 407ff.

tralstaat zu übernehmen und »mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter« zu verwalten seien. In der ursprünglichen, von Wilhelm Liebknecht verfaßten Version des Erfurter Programms hieß es: »Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Beteiligten in der Verwaltung.« In dem von Kautsky und Bernstein verfaßten Gegenentwurf hatte Bernstein stattdessen vorgeschlagen: »Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit voller Selbstverwaltung der Arbeiter.« Der Erfurter Parteitag nahm just hier eine Formulierung an, die weitgehend dem schwächeren Vorschlag Liebknechts entsprach.³³ Die noch im alten Gothaer Vereinigungsprogramm enthaltene Forderung nach »Volle(r) Selbstverwaltung für alle Arbeiter-Hilfs- und Unterstützungskassen« war vergessen. Erst auf dem Münchener Parteitag der SPD von 1902 wurde offiziell anerkannt, daß mit der Sozialversicherung »allgemeine Übelstände bekämpft und deren schlimmste wirtschaftliche Folgen gemildert werden können«. Ein Engagement der Sozialdemokratie für die Reform dieser Versicherungen schien mithin gerechtfertigt. Der vom Parteitag angenommene Resolutionsentwurf enthielt einen Forderungskatalog von 10 Punkten, von denen die wichtigsten waren: Ausdehnung der Sozialversicherung auf möglichst alle Arbeiter, Vereinheitlichung der Versicherung, volle Selbstverwaltung der versicherten Arbeiter, Umlage der Kosten auf »alle Klassen«, Ausbau der bestehenden Versicherungen, Einführung vorbeugender Maßregeln zur Unfallverhütung und zur »Bekämpfung von Volkskrankheiten«.³⁴ Auf dem 6. Kongreß der Freien Gewerkschaften Deutschlands in Hamburg 1908 wurden die sozialpolitischen Ziele der Gewerkschaften ebenso motiviert — »Schutz von Leben und Gesundheit« der Arbeiter und ihre »Bewahrung vor Versinken in Pauperismus« — und mit den gleichen Schwerpunkten umschrieben: Ausdehnung, Ausbau und Vereinheitlichung der bestehenden Versicherungen, Herstellung der Selbstverwaltung der Versicherten.³⁵ Im gleichen Jahr, auf dem Nürnberger Parteitag der SPD, wurde die Notwendigkeit eines unablässigen sozialpolitischen Engagements der Arbeiterbewegung nochmals bekräftigt. Proletarische Sozialpolitik im Parlament und in den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung sei notwendig, um »seine [des Proletariats; M.K.] physische und moralische Gesundheit und Kampffähigkeit zu erhalten und zu steigern.«³⁶

Der faktische Zielkatalog der deutschen Sozialdemokratie bezog sich auf die Reform der staatlichen Arbeiterschutzgesetzgebung und die Reform der staatlichen Sozialversicherung, er enthielt keine prinzipielle Alternative dazu. In der Sozialversicherungsreform lassen sich vier Schwerpunkte unterscheiden. Erstens ging es um Leistungsniveau bzw. einen Modus der Beitragsverteilung, die dem versicherten Lohnarbeiter soziale Sicherheit gegen das Absinken unter einen proletarischen Mindestlebensstandard bieten sollte. Wie und wo die Versicherungsleistungen dabei an die Arbeitsverdienste bzw. an die Normallohnlevels der beschäftigten Arbeiter gekoppelt werden sollten, blieb programmatisch offen. Zweitens ging es um die Ausweitung und tendenzielle Verallgemeinerung der Sozialversicherungen, so daß diese alle Lohnarbeiter und alle mit der Lohnarbeiterexistenz verbundenen Risiken abdecken konnten. Meist werden die Land-, Forst- und Heimarbeiter als noch nicht versicherte Gruppen genannt; Arbeitslosigkeit, Invalidität, Mutterschaft, Wittenschaft sind die meistgenannten Risikofälle, deren Versicherung noch aussteht. Daneben geht es stets um die Ausweitung der im Rahmen einer bestimmten Versicherung anerkannten offiziell vorgesehenen Risiken, z.B. um die Anerkennung von Berufskrankheiten in der gesetzlichen Krankenversicherung. Drittens wird die Vereinheitlichung der Versicherungen gefordert. Wie die zersplitterten Teilinstitutionen der einzelnen Sozialversicherungszweige zu einer Einheit zusammengefaßt werden sollen und wer das tun soll, darüber

gibt es keine klaren Programmaussagen. Viertens wird Selbstverwaltung der Versicherten verlangt. Außer dem Adjektiv »volle« oder »vollständige« finden sich keine programmatischen Aussagen zur Form dieser Selbstverwaltung. Wie die für die Bismarcksche Gesetzgebung kennzeichnende Kopplung zwischen Beitragszahlung und Repräsentation in den Selbstverwaltungsorganen, die in der gesetzlichen Krankenversicherung bis 1911 zugunsten der Arbeiter fungierte, aufzuheben sei zugunsten einer reinen Arbeiterselbstverwaltung, ohne die Unternehmer aus der Beitragspflicht zu entlassen, dafür gab es kein Konzept.

In der internationalen Sozialdemokratie vor dem I. Weltkrieg verdient der von der bolschewistischen Dumafraktion Anfang 1914 eingebrachte Gesetzentwurf zur Sozialversicherung Erwähnung. Nicht nur, weil die ersten Sozialversicherungsgesetze der Sowjetregierung im Dezember 1917 diesem Entwurf folgten, sondern auch, weil er eines der seltenen Beispiele für eine radikale Formulierung proletarischer Klasseninteressen in der Sozialpolitik abgibt. Radikal in dem Sinne, daß er jedem möglichen Gebrauch der Sozialversicherung als Disziplinierung und Herrschaftsmittel der Bourgeoisie und/oder des Obrigkeitsstaates zuvorzukommen sucht. Nach dem Entwurf der Bolschewiki sollten alle Lohnarbeiter sowie alle landlosen Bauern pflichtversichert werden — unabhängig von Alter, Geschlecht, Nationalität. Sie sollten bei Krankheit, Unfällen, Invalidität, Mutterschaft, Todesfall, Witwenschaft und Arbeitslosigkeit versichert sein; statt einer besonderen Altersrentenversicherung sah der Entwurf vor, jedem Versicherten einen Anspruch auf die Arbeitsunfähigkeitsrente ab dem 50. Lebensjahr zu geben. Die Geldleistungen und Renten sollten nach dem Niveau der lokalen Durchschnittslöhne (Nettoverdienst) festgesetzt werden. Dazu sollte jeder Versicherte Anspruch auf freie, umfassende medizinische Versorgung, inklusive präventive Schutzmaßnahmen gegen Krankheiten und Unfälle; Alte, Kinder und Waisen auf Fürsorge durch die Sozialdienste haben. Die gesamte Sozialversicherung sollte ausschließlich aus dem Aufkommen einer progressiven Vermögens- und Erbschaftssteuer und dem Aufkommen einer Progressivsteuer auf Einkommen von Individuen und Unternehmen finanziert werden. Sie sollte durch lokale, regionale und all-russische Sozialversicherungsräte verwaltet werden, in denen nur die Vertreter der Versicherten selbst Sitz und Stimme haben sollten — unter Ausschluß von Regierung und Repräsentanten der besitzenden Klassen.³⁷ Dieser Vorschlag war natürlich nicht durchsetzbar und auch von vornherein nicht für parlamentarische Unterhandlungen konzipiert. Seine Radikalität entsprach Lenins taktischem Konzept, Forderungen aufzustellen, die wohl im Interesse der Arbeiterklasse und »an sich« ökonomisch machbar waren, aber am erbitterten Widerstand der Staatsbürokratie wie der bürgerlichen Parteien (und auch der gemäßigten Arbeiterparteien) scheitern mußten, um so das Proletariat mit der Nase auf den politischen Interessengegensatz zu stoßen.

In Deutschland veröffentlichten Ende 1917 die Freien Gewerkschaften ein ausführliches sozialpolitisches Programm. Darin forderten sie den Arbeiterschutz, den stufenweisen Übergang zum Achtstundentag. Sie wiederholten ihre seit 1893 stets wieder vorgebrachte Forderung nach einer Arbeitslosenversicherung nach dem »Genter System«, d.h. unter rein gewerkschaftlicher Verwaltung, aus Beiträgen und Staatszuschüssen finanziert. Und sie präzisierten ihre Forderung nach Vereinheitlichung der Sozialversicherung: In allen Zweigen sollten die Beiträge — und entsprechend die Sitze in den Selbstverwaltungsorganen — zu gleichen Teilen auf Arbeitnehmer, Arbeitgeber und den Staat entfallen.³⁸ Die Novemberrevolution brachte der deutschen Arbeiterbewegung zwar einige sozialpolitische Erfolge, aber kaum mehr programmatische Klarheit. Nach dem am 12. November 1918

veröffentlichten Regierungsprogramm des paritätisch aus SPD- und USPD-Vertretern zusammengesetzten »Rates der Volksbeauftragten«, der sich als »rein sozialistische« Regierung verstand, sollte »das sozialistische Programm« verwirklicht werden. Das bedeutete, daß der Vorkriegszustand des Arbeiterschutzes wieder hergestellt und einige alte Ausnahme-gesetze für besondere Lohnarbeitergruppen aufgehoben wurden. Einige weitere »sozialpolitische Verordnungen« wurden angekündigt — zum Achtstundentag, zur Erwerbslosenunterstützung, zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung, zur Bekämpfung der Wohnungsnot.⁶⁹ Diese Verordnungen wurden auch in den folgenden Monaten rasch erlassen. In der gesetzlichen Krankenversicherung wurde durch die Verdoppelung der Versicherungspflichtgrenze (von 2500 auf 5000 RM Jahreseinkommen) eine Ausdehnung erreicht, mit der Verordnung vom 5. Februar 1919 wurden die Eingriffe der Reichsversicherungsordnung von 1911 in die Selbstverwaltung der Krankenkassen wieder aufgehoben, die 2/3-Mehrheit der Arbeitnehmervertreter in den Ortskrankenkassen war wieder ausschlaggebend für alle Entscheidungen.⁴⁰ Viel weitergehende Konzepte hatten die sozialistischen Parteien auch nicht. In dem von Rosa Luxemburg im Dezember 1918 verfaßten Programm des Spartakusbundes wird in dem als Aktionsprogramm konzipierten Teil nur die vage Forderung nach »einschneidende(r) soziale(r) Gesetzgebung« erhoben. Was damit gemeint sein könnte, wird allenfalls aus der radikalisierten Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit auf einen »sechsstündigen Höchstarbeitstag« deutlich.⁴¹ Im Berliner Aktionsprogramm der USPD vom März 1919 wurde global ein »Ausbau der sozialen Gesetzgebung« gefordert. In welche Richtung dies gehen sollte, wurde allenfalls mit der Forderung nach »grundlegende(r) Neuordnung des öffentlichen Gesundheitswesens« angedeutet.⁴² Im Leipziger Aktionsprogramm der USPD vom Dezember 1919 wurde dies in die zwar sozialistischere, aber auch nicht viel präzisere Formel »Vergesellschaftung des gesamten öffentlichen Gesundheitswesens« gegossen. Daneben stand wie eh und jeh die Forderung nach »Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft«. Aussagen zur Reform der Sozialversicherung fehlten.⁴³

Die Weimarer Republik bescherte den Sozialdemokraten die Genugtuung, daß einige ihrer alten sozialpolitischen Forderungen nun Verfassungsrang erhielten. Im Artikel 157 wurde die Arbeitskraft unter den »besonderen Schutz des Reiches« gestellt, mit Artikel 161 verpflichtete sich das Reich, ein umfassendes Sozialversicherungssystem zu schaffen — »unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten«, wie es in wörtlicher Übereinstimmung mit dem Erfurter Programm hieß —, im Artikel 163 wurde ein Recht des unfreiwillig Arbeitslosen auf »seinen notwendigen Unterhalt« anerkannt.⁴⁴ Auf ihrem 10. Gewerkschaftstag 1919 in Nürnberg hatten die Freien Gewerkschaften »Richtlinien über die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften« angenommen, in denen sie die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Arbeiter auch im Sozialismus betonten. Sie erhoben darin die Forderung nach einer ausreichenden »sozialen Fürsorge der Gesellschaft« für »die Bedürftigen«, insbesondere Arbeitsunfähige, beschränkt Arbeitsfähige und Arbeitslose. Erst in dem Maße, wie diese verwirklicht und auf Dauer gesichert sei, könnten die gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen abgebaut werden. Darüber hinaus schlugen sie vor, sozialpolitische und wirtschaftspolitische Angelegenheiten überbetrieblichen, frei gewählten Selbstverwaltungsorganen (Wirtschaftskammern) mit Gesetzesinitiative und Richtlinienkompetenz für die lokale Wirtschaft zu übertragen, in denen nicht Gewerkschaftsvertreter, sondern direkt gewählte Arbeitervertreter neben Vertretern der Betriebsleitungen Sitz und Stimme haben sollten. Sie hatten darin festgestellt, daß »die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft«, die nicht näher erläutert wurden, im Gang

der Revolution nur teilweise erfüllt worden seien, so daß der Kampf der Gewerkschaften weiter gehe.⁴⁵ Während des Generalstreiks gegen den Kapp-Putsch Anfang 1920 fordernten zahlreiche Ortsvereine, Ortskartelle und gewerkschaftliche Aktionsausschüsse den Bruch mit der Weimarer Koalition und die Bildung einer rein sozialistischen oder »Arbeiterregierung«; die Führung des ADGB machte sich diese Forderung zu eigen. Am 18. März 1920 veröffentlichten ADGB, AfA und Deutscher Beamtenbund einen gemeinsamen Aufruf, in dem sie ankündigten, den Generalstreik trotz des Zusammenbruchs des Putsches und gegen den Willen der Sozialdemokraten in der Reichsregierung fortsetzen zu wollen, um den in einem 9-Punkte-Katalog zusammengefaßten gewerkschaftlichen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Darin forderten sie unter Punkt 1: »Entscheidende(n) Einfluß« für die Arbeitnehmerorganisationen auf die »Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung«, und unter Punkt 6: »Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, um den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung zu gewährleisten.« Auf der Grundlage des 9-Punkte-Programms begannen ADGB und AfA-Bund Verhandlungen mit der Regierung, die mit einer unverbindlichen Absichtserklärung der Regierungsparteien endeten. Darin war nur noch vage davon die Rede, daß die Vertreter der Regierungsparteien bei ihren Fraktionen für »neue Sozialgesetze« eintreten würden.⁴⁶

Auf ihrem Parteitag in Görlitz 1921 gab sich die Mehrheitssozialdemokratie ein neues Parteiprogramm, das nicht zuletzt unter dem Eindruck der schweren Wahniederlage der SPD im Juni 1920 die marxistische Ausdrucksweise des alten Erfurter Programms vermißte und die SPD als nationale, demokratische Reformpartei für alle Schichten des »arbeitenden Volkes in Stadt und Land« profilieren sollte. In seinem sozialpolitischen Teil forderte es mehr und wirksameren Arbeitsschutz: Gesetzliche Garantie des Achtstundentags, Beschränkung bzw. Verbot der Nachtarbeit, gesetzliche Beschränkungen bzw. Verbot der Frauen- und Kinderarbeit, wöchentliche Ruhepause, bezahlten Jahresurlaub. Und zur Sozialversicherung: »Umbau der sozialen Versicherung zu einer allgemeinen Volksfürsorge.«⁴⁷ Im gleichen Jahr fand in Görlitz die erste Reichskonferenz der im Dezember 1919 als Verband der »freien Wohlfahrtspflege« gegründeten »Arbeiterwohlfahrt« statt, deren sozialpolitisches Hauptziel die Überwindung der damaligen Armenpflege der Gemeinden und der privaten bzw. kirchlichen Wohlfahrtsverbände, mithin die Aufhebung der »freien Wohlfahrtspflege« zugunsten öffentlicher Fürsorge war. Hier wurde das Konzept der »Volksfürsorge« präzisiert: »Ein einheitliches System der Vorbeugung, Heilung und Versorgung, das die zur allgemeinen Gesundheit und Leistungsfähigkeit erforderliche Lebenshaltung der Volksgenossen sichert, ist Wesenselement des Sozialismus ...«⁴⁸ Anfang Januar 1922 verabschiedete die Rest-USPD auf ihrem Leipziger Parteitag ein Manifest, in dem sie nochmals ihren »Gegensatz zu den Sozialreformisten, denen die Reformen immer mehr Selbstzweck werden«, betonte. Sie dagegen sehe »den Wert der Reformen darin, die Arbeiterklasse in ihrem Kampf für die soziale Umwälzung zu stärken«. In den abschließend vorgestellten »wirtschafts- und sozialpolitischen Kampfzielen« hieß es aber nur lapidar: »1. Fortführung der sozialen Gesetzgebung ... 5. Verwirklichung des Grundsatzes, daß der Staat die Pflicht zur Erhaltung bedürftiger, arbeitsunfähiger und arbeitsloser Mitglieder der Gesellschaft hat.«⁴⁹ Im September des gleichen Jahres erfolgte in Nürnberg die Wiedervereinigung von USPD und SPD. Am 24. September 1922 veröffentlichte die nunmehrige VSPD in der »Freiheit«, dem Zentralorgan der alten USPD, ein neues Aktionsprogramm, das den Forderungsteil des Görlitzer Programms ersetzte. Darin heißt es zur Sozialpolitik, daß »der Schutz der Arbeitskraft durch Ausbau der sozialen Gesetz-

gebung« erreicht werden soll. Für »bedürftige, arbeitsunfähige und arbeitslose Mitglieder der Gesellschaft« wird »ausreichende Fürsorge« verlangt. Der USPD-Einfluß fand sich nur in der Programmformel »Vergesellschaftung des Gesundheitswesens« wieder.⁵⁰

Auf dem Parteitag der SPD 1925 wurde das Görlitzer Programm durch ein neues, das Heidelberger Programm ersetzt, das wieder an den grundsätzlichen Teil des Erfurter Programms anknüpfte, sich allerdings in seinen analytischen Teilen stark an die Theorie vom »organisierten Kapitalismus« anlehnte. Das neue Aktionsprogramm enthält einen ausführlichen Abschnitt über die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Sozialpolitik. Die sozialpolitischen Aktivitäten sollten zum »Schutz der Arbeiter« und zur »Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen« dienen. Neben den altbekannten Forderungen nach Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen, Gewerbeinspektion, Verbot der Kinderarbeit, Bekämpfung der Mißstände in der Heimarbeit usw. taucht zum ersten Mal die alte gewerkschaftliche Forderung nach »Vereinheitlichung der sozialen Versicherung« auf. Die Vereinheitlichung wird nicht näher umschrieben, sondern als eine vorläufige Übergangsregelung bis zum »Umbau [der Sozialversicherung; M.K.] zu einer allgemeinen Volksfürsorge« ausgegeben. Statt der Vergesellschaftungsformel aus dem Nürnberger Aktionsprogramm findet sich nur noch die Forderung nach »umfassende(n), vorbeugende(n), heilende(n) und vorsorgende(n) Maßnahmen auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt«, und nach staatlicher Reglementierung der Wohlfahrtspflege unter »Mitwirkung der Arbeiterklasse«.⁵¹ Mit der Kompromißformel »Vereinheitlichung bis zum Umbau« zur Sozialversicherungsreform im Heidelberger Aktionsprogramm versuchte die SPD, es allen sozialistischen und gewerkschaftlichen Strömungen recht zu machen. Seit der Währungsstabilisierung wurde über die Neuordnung der mit knapper Not durch die Inflation geretteten Sozialversicherungen diskutiert; vor allem in der Selbstverwaltung der Sozialversicherung engagierte Gewerkschafter plädierten für eine Zusammenfassung der zersplitterten Sozialversicherungen nach dem Vorbild der Allgemeinen Ortskrankenkassen und für eine weitere »Demokratisierung«. Einige gingen noch weiter und schlugen eine Zusammenlegung der bislang getrennten Versicherungszweige der Sozialversicherung vor — mit guten versicherungswirtschaftlichen Gründen. Der weitestgehende Vorschlag, der von den meisten Gewerkschaftern wegen des Verlusts der Selbstverwaltung abgelehnt wurde, war der, die gesamte Sozialversicherung durch eine aus allgemeinen Steuermitteln finanzierte allgemeine »Staatsbürgerversorgung« zu ersetzen, die jedermann einen Rechtsanspruch auf vom Staat organisierte soziale Hilfs-, Heil- und Vorsorgeleistungen in gesetzlich definierten »Bedarfsfällen« verleihen sollte.⁵²

Erst relativ spät, unter dem Druck der nicht ganz freiwilligen SAP-Gründung 1931/32, versuchten sich Vertreter der linkssozialistischen Strömung in der deutschen Arbeiterbewegung auch über ein sozialpolitisches Programm klar zu werden. Das Linzer Programm der österreichischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei von 1926, das einigen Anhängern der Linksopposition in der Weimarer SPD in seinen grundsätzlichen Teilen als vorbildlich galt, bot im sozialpolitischen Teil seines Aktionsprogramms kaum etwas, das über die SPD-Programme hinausführte. Neu war nur die Konzeption der »Familienversicherung«, d.h. der obligatorischen Mitversicherung aller Familienangehörigen der pflichtversicherten Lohnarbeiter in allen Zweigen der Sozialversicherung, deren »durchgehende Einführung« im Programm gefordert wurde. Und anders als in Deutschland konnten die österreichischen Sozialisten ein detailliertes Programm zur Reform ihrer seit 1919 bestehenden, staatlichen Arbeitslosenversicherung aufstellen. Dieses sah vor: 1. Die Arbeitslosenversicherung auf alle Lohnarbeiter auszudehnen, 2. die Lohnarbeiter auch gegen die

Folgen der Kurzarbeit mitzuversichern, 3. die gesamte Arbeitslosenversicherung unter die Selbstverwaltung »durch die Arbeiterschaft« zu stellen, 4. für lang andauernde Krisen den Arbeitslosen eine »auskömmliche Unterstützung ohne zeitliche Beschränkung für die ganze Dauer unverschuldeter Arbeitslosigkeit zu sichern.«⁵³ Auf der Gründungskonferenz der SAP am 4. Oktober 1931 wurde ein provisorisches Aktionsprogramm angenommen. Darin fordert die SAP zum ersten »die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, zunächst auf 40 Wochenstunden und sodann weiter«, zugleich »Herabsetzung der Altersgrenze in der Invaliden- und Angestelltenversicherung«. Sie kündigt an, den Kampf um die Arbeitszeitverkürzung zugleich als »Kampf um die soziale Sicherstellung der Proletarier«, die arbeitslos sind, führen zu wollen. Zum zweiten fordert sie »die Zusammenfassung der gesamten Sozialversicherung zu einem einheitlichen, vom Proletariat kontrollierten System, das jedem ... ein modernen Kulturansprüchen genügendes Existenzminimum sichert.«⁵⁴ In ihrer zur Vorbereitung des Programmarteitages der SAP 1932 geschriebenen Kritik der bisherigen sozialdemokratischen Parteiprogramme versuchte Anna Siemsen die Programmforderungen der Linkssozialisten zur Sozialpolitik zu begründen. Sie bezeichnete es als »Grundillusion der Partei«, nicht zu sehen, daß die sozialpolitischen Forderungen des Görlitzer und Heidelberger Programms »den Rahmen einer kapitalistischen Gesellschaft« sprengten, und daher geglaubt zu haben, daß ein solcher »sozialer Fortschritt möglich sei ohne gleichzeitig gesteigerte Wirtschafts- und Finanzkontrolle.«⁵⁵ Daraus ergebe sich für die Linkssozialisten die Regel, »dauernd und bewußt die Sozialpolitik mit der Wirtschafts- und Steuerpolitik zu koordinieren«, und die Konsequenz, die Forderungen der alten Programme so auszubauen, daß sie »an das Leben der Arbeiter unmittelbar anknüpfen« und zugleich »über die bestehende Gesellschaft hinausführen«. Sie regt an, die traditionellen, viel zu starre Lösung des Achtstundentags durch eine elastischer formulierte Forderung nach »Beteiligung der Arbeiterschaft an jedem wirtschaftlichen und technischen Fortschritt« — auch, aber nicht nur durch »sukzessives Herabsetzen der Arbeitszeit« — zu ersetzen. Sie wollte die Forderung nach einem Sonderschutz für Frauen und Jugendliche ins Aktionsprogramm aufgenommen wissen und schlug vor, statt der traditionellen Programmformel »Einheitliches Arbeitsrecht« ein »Arbeitsrecht auf der Grundlage proletarischer Rechtsprechung und Rechtskontrolle« zu fordern. Statt bloßer Selbstverwaltung im Rahmen des bürgerlichen Staates wollte sie »Proletarische Kontrolle und Verwaltung aller sozialen Einrichtungen«. ⁵⁶ Abgesehen von der Betonung der »Arbeiterkontrolle«, sind ihre Formulierungen nicht radikaler als die der früheren sozialdemokratischen Sozialprogramme. Kein Wunder, hielt sie doch schon die staatliche Garantie eines Existenz- und Subsistenzrechts für jedes Individuum, den Bruch mit der altliberalen Staatskonzeption und den Übergang vom liberalen zum »sozialen Rechtsstaat«, den die Weimarer Sozialdemokratie erstrebte, für »zweifelloso revolutionär«. ⁵⁷

Im Juli 1945 wurde in Berlin die Sozialversicherung provisorisch als »Einheitsversicherung« wieder in Gang gebracht. An die Stelle der 156 verschiedenen Sozialversicherungsträger, die bis Kriegsende allein in Berlin tätig waren, trat als einheitlicher Versicherungsträger für die gesamte Sozialversicherung die Versicherungsanstalt Berlin (VAB). Alle in Berlin beschäftigten Arbeitnehmer wurden bei der VAB versicherungspflichtig. Die VAB erhob einen einheitlichen Versicherungsbeitrag von 20% des Bruttoeinkommens, der je zur Hälfte von den Arbeitnehmern und von den Arbeitgebern zu zahlen war. Die Einheitsversicherung erstreckte sich auf Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter, später umfaßte sie auch die Arbeitslosenversicherung. Etwa 90% der Berliner Bevölkerung wurden von der VAB versichert. Die VAB konnten den Prozentsatz ihrer Ausgaben für reine Ver-

waltungskosten im Vergleich zu den früheren Sozialversicherungsträgern stark senken, obwohl sie zwangsläufig, da sie ohne jede Reserven, allein mit dem laufenden Beitragsaufkommen operieren mußte, eine aufwendige individuelle »Bedürftigkeitsprüfung« einführen mußte. Obwohl die in der VAB führend tätigen Sozialdemokraten in ihren öffentlichen Äußerungen wiederholt betonten, daß die Vereinheitlichung der Sozialversicherung keineswegs nur eine Berliner Notmaßnahme sei, wurde diese ab 1950 durch Anpassung an das Bundesrecht schrittweise zurückgenommen, der alte Zustand der Zersplitterung war bis 1953 im wesentlichen restauriert. Programmatische Spuren hat dieser Versuch mit der so lange geforderten, von der SPD auf dem Altar der Einheit der Nation geopfertem Vereinheitlichung der Sozialversicherung in der deutschen Arbeiterbewegung nicht hinterlassen. Die Vereinheitlichungsforderung wurde vielmehr, nicht zuletzt Dank der Polemik gegen die »Einheitsversicherung« in der DDR fallen gelassen.⁵⁸

In der unmittelbaren Nachkriegsperiode glaubte die SPD unter der Führung Kurt Schumachers vor dem »Sozialismus als Gegenwartsaufgabe« zu stehen, der nötige Wiederaufbau nach den Zerstörungen des Krieges schien ihr untrennbar mit der sozialistischen »Neuordnung der deutschen Gesellschaft« verquickt. Erst nach ihrer — gemessen an ihren eigenen Erwartungen — schweren Wahlniederlage bei den ersten Bundestagswahlen 1949 begann sie sich langsam und widerstrebend auf ihre Oppositionsrolle in der als Provisorium betrachteten Bundesrepublik umzustellen. Der Düsseldorfer Parteitag von 1948 hatte die Programmdiskussion in der SPD freigegeben. Auf dem Dortmunder Parteitag im September 1952 wurde ein neues Aktionsprogramm angenommen. Darin wurde eine »umfassende Sozialreform« gefordert und zum ersten Mal als Maxime »sozialistischer Sozialpolitik« formuliert, daß den »schaffenden Menschen ein(en) wachsende(r) Anteil am Sozialprodukt« zu sichern sei. Mittels eines »Sozialplans« sollte das bestehende System sozialer Leistungen entwirrt und verbessert werden. Der »Sozialplan«, das sozialdemokratische Gegenstück zum englischen Beveridge-Plan, sollte das Konzept eines vom bestehenden bzw. gerade erst restaurierten »Durcheinander« befreiten Systems der sozialen Sicherung sein. Er basierte nach dem Dortmunder Aktionsprogramm auf einer Reihe von sozialen Grundrechten, die als Schutzrechte aufgefaßt und »allen des Schutzes Bedürftigen gewährt« werden sollten. Es machte der Partei offenbar keine Mühe, diese Konzeption eines »soziale« Schutzrechte gewährenden Obrigkeitsstaates mit der Forderung nach »Selbstverwaltungsorgane(n)« »auf allen Stufen« zu verbinden; die alte Forderung nach voller Selbstverwaltung durch die Versicherten, die selbst in der abgeschwächten Form der Forderung nach einer 2/3-Mehrheit für die Vertreter der Versicherten nach dem Vorbild der Bismarckschen Krankenversicherung, wie sie von der SPD in der Nachkriegszeit vertreten wurde und die im Oktober 1950 von der Bundestagsmehrheit selbst für das Gebiet der Krankenversicherung abgeschafft worden war, tauchte nicht mehr auf. Dazu paßte, daß die Vereinheitlichungsforderung nun auch mit dem Rationalisierungseffekt für die Verwaltung begründet wurde, während gleichzeitig die »Dezentralisierung« der Selbstverwaltung propagiert wurde.⁵⁹ 1957 wurde der gut 200 Seiten starke »Sozialplan für Deutschland«, geschrieben von einem Arbeitskreis sozialdemokratischer Sozialpolitiker, vom PV der SPD mit dem obligaten Aufruf zur Mitarbeit an seiner Ergänzung und Verwirklichung veröffentlicht. Mit ein wenig holpriger Logik forderten die Verfasser des »Sozialplans« von der »sozialistische(n) Politik« sowohl, die Grenzen wegzuräumen, die die bestehende Gesellschaftsordnung der von ihnen gewünschten Reform des Sozialstaats setze, als auch die »gesellschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart (zu) verändern, um der sozialen Notstände der Gegenwart Herr zu werden.«⁶⁰ Sinn machte das nur, wenn die Auf-

gabe der staatlichen Sozialpolitik von der traditionellen Existenzsicherung für Lohnarbeiter in einer bürgerlichen Gesellschaft zu einem Menschheitsproblem emporstilisiert wurde. Der normative Grundgedanke des Sozialplans, daß es gelte, durch systematische Staatsingriffe dem Individuum in der (bürgerlichen) Gesellschaft das »Bürgerrecht auf selbstverantwortliche Existenz« zu sichern, indem ihm die illusorische Verantwortung für die meisten Risikofälle seines gesellschaftlichen Lebens abgenommen wird, macht ihn zu einem klassisch sozialliberalen Programm. Es steht zugleich voll in der Tradition des sozialdemokratischen Reformismus, insoweit als seine Autoren mit größtem Nachdruck eine möglichst lückenlose Vorsorge für alle möglichen Risikofälle des »Arbeitslebens« schaffen, die Sozialleistungen auf das »Notwendige« als rechtes Maß bringen und vermeiden wollen, daß soziale Leistungen »zur Beherrschung von Menschen mißbraucht« werden können.⁶¹

Seit dem Stuttgarter Parteitag 1958 wurde in der SPD der Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm debattiert, das auf einem außerordentlichen Parteitag noch im November 1959 beschlossen werden sollte. Der Programmentwurf wie das spätere Godesberger Programm waren das Produkt von Kommissionen, eine Kompilation von Beiträgen sozialdemokratischer Spezialisten auf den verschiedenen Politik»feldern«. In der ersten, dem Stuttgarter Parteitag vorgelegten Version des Grundsatzprogramms war noch als Anklang an den Sozialplan die Andeutung enthalten, daß die Sozialisten soziale Notstände an der Wurzel bekämpfen wollten, ihre Sozialpolitik mithin vor allem vorbeugend orientiert sein sollte. Allein in der innerparteilich marginalen, linkssozialistischen Kritik am Programmentwurf wurde die zwitterhafte »sozialistische Sozialpolitik« aufs Korn genommen. Fritz Lamm schrieb im »Funkt« im Dezember 1958, daß eine Sozialpolitik als Teil der Politik einer sozialistischen Partei im Kapitalismus »nur darauf ausgerichtet sein (kann), die kapitalistische Wirtschaftsordnung ganz und gar zu überwinden und die sozialistische Ordnung zu schaffen, in der es weder Barmherzigkeit noch Wohlfahrt, weder Versorgungs- noch Sozialpolitik geben kann«. Aufgabe und Ziel der Sozialisten sei es, gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, in denen jegliche Sozialpolitik, jegliche staatliche und erst recht private »Wohlfahrt« überflüssig sei und »all diese 'ethischen' Zubehörs einer Gesellschaft, die auf Ausbeutung und Ungerechtigkeit aufgebaut ist, ihren Sinn verlieren«. Da im Programmentwurf nicht erklärt werde, was denn »soziale Notstände« sind, sei auch die Versicherung wenig wert, daß die SPD sich nicht mit dem Herumkurieren an Symptomen begnügen wolle. Der Forderungskatalog unterscheide sich »lediglich graduell von der üblichen Sozialpolitik«. ⁶² Außerhalb der Programmdiskussion, in einem Kommentar zu den Selbstbeteiligungsplänen der CDU/DP-Regierung für die gesetzliche Krankenversicherung, wiederholte H.O. Dracker Anfang 1959 noch einmal die alte Forderung nach Vereinheitlichung der Sozialversicherung. Eine einheitliche Sozialversicherung, so der Tenor seiner Argumentation, könne zur »Einheit der Arbeitnehmerfront« beitragen, mithin eine Voraussetzung für sozialistische Politik verbessern. Die beste Form der Sozialversicherung für Lohnarbeiter im Kapitalismus sei »die Einheitsversicherung für alle abhängig Beschäftigten ... auf genossenschaftlicher Basis«. Dies hätte den Vorteil, daß sowohl der Anschein, der Staat schütze die Arbeiter und gewähre ihnen obendrein noch Selbstverwaltung, als auch der Anschein, die Unternehmer trügen einen Teil der Versicherungslasten, verschwänden.⁶³ Drackers klassenpolitische Forderungen nach Vereinheitlichung und Vergenossenschaftung der Sozialversicherung spielten in der Programmdiskussion keine Rolle. Im Frühsommer 1959 veröffentlichte Wolfgang Abendroth im »Sozialdemokrat« und im »Vorwärts« einen alternativen Programmentwurf. Darin wird der Sozialstaat, statt

als ein zu verwirklichendes Ideal, als ein vor allem ideologisch folgenreiches »Zugständnis« des bürgerlichen Staates an die Arbeiterbewegung beschrieben, das »den Glauben an die angeblich neutrale Macht der allmächtigen Obrigkeit« in der Arbeiterklasse verbreitet habe. Zur Sozialpolitik wird zum ersten gefordert, die bestehenden Sozialversicherungen »zu einem System zielbewußter sozialistischer Sozialhilfe und Gesundheitsversorgung auf der Grundlage breitester demokratischer Selbstverwaltung umzugestalten« und aus dem Gesundheitswesen einen »öffentliche(n) Dienst zugunsten eines jeden ..., auf den jedermann in gleicher Weise Anspruch hat«, zu machen. Vorläufig sei die alte Form der Selbstverwaltung mit eindeutigem Übergewicht der Versicherten in den Ortskrankenkassen wieder herzustellen, die Altersversorgung der Lohnarbeiter der privilegierten Beamten anzugleichen. Als Sozialleistungsnorm habe zu gelten, daß eine »demokratische Gesellschaft« ihren nicht mehr arbeitsfähigen Mitgliedern »mindestens den kulturellen Stand und also auch dessen wirtschaftliche Voraussetzungen bieten (müsse), der die Bedingung der sinnvollen Mitwirkung an der politischen Willensbildung« ist.⁶⁴

Dem Parteitag in Godesberg im November 1959 lag ein neuer Entwurf der Programmkommission vor, dessen sozialpolitischer Teil sich fast ausschließlich auf die Auflistung konkreter Forderungen beschränkte. Auf dem Parteitag wurde ein Kollektivantrag aus verschiedenen Unterbezirken angenommen, in dem mit der Begründung, daß der Unterschied zwischen sozialistischer Sozialpolitik und der heutigen »Flickwerk-Sozialpolitik« klargestellt werden müsse, die klassisch sozialliberale Auffassung formuliert wurde, daß die Sozialpolitik die Voraussetzungen für die freie Entfaltung und selbstverantwortliche Lebensführung »des Einzelnen« in »der Gesellschaft« zu schaffen habe.

Viel hat sich seither programmatisch nicht getan. Das ist verwunderlich, hat doch die deutsche Sozialdemokratie die Sozialpolitik stets als ihre eigentliche Politikdomäne betrachtet, in der sie nicht nur Regierungskompetenz, sondern vor allem wesentliche, unverwechselbar sozialdemokratische Konzepte zu bieten hatte. In der Sozialstaatskonzeption lag, wenn überhaupt irgendwo, eine mögliche »Hegemonie der Sozialdemokratie« begründet. In der Regierungserklärung von 1969 heißt es kurz und selbstbewußt: »Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird die Volksversicherung durchsetzen.« Dies war die einzige programmatische Aussage, die über die bloße Fortsetzung altbekannter Konzepte zur Perfektionierung der sozialen Sicherungssysteme wie Dynamisierung der Leistungen der Rentenversicherung (keine sozialdemokratische Erfindung), flexible Altersgrenzen, Sozialbudget hinausging. Die Regierungserklärung knüpfte bei dem »Volksversicherungsplan« der SPD an, der auf dem Karlsruher Parteitag 1964 in Gestalt einer Resolution angekündigt und 1965 veröffentlicht worden war. Dieser Volksversicherungsplan war alles andere als eine umfassende Alternative zum bestehenden System der Sozialversicherungen. Er beschränkte sich vielmehr auf eine Teilreform der bestehenden Rentenversicherungen. Mit dem Volksversicherungsplan wurden die dem politischen Gegner anstößigen programmatischen Elemente des Godesberger Programms, die Mindestrente und die Einheitsversicherung, fallen gelassen. Die »Antwort der Sozialdemokraten auf die unüberhörbare Forderung der modernen Gesellschaft nach sozialer Sicherheit«, die mit dem Volksversicherungsplan gegeben werden sollte, sah im wesentlichen eine Erweiterung der Rentenversicherungspflicht für Angestellte, die Wahlfreiheit der Altersgrenze, die Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige und die Rente nach Mindesteinkommen, die einen bescheidenen Ausgleich für die ihr ganzes Erwerbsleben lang unterbezahlten Land-, Forst- und Heimarbeiter schaffen sollte, vor. Das war bereits das Konzept der seit 1972 von der sozialliberalen Bundesregierung durchgesetzten zweiten Rentenreform.⁶⁵ In

der 1970 begonnenen Programmdebatte der SPD — um den Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985 — hat die Sozialpolitik zu keiner Zeit eine zentrale Rolle gespielt. Sie wurde den Experten überlassen und mithin die Chance versäumt, sich über die spezifisch sozialdemokratische Sozialstaatsauffassung zu verständigen.

Auf dem Hamburger Parteitag der SPD von 1977 gab es zum ersten Mal wieder einen Grundsatzbeschluss »Sozialpolitik«, der vom Parteivorstand eingebracht und ohne Diskussion angenommen wurde. Er sanktionierte im wesentlichen nur die Einrichtung einer AG »Sozialpolitisches Programm« unter dem Vorsitz von Herbert Wehner. Dieser forderte auch eine »neue sozialpolitische Offensive« der Sozialdemokratie, die aber darauf hinauslaufen sollte, die konservative Offensive im Zeichen der »Neuen Sozialen Frage« publizistisch abzuwehren. Kurz darauf hat Eugen Glombig, einer der führenden sozialpolitischen Experten in der SPD-Bundestagsfraktion, noch einmal an das programmatische Defizit der auf Detailverbesserungen fixierten sozialdemokratischen Sozialpolitik erinnert und die Aufgabe der neuen AG damit charakterisiert, daß sie den alten Gedanken einer »umfassenden Sozialreform« wieder aufzugreifen habe. »Noch nie ist das Sozialleistungssystem in Deutschland wirklich reformiert worden.«⁶⁶ Dieser glücklich wiedergefundene Gedanke der Regierungspartei SPD fiel in der nur kurzfristig abgebremsten Depression nach 1977 auf keinen günstigen Boden. Die klassische Partei des sozialpolitischen Reformismus in Deutschland ist gegenüber der allseits ausgerufenen »Krise des Sozialstaats« konzeptionslos in der Defensive geblieben.

5. Sozialistische Sozialpolitik in kapitalistischen Gesellschaften — wo gibt's denn so was?

Daß Vorbeugen besser als Heilen sei, scheint heute ein gesundheitspolitischer Gemeinplatz. Eine andere alte sozialistische Maxime lautet, daß Sozialpolitik die beste Kriminalpolitik sei. Vorbeugende Gesundheitsfürsorge und Jugendschutz stehen denn auch als Parolen in allen sozialistischen Sozialprogrammen. Wenn man wissen will, wie denn nach sozialistischer Vorstellung sozialen Übeln wie Krankheiten oder Kriminalität vorgebeugt werden könne, helfen keine Programme. Dann ist man darauf verwiesen, die wenigen vorhandenen Erfahrungen zu sichten, die die meist pragmatischen Lösungsversuche von Sozialisten in Regierungspositionen erbracht haben. Was also, muß man fragen, haben Sozialisten als Funktionäre des Sozialstaats historisch geleistet, das eventuell über die bloße Ausbreitung und Perfektionierung des Sozialstaats hinausweisen kann?

5.1 Sozialistische Sozialpolitik im Roten Wien — Ein vergessenes Lehrstück

Wer als sozial- und gesundheitspolitisch interessierter Zeitgenosse von Wien hört, wird heute vor allem an die fortdauernden Skandale um das neue Allgemeine Krankenhaus denken, das auch ohne Finanzskandal noch ein ordentliches Monstrum an Betonarchitektur und medizinischem Großbetrieb ist. Er/sie wird überrascht sein zu lesen, daß Wien in den 20er Jahren ein international berühmtes Vorbild und Experimentierzentrum für die Fürsorge- und Gesundheitspolitik war, in dem Sozialisten die führende Rolle spielten.

Im Mai 1919 gewannen die Sozialdemokraten bei der ersten Wahl nach Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts auf Anhieb die stolze absolute Mehrheit von 54,2% in der Gemeinde Wien. Trotz anhaltender scharfer Konfrontationen gelang es ihnen, diese Mehrheit zu halten und immer weiter auszubauen bis auf über 60% der Wählerstimmen im Jahre 1927. Ab 1. Januar 1922 wurde Wien ein selbständiges Bundesland, die sozialistische Stadtregierung mithin unabhängig von einer bürgerlichen Landesregierung, da nun die Sozialdemokratie auch im Land Wien die Mehrheit gewann und behielt. Bis heute ist

die Wohnungsbaupolitik der Gemeinde Wien — von 1923 bis 1933 über 60.000 neue Wohneinheiten, zumeist in großzügigen, innerstädtischen »Hof«-Komplexen — schon wegen der zahlreichen steinernen Zeugen der bestbekannte Teil der Politik der sozialistischen Gemeinderregierung geblieben. Mindestens ebensoviel Aufmerksamkeit verdiente die Sozialpolitik der Roten Gemeinde Wien in den Jahren 1919 bis 1933, in denen zum ersten Mal versucht wurde, der traditionellen Wohltätigkeit, dem Gemisch aus geschlossenen staatlichen Anstalten für Sozialfälle, kommunaler Armenpflege und privater, zumeist konfessionell orientierter Wohlfahrt, eine geschlossene sozialistische Alternative auf großstädtischem Niveau entgegenzusetzen. Die Sozialdemokraten im Roten Wien machten zum ersten Mal in einer mitteleuropäischen Millionenstadt Ernst mit der alten sozialhygienischen Forderung nach einer Integration von Sozial- und Gesundheitspolitik, sie machten Ernst mit dem sozialistischen Grundsatz, daß Gesundheit ebensowenig wie das bloße Leben als Privatsache behandelt werden dürfe, indem sie ein beinahe umfassendes System kommunaler Vorsorge und Vorbeugung schufen und dabei nicht davor zurückschreckten, gegen sozialliberale Grundsätze, wie z.B. das Prinzip der »freien Arztwahl«, zu verstoßen. Diese sozialpolitische Aufbauarbeit wurde wie die gesamte Kommunalpolitik im »Roten Wien« von der Sozialdemokratie als ein »Stück sozialistischer Arbeit« betrachtet, das als »Muster und Vorbild, Ansporn« für weitere Kämpfe dienen würde, weil es »die Fesseln des Kapitalismus, die auf der Arbeiterschaft lasten«, lockern und zugleich einen »Tragpfeiler der kommenden Ordnung« errichten könne.⁶⁷

Im Jahre 1921 vereinigte die Gemeinde Wien das frühere Jugendamt, die städtischen Fürsorgeverwaltungen und das Gesundheitsamt zu einem übergreifenden »Wohlfahrtsamt«, das unter der persönlichen Leitung des früheren Wiener Professors für Anatomie Julius Tandler stand. Dieser verstand sich selbst als Sozialist und war in seinen gesellschaftspolitischen Anschauungen stark von Max Adlers sozialpädagogischer Auffassung sozialistischer Politik und von dem Konzept einer »Menschenökonomie« beeinflusst, das der Wiener Soziologe Rudolf Goldscheid schon vor dem ersten Weltkrieg entwickelt hatte. Die unter seiner Leitung entwickelte Konzeption einer umfassenden Volksfürsorge ist bemerkenswert, weil es sich um das einzige ausgearbeitete und in großen Teilen auch schon bis Anfang 1934 realisierte Konzept für soziale Dienstleistungen handelt, das Sozialisten außerhalb ihrer traditionellen sozialpolitischen Domäne, der Arbeitsschutz- und Sozialversicherungsgesetzgebung des Zentralstaats, in der Zwischenkriegszeit entwickelt haben. Es war als komplementäre Hilfeleistung zur staatlichen Sozialversicherungs- und Arbeitsschutzgesetzgebung der I. Republik gedacht, die der Gewerkschafter Ferdinand Hanusch in den Jahren 1919/20 noch — einschließlich der Arbeitslosenversicherung, die die frühere kommunale Armenpflege ersetzte — als Frucht der Revolution hatte festschreiben können. Da es ganz auf systematische Vorbeugung und Vorsorge abgestellt war, war es gegen die überall in Europa entstehende Sozialfürsorge bestimmende Konzeption gerichtet, daß die Fürsorge die Fortsetzung der Armenpflege sei und als Auffangbecken für alle, die durch die ansehnlich großen Löcher im gerade entstehenden sozialen Netz gefallen waren, und als Aufbewahrnastalt für alle, die mit »normalen« sozialstaatlichen Mitteln nicht zu reintegrieren waren, dienen sollte.

Der zeitliche Höhepunkt der Gründungs- und Bautätigkeit in den Sozial- und Gesundheitsdiensten der roten Gemeinde Wien lag zwischen 1926 und 1931, deckte sich also mit dem Höhepunkt der kommunalen Wohnbautätigkeit. In dieser Periode wurden in neuerrichteten Gemeindewohnbauten »Fürsorgestellen« geplant und eingebaut, die vor allem der Beratung und der offenen, ambulanten Versorgung dienen sollten. In diesen

Jahren entstand jenes Netz von Fürsorgeinstitutionen, das später als »Wiener System« in die Fachliteratur eingegangen ist.⁶⁸ Die Arbeit des Wiener Wohlfahrtsamtes war nach Tandler und seinen Mitarbeitern auf das »Ziel unserer Selbsterübrigung, das Ende des Elends und der Not«, im Sozialismus nämlich, hin orientiert. Einstweilen sollte sie dazu beitragen, die Arbeiterklasse »körperlich und geistig kampffähig« zu halten und sie zum »sozialen Pflichtbewußtsein« und Rechtsbewußtsein, »zur Einordnung in die menschliche Gesellschaft«, zum »Klassenbewußtsein« zu erziehen.⁶⁹ Die Gesamtkonzeption wurde in vier Arbeitsgrundsätzen des Wohlfahrtsamtes einprägsam zusammengefaßt: »1. Die Gesellschaft ist verpflichtet, allen Hilfsbedürftigen Hilfe zu gewähren, 2. Individualfürsorge kann rationell nur in Verbindung mit Familienfürsorge geleistet werden. 3. Aufbauende Wohlfahrtspflege ist vorbeugende Fürsorge, 4. Die Organisation der Wohlfahrtspflege muß in sich geschlossen sein.«⁷⁰ Als fünften Grundsatz müßte man noch den von Tandler oft ausgesprochenen Gedanken anfügen, daß die Erziehung zur und durch die Fürsorge ein »wichtiger Teil der Volkserziehung« sei und eine erfolgreiche Wohlfahrtspolitik ohne die Anteilnahme und tätige Unterstützung der Masse der Bevölkerung nicht möglich sei, die aber erst zum »gesellschaftspolitischen« Denken in Generationen und Generationsfolgen erzogen werden müsse. In Wien gelang es zeitweilig, bis zu 6000 ehrenamtliche Mitarbeiter für die Fürsorgedienste, meistens in der Arbeiterbewegung engagierte Frauen, zu gewinnen.⁷¹ In diesen Arbeitsgrundsätzen war niedergelegt, was Tandler die »rationelle Bewirtschaftung des organischen Kapitals« einer Gesellschaft, d.h. ihrer Menschen, nach den »Gebote(n) sozialer Bevölkerungspolitik« genannt hat. Eine Gemeinschaft, die das »Recht auf Leben« anerkenne, übernehme damit zugleich die Pflicht, »dieses Leben zu erhalten und es lebenswert und menschenwürdig zu gestalten«, also habe sie auch die Pflicht, die nächste Generation, beginnend bei den ungeborenen Kindern im Mutterleib, zu schützen, und müsse sie ihre »Pflicht der Fürsorge« für alle Hilfsbedürftigen anerkennen. Gesellschaftliche Notlagen — wie die Wohnungsnot, die Kinderverwahrlosung oder Volkskrankheiten wie die Tuberkulose — müßten als solche überindividuellen Notstände dem bekämpft werden.⁷² Die Fürsorge soll vorbeugend wirken. Das bedingt, daß sie dem Einzelnen innerhalb seiner »gesellschaftlichen Umwelt« hilft, d.h. diese mitzuverändern versucht. Das setzt voraus, daß z.B. durch die Wohnungsbau- und Schulpolitik Bedingungen geschaffen werden, um dem Entstehen »schädigender Milieus« vorzubeugen. Und das verlangt, daß die kommunale Wohlfahrt systematisch »aufbauend« verfährt, d.h. daß sie das Leben vom Mutterleib über die Wiege bis zur Bahre begleitet. Die Jugendfürsorge ist nach Tanders Worten »das Fundament jeder Fürsorge, die auf Dauer wirken will«. Denn »je mehr wir die Jugend befürsorgen, um so weniger werden wir es im Alter tun müssen, um so gesünder, um so lebensstüchtiger, um so beanspruchbarer für den Kampf ums Dasein wird diese Jugend sein. Was wir auf Jugendhorte verwenden, ersparen wir an Gefängnissen. Was wir in der Schwangeren- und in der Säuglingsfürsorge ausgeben, ersparen wir an Irrenanstalten.« Die Jugendfürsorge im neuen Geist der »generativen Ethik« soll nach Tandler beitragen, lebende Voraussetzungen (neue Menschen) für den Neubau der abbruchreifen Gesellschaftsordnung zu schaffen.⁷³

In der Praxis ging die Wiener Wohlfahrtspolitik dazu über, offene, beratende und allenfalls ambulant helfende soziale Dienste einzurichten. Die alten »Armenhäuser«, die geschlossenen Erziehungsheime mit uniformierten und bewaffneten Aufsehern verschwanden, drei von fünf Waisenhäusern konnten aufgelassen werden, da die Gemeinde sich systematisch um Pflegeeltern bemühte. Die Gemeinde errichtete die damals einzigartige »Kinderübernahmestelle« für alle irgendwie hilfs- und pflegebedürftigen Kinder, sie baute

einen Großteil der vorhandenen Kindergärten zu Ganztagsstätten¹ aus. Das größte Wiener Krankenhaus, das Lainzer Spital mit 1077 Betten, wurde nach einem neuen Konzept reorganisiert und zu einer nach Abteilungen gegliederten Kombination aus Spital und Ambulatorium. Als rein präventive Einrichtung schuf die Gemeinde 9 ambulante Schulzahnkliniken.⁷⁴ Obwohl bis 1934 nur ein Teil der Pläne des Wohlfahrtsamtes verwirklicht werden konnte, gab es einige beachtliche und vor allem international Aufsehen erregende Erfolge. Es gelang, die abnorm hohe Kindersterblichkeit in Wien drastisch zu senken, es gelang, die als »Wiener Krankheit« bekannte Tuberkulose durch einen systematischen Feldzug beträchtlich einzudämmen und die Tuberkulosesterblichkeitsrate von 61 pro 10.000 Einwohner im Jahre 1919 auf 16 herabzudrücken. Die Besucherzahlen für die nach und nach eröffneten unentgeltlichen Beratungsstellen (für Eltern, für Schwangere, für Mütter, für Geschlechtskranke, für Alkoholiker, für Nerven- und Gemütskranke usw.) waren beachtlich für die Zeit und für die Neuheit der Institutionen. Die Fürsorgepolitik erfuhr wütende Angriffe, aber kaum sachliche Kritik. Von seiten der Christlichsozialen wurde sie als »Fürsorgeinflation« und »Luxus« fortlaufend denunziert. Da das System zum großen Teil aus laufenden Kommunalsteuereinnahmen finanziert wurde, die nach dem neuen, vom sozialistischen Finanzstadtrat Breitner eingeführten Steuersystem doch überwiegend die wohlhabenden Bevölkerungsschichten traf, ist der Schaum vor christlichsozialen Mündern verständlich.⁷⁵

5.2 Sozialistische Sozialpolitik im Roten Bologna — läßt sich der Sozialstaat in die Gesellschaft zurücknehmen?

Seit 1945 hat die italienische Stadt Bologna einen kommunistischen Bürgermeister, seit nunmehr 37 Jahren wird die Stadt von einer sozialistisch-kommunistischen Koalition regiert, die über eine stabile absolute Mehrheit verfügt. Die regierende Linke hat in Bologna ein Konzept für die sozialen Dienste der Gemeinde entwickelt, das in einigen Aspekten über das Wiener Beispiel hinausweist. Dieses Konzept ist das gewachsene Produkt der Arbeit einer Reihe einander nachfolgender sozialistischer und kommunistischer Stadträte für das Sozialwesen — in Zusammenarbeit mit den Gesundheitsstadträten; es ist aus jahrelangen Diskussionen, Planungen, Versuchen mit alternativen Lösungen hervorgegangen — anders als in Wien, wo das Reformkonzept aus einer Reihe kurzfristiger, großzügiger Improvisationen entstand, die durch die Ideen und Autorität eines Mannes, Julius Tandlers, zusammengehalten wurden. Seit 1960 wird in Bologna offiziell eine Dezentralisierungspolitik verfolgt, seit 1971 ist die De-Institutionalisierung offizielle Linie der städtischen Sozialpolitik, Vorrang der präventiven vor der kurativen Medizin, Selbstbestimmung über Gesundheit, Wohlbefinden, Leistungsfähigkeit durch die »Patienten«, Selbstverwaltung in den Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens, an der auch die Klienten oder Patienten beteiligt sind, bilden seit etlichen Jahren offizielle Maximen der Sozial- und Gesundheitspolitik im roten Bologna.

De-Institutionalisierung heißt einerseits Auflösung der spezialisierten Ghettos, die der bürgerliche Sozialstaat für die Außenseiter der bürgerlichen Gesellschaft eingerichtet hat, der Armen-, Irren- und Waisenhäuser, der Alters- und Erziehungsheime. Es heißt andererseits, die Leiden und Probleme der vormaligen Insassen dieser Anstalten wieder sichtbar machen und sie mitsamt ihrem Leiden und ihren Problemen und Handicaps wieder in das »normale« bürgerliche Leben und seine Einrichtungen zu integrieren, statt sie aus- und einzuschließen. Außerhalb der geschlossenen Spezialeinrichtungen, so das sozialpädagogische Konzept der Bologneser Sozialverwaltung, werden die Menschen tagtäglich mit

den Problemen der Außenseiter, der Behinderten oder der »sozial Schwachen« konfrontiert, können sie weniger leicht verdrängen, und werden daher eher bereit sein, an der Lösung dieser sozialen Probleme mitzuwirken. Präventiv wirksam ist dieses Konzept zugleich, weil jedenfalls typische Anstaltsschäden vermieden und Heimkarrieren verhindert werden. Die Selbstverwaltung ist für dieses Konzept eine wichtige Bedingung, weil sie viele Menschen dazu führen kann, als Nicht-Spezialisten doch Entscheidungen über solche Probleme zu treffen, von denen sie selbst und ihre Familien unmittelbar betroffen sind.⁷⁶

Bologna hat seit Jahren dezentralisierte Poliambulatorien, die auch die psychiatrische Betreuung und ein Reihe psycho-sozialer Beratungsdienste einschließen. Diese sind mittlerweile »selbstverwaltet«, d.h. der Kontrolle durch die Nachbarschaftsräte und die lokalen Räte für öffentliche Gesundheit unterstellt. Weil die ansonsten übermächtigen Krankenkassen, die berufsgenossenschaftlich aufgebauten und unglaublich zersplitterten »mutue«, sich um die präventive Medizin nicht kümmern, können Bolognas Kliniken hier aktiv werden. Sie bieten eine Reihe von kostenlosen Vorsorgeuntersuchungen, in erster Linie für Schwangere, Säuglinge und Kleinkinder sowie Hilfen für Alte an. Offizielle Maxime der Bologneser Gesundheitspolitik ist es, daß die Volksgesundheit vom Volk selbst erhalten und verbessert werden sollte. Die Aktivierung aktueller und potentieller Patienten, die Aufklärung über Gesundheitsgefährdungen und mögliche Vorsorge bilden daher einen Schwerpunkt der städtischen Gesundheitspolitik.⁷⁷

Mit dem Roten Wien verglichen, ist die Sozialpolitik der Linken in Bologna in zwei Punkten überlegen: im Ausmaß der Selbstverwaltung und der Beteiligung von Nicht-Fachleuten an sozialpolitischen Entscheidungen und Aktivitäten. Von förmlicher Selbstverwaltung und Delegation von Entscheidungsbefugnissen an lokale Räte konnte — mit Ausnahmen der Mieter in den Gemeindewohnbauten — in Wien keine Rede sein. Und im Öffnen der geschlossenen Anstalten waren die Wiener auch erheblich weniger prinzipiell und vor allem weniger spektakulär als die Bologneser Gemeindeverwaltung, die unter dem Einfluß der Anti-Psychiatrie-Bewegung auch begann, die Irrenhäuser aufzulassen und deren vormalige Insassen in lokalen Wohngruppen auf die Stadtviertel zu verteilen, wo sie, mit ihren Betreuern zusammenwohnend, in kleinen Gruppen wieder zu einem Teil des Alltagslebens der »Normalen« werden sollen.

6. Politische Optionen im Wohlfahrtsstaat

Das strategische Feld »Sozialpolitik« ist voller denn je besetzt, seit es eine Krise des Sozialstaats öffentlich zu beklagen und die dankbare Rolle des Retters in der Not zu spielen gibt. Krisendiagnosen und Therapievorschläge werden heute von zwei komplementären Radikalismen bestimmt — vom Radikalismus der sauberen Alternativlösungen und vom Radikalismus der faulen Kompromisse oder unsauberen Zwischenlösungen. Die erste Sorte wilden Entweder-Oder-Denkens spielt sich in drei Varianten ab: Die neoliberale Variante erfreut sich größter Medienpopularitat und des allein der Geschichts- und Traditionslosigkeit des herrschenden Denkens zu verdankenden Rufs der Neuheit. Aus der Krisendiagnose — der Sozialstaat hat versagt, schlimmer noch, er ist selbst die Ursache der Krise, an der er leidet — folgt die neoliberale Therapie: Abbau und Rückzug des Sozialstaats, Reprivatisierung und Rekommerzialisierung möglichst vieler früher »öffentlicher Aufgaben«. Die unsichtbare Hand des Marktes wird die vormalig öffentlichen Güter und Dienste besser, billiger, zuverlässiger, gezielter besorgen als dies die öffentlichen Hände des Staates vermocht haben. Es kommt nur darauf an, auf dem Irrweg zum Wohlfahrtsstaat rechtzeitig wieder umzukehren zur uneingeschränkten Marktwirtschaft. Der »Entstaatlichung« ent-

spricht die »Vermarktung« der Wohlfahrtsaufgaben des Staates; der Sozialstaat, der über seine »Grenzen« gewachsen ist, muß wieder in seine Schranken verwiesen werden, der künstlich eingezwängte Markt muß sich wieder ausbreiten können — irgendwann wird sich dann das »natürliche« Gleichgewicht zwischen Markt und Staat, Freiheit und Ordnung wieder einstellen. Dieser reaktionären Utopie⁷⁸ steht die zweite Variante, die radikalisierte Utopie des technokratischen Wohlfahrtsstaates gegenüber. Die Krise des Sozialstaats wird als Folge einer Kumulation von Marktversagen interpretiert, der der Staat zum Opfer falle, weil er gegenüber der Privatwirtschaft zu wenig »autonom« sei, über zu wenig effektive Eingriffsmittel und -kompetenzen verfüge, um den Folgen der unkoordinierten Privataktivitäten rechtzeitig und wirksam entgegensteuern zu können. Also erscheint die Ausweitung des Sozialstaats, die weitere Verstaatlichung sozialer Probleme und die Erhöhung der Problembearbeitungskapazität des Staates, die Verdrängung Privater aus den profitablen Bereichen der sozialen Dienste als einziger Ausweg. Die dritte Variante, die radikalisierte Utopie eines »autonomen Sektors« jenseits von Markt und Staat, erfreut sich wachsender Aufmerksamkeit bei der etablierten Sozialwissenschaft, seit sie zur handlungsleitenden Idee eines Teils der »neuen« sozialen Bewegungen geworden ist. Danach handelt es sich darum, aus der traditionellen Alternative »Mehr Markt — weniger Staat« versus »mehr Staat — weniger Markt« auszubrechen, weil beide schlimme Folgen zeitigen müßten und weil keine dieser Folgen rational — etwa im Vergleich zwischen Wachstum einer staatlichen Bürokratie und Wachstum der sozialen Kosten einer privaten Unternehmung — als das kleinere Übel auszumachen sei. Der Ausbruch könne auf dem Wege einer »Selbstorganisation öffentlicher Aufgaben« geschehen, die der profitorientierten Privatwirtschaft ebenso wie dem bürokratisch organisierten Wohlfahrtsstaat ein Tätigkeitsfeld nach dem anderen streitig machen könne.⁷⁹

Entsprechend gibt es drei »reine« Varianten radikaler Kompromißlösungen, die mehr oder minder sinnreich mindestens zwei der genannten radikalen Alternativen kombinieren. Die erste der radikalen Kompromißstrategien wäre mit dem Auf- und Ausbau eines »sozial-industriellen Komplexes« zu kennzeichnen und als Versuch zu interpretieren, den Sozialstaat abzubauen, um ihn in einer Symbiose mit der Privatwirtschaft zu erhalten und ihm neue Wachstumschancen zu sichern. Ein »sozial-industrieller Komplex« entsteht, indem der Staat Privatleuten, kapitalistischen Privatunternehmen die Ausführung einer wachsenden Zahl von sozialen Dienstleistungen überläßt, so wie er zuvor schon den Bau von Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten, die Produktion von Lehr- und Heilmitteln bzw. privaten Unternehmen überlassen hat, aber weiterhin dafür zahlt. Als einziger marktbeherrschender Großkunde würde er sowohl die Gebrauchswertnormen als auch die Preise weitgehend mitbestimmen und folglich auch die Gewinne normieren, die Private mit den vormals rein »öffentlichen« Diensten machen dürfen.⁸⁰ Diese halbe Reprivatisierung kann mit einem Ausbau der sozialen Dienste dort einhergehen, wo sich selbst unter den Reservatsbedingungen des »sozial-industriellen Komplexes« keine privaten Unternehmer dafür finden. Die zweite Kompromißstrategie liefe darauf hinaus, den Sozialstaat abzubauen, ohne das, was der Staat an Diensten nicht mehr leiste, Privatunternehmern zu überlassen. An deren Stelle träte eine Art massenhaften, vom Staat mit Geld, Schutz und guten Worten geförderten do-it-yourself. Die Ausführung der meisten sozialen Dienste bliebe kleinen, nicht-kommerziellen Selbsthilfegruppen überlassen, der Sozialstaat würde sich auf Beratung, Unterstützung und Subventionierung dieser Gruppen beschränken und nur für diejenigen noch selbst tätig werden, die zu selbstorganisierter Hilfe nicht in der Lage sind. Nach der dritten Kompromißstrategie schließlich wäre der konsequente Ausbau

des Sozialstaats durch die gleichzeitige Förderung von Selbsthilfegruppen oder auch genossenschaftlichen Non-Profit-Organisationen zu mildern. Der Staat behielt sich alle großformatigen, zentral organisierbaren und als Steuerungsmittel für das Arbeitskräftepotential und -angebot brauchbaren sozialpolitischen Aktivitäten vor. Für den Rest, dessen Umfang und Inhalt der Staat bestimmt, würden selbstorganisierte Aktivitäten zugelassen bzw. gegenüber kommerziellen privaten Dienstleistungen vorgezogen, mithin auch vom Staat gefördert. Aber die selbstorganisierten gegenseitigen Hilfeleistungen blieben eine marginale, punktuelle Ergänzung, die der Staat gebraucht, um sich partiell von Kosten- und Problemdruck zu entlasten oder, um sich auf den Kern sozialpolitischer Aufgaben zu konzentrieren, in dem er expandieren will.

Dank ihrer starken etatistischen Tradition neigt die deutsche Sozialdemokratie dazu, Krisen eher als Bedrohung des status quo, als eine Art äußeren Feind, der das Gemeinwohl in Gefahr bringt, denn als Chance und Aufforderung zu tiefgreifenden Veränderungen anzusehen. Sie versteht demnach auch ihre eigentliche Aufgabe in der Krise so, daß sie den Sozialstaat für ihre traditionelle Klientel, für die Arbeitnehmer, zu sichern habe. In Frage steht nur, welchen politischen Preis sie für die Sicherung der sozialen Sicherheit zu zahlen bereit ist. Die unverfälscht sozialdemokratische Krisenstrategie wäre die rein etatistische Flucht nach vorn, die Bekämpfung der Krise des Sozialstaats durch mehr Sozialstaat, statt Reduktion Ausweitung der sozialen Grundrechte, statt Abbau mehr und effektiverer, stärker vom Markt unabhängige Sozialleistungen, mehr statt weniger staatlich organisierter Zwangssolidarität. Unter den genannten Kompromißstrategien wäre die erste, der Ausbau des sozial-industriellen Komplexes, diejenige, die der rechts-sozialdemokratischen, sozialliberalen Position am ehesten entspräche. Die dritte Lösung käme noch am ehesten einer links-sozialdemokratischen, linkssozialistischen Position entgegen. Bei ihrem Bestreben, den Sozialstaat selbst intakt durch die Krise zu retten, kommt die Sozialdemokratie um Kompromisse mit prinzipiellen Gegnern des Sozialstaats nicht herum. Für die paradox wirkende Strategie, den Sozialstaat zu sichern, indem er über seine bestehenden, konventionellen Grenzen hinaus kräftig erweitert wird, findet sie im gegenwärtigen politischen Spektrum Westeuropas keine Verbündeten. Für die Kompromißstrategien der teilweisen Entstaatlichung der sozialen Dienstleistungen sind dagegen Verbündete zu haben. Die Strategie des »sozial-industriellen Komplexes« könnte mindestens auf die Unterstützung derjenigen Unternehmen und Unternehmer rechnen, die sich direkt oder indirekt in dem neuen, kommerzialisierten Sozialsektor engagieren wollen, und auf die Unterstützung durch die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer, solange es einer regierenden sozialdemokratischen Partei gelingt, plausibel zu machen, daß der neue sozial-industrielle Komplex per Saldo mehr neue Arbeitsplätze bietet als bei den abgebauten öffentlichen Sozialdiensten verloren gehen. Die Strategie der Konzentration des Sozialstaats bei gleichzeitiger Förderung nicht-kommerzieller oder doch zumindest nicht privatkapitalistischer Eigeninitiative in allen zweitrangigen Bereichen würde nur einige Teilgruppen der »neuen« sozialen Bewegungen als Bundesgenossen finden können — außer in Ländern wie Frankreich und Italien, wo es eine starke genossenschaftliche Tradition in der Arbeiterbewegung noch heute gibt.

Sozialisten, vor allem solche in einer marxistischen Tradition, waren stets geneigt, gesellschaftliche Krisen als »ihre Stunde« zu betrachten, in der — wenn nicht mehr — wenigstens den Leuten die »Köpfe geöffnet« würden für sozialistische Ideen und Projekte. Vorausgesetzt solche waren vorhanden. Ein sozialistischer Vorschlag für eine Kompromißstrategie läge nach dieser Tradition dicht bei der oben an zweiter Stelle genannten Stra-

ategie des Abbaus des Sozialstaats zugunsten organisierter gesellschaftlicher Selbsthilfe; mit dem wichtigen Unterschied, daß sie statt auf »autonome« Selbsthilfegruppen, »kleine Netze« von zur Selbstorganisation fähigen Individuen auf die genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung und ihre gegenseitigen Hilfs- und Unterstützungsleistungen abgestellt wäre. Der Sozialstaat bekäme danach erstens die Funktion, einen finanziellen und rechtlichen Rahmen für die genossenschaftliche Selbsthilfe der Lohnarbeiter zu schaffen, und wäre zweitens für die auch für genossenschaftliche, »große Netze« unabdingbaren materiellen Infrastrukturen verantwortlich. Eine solche Strategie macht nur Sinn, wo es bereits ein einigermaßen stabiles Netz von Produktions-, Konsumtions-, Kredit- und Versicherungsgenossenschaften der Arbeiterbewegung gibt. Wo das fehlt, ist es nicht weiter verwunderlich, daß sich ein großer Teil der sozialistischen Linken von der Alternative angezogen fühlt, die die selbstorganisierten »kleinen Netze« zu bieten scheinen. Selbst wenn die selbstorganisierten Aktivitäten Gefahr laufen, als kleinhandwerkliches Anhängsel des sozial-industriellen Komplexes oder als lückenfüllende Spielwiesen für Privilegierte im Sozialstaat wenigstens auf kurze Frist zu enden, die radikale Utopie der vielen, kleinen, durch Überschaubarkeit obendrein noch gemütlichen »Vereine freier Menschen«, in denen der Mensch edel, hilfreich und gut sein darf, ist für Sozialisten attraktiver als die mehr oder minder radikal etatistischen Strategien der Sozialdemokratie.

Die Konzepte, die von der deutschsprachigen Linken bislang vorgeschlagen worden sind, um die Krise der bürgerlichen Sozialstaaten auf einem sozialistischen Alternativweg zu überwinden, sind nicht dazu angetan, eine glaubwürdige sozialistische Option zu begründen. Eine Arbeitsgruppe des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB setzt ihre Hoffnungen auf eine Demokratisierung des Sozialstaats durch eine Reform der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, die die Position der versicherten Arbeitnehmer stärken soll. Die vorhandenen, zersplitterten öffentlichen und privaten Institutionen des Sozialstaats sollen von Staats wegen innerhalb regionaler »Arbeitsgemeinschaften« zu einer begrenzten Kooperation gebracht werden.⁸¹ Diese Hoffnung muß enttäuscht werden, wird sie doch ganz auf den Ratschluß des parlamentarischen »Gesetzgebers« gegründet. Den allerdings dürfte in seiner gegenwärtigen bundesdeutschen Verfassung »Dezentralisierung« nur locken, wenn sie Rationalisierungs- und Spareffekte für die öffentlichen Spezialverwaltungen verspricht, so wie ihn »Demokratisierung« nur interessiert, soweit sie geeignet scheint, den proletarischen Sozialstaatsbürgern mehr Zurückhaltung bei materiellen Forderungen an den Sozialstaat beizubringen.

Als Leitfaden zur »Umorientierung« der Sozialpolitik hat der frühere Juso-Strategie-Johano Strasser eine »Autonomisierungsstrategie« vorgeschlagen. Damit versucht er, Konzepte aus dem 20 Jahre alten »Sozialplan« der SPD zu reaktualisieren und Vorschläge zu kombinieren, die inzwischen von etlichen sozialdemokratischen und sozialliberalen Experten wiederholt gemacht worden sind. Es geht nach Strasser für fortschrittliche, »linke« Sozialpolitiker heute um mehr »Finalität«, mehr »Prävention« und mehr »Demokratie« im Sozialstaat. Dadurch solle die Sozialpolitik mehr Autonomie gegenüber den »Sachzwängen« des Wirtschaftswachstums und der Sozialstaatsbürger mehr Autonomie dem Staat gegenüber gewinnen. Am schönsten ist, daß dies Konzept nicht nur »gut für die Menschen«, sondern obendrein noch »gut ... für die öffentlichen Kassen« sein soll. Seine Demokratisierungsvorstellungen decken sich mit denjenigen der WSI-Studie zur Selbstverwaltung. Unter dem Titel Vorbeugung wiederholt er die alte Aufforderung, die traditionelle Sozialpolitik zur Gesellschaftspolitik zu erweitern, die die sozialen Übel an ihren jeweiligen sozialen Wurzeln packte; eine Aufforderung, die schon den »Sozialplan« zierte,

und die bei Strasser genauso altklug wie dort in die Ermahnung mündet, man möge doch gefälligst diese böse Welt durch »humanex«, »menschwürdige« Bedingungen hier und dort verschönern. Darüber hinaus kommt nur der traditionelle Katalog sozialdemokratischer Konzepte in der Wirtschaftspolitik von der »Vollbeschäftigung« über »Humanisierung der Arbeit«, Bildung und Ausbildung bis zur unvermeidlichen »gerechteren Einkommensverteilung«. Die beste, vorbeugende Sozialpolitik wäre demnach eine traditionelle, gut sozialdemokratische Wirtschaftspolitik. Der alte Ruf nach mehr »Finalität« in der Sozialpolitik bedeutet nichts anderes, als daß neben und tendenziell als Alternative zur Sozialversicherung die sozialen Dienste ausgebaut werden sollen. Denn soziale Dienstleistungen des Staates sind nicht an die jeder Versicherung eigene Definition spezifischer Risiken, d.h. wahrscheinlicher Schadensfälle, gebunden, scheinen also auch anders genutzt werden zu können denn als bloße nachträgliche Kompensation bereits eingetretener Schäden. Soziale Dienstleistungen, gleich ob öffentlich oder privat, können nach »Zielen« oder Zielgruppen, unabhängig von Risikokategorien angewandt werden und scheinen daher für eine Sozialpolitik geeignet, die nicht mehr nur kompensieren und lindern, sondern bestimmte soziale Übelstände als Ganzes bekämpfen will. Doch wenn auch der Sozialstaat mit zunehmender »finaler Orientierung« der Sozialpolitik, d.h. Abkehr von der reinen Versicherungslogik, in der Definition und Verfolgung von Zielen »autonom« wird, ist es noch sehr die Frage, ob er sich dann auch andere Ziele setzen wird und ob die Sozialstaatsbürger irgend einen merklichen Gewinn von der solcherart wachsenden Zielsicherheit des Staates haben. Überspitzt gesagt, kann die finale Orientierung etwa im Fall der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch dazu führen, daß die Arbeitslosenversicherung und die staatliche Stellenvermittlung durch einen staatlichen Arbeitsdienst ersetzt werden. In allgemeiner Form lautet das theoretische — und völlig kapitalismus-immanente — Argument gegen die übertriebenen Hoffnungen, die mit mehr »Finalität« der Sozialpolitik verknüpft werden: Solange der bürgerliche Staat sich darauf beschränkt, einem mehr oder minder großen Teil der privat Erwerbstätigen einen Sozialversicherungszwang aufzuerlegen, normiert und reguliert er lediglich Geldtransfers. Er erzwingt den Abzug der Pflichtbeiträge von den Privateinkommen der Pflichtversicherten, reguliert deren Abführung an die Versicherungsfonds, überwacht deren Verwaltung, normiert und garantiert die Auszahlung der Versicherungssummen in den diversen »Schadensfällen«. Zwar wird die Privatautonomie der Versicherten beschnitten, aber der Form nach bleibt sie unverändert und im Prinzip unangefochten: Wer eine Rente oder Kranken- oder Arbeitslosengeld bezieht, kann und muß selbst zusehen, was er auf dem Markt damit beginnen kann. Wo der Staat dagegen selbst soziale Dienstleistungen erbringt, wird den Privatleuten einerseits durch die Besteuerung Geld entzogen, während ihnen andererseits nicht-warenförmige Gebrauchswerte vorgesetzt werden, auf deren Inhalt, Verteilung in Zeit und Raum, Qualitätsstandard sie in demokratisch verfaßten Staaten soviel Einfluß haben wie dem Gewicht ihrer Wählerstimmen und ihrer Organisation im politischen Entscheidungsprozeß entspricht. Dennoch kommen sie in bestimmten, vom Staat definierten »Bedarfsfällen« um den Genuß dieser öffentlichen Dienste nicht herum. Es ist ein altes, verdrängtes Thema nicht nur, aber auch der Marxschen Kritik des bürgerlichen Staates, daß dieser seinen Bürgern mehr Dienste von durchaus streitigem Gebrauchswert aufzwingt, als ihnen lieb sein kann. Für einen Sozialisten innerhalb der Sozialdemokratie ist es daher zumindest naiv, sich von professionellen Fanatikern der Verwaltungsrationalisierung das »Finalprinzip« als Schlüssel zum sozialpolitischen Fortschritt aufreden zu lassen.⁸²

Aber Strasser ist damit beileibe nicht allein. Die »Sozialistischen Studiengruppen« war-

ten mit einer »sozialistischen Alternative« zur herkömmlichen Sozialpolitik auf, die wie gehabt aus mehr Selbstverwaltung plus mehr Prävention plus mehr Finalität besteht. Originell daran ist nur, daß sie die bekannte neoliberale These, der Sozialstaat sei längst über seine »natürlichen« Grenzen hinausgewuchert, in marxistischen Jargon übersetzen: Das soziale System habe sich gegenüber seiner produktiven kapitalistischen Basis »verselbständigt«, folglich sei die »Verbreiterung« jener produktiven Basis bei zeitweiliger Austerität der »Dreh- und Angelpunkt« jeglicher sozialistischen Sozialpolitik. Nur müßte die produktive Basis nicht nur breiter, sondern zugleich auch »sozialistischer« werden. Sozialistische Arbeitsverhältnisse im produktiven Sektor hätten überdies noch den Vorteil, viele der heutigen sozialen Probleme gar nicht erst entstehen zu lassen.⁸³ Daß der Sozialismus im Kopf vieler linker Intellektueller die Klappe ist, mit der sich beliebig viele kapitalistische Fliegen schlagen lassen, überrascht nicht. Überraschend ist dagegen, daß er als das wahre Eden aller frommen Wünsche und unfehlbaren Mittel der Sozialtechnokratie dargestellt wird — vom Sozialplan und Sozialbericht, über Basis- und Bürgernähe, Selbstverwaltung, Dezentralisierung, Transparenz etc. sind alle Leerformeln des herrschenden sozialpolitischen Diskurses im SOST-Bild einer sozialistischen Sozialpolitik traulich vereint.

Einen neoreformistischen Ausweg aus der Krise des Wohlfahrtsstaates hat jüngst eine Arbeitsgruppe österreichischer Sozialisten unter Leitung von Egon Matzner zu skizzieren versucht.⁸⁴ Matzner und seine Mitautoren setzen ihre Hoffnung auf eine veränderte Aufgabenverteilung zwischen Marktsektor, öffentlichem und sogenanntem »autonomen« Sektor, die vor allem durch die Reduktion direkter Staatsinterventionen und die Entfaltung des autonomen Sektors zustande kommen soll. Diese Aufgabenverschiebung zugunsten des »autonomen« Sektors soll im Rahmen einer erweiterten »Sozialpartnerschaft« durch die Kooperation der »tragenden Kräfte« in allen drei Sektoren zustande kommen, sobald diese sich über diesen Weg einig geworden sind. So werden zwei Mythen in gesellschaftspolitischer Absicht kombiniert — der Mythos vom »Reich der Selbstbestimmung«, das im »autonomen« Sektor liege, einem Sektor, der nach der auch von Matzner gebrauchten Abgrenzung alles von Non-Profit-Organisationen, »alternativen« Kleinunternehmen, bis zur Schwarzarbeit und Formen der Kleinkriminalität umfaßt, und der Mythos vom gesellschaftspolitisch innovativen Unternehmer, der den »alternativen« Pionieren zumindest soweit folgt, daß er ihnen freie Bahn einzuräumen bereit ist und immerhin freiwillig darauf verzichtet, in Dienstleistungsbereiche einzudringen, die der Staat wieder freigibt. Selbst wenn das Bündnis zwischen Alternativbewegung, reformistischer Arbeiterbewegung und fortschrittlichem Bürgertum, das Matzner wünscht und wofür er plädiert, irgendwo zustande käme, es wäre ein Bündnis gesellschaftlicher Eliten, die sich untereinander über das Geschick aller übrigen und oft gegen deren Willen und im Streit mit deren Interessen verständigen müßten. Für Sozialisten jedenfalls in einer marxistischen Tradition galt und gilt die Einheit der vielfach gespaltenen und geschichteten Arbeiterklasse noch stets mehr als ein Konsensus zwischen noch so aufgeklärten Eliten.

7. Einige Probleme beim Formulieren von Normen sozialistischer Sozialpolitik

Was Sozialisten in der Sozialpolitik sinnvoll wollen können, das läßt sich in der bilderreichen Sprache des europäischen Vorkriegssozialismus umschreiben als die Verwandlung der Sozialpolitik aus einer »Rotkreuzstation hinter der Front des Kapitalismus« in eine »Front des Klassenkampfes« selbst. Einen Satz Max Adlers variierend läßt sich sagen, daß nur die Sozialpolitik als »Übergang zum Sozialismus aufgefaßt« werden kann, die im Widerspruch mit der herrschenden ökonomischen Logik des kapitalistischen Systems betrie-

ben wird.⁸⁵ — Neo- wie Sozialliberale haben im Moment nicht mehr als eine Krisenprogrammatische zu bieten, die lautet: Mehr Effektivität und weniger Kosten des Sozialsystems, d.h. stärkere soziale Kontrolle über Randgruppen, Opfer und Fußkranke des kapitalistischen Systems und bessere Kontrolle über die Kontrollinstitutionen des Sozialstaats. Eine sozialistische Option erfordert ungleich mehr Begründungsaufwand, wenn sie nicht als die bessere Politik zur Überwindung einer Krise, sondern als Politik zur Überwindung des Kapitalismus und seiner Krisen mit ihm konzipiert werden soll. Eine solche Option muß im Blick auf den heutigen Kapitalismus und den bestehenden Sozialstaat formuliert werden; die anderen möglichen und gebräuchlichen Antworten, sei es die Auffassung, daß Sozialisten sich an gegenwärtigen sozialpolitischen Kämpfen zu beteiligen hätten, um die Arbeiterbewegung mit der Nase auf die kapitalismusimmanente Grenzen des Sozialstaats zu stoßen, sei es die Auffassung, daß sozialistische Sozialpolitik nur im Sozialismus möglich sei, sind Verlegenheitslösungen. Aus der Verlegenheit kommt nur, wer sich darauf einläßt, antikapitalistische Behandlungsformen für »soziale Probleme« des Kapitalismus vorzuschlagen oder wenigstens doch normative Kriterien für derlei Entwürfe zu skizzieren. Vorausgesetzt wird dabei erstens, daß es möglich und sinnvoll ist, auch »sozialistische Politik« nicht als Globalpolitik, sondern als Folge von problemorientierten Partialpolitiken zu konzipieren, deren kleinster gemeinsamer Nenner darin liegt, daß sie allemal die institutionalisierten strukturellen Bedingungen des Handelns — hier also die »politics of social policies« — verändern sollen; zweitens wird unterstellt, daß die analytischen Unterscheidungen zwischen »Sphären« des gesellschaftlichen Lebens — wie zwischen Produktions-, Zirkulations-, Konsumtions- und Reproduktionssphäre — nicht unbedingt mit den in jeder strategischen Analyse üblichen Unterscheidungen zwischen Haupt- und Nebenkriegsschauplätzen zusammenfallen. Sozialistische Sozialreformpolitik hat demnach nicht nur einen Eigenwert, sondern kann auch zeitweilig das wichtigste Terrain sozialistischer Politik werden.

Das Ziel der sozialistischen Bewegung wird in der marxistischen Tradition als Emanzipation der arbeitenden Klassen durch die Aufhebung des Lohnsystems umschrieben. Eine kapitalistische Sozialpolitik soll eine Art »cordon sanitaire« des Arbeitsmarkts institutionalisieren und die Arbeitskraft als allgemeine Handlungsnorm für ihre Besitzer wie für ihre potentiellen und aktuellen Käufer sicherstellen. Folglich soll als allgemeine Norm für jedwede sozialistische Sozialpolitik gelten, daß sie danach zu trachten hat, den Warencharakter der Arbeitskraft womöglich zu durchlöchern, zu schwächen, zu diskreditieren, schließlich aufzuheben. Alles was dazu beiträgt, die Norm »*menschliche Arbeitskraft soll nicht Ware sein*« zu etablieren, wäre als Bestandteil sozialistischer Sozialpolitik akzeptabel.⁸⁶

Wie und wo läßt sich die sozialpolitisch institutionalisierte Lohnabhängigkeit außerhalb des Arbeitsmarkts und des kapitalistischen Getriebes so aufbrechen, daß dies den Warencharakter der Arbeitskraft schlechthin, also auch der Beschäftigten, in Frage stellen kann? Lohnabhängig sind die Klienten des bürgerlichen Sozialstaats insoweit, als die staatlichen Sozialleistungen zum großen Teil aus speziellen Lohnabzügen finanziert werden, die für die Unternehmer einen normalen Lohnkostenbestandteil bilden; die Höhe der staatlichen Sozialtransfers ist an das Lohneinkommensniveau der Beschäftigten gekoppelt, sei es direkt als Prozentsatz des früheren Arbeitsverdienstes, sei es auf Umwegen über die Normierung eines »proletarischen Lebensstandards«, der von den Sozialstaatsklienten nicht über-, wenn auch gelegentlich deutlich unterschritten werden darf; die sozialen Dienste wie die als Kompensation eines Lohnausfalls konstruierten Sozialleistungen sind auf den Arbeits-

markt hin orientiert, die Gebrauchswerte, die sie erzeugen, wiederherstellen oder erhalten sollen, sind die am Arbeitsmarkt gängigen und gefragten Gebrauchswerte der Ware Arbeitskraft; Sozialstaatsklienten stehen zwar nicht mehr direkt unter der Herrschaft des Kapitals, aber aus dem die bürgerliche Gesellschaft charakterisierenden unpersönlichen Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis sind sie darum nicht entlassen. Sie sind vom Sozialstaat abhängig, der sie unterhält und die Bedingungen festsetzt, unter denen sie vom Staat unterhalten und aus dieser Abhängigkeit wieder entlassen werden. Weil diese Lohnabhängigkeit aber politisch vermittelt ist, kann sie auch durch politische Aktion der Sozialisten im Kontext des bürgerlichen Staates verändert werden. — Wer die Bemessung und Verteilung der Sozialleistungen von der kapitalistischen Lohnstruktur abkoppeln will, um Platz für eine andere, nicht mehr primär auf die Sicherung von relativen Positionen innerhalb der Arbeiterklasse bzw. auf eine Deklassierung in Raten abgestellte Verteilung zu schaffen, muß weg vom heutigen System der Sozialbeiträge. Auch wer den bestimmenden, vielfach beherrschenden Einfluß der Arbeitskraftkäufer auf die monetären und bei der Gesundheitssicherung auch auf die naturalen Sozialleistungen prinzipiell aufheben will, muß vom Beitragssystem und den daran gekoppelten proportionalen Mitbestimmungsrechten weg. Wer schließlich auch denjenigen, die kein Lohn Einkommen beziehen bzw. keine Vergangenheit als Lohnarbeiter haben und keine Kapitalisten sind, die gleichen Sozialleistungen zugestehen will wie allen Lohnarbeitern und ehemaligen Lohnarbeitern, muß vom Beitragssystem weg. Die sozialistische Alternative zur staatlichen Sozialversicherung für »Arbeitnehmer« ist normativ gesprochen nicht die »Volksversicherung«, sondern ein aus den Erträgen von Steuern, allgemeinen, direkten, progressiven und zweckgebundenen Steuern finanziertes Sozialleistungssystem.

Wenn monetäre Sozialleistungen nicht mehr als zeitweilige Kompensation eines individuellen Lohnausfalls konzipiert werden sollen, brauchen sie eine andere Legitimationsbasis. Die muß breit genug sein, um für alle nicht-besitzenden Nicht-Lohnarbeiter gelten zu können, und sie muß hinreichend in der Arbeiterklasse verankert sein, um einen gemeinsamen »Lebensstandard« für Beschäftigte und Unbeschäftigte begründen zu können. Ein garantiertes Basiseinkommen für jeden, das von der Lohnstruktur und von den respektiven Lohnarbeiterkarrieren abgekoppelt, stattdessen um nach »Bedürfnissen« wie Lebensalter, Gesundheitszustand, Größe und Zusammensetzung der jeweiligen Lebensgemeinschaft, Wohnverhältnisse usw. differenzierte Zuschläge aufgestockt werden kann, wirkt natürlich auf das Lohnsystem zurück — es schwächt die pure Lohnkonkurrenz und nivelliert die Lohnstruktur nach oben. Das Zentralproblem einer solchen Konstruktion ist: Wer artikuliert und wer normiert die Bedürfnisse der Unbeschäftigten und wie können diese von den Betroffenen kontrolliert und so nötig korrigiert werden? Bei einem beitragsunabhängigen Finanzierungssystem wird die Frage nach der Herrschaft über den »Warenkorb« für die Unbeschäftigten gleichbedeutend mit der Frage nach der politischen Herrschaft im (Steuer)Staat.

Wenn es nicht mehr die oberste Maxime der Sozialpolitik sein soll, die Nicht-Beschäftigten in den Arbeitsmarkt zu reintegrieren und die übrigen, als Arbeitskräfte unverkäuflichen in gesellschaftliche Ghettos abzuschieben, bleiben zwei Möglichkeiten: Eine nicht-diskriminierende Alternative zur Arbeit, eine Form gesellschaftlich anerkannten Nicht-Arbeitslebens zu entwickeln und Alternativen zur Lohnarbeit, Formen gesellschaftlich anerkannter Arbeit zugänglich zu machen, die nicht über den Arbeitsmarkt vermittelt werden und geeignet sind, das Monopol der Lohnarbeit zu untergraben. Im Blick auf die heutige sozialwissenschaftliche Diskussion um die »Zukunft des Arbeitsmarkts«⁸⁷ läßt sich die so-

zialistische Option knapp charakterisieren: Es geht für Sozialisten darum, einen Großteil des sogenannten »informellen Sektors« gesellschaftlicher Tätigkeiten »formell«, d.h. gesellschaftlich anerkannt und politisch behandelbar zu machen, und zweitens darum, einen möglichst breiten Sektor genossenschaftlich organisierter Arbeit auf- bzw. auszubauen, wo dieser schon in Ansätzen oder noch in Resten der alten, sozialistischen Genossenschaftsbewegung besteht.⁸⁸

Wer die Sozialpolitik als Herrschaftsmittel des bürgerlichen Staates schwächen und schließlich aufheben will, muß danach trachten, dem ganzen Sozialsektor mehr Entscheidungs- und Handlungsfreiheit gegenüber dem bürgerlichen Staat zu geben. Das theoretische Hauptproblem dabei ist anzugeben, welche strukturellen Veränderungen der »political of social policies« notwendig und hinreichend sein können, um sozialistischen Sozialpolitiken eine Realisierungschance zu geben. Solche Veränderungen werden auf der Linken im allgemeinen von einer »Demokratisierung« des Sozialstaats erwartet. Demokratisierung meint hier sowohl Verstärkung der Einspruchsmöglichkeiten und der Elemente direkter Gesetzgebung in der Sozialgesetzgebung als auch Verstärkung des Laienelements in der Sozialgerichtsbarkeit mit der Tendenz, die juristischen und medizinischen und sonstigen Experten zu entmachten, d.h. auf ihre Fachautorität zu reduzieren; es meint die Erweiterung der Kompetenzen der Selbstverwaltung von speziellen Sozialinstitutionen und die »Parlamentarisierung« dieser Selbstverwaltungsinstitutionen, d.h. die Abkehr vom korporatistischen Repräsentationstypus; es meint schließlich auch eine teilweise Entstaatlichung und teilweise Deprofessionalisierung der »ausführenden Organe« des Sozialstaats.

Anmerkungen

- 31 Vgl. John Weestergaard/Henrietta Resler: *Class in a Capitalist Society*, London 1975, Ralph Miliband, *Politics and Poverty*, in: Dorothy Wedderburn (edit), *Boverty, Inequality and Class Structure*, Cambridge 1974
- 32 Karl Kautsky: Einleitung zu: Fanny Imle, *Das Kommunalprogramm für Schleswig-Holstein, Lübeck und Lauenburg*, in: *Die Neue Zeit*, 19. Jg. (1900/1901), I. Bd., S.501
- 33 Siehe Horst Bartel, *Der interne Juni-Entwurf zum Erfurter Programm*. In: *International Review of Social History*, 1967, S.292, Karl Kautsky, *Texte zu den Programmen der deutschen Sozialdemokratie 1891-1925*, Köln 1968, S.115 und *Programme der deutschen Sozialdemokratie*. Hrsg. vom Bundessekretariat der Jungsozialisten, Bonn o.J., S.79,80
- 34 Siehe Wilhelm Schröder: *Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863-1909*, München 1919, S.49
- 35 Der Text der Resolution ist abgedruckt bei Arno Klönne, *Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte — Ziele — Wirkungen*, Düsseldorf/Köln 1980, S.101
- 36 Siehe Wilhelm Schröder: a.a.O., S.519
- 37 Vgl. die kurze, zusammenfassende Darstellung von Gaston V. Rimlinger, a.a.O., S.257f.
- 38 Ludwig Preller: *Sozialpolitik in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1978, unveränderter Nachdruck der Erstausgabe 1949, S.48
- 39 Siehe Hermann Weber: *Das Prinzip Links. Eine Dokumentation. Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland 1847-1973*, o.O. 1973, S.135, 136
- 40 Siehe Ludwig Preller: a.a.O., S.233,234f.
- 41 Vgl. Hermann Weber: *Der deutsche Kommunismus. Dokumente 1915-1946*, Köln 1973, S.40
- 42 Siehe Hermann Weber: *Das Prinzip Links*. a.a.O., S.139
- 43 Siehe Eugen Prager: *Geschichte der USPD*, Berlin 1922, S.210
- 44 Vgl. den Text der Weimarer Verfassung in Erich Zweigert. *Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919*, Mannheim 1922, S.103, 104
- 45 Vgl. den Text der Richtlinien, abgedruckt in Peter von Oertzen. *Die Probleme der wirtschaftlichen Neuordnung und der Mitbestimmung in der Revolution von 1918*, Frankfurt/M., o.J., S.157, 158f.

- 46 Siehe Heinz Josef Varain: Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legier Düsseldorf 1958, S.174f. und 176f.
- 47 Zitiert nach Programme ..., a.a.O., S.84
- 48 Helen Simons Referat, zitiert nach: Fritz Michael Roehl, Marie Juchacz und die Arbeiterwohlfahrt, Hannover 1961, S.93
- 49 Zitiert nach Hermann Weber: a.a.O., S.153,154
- 50 Zitiert ebd., S.161, 162
- 51 Zitiert nach Programme ..., a.a.O., S.95, 96
- 52 Vgl. Ludwig Preller: a.a.O., S.331
- 53 Das Linzer Programm wird zitiert nach dem in Otto Bauer Werkausgabe, Bd.III, Wien 1976, S.1027, 1028, abgedruckten Text
- 54 Zitiert nach dem bei Anna Siemsen: Auf dem Wege zum Sozialismus. Kritik der sozialdemokratischen Programme von Heidelberg bis Erfurt, Berlin o.J. (1932), S.176, abgedruckten Text
- 55 Vgl. Anna Siemsen, a.a.O., S. 112, 113
- 56 ebd., S.113, 114f.
- 57 ebd., S.112
- 58 Vgl. zur Geschichte der VAB Michael Noetzel. Die Berliner Sozialversicherung der Nachkriegsjahre, in: Reinhart Bartholomäi u.a. (Hrsg.), Sozialpolitik nach 1945, Geschichte und Analysen, Bonn-Bad Godesberg 1977, S.37-44
- 59 Zitiert nach Programme ..., a.a.O., S.161ff.
- 60 Walter Auerbach u.a.: Sozialplan für Deutschland, Berlin/Hannover 1957, S.9, 11
- 61 Walter Auerbach u.a.: a.a.O., S.10f., 19f., 21f., u.ö.
- 62 Fritz Lamm: Programm sozialistischer Verwirrung, wieder abgedruckt in: Sozialistisches Büro (Hrsg.) Sozialistische Linke nach dem Krieg. Beiträge von Fritz Lamm und anderen. Auswahl der Zeitschrift »funken«, Offenbach 1978, S.169, 170, 171
- 63 Heinz-Otto Dracker: Die Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung, 2. Teil, in: Sozialistische Politik, 6. Jg., Heft 1/2 (Januar/Februar 1955), S.9
- 64 Siehe Wolfgang Abendroth: Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie — Programmentwurf 1959, wieder abgedruckt in: Wolfgang Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und Politische Demokratie, Neuwied/Berlin 1968, S.412, 419f., 420. Der Entwurf stimmt weitgehend mit einem Alternativentwurf überein, den der Ortsverein Senne schon als Antrag zum Stuttgarter Parteitag 1958 vorgelegt hatte. Vgl. Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der SPD vom 13.-15. November 1959 in Bad Godesberg, o.J., S.397ff.
- 65 Zum Volksversicherungsplan vgl. Reinhart Bartholomäi, Der Volksversicherungsplan der SPD. In: Reinhart Bartholomäi u.a. (Hrsg.), Sozialpolitik nach 1945. Geschichte und Analysen, Bonn-Bad Godesberg 1977, S.161ff.
- 66 Vgl. Eugen Glombig, Gesamtreform der sozialen Sicherung — eine Zukunftsaufgabe für die SPD. In: Die Neue Gesellschaft, 2/1978, S.104
- 67 Vgl. Wien und Moskau, Wien o.J., S.19
- 68 Felix Czeike: Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinde Wien 1919 bis 1934, Bd.II, Wien 1959, S.147ff.
- 69 Vgl. Julius Tandler: Zehn Jahre Wohlfahrtsamt. In: Das Wohlfahrtsamt der Stadt Wien und seine Einrichtungen, Wien 1931, S.5. Charles A. Gulick, Österreich von Habsburg zu Hitler, Wien 1976 (zuerst 1948), S.208. Julius Tandler: Wohltätigkeit oder Fürsorge? Wien 1925, S.4
- 70 Franz Kaner: Aufbau der Wohlfahrtspflege der Stadt Wien. In: Blätter für Wohlfahrtspflege, 5/1926, S.5, Felix Czeike, a.a.O., S.142
- 71 Vgl. Julius Tandler: a.a.O., S.4f., Charles A. Gulick, a.a.O., S.215
- 72 Julius Tandler: Mutterschaftszwang und Bevölkerungspolitik. In: Otto Janssen (Hrsg.): Der lebendige Marxismus. Festgabe zum 70. Geburtstag von Karl Kautsky, Jena 1924, S.378, 380, 381f.. Julius Tandler: Vorbemerkung, in: Josef Hofbauer, Im Roten Wien, Prag 1926, S.31 und Julius Tandler, Wohltätigkeit oder Fürsorge, a.a.O., S.4, 5
- 73 Siehe Felix Czeike, a.a.O., S.156ff. Julius Tandler, a.a.O., S.5
- 74 Vgl. Charles A. Gulick: a.a.O., S.214, 216, 217; Felix Czeike, a.a.O., S.178f. u.ö.; Julius Tandler, a.a.O., S.9f., 13f.
- 75 Vgl. Charles A. Gulick: a.a.O., S.222
- 76 Vgl. Roger Müller: Social Policy: Away with Charity, Away with Ghettos. In: Max Jäggi u.a., Red Bologna, London 1977, S. 136f., 138, 145, 152f.
- 77 Vgl. Sil Schmidt: The Politics of Health: Prevention is Revolutionary. In: Max Jäggi u.a., a.a.O., S.166f.

- 78 Obwohl die von neoklassischen Ökonomen formulierte Kritik des »Staatsversagen« mitunter trifft, bietet sie doch keine Basis, um die ältere, in der Wohlfahrtsökonomie entwickelte Theorie des Marktversagens über Bord zu werfen. Die eine neoklassische Theorie hebt die andere keineswegs auf. Vgl. dazu: Charles Wolf, A Theory of Non-Market Failures. In: The Public Interest, No.55 (1979), S.114ff. und als Übersicht über Marktversagensfälle Klaus Mackscheidt/Joachim Steinhausen, Finanzpolitik II: Grundfragen versorgungspolitischer Eingriffe, Tübingen/Düsseldorf 1977, S.4ff.
- 79 Vgl. die oben in Fußnote genannten Schriften von Egon Matzner
- 80 Vgl. Murray Weidenbaum: The Modern Public Sector, New Ways of Doing the Governments Business, New York/London 1963, James O'Connor: Die Finanzkrise des Staates, Frankfurt/M. 1974, S.68ff. Bloßes Sparen oder Hin- und Herverlagern von Defiziten ist natürlich keine »Strategie«. Die sogenannte Spar»politik« ist Ausdruck des Mangels an jeglicher Politik, ein Rückzug auf die Verwaltung des status quo, das Eingeständnis, daß die Regierung nur noch ein instrumentelles Ziel verfolgt — den Staatsapparat in seinem Kern zumindest in Gang zu halten.
- 81 Vgl. WSI-Studie: Sozialpolitik und Selbstverwaltung. Zur Demokratisierung des Sozialstaats, Köln 1977
- 82 Johano Strasser: Grenzen des Sozialstaats? In: forum-ds, 3.Jg., Nr.6, 1978, S.31ff. und Johano Strasser: Grenzen des Sozialstaats? Soziale Sicherung in der Wachstumskrise, Köln-Frankfurt/M. 1979, S.121ff., 134f., 141 und 144ff.
- 83 Vgl. Sozialistische Studiengruppen (Hrsg.): Sozialstaatskritik von links. Arbeit, Gesundheit, Renten, Soziale Sicherheit. Alternativen zur Sozialpolitik, Hamburg 1980, S.282f., 285f. und 296ff.
- 84 Siehe Egon Matzner: Der Wohlfahrtsstaat von morgen. Entwurf eines zeitgemäßen Modells staatlicher Interventionen, Wien 1982. Von den nicht deutschsprachigen Beiträgen wurde hier abgesehen, wir haben uns mit deutscher Sozialstaatsideologie befaßt. Die theoretisch interessantesten Beiträge kommen im Moment aus England. Frankreich ist das im Moment noch wichtigste europäische Experimentierfeld für sozialistische Sozialpolitik, die allerdings unter dem Handicap leidet, in hohem Maße »nachholende« Verstaatlichung der Sozialpolitik zu sein.
- 85 Vgl. Max Adler: Über den Begriff der Sozialpolitik. In: Der Kampf, 20.Bd., Wien 1927, H.8, S.386
- 86 Dies wird weniger utopisch erscheinen, wenn man sich die enorme Künstlichkeit von Institutionen wie dem »freien Arbeitsmarkt«, dem »freien Warenmarkt« und dem »freien Geld- und Kapitalmarkt« klar macht, auf denen die kapitalistische Produktionsweise beruht. Gegenüber dem öden Stereotyp von der »Reproduktion der (fertig vorausgesetzten M.K.) Produktionsverhältnisse« durch den Staat, dessen theoretische Unfruchtbarkeit die fatalen Freunde des Marxismus aus dem Lager der strukturalistischen Modephilosophie der Althusser und Co. hinlänglich demonstriert haben — siehe die staatsrechtlichen Schriften von Poulantzas —, gilt es nachdrücklich an der in der Marx'schen Theorie deutlich angelegten Konzeption festzuhalten, wonach es zum wesentlichen Geschäft des Staates in der bürgerlichen Gesellschaft gehört, jene künstlichen Institutionen zustande zu bringen und durch fortlaufende Intervention in Stand zu halten. Daraus folgt bereits in aller theoretischen »Reinheit«, daß sich diese Institutionen durch politisch gewollte und bewirkte Umbauten ihrer Konnexinstitute — wie z.B. der Sozialversicherungen im Verhältnis zum »freien Arbeitsmarkt« — auch verändern lassen.
- 87 Vgl. zu dieser Diskussion etwa Johannes Berger/Claus Offe, Die Zukunft des Arbeitsmarktes. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 24/1982, S.348-371
- 88 In einigen europäischen Ländern, so in Italien und den Niederlanden, sind solche Reste noch sehr lebendig. In den Niederlanden, hauptsächlich im alten Haager Arbeiterviertel »De Schilderswijk« besteht noch heute die rote Krankenkasse AZIVO (Algemeen Ziekenfonds De Volharding), die vor bald 90 Jahren aus der anarchistisch-sozialistischen Genossenschaftsbewegung hervorgegangen ist. Diese Krankenkasse, die regional die größte ist neben den anderen weltanschaulichen Richtungs-kassen, die im niederländischen System den Platz der deutschen Allgemeinen Ortskrankenkassen einnehmen, steht heute unter vollständiger Selbstverwaltung durch einen »Mitgliederrat«, der ausschließlich aus gewählten Vertretern der Versicherten zusammengesetzt wird.

Sozialismus

Marxistische Zeitschrift
Heft 1-83 (Januar)



GRÜNE
ALTERNATIVEN?



SPD: Aufbruch nach vorn

- Erneuerung der SPD ? Interview mit Peter von Oertzen/
- Die Grünen: Politik unter der Tarnkappe ?/
- DS: Sozialistische Radikalität/
- DKP: Kampf für das Nächstliegende/
- außerdem: Arbeitslosigkeit/Memo/Frankreich/PCI/Spanien/Griechenland/Türkei/Industrierohstoffe/Wohnungspolitik

Einzelheft: DM 8,-; Abo: 42,- (+ Porto)

Kennenlernangebot: die beiden neuesten Hefte zusammen für nur DM 10,- (Schein oder Scheck beifügen) bei

VSA, Postfach 501571, 2000 Hamburg 50

Knut Krusewitz

Gesellschaft, Ökologie, Militarismus Zur Militarisierung der Ökologiepolitik

Vorbemerkung

Der Ökologiebewegung in der Bundesrepublik kommt das Verdienst zu, wichtige Impulse zur Politisierung der Öffentlichkeit in den 70er Jahren gegeben zu haben. Heute ist die Ökologiebewegung zu erheblichen Teilen in die Friedensbewegung integriert. Diese Integration bedeutet aber keinesfalls eine theoretische oder programmatische Einheit gegenüber der Ökologie- und Friedensproblematik. Die ist auch schwer zu erreichen, solange der innere Ursachenzusammenhang dieser Konfliktfelder kaum thematisiert ist. In den letzten Jahren ist entweder nur der »zivile« oder nur der »militärische« Aspekt der Ökologie- und Friedensproblematik untersucht und beurteilt worden. Der folgende Aufsatz versucht, auf die politischen Fehleinschätzungen einer Herangehensweise aufmerksam zu machen, die den systematischen Ursachenzusammenhang von Gesellschaft, Ökologie und Militarismus nicht berücksichtigt. Für die praktische Politik der Ökologie- und Friedensbewegung ist dieser methodische Mangel deshalb ein Problem, weil die herrschenden Klassen in den USA und Westeuropa bereits seit Ende der 60er Jahre versuchen, eine Umweltpolitik zu entwickeln, die ihren ökonomischen, sozialen, politischen und militärischen Interessen entspricht. Diese Strategie soll am Beispiel der Entstehung, Begründung und Praxis der NATO-Umweltpolitik empirisch nachgewiesen werden — eine Strategie, die nicht ohne Auswirkungen auf die Problemverarbeitung in der Ökologiebewegung blieb.

NATO-Interessen und Umweltproblematik

Die NATO (North Atlantic Treaty Organization) war die erste Organisation des internationalen Politikmanagements, die versuchte, ein realisierbares Rahmenkonzept zur Regulierung der »weltumspannenden ökologischen Krise« (NATO-Formel von 1969) zu entwickeln. In einem NATO-Umweltdokument, das als »Das Atlantische Bündnis und die Umweltkrise« veröffentlicht wurde (NATO, 1971), liest man, der Nordatlantikrat — das höchste Entscheidungsgremium des Militärpaktes — sei bereits 1969 davon überzeugt gewesen, »daß die NATO bei der Schaffung einer menschenwürdigeren Umwelt und eines gesünderen Daseins für künftige Generationen einen bedeutsamen Beitrag [sic!] zu leisten hat.«¹ Zum Vergleich: Solche ökologiepolitischen Ansprüche wurden von der OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) erst 1970, von den Vereinten Nationen 1972 und von der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) 1975 formuliert. Von der weltweiten Politisierung der Umwelt- und Ressourcenproblematik wurden also die Politik- und Militärplaner der NATO, eines Militärpaktes, der vor allem gegründet worden war zur dauerhaften Bekämpfung sozialistischer Emanzipations- und Befreiungsbewegungen innerhalb und außerhalb des Vertragsgebietes², in der Tat nicht überrascht. Überraschen müßte eher die verbreitete Unkenntnis innerhalb der Ökologie- und Friedensbewegung über Ursachen, Bedingungen und Einfluß der NATO in der Umweltpolitik. So findet sich im jüngsten »Fischer Öko-Almanach 1982/83«, Untertitel: »Daten, Fakten, Trends der Umweltdiskussion«, selbst im Kapitel über »Internationale Umweltpolitik«³ nicht ein einziger Hinweis auf den »bedeutsamen Beitrag« der NATO zu dem Bereich, aus dem doch die »Daten, Fakten, Trends der Umweltdiskussion« ihren Stoff beziehen: die von der NATO-Umweltpolitik entscheidend geprägte öko-

logische Realität. — Die frühe thematische und konzeptionelle Besetzung des Umweltproblems durch die NATO hatte keineswegs nur militärstrategische, sondern auch innen- und außenpolitische, wissenschaftliche und stabilitätspolitische Gründe. Die naheliegende abstrakte Frage, warum die westlichen Umweltinteressen seit 1969 von einer militärischen Organisation (NATO) und nicht von einer wirtschaftspolitischen (OECD) oder von einer eigens geschaffenen »trilateralen« Umweltbehörde abgesichert und zum Teil auch koordiniert werden, läßt sich präzisieren: *Warum glaubten die herrschenden Wirtschafts-, Politik-, Militär- und Wissenschaftseliten (»ruling class«) zunächst in den USA und später in Westeuropa Ende der 60er Jahre, ihre langfristigen Wachstums- und Umweltinteressen sicherheitspolitisch abstimmen zu müssen?* Zur Beantwortung dieser Frage muß der damalige Interessen- und Entstehungszusammenhang der NATO-Umweltpolitik skizziert werden.

Am 10. April 1969, dem 20. Jahrestag der NATO-Gründung, forderte der erzkonservative US-Präsident Richard Nixon in einer Rede vor den Außenministern der Bündnisstaaten die Gründung eines NATO-CCMS (Committee on the Challenges of Modern Society; im Amtsdeutsch: NATO-Umweltausschuß). Der Hintergrund der NATO-Interessen im Umweltbereich muß folglich in der Innen- und Außenpolitik der USA gesucht werden. Ausdruck dieser Politik war die »Nixon-Doktrin«, das ab 1969 gültige Regierungsprogramm der US-Administration.

»Politisch war sie durch die entstehende weltpolitische Multipolarität, militär-politisch durch den Verlauf des Vietnamkrieges und das Erstarken der UdSSR geprägt, wirtschaftspolitisch beeinflussten sie knapper werdende Mittel und das Erfordernis der Lösung inneramerikanischer Probleme.«⁴

Uns interessiert an dieser Beurteilung der Nixon-Doktrin, daß ihre wirtschafts-, innen-, welt- und militärpolitischen Daten, Fakten und ihre Wechselbeziehungen sowohl den Charakter der staatlichen Umweltpolitik in den USA als auch die Entwicklung der NATO-Umweltpolitik entscheidend geprägt haben. Wenn ein Jahrzehnt nach der ökologepolitischen Dimensionierung der Nixon-Doktrin sogar in der aufwendigsten Umweltstudie der NATO-Staaten geklagt wurde, »daß angesichts der Dringlichkeit, Reichweite und Komplexität der *vor uns liegenden Herausforderungen*« die »auf der ganzen Welt in Gang gekommenen Anstrengungen [weit] hinter dem zurück« geblieben seien, »was erforderlich ist«, weshalb »eine neue Ära der globalen Zusammenarbeit und gegenseitigen Verpflichtung beginnen« müsse, »wie sie in der Geschichte ohne Beispiel« sei⁵, dann muß zuallererst daran erinnert werden, daß diese fatale Perspektive ein Resultat *der hinter uns liegenden Herausforderungen* ist, die nicht zufällig unbewältigt bleiben mußten. Der normative Appell ins Niemandsland zwischen Plausibilität und Idealismus — *wer* soll denn die beispiellose Ära der globalen Umweltkooperation beginnen — verliert für denjenigen auch seinen werbepsychologischen Reiz, der nicht vergessen hat, daß dieser Denkstil bereits zehn Jahre vorher in einem NATO-Umweltdokument präsentiert wurde.

»Für die Verschlechterung und den Verfall der Umwelt und der Ökologie und die damit verbundenen sozialen Erschütterungen, die für die etablierte Ordnung in den entwickelten Ländern [sic!] vielleicht die ernsteste Bedrohung darstellen [sic!], gibt es in der Menschheitsgeschichte [...] kein Vorbild. Diese Form der Zusammenarbeit erfordert neue Arten von Bündnissen [!], damit die konzentrierte Kraft aller Beteiligten gegen den drohenden Umweltverfall eingesetzt werden kann.«⁶

Konstitutionsbedingungen der NATO-Umweltpolitik**Formierung der Umweltproblematik***Wirtschaftspolitik*

Bereits Mitte der 60er Jahre gab es in den USA eine entwickelte politische und wissenschaftliche Debatte über den inneren Zusammenhang von Wirtschaftswachstum, technischen Fortschritt, Monopolisierung der Wirtschaft und »struktureller« Arbeitslosigkeit⁷. Diese Diskussion lieferte zunächst in den Vereinigten Staaten, dann im NATO-CCMS und schließlich in den einzelnen Bündnisländern den methodischen und thematischen Bezugsrahmen für die ökologisch argumentierende Wachstumskritik.

Weitsichtigere Industrie-, Finanz- und Geschäftskreise in den USA, die sich über die »ökologische Zukunft des Kapitalismus« Gedanken machten, sahen in der »ökologisch« argumentierenden Wachstums- und Industriekritik zweierlei. Zum einen die Aufforderung zur umwelttechnologischen »Modernisierung« des Industrie- und Infrastrukturpotentials der Weltwirtschaft. Zum anderen entdeckten sie das Finanzierungsproblem der Modernisierungskosten, das sie mit den Instrumenten staatlicher Wirtschafts-, Finanz- und Umweltpolitik zu lösen hofften. Die verbreitete Vorstellung, es gäbe im Kapitalismus nur die Alternative Ökonomie oder Ökologie, ist historisch falsch. Die »ruling class« in den USA propagierte vielmehr ein ökologisches Krisenmanagement, das die Ökologisierung der Ökonomie und die Ökonomisierung der Ökologie vermitteln sollte.⁸ Interessant daran ist einzig die Form, innerhalb derer sich das ökologische Management vollzog: Die (überwiegend) staatlich finanzierte, aber privatwirtschaftlich organisierte Umweltschutzplanung war von Anfang an auf ein einziges Zielkriterium ausgerichtet worden: die Erhöhung der Produktivität von Kapital und Arbeit. Im Zentrum der frühen US-Umweltpolitik, nicht ihrer programmatisch-ideologischen Begründungen, standen Planungen zur ökologisch-technischen Modernisierung (zunächst) des einheimischen Kapitalstocks. Folge:

»Die sozial-ökonomische Grundstruktur des Produktionsbereiches wird — obwohl sie in weiten Bereichen die Umweltprobleme mitverursacht hat — beibehalten und zur Herstellung umweltgerechter Technologien eingesetzt.«⁹

Dieser »american way of environmental improvement« (US-Umweltschutzpolitik), den sich der NATO-CCMS ohne Abstriche zu eigen machte, *schloß eine ökologisch-ökonomisch rationale Gesamtplanung notwendig aus.*

Mit dieser umweltpolitischen Grundsatzentscheidung der Nixon-Administration und der hinter ihr stehenden Wirtschaftskreise war indes nicht nur das ökologische »Bewältigungsmuster« innerhalb der NATO-Staaten vorstrukturiert, sondern auch der wechselseitige Zusammenhang von globalen Ökologie-, Friedens- und Entwicklungspolitiken. Zweifellos hatte sich die herrschende Klasse in den USA dadurch einen wichtigen Vorsprung in der innen- und außenpolitischen Interessenformierung gegenüber den Arbeiter-, Gewerkschafts- und Ökologiebewegungen im Westen, aber auch gegenüber den westeuropäischen und japanischen Kapitalgruppen, den sozialistischen Ökonomien und denen der III. Welt verschafft. Gegen die nordamerikanischen Umweltinteressen zu verstoßen, war in den 70er Jahren kaum möglich. Andererseits war absehbar, daß sich innen- und außenpolitische Auseinandersetzungen um den »richtigen« Weg zur »Schaffung einer menschenwürdigen Umwelt« entwickeln würden, deren Folgen für die »etablierten Ordnungen« ebenso schwer kalkulierbar waren wie umweltpolitische Inaktivitäten. Diese Überlegungen waren ein Grund, warum die spezifisch amerikanisch geprägten Umweltinteressen von der NATO abgesichert und verallgemeinert werden mußten. Und es gab weitere Gründe.

Innenpolitik

Für die Nixon-Regierung boten die seit Anfang der 30er Jahre nachweisbaren, aber erst in den 60er Jahren politisierten, ökologischen und infrastrukturellen Krisenerscheinungen in den USA¹⁰ ab 1969/70 ein innenpolitisches Thema, das die wachsende Opposition vom Indochinakrieg ablenken sollte. Umweltpolitik begann tatsächlich Millionen »white middle-class people« zu interessieren, wie es kein anderes Thema seit Jahren getan hatte.¹¹ Das bereits oben dargestellte Argument vom umweltpolitischen Bezugsrahmen, den die vorausgegangene Wachstumsdebatte geliefert hatte, meint hier: die betroffenen Mittelschichten machten fortan Wirtschaftswachstum und Industriepolitik nicht mehr nur verantwortlich für »strukturelle« Arbeitslosigkeit und Monopolbildung, sondern auch für Umweltverschmutzung (pollution), Ressourcenvergeudung, Nahrungsmittelvergiftung und die sinkende Lebensqualität in den industriellen Ballungsgebieten. Mit der Wahl dieses ursachenanalytischen Ansatzes, wonach »das« Wirtschaftswachstum und »die« Industriepolitik als das bereits Erklärte, statt als noch zu Erklärendes galten, konnte die ökologische Kritik der frühen US-Bürgerinitiativbewegungen in grundsätzlich systemimmanente Bahnen gelenkt werden. Alle Vorbehalte gegen die Nachfolgestudie von Global 2000, die Bechmann und Michelsen vor Jahresfrist in der Einleitung zu »Global Future« notierten¹², lassen sich eben nicht nur gegen die regierungsamtliche Umweltpolitik der USA Ende der 70er Jahre, sondern bereits gegen die »bürgerliche« Kritik daran, wie sie zu Beginn des Jahrzehnts formuliert wurde, geltend machen.

Den Vertretern des modernen »Umweltkapitals«, des »öko-industriellen Komplexes« und der konservativen Nixon-Regierung bot die Wachstums- und Industriekritik jeden falls kaum Anlaß zur Beunruhigung. Im Gegenteil, dieser Kritik typ lieferte die Beschwichtigungs- und Abschirmungsargumente quasi automatisch mit. Im erwähnten NATO-Umweltdokument liest sich dieser Zusammenhang so:

»Die weltumspannende ökologische Krise (denn es handelt sich um eine echte Krise) ist auf drei wesentliche Ursachen zurückzuführen: die Verstädterung — jetzt ein universelles Problem — die Bevölkerungsexplosion und die schädigenden Auswirkungen der menschlichen Technik auf die physische und sozio-kulturelle Umwelt des Menschen.«¹³

Vergegenwärtigt man sich die ökologiepolitischen Konsequenzen dieses »technologischen« Befriedungsoptimismus in der ersten Umweltdekade der NATO-Staaten (1970-1979), dann wird schnell erkennbar, warum der NATO-CMMS auch die *innenpolitischen Umweltinteressen des herrschenden Industrie-, Finanz- und Handelsbürgertums* in den »industrialisierten Gesellschaften« angemessen absicherte. Statt die dort nachweisbaren Eigentums-, Herrschafts- und Verteilungsverhältnisse ursächlich für die Erklärung spezifischer Formen der Industrialisierung, des Wirtschaftswachstums, des technischen Fortschritts und der Umweltproblematik zu bemühen, beschränkte sich der CCMS bis heute auf den 1969 vom NATO-Rat erteilten Auftrag:

»Prüfung der Mittel und Wege, mit denen durch praktische Maßnahmen [sic!] der Austausch von Meinungen und Erfahrungen zwischen den Bündnispartnern gefördert werden kann, um die Aufgabe zu bewältigen, eine bessere Umwelt für ihre Bevölkerung zu schaffen.«¹⁴

Die NATO als sozialverpflichteter Umweltfreund. Man stelle sich einmal vor, die Warschauer Vertragsstaaten (WVS) hätten der Weltöffentlichkeit 1969 dies Schmierenstück zur Uraufführung angeboten. Schmierenstück: Wäre es der NATO wirklich um »praktische Maßnahmen« zur Schaffung einer besseren Umwelt gegangen, hätte eine einzige ausgereicht. Ihre selbstverfügte Auflösung.

Militärpolitik

Der Verlauf des Vietnamkrieges und das militärische Erstarren der UdSSR haben nicht nur die Militärpolitik der Nixon-Doktrin geprägt (SALT-Prozess: 1972), sondern den NATO-Militärplanern eine spezifische »ökologische Dialektik« eingepaukt. Zur selben Zeit, als die NATO Außenminister sich darüber verständigt hatten, daß »die NATO bei der Schaffung einer menschenwürdigen Umwelt« fortan »einen bedeutsamen Beitrag« leisten müsse, eskalierten die Streitkräfte des NATO-Partners USA mit Billigung dieser Außenminister (BRD: Willy Brandt) ihre ökologische Kriegsführung gegen das Volk und die Natur in Indochina bis an die Grenzen des regionalen Genozids und Ökozids (Völkermord und Naturzerstörung).

»Der Zweite Indochinakrieg«, *urteilte der bedeutende US-Ökologe Arthur H. Westing später*, »war der erste in der modernen Geschichte, in dem Umweltzerstörung eine wesentliche, beachtete Komponente der Strategie einer der kriegsführenden Mächte darstellte.«¹⁵

Koch und Vahrenholt stellten fest: »Kein Zweifel: Der Einsatz des 'Agent Orange' [chemische Waffe der US-Streitkräfte] im Vietnamkrieg hatte nicht nur einen ökologischen Schaden sondergleichen zur Folge, sondern bedeutete auch eine chemische Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung, die in ihrer Unmenschlichkeit kaum zu übertreffen ist.«¹⁶ Geplante künstliche Erdbeben, Klimaveränderungen, Schaffung von Ozonlücken; praktizierter Herbizid-Einsatz, Rome Plows, Daisy Cutter, Cratering¹⁷: Die Natur als totales Verwertungsobjekt der NATO-Militärs! Anspruch und Realität — die Militärplaner der NATO haben sich weder in der Vietnamkriegszeit noch heute, da uns das »Pentagon-Programm zur umfassenden Kriegsvorbereitung 1984-1988« umrißhaft bekannt ist¹⁸, durch ökologische Restriktionen der Kriegsplanung und -führung beeindrucken lassen. Aus gutem Grund, übrigens. Täten sie es, wäre die Planung und Durchführung jedes im NATO-Szenario angenommenen Krieges ad absurdum geführt. Schon in »Friedenszeiten« klagt ein NATO-Militär, der bundesdeutsche Heeresinspekteur Generalleutnant Meinhard Glanz, seien Großraummanöver »durch Bebauung, Umwelt- und Landschaftsschutz eingeschränkt. Durch diese friedensmäßigen Einschränkungen könne das Heer mit der bisherigen Form nicht mehr weitermachen. Wir erzielen sonst ein falsches Gefechtsbild.«¹⁹ Was folgt aus dieser »ökologischen Lagebeurteilung«? Wenn die Militärs die *Ökologisierung der Kriegsplanung* verhindern wollen, müssen sie versuchen, die *Umweltplanung zu militarisieren*. Im herrschenden Kriegsrecht findet sich dazu hervorragendes Anschauungsmaterial. In einer Studie über den »Schutz der Umwelt im Kriegsrecht« liest man:

Aus der »Besonderheit des Kriegsrechts« ergibt sich, »daß die in Friedenszeiten entwickelten und auf die Auswüchse übermäßiger Zivilisation und exponentiellen Wirtschaftswachstums ausgerichteten [ökologischen] Kriterien nicht ohne weiteres benützt werden können. Wenn das Kriegsrecht überhaupt einen Sinn haben soll, so muß es realistisch sein. Es kann von Kriegsführenden z.B. nicht erwartet werden, daß sie bei ihren militärischen Operationen [...] die vorhandenen Umweltgesetze der in dieser Beziehung fortschrittlichsten Staaten im vollen Umfange beachten. Denn damit wäre die Durchführung eines Krieges faktisch verhindert [sic!]. Eine Konvention zur Humanisierung der Kriegsführung, die dazu führen würde, daß die Kriegsführung im üblichen Rahmen nicht mehr möglich ist, würde keineswegs einen Fortschritt im menschlichen Zusammenleben bedeuten, sondern ein Verschließen der Augen vor der Realität.«²⁰

Weltpolitik

Die CCMS-Planer begriffen die Herausforderung durch die »weltumspannende ökologi-

sche Krise« im wesentlichen als sicherheitsphilosophisches Problem.²¹ Ihnen war folglich bewußt, daß der neue inter- und intranationale Politikbereich »Umwelt« in dem komplizierten, widersprüchlichen und labilen Nachkriegsentwicklungsprozeß verortet werden mußte, der durch Systemkonkurrenz, Multipolarität, Entkolonialisierung, strategisches Wettrüsten, Klassenauseinandersetzungen und globale Umweltkrise vermittelt wurde. Dieser Vermittlungsprozeß erst hat zur Herausbildung eines vielfältig begründeten internationalen »Umweltbewußtseins« geführt.²² Hinter der scheinbar glatten Forderung nach der »Schaffung einer menschenwürdigeren Umwelt« verbargen sich höchst unterschiedliche bündnispolitische (NATO, OECD, EG), blockspezifische (NATO-WVS) und globale (UNO), ökologische, soziale, ökonomische und politische Interessen. Der NATO ging es deshalb im Stadium der Programmformulierung der ökologischen Interessen ihrer Mitgliedsstaaten entscheidend darum, eine starke verhandlungsfähige Umweltstrategie des Westens zu begründen. Ihre umweltökonomischen, militärökologischen, ökologiepolitischen und ideologischen Prinzipien mußten aber im öffentlichen Bewußtsein so nachhaltig verankert werden, daß sie der Mehrheit der Bevölkerung als militärisch verteidigungswürdig erscheinen konnten.

Das Umweltkonzept der NATO

Die ökologische Machtfrage

In dem bereits mehrfach referierten Umweltdokument der NATO von 1971 finden sich aufschlußreiche Passagen zum frühen Umweltverständnis und -konzept des Militärbündnisses. Die dort entwickelten ökologiepolitischen Grundpositionen bildeten die Geschäftsgrundlage für die CCMS-Aktivitäten bis heute. Zunächst präsentiert der Verfasser ein ökologisches Krisenverständnis der NATO, an dessen Anspruchsniveau die gesamten CCMS-Arbeiten gemessen werden dürfen. Es steht »außer Frage«, liest man, daß »wir uns in einer Krise befinden«, sogar »in einer Krise, die sich letzten Endes für die Menschheit als genauso ernst erweisen mag wie die Frage von Krieg und Frieden«.²³ Das klingt nach Einsichten, die in der *Entwicklung einer weltweit fundierten ökologischen Vernunft* münden können. Dann wird an anderer Stelle aus der Nixon-Rede zitiert, in der die CCMS-Gründung gefordert worden war:

Die »Regierungen der NATO-Länder«, erfährt man, hätten »in zwei Jahrzehnten militärischer Partnerschaft und politischer Konsultationen diejenigen Fähigkeiten erworben, die sie instand setzen, gemeinsam hinsichtlich derjenigen Aspekte der natürlichen oder sozialen Umwelt tätig zu werden, die entweder internationale Schritte erfordern oder sich am besten für multinationale Maßnahmen eignen.«²⁴

Das klingt bereits nach Einsichten, die in der *Entwicklung einer bündnispezifisch fundierten ökologischen Vernunft* münden sollen. Schließlich wird im Schlußteil des Umweltdokuments versichert, daß »nicht die Absicht« bestünde, »die NATO auf dem Gebiet des Umweltschutzes als internationales Polizei- oder Aufsichtsorgan einzusetzen«.²⁵ Das klingt nur noch nach *Einsichten, die in der Entwicklung einer ökologisch verbrämten Eingreifmentalität* münden müssen.

Damit ist die konzeptionelle Problemsicht der NATO skizziert: Die Existenz einer tendenziell friedensgefährdenden ökologischen Weltkrise (1) wird von den Militär- und Politikplanern des Bündnisses zur Kenntnis genommen und politisiert (2) und auf diese Weise in einen zwar macht- und sicherheitspolitisch fundierten, aber ökologisch dimensionierten Bewältigungsrahmen eingebaut (3).

»Im Laufe der Zeit können dann die Erfahrungen der NATO [...] analysiert und ein durchdachtes langfristiges Programm aufgestellt werden, vielleicht sogar auf globaler Grundlage.«²⁶

Soviel zum frühen Selbstverständnis der NATO-Umweltplaner. Konfrontiert man diese abstrakten Ansprüche mit den eingangs ermittelten »konkreten, praktischen und spezifischen« Umweltinteressen der herrschenden Klasse in den NATO-Ländern, dann wird schnell der Ideologiegehalt — hier: notwendig falsches Bewußtsein — des Umweltkonzepts der NATO durchschaubar. Der »konkrete« Vollzug solcher durchaus richtigen Planungseinsichten wie der, daß ein Scheitern der weltweiten umweltpolitischen Anstrengungen der Menschheit die fatale Einsicht aufnötigen könnte, sie habe die Wahl zwischen einer atomaren oder ökologischen Katastrophe, müßte genau gegen die herrschenden Umweltinteressen in den NATO-Staaten verstoßen, zu deren Absicherung der CCMS eigens gegründet worden war. Dieser unaufhebbare Widerspruch im NATO-Umweltkonzept ist nicht das Ergebnis mangelnder Planungsrationalität, sondern die logische Konsequenz des »spezifischen« american way of environmental improvement, der jeden primär-präventiv-ökologischen Planungsansatz ausschließt. Aber der Vollzug dieser abstrakt richtigen Einsicht geriete nicht nur in Widerspruch zur Entwicklung privatwirtschaftlicher Umweltinteressen, sondern mußte auch mit den langfristigen Militärprogrammen der NATO unvereinbar bleiben. Es bedurfte gewiß nicht einer UN-Umweltkonferenz (UNEP) im Jahre 1982, um Erkenntnisse zu präsentieren, wie sie in der »Nairobi-Deklaration« der UNEP verabschiedet wurden:

»Von großem Nutzen für die menschliche Umwelt wäre eine internationale Atmosphäre des Friedens und der Sicherheit, die frei ist von Bedrohungen jeglichen Krieges, insbesondere eines nuklearen Krieges, und der Vergeudung von intellektuellen und natürlichen Hilfsquellen für Rüstungszwecke.«²⁷

Solche Einsichten in den wechselseitigen Zusammenhang von Rüstungs- und Umweltproblemen waren den NATO-Planern keineswegs fremd, worauf Analysen über den Einfluß der NATO-Militärs auf alle relevanten staatlichen Entscheidungs- und Handlungsebenen im Umweltbereich verweisen.²⁸

Der NATO-Umweltausschuß (CCMS)

Formierung des ökologischen Konsenses

Die Umweltplaner im CCMS standen zu Beginn ihrer Arbeit vor der Frage, wie bestimmte Einsichten in den objektiven ökologischen Gefährdungszusammenhang der Erde mit den global nicht verallgemeinerbaren ökonomischen, rechtlichen und wissenschaftlichen Strukturprinzipien der NATO-Umweltregulierung »vermittelt« werden sollten. Wie sollte beispielsweise ein »durchdachtes langfristiges Umweltprogramm auf globaler Grundlage« im CCMS-Rahmen erarbeitet und »mit dem potentiellen Gegner des Bündnisses«²⁹ vertragsreif verhandelt werden, wenn das Interesse der NATO-Staaten und das der Warschauer Vertragsstaaten an möglicher Umweltkooperation von Anfang an unterschiedlichen Umwelt-Philosophien geschuldet war?³⁰ Die CCMS-Planer klärten diese Frage nicht, sondern sie versuchten ihre umweltpolitischen Konsequenzen durch ein pragmatisches Konzept des »decision-making-process«³¹ zu handhaben. Dies Konzept sah in der ersten Phase die Begründung eines bündnispolitischen Öko-Konsenses vor, mit dessen Hilfe in der zweiten Phase die globale Umweltdiskussion bestritten werden konnte (UNO) und der in der dritten Phase zur Grundlage der westlichen Verhandlungsposition in der absehbaren intersystemaren Umweltpolitik (KSZE-Prozeß) gemacht werden sollte.³² Der NATO-Ratsauftrag an den CCMS, bei der Bewältigung der Aufgabe mitzuhelfen, eine

bessere Umwelt für die Bevölkerung der Bündnisstaaten zu schaffen, stellte die CCMS-Planer vor die Schwierigkeit zu klären, »welche besonderen Methoden, die sich aus der spezifischen Erfahrung der NATO herleiten«, auf »die umfassenden sozialen und ökologischen Fragen angewandt« werden konnten.³³ Ein Blick auf die »spezifischen« Erfahrungen der NATO könnte erweisen, daß sie gerade das nicht leisten können, was sie sollen: auf die »umfassenden« sozialen und ökologischen Fragen angewandt werden. Zur Illustration dieses Zusammenhangs mag eine weitere Passage aus der bereits erwähnten Nixon-Rede nützlich sein:

»Alle unsere Länder sind weit entwickelt. Unsere Bevölkerung teilt sich in den Nutzen, aber auch in die wachsenden Probleme einer schnell voranschreitenden industriellen Technologie. Den Industrienationen ist kein dringlicheres Problem gemeinsam als die Anpassung des heutigen Menschen an seine Umwelt — die Aufgabe, die darin besteht, die Welt für den Menschen lebensfähig zu machen und dem Menschen dabei zu helfen, daß er lernt, in einem harmonischen Verhältnis zu seiner sich rasch verändernden Umwelt zu bleiben.«³⁴

Von dieser verdinglichten, vulgarisierten Sichtweise aus war es nur ein kleiner Schritt zu der CCMS-Methode, Antworten auf die »umfassenden« sozialen und ökologischen Krisenprobleme zu suchen. Bereits im Stadium der CCMS-Gründung wurde vom NATO-Rat entschieden, daß sich der Umweltausschuß »nicht auf die »physischen Probleme der Umwelt« beschränken würde, sondern »seine Aufmerksamkeit auch solchen sozialen Fragen« widmen sollte, »die von allgemeiner Bedeutung sind«.³⁵ Aufschlußreich ist der Abschnitt im NATO-Dokument, wo ausgeführt wird, welche sozialen Probleme aus NATO-Sicht als solche von allgemeiner Bedeutung galten.

»Trotz der zahlreichen offensichtlichen Vorteile, die die moderne Technik dem Menschen gebracht hat, besteht in manchen Ländern die nagende Befürchtung, daß die Technik im Ergebnis die Arbeit entmenschlicht. Die Menschen haben Sorge, daß die menschlichen Persönlichkeitswerte von den technischen und administrativen Bedürfnissen überschattet werden. [...] Wenn diesem komplizierten Problem, das allen modernen Gesellschaften gemeinsam ist, nicht rechtzeitig genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird, könnte sowohl die Arbeitsleistung als auch die Arbeitsbefriedigung rapide absinken, was für unsere Zivilisation ungeahnte Folgen haben würde.«³⁶

Spätestens an dieser Stelle wird der bereits erwähnte »Vermittlungsprozeß« zwischen den Wachstums- und Modernisierungsinteressen der US-Umweltpolitik, ihrer spezifischen ökologischen Problemdefinition und der Funktion des CCMS unabweisbar: »Das Programm des Umweltausschusses verfolgt das Ziel, die Mitgliedsregierungen [sic!] zu praktischen Maßnahmen zu veranlassen«³⁷, d.h., sie zu veranlassen, »organische Strukturen zu schaffen, die sich von amtlicher Seite aus mit Umweltfragen befassen«.³⁸ Das heißt im Klartext: Die NATO, nicht die damaligen Regierungen der Mitgliedstaaten, hat darauf gedrängt, staatlich-administrative Umweltpolitik- und Umweltforschungsprogramme zu entwickeln und im Staatshaushalt auszuweisen. Am Beispiel der BRD läßt sich dies exakt nachweisen. In der ersten Regierungserklärung Willy Brandts (28. Oktober 1969) hieß es wörtlich: »Sie [die Bundesregierung] wird sich aktiv an den Arbeiten des vom Rat der Nordatlantikpaktorganisation eingesetzten Ausschusses für die Probleme der modernen Gesellschaft [CCMS] beteiligen.«³⁹ Das erste Umweltprogramm der Bundesregierung wurde erst am 14. Oktober 1971 veröffentlicht.

Nachdem der CCMS die allgemeine Entscheidung zur Politisierung und zur Verrechtlichung der Umweltproblematik durchsetzen konnte, ging es im nächsten Schritt um die inhaltliche Vorbereitung der staatlich-administrativen Umweltprogramme. Zu den ökologi-

schen Essentials, die der CCMS »aus den spezifischen Erfahrungen der NATO« herleitete, und die von so unterschiedlichen Regierungen wie der SPD/FDP-Koalition in der Bundesrepublik oder der Obristen-Junta in Griechenland bereits im Stadium der Programmformulierung ihrer nationalen Umweltpolitik und -planungssystematik berücksichtigt worden sind, gehörten:

In den Parlamenten, den Massenmedien und im Wissenschaftsbetrieb sollte die Debatte und Forschung über die Ursachen der ökologischen Krisenerscheinungen auf »industrietechnische«, »industriegesellschaftliche«, »ökologisch-mediale« und »marktökonomische« Fragestellungen beschränkt bleiben. Zwischen 1969 und 1981 organisierte der CCMS ca. 125 Umweltschaffungen, von denen sich noch keine 5 mit sozialen oder politischen Aspekten der Krisenproblematik befaßten.⁴⁰ Dies war eine macht- und nicht forschungspolitische Grundentscheidung.

»Sowohl beim Ablauf als auch dem Abschluß der Studien wird die Verbindung zum NATO-Rat gewahrt, so daß das politische Element nicht übersehen werden kann. Der Umweltausschuß entscheidet über die Eignung der von den Mitgliedsstaaten vorgeschlagenen Studien und sucht dann beim NATO-Rat um Zustimmung nach. Der Umweltausschuß billigt den Abschlußbericht und seine Empfehlungen und legt sie dem Rat zur endgültigen Verabschiedung vor.«⁴¹

Dem CCMS-Programm der Politik- und Wissenschaftsformierung entsprach ein Konzept zur Aufrechterhaltung der militärischen Dominanz über gesamtgesellschaftlich-ökologische Interessen. Der Staat als einzig mögliche Vermittlungsinstanz dieser Interessen war durch den beschriebenen Formierungsprozeß indes unfähig, eine problemadäquate, d.h. präventive Umweltpolitik durchzusetzen.⁴² Nach dem gleichen Formierungsmodell des CCMS vollzog sich die militärische Interessendurchsetzung und ihre öffentlich-rechtliche Anerkennung im Umweltplanungssystem der NATO-Staaten. In der BRD beispielsweise wurde die Mitbestimmung des BMVg (Stäbe, Ämter, Truppen und Verwaltungen) an der Planung und Programmverwirklichung der Umweltpolitik auf allen rechts-, raum-, umwelt-, infrastruktur- und ökologie-relevanten Ebenen staatlichen Planungshandelns institutionell garantiert.

Der ökologische Konsens der NATO

Das Beispiel der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik wurde im Vollzug der NATO-Formierungsinteressen eine umweltpolitische Variante der Sozialpartnerschaft fundiert, deren ökologischer Basiskonsens zwischen Wirtschaft, Staat, Gewerkschaften, Militär und Wissenschaftsbetrieb auf fünf Prinzipien beruht, die auch im american way of environmental improvement nachweisbar sind.

1. Die Wirtschaft entscheidet autonom über Inhalte, Umfang und Tempo der Umweltsanierung. Sie plant, entwickelt und organisiert einen Markt für Umwelttechnologie (»Entsorgungsstrategie«). Als Vermittler tritt der Staat unterschiedlich auf: als Gesetzgeber zum »take-off« von produktionsnahen Öko-Technologien (hard- and software), als Käufer für öffentliche Infrastrukturgüter (»Entsorgungstechnik«) und als Finanzier privatwirtschaftlich eingesetzter Umweltschutztechnologie.

2. Der Staat (Bund, Länder, Gemeinden) »modernisiert« die traditionelle (mediale) Umweltpolitik der Nachkriegszeit zur ökologischen Infrastrukturpolitik. Er stellt damit wichtige produktionsrelevante Umweltgüter (Wasser, Luft, Standorte) zur Verfügung (»Umwelt als öffentliches Gut«).

3. Den Gewerkschaften werden Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen staatlicher Technologiepolitik angeboten (»Humanisierung der Arbeit«), wodurch ihre Einbindung in das Programm der Verbesserung der industriellen »Umwelt« gewährleistet wird.

4. Der militärischen Führung werden institutionalisierte Entscheidungs- und Handlungschancen eingeräumt, die sich auf alle wichtigen Bereiche staatlicher Umweltplanung und -gesetzgebung beziehen: vom Kabinettsausschuß für Umweltfragen bis zu den Umweltschutzbehörden auf Planungsverbands- und Kreisebene.

5. Der Wissenschaftsbetrieb ist durch Forschungssteuerung in das herrschende ökologische Krisenmanagement eingebunden, wodurch gewährleistet werden kann, daß umweltwissenschaftliche Fragestellungen nicht potentiell mit militärökologischen Interessen zu kollidieren brauchen.⁴²

Gewiß: dieser ökologische NATO-Konsens konnte in der Vergangenheit durch allgemeine Wahlen und Tarifverhandlungen ständig erneuert werden. Andererseits belegen Repräsentativumfragen zu den Themenbereichen »Umwelt« und »Militär«, die das BMI zwischen 1971 und 1977 in Auftrag gab, daß ca. 70% der Befragten Ausgaben für Umweltschutz wichtiger hielten als die für die Verteidigung. Und auf die Frage, in welchen staatlichen Ausgabenbereichen angesichts knapper Haushaltsmittel gespart werden solle, antworteten 55% der Befragten, Ausgaben für Verteidigung sollten gesenkt werden, und nur 7% sprachen sich für Sparmaßnahmen bei Umweltschutzausgaben des Staates aus.

Der ökologische Basiskonsens der NATO, der unsere Umweltpolitik zu dem gemacht hat, was sie ist, beruht wie seine ökonomischen, währungs- und handelspolitischen oder sozialen Konsense, auf der Fähigkeit der Marktökonomie, genug Wirtschaftswachstum zu garantieren. Denn nur langfristig stabiles Wirtschaftswachstum sichert die Systemüberlegenheit der NATO-Staaten in der Weltpolitik, eine Überlegenheit, die darin besteht, die enormen ökologischen, sozialen und militärischen Systemkosten finanzieren zu können. Bereits ein flüchtiger Blick auf die Wachstumsraten der NATO-Volkswirtschaften Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre erwies deren abwärtsgerichteten Trend. Der ökonomische Trendwandel, so scheint es, bewirkt den umweltpolitischen. Die bisherigen »ökologiepolitischen«, in dem hier entwickelten Verständnis gemeinten, Maßnahmen der US-Regierung unter Ronald Reagan wird die NATO-Umweltpolitik als das erkennbar, was sie immer war — Machtpolitik zur Aufrechterhaltung konsensuell abgesicherter bürgerlicher Gesellschaftsverhältnisse, innerhalb derer sich die NATO erst behaupten und entwickeln kann. Deshalb wird der seriös geführte Kampf um eine menschenwürdige Umwelt für heutige und für zukünftige Generationen notwendig zum Kampf gegen »ökologische« Verhältnisse, deren Nutznießer glauben, auf die Umweltpolitik der NATO nicht verzichten zu können.

Anmerkungen

- 1 NATO (Hrsg.): Das Atlantische Bündnis und die Umweltkrise, Brüssel 1971, S.46
- 2 Vgl. Brunn, Ellen/Jacques Hersh: Der Kapitalismus im Weltsystem. Ein Lehrbuch über Industrie und Entwicklungsländer. Frankfurt/M. 1975, S.189ff.
- 3 Müller, Harald: Internationale Umweltpolitik. In: Der Fischer Öko-Almanach 1982/83. Daten, Fakten, Trends der Umweltdiskussion. Frankfurt/M. 1982, S.273ff.
- 4 Lutz, Ernst: Lexikon zur Sicherheitspolitik. München 1980, S.192
- 5 Council on Environmental Quality/State Department (Hrsg.): Global 2000. Bericht an den Präsidenten. Frankfurt/M. 1980
- 6 NATO, a.a.O., S.35
- 7 Vgl. Pöhl, Karl Otto: Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Fortschritts in den USA, Göttingen 1967

- 8 Vgl. Quinn, James B.: Next Big Industry: Environmental Improvement. In: Harvard Business Review, Jg.49, Nr.5 (Sept./Okt. 1971)
- 9 Hödl, Erich: Techniken zur Umweltplanung. In: Bauwelt, Jg. 63, H.12/13 (März 1972), S.64
- 10 Vgl. Commoner, Barry: Wachstumswahn und Umweltkrise. München-Gütersloh-Wien 1973; Barnett, Richard J.: Der amerikanische Rüstungswahn oder Die Ökonomie des Todes. Reinbek 1971
- 11 Vgl. Ridgeway, James: The Politics of Ecology. New York 1970
- 12 Bechmann, Arnim/Gerd Michelsen (Hrsg.): Global Future: Es ist Zeit zu handeln. Freiburg 1981, S.15f.
- 13 NATO, a.a.O., S.9
- 14 Ebd., S.7
- 15 Westing, Arthur H.: Warfare in a Fragile World. Military Impact on the Human Environment. London 1980, S.79; eigene Übers.
- 16 Koch, Egmont, R./Fritz Varenholt: Seveso ist überall. Die tödlichen Risiken der Chemie. Köln 1978, S.233f.
- 17 Westing, a.a.O.
- 18 Vgl. Das geheime Pentagon-Programm (Leitlinien-Dokument) zur umfassenden Kriegsvorbereitung 1984-1982. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg.27, H.8 (Aug. 1982), S.1011-1016
- 19 Frankfurter Rundschau: Friede stört die Manöver. Nr.213 v. 15.9.1982, S.1
- 20 Höchner, Kurt M.: Schutz der Umwelt im Kriegsrecht. Zürich 1977
- 21 Vgl. NATO, a.a.O., S.42
- 22 Vgl. Gauer-Krusewitz, Karin/Knut Krusewitz: Internationale Umweltpolitik: Kommentierte Bibliographie. In: Das Argument, Jg.24, H.131 (Jan./Febr.1982)
- 23 NATO, a.a.O., S.12
- 24 Ebd., S.33
- 25 Ebd., S.42
- 26 Ebd., S.37
- 27 Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Umwelt. Nr. 90 (5.8.1982)
- 28 Vgl. Krusewitz, Knut: Militär belastet die Umwelt. Probleme militärischer Umweltnutzung. In: Jörg Hufschmid (Hrsg.): Rüstungs- oder Sozialstaat? Ein Handbuch. Köln 1981; Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): Bundeswehr und Umweltschutz. Bonn 1981; Iciav, M./Cornelia Schröder: Militär versus Umwelt. Ökologische, politische und rechtliche Argumente zur Aufwertung des Politikbereiches Umwelt. Dipl.Arbeit, Univ. Hannover 1982
- 29 NATO, a.a.O., S.42
- 30 Vgl. Bachmann, Günter: Sozialistische Umweltpolitik: Kommentierte Bibliographie. In: Argument Studienhefte (SH 50), Berlin-West 1981
- 31 NATO-CCMS (Hrsg.): The Role of Environmental Considerations in the Decision-Making Process. CCMS Report No.72. Brüssel 1978
- 32 Vgl. Füllenbach, Josef: Umweltschutz zwischen Ost und West. Umweltpolitik in Osteuropa und gesamteuropäische Zusammenarbeit. Bonn 1977; Krusewitz, Knut: Erste gesamteuropäische Umweltkonferenz. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg.24, H.12 (Dez.1979)
- 33 NATO, a.a.O., S.8
- 34 Ebd., S.7
- 35 Ebd., S.26
- 36 Ebd., S.27
- 37 Ebd., S.34
- 38 Ebd., S.44
- 39 Pulte, Peter (Hrsg.): Regierungserklärungen 1949-1973. Berlin-West-New York 1973, S.258
- 40 NATO-CCMS (Hrsg.): Publikations of the CCMS, Brüssel 1981
- 41 Bundesministerium der Verteidigung, a.a.O., S.62
- 42 Vgl. Küppers, Günter et al.: Umweltforschung — die gesteuerte Wissenschaft? Eine empirische Studie zum Verhältnis von Wissenschaftsentwicklung und Wissenschaftspolitik. Frankfurt/M. 1978

Gramsci-Debatte und Marx-Diskussion

*Leuschners Testament in Plötzensee,
der Zettel mit der Notiz »Schafft die Einheit«...*

Ob die Gramsci-Diskussion dieses Testament (*spw* 15, S. 110) ernstnimmt, scheint bisher so wenig entschieden, wie eine zweite Frage nicht abschließend beantwortet ist: Erweitert oder verengt diese Diskussion die andere, wichtigere, die über den Marxismus? Es ist eine Atempause im Gespräch über Gramsci eingetreten, in der es gelingen kann, sein Werk in unsere Sprache zu übersetzen, damit nicht er stellvertretend für uns, sondern wir selbst unsere Probleme formulieren. In der Stellvertreter-Funktion wird uns Gramsci keinen Schritt nach vorn bringen, als Aufforderung zur eigenständigen Entwicklung von Marxismus und Sozialismus aber sehr wohl. Nachdem die über längere Zeit gehegten Illusionen des Gramscismus, nachdem die paradoxe Überhöhung Gramscis zum *Modell*, nachdem allseits geforderten Ende *aller* Modell-Hörigkeit größerer Nüchternheit und politischem Realismus zu weichen begonnen haben, muß, wer unangefochten weitermacht bei der Stilisierung Gramscis zum Wegbereiter dritter und anderer Wege, härtere Gründe nennen als in der Phase der Euphorie. Ob es solche Gründe gibt, soll an zwei Beispielen erörtert werden.

1. Erwiderung auf Alfred Georg Frei

Im Titel seines Beitrags in *spw* 15 (vgl. S. 182ff.) wirft A.G. Frei die Frage auf, ob denn das »Und« zwischen »Gramsci und der dritte Weg« einen Widerspruch bedeute oder die »Nutzbarmachung einer Theorie für das heutige Westeuropa«. Die Frage soll ernstgenommen werden. Sie erweist sich, so gestellt, als fragwürdig: Kann man sich auf Gramsci berufen und nur auf seine *Theorie* und nicht auf seine *Politik*; kann man Westeuropa als einen einheitlichen Block mit einheitlichen Problemen unterstellen? Beide Teilfragen zusammengenommen: Wie hat Gramsci in einer bestimmten historischen Situation Theorie und Politik miteinander verschweißt und wie haben wir diese Beziehung in einer neuen historischen Situation zu definieren? Es scheint keineswegs Zufall zu sein, wenn Frei zum einen seine Frage nach einem möglichen *Widerspruch* zwischen Gramsci und Konzeptionen dritter Wege unbeantwortet läßt und zum andern ein wichtiges Problem aufwirft, dessen Lösung er von Gramsci erwartet, um freilich nicht diesen, sondern P. Ingrao antworten zu lassen. Vornehmlich das Hegemoniekonzept Gramscis sei »für die anstehenden Probleme von großer Bedeutung.

Es kann zur Überbrückung der Kluft zwischen neuen sozialen Bewegungen ... und »traditioneller« Arbeiterbewegung wichtige Erkenntnisse beitragen«. (S. 187) Verständlich, daß Frei mit Ingrao argumentiert, geht es darum, daß »der Gegensatz zwischen marxistischer Ökonomie und »grüner« Ökologie in einer neuen Synthese aufgelöst« wird. (S. 188) Unverständlich dagegen die unhistorische Überforderung von Gramscis Hegemonie-Konzept. Hegemonie bei Gramsci zielt auf den Antagonismus der Klassen, denen sich im Italien der Jahre nach dem Weltkrieg und des Faschismus, Schichten, Fraktionen und Kategorien zuordnen, ohne aber selbst die Funktion sozialer Bewegungen übernehmen zu können. Machen wir uns den Gegensatz zwischen »marxistischer Ökonomie« und »grüner Ökologie«, den Frei mit Ingrao sieht, in aller Deutlichkeit klar; dieser Gegensatz ist und

bleibt solange ein Widerspruch, wie »grüne« Antworten — es gibt glücklicherweise bei den Grünen auch andere — auf den avancierten Kapitalismus in der Sprache des Kapitals gegeben werden: höhere Arbeitslosigkeit garantiere den Ausstieg aus der Produktionsweise. Worin soll eine Synthese bestehen?

Der umfangreichste Teil von Freis Artikel kann als eine — gewiß nicht gewollte, aber eben auch nicht ausgeschlossene — Auflösung dieses Fragezeichens verstanden werden. Unter dem Titel »Gramsci nur für DKP-Denker?« erwidert er eine Polemik mit einer Polemik. Meinungsstreit ist wichtig, wenn Einheit hergestellt werden soll. Die persönliche Replik kann aber zurücktreten (in eine Anmerkung ¹). Reden wir zur Sache. Nur vordergründig geht es darum, wie wir als dieser oder jener Partei, dieser oder jener Organisation der Arbeiterbewegung Nahestehende Gramsci aneignen. Es geht um die Aneignung selbst, um Gramsci als Lehrstück. Auch auf die Gefahr der Wiederholung hin — gefordert ist Übersetzung im doppelten Wortsinn: Es ist nicht trivial zu fordern, dem Werk aus einer anderen Geschichte, Kultur und Sprache zunächst *philologisch* gerecht zu werden; Verachtung der Philologie rächt sich im Detail; und es ist nicht trivial, einen strikt historischen Umgang mit Gramsci zu fordern; Gleichgültigkeit gegenüber der Geschichte rächt sich en gros. Wir haben endlich gelernt, die im »Klassiker«-Begriff von Marx versteckte Zumutung vollendeter analytischer Reife schon der frühesten theoretischen Anfänge zurückzuweisen. Marx *wurde* Marx in Kontroversen, selbstkritischer Revision, Solidarität mit den Vielen der ganzen demokratischen und kommunistischen Bewegung seiner Zeit. Und Gramsci? Ein neuer Klassiker? Dessen Erkenntnisse und Aussagen von 1917 umstandslos mit denen von 1924 in Zitaten zur Collage verklebt werden dürfen? In Verbindung mit Philologie und Textkritik läßt unsere historische Kenntnis eines Werks in seiner Entwicklung und inmitten der Entwicklung nicht allein der Klasse, sondern der Klassenverhältnisse, einen Gramsci entstehen, der nicht bevormundet, sondern mit dem zu reden ist. Nachdem wir gelernt haben, Marx nicht posthum zum Genie von einsamer Größe zu degradieren, ihn mit (und gegen) Weiting und Heß, Weydemeier, Schapper und Dietzen in gemeinsamer und zerstrittener Front zu erkennen — nun Gramsci der Einmalige? Dessen klassische Sätze von einer Allgemeinheit sind, die jedwedes Konkrete zu erklären erlauben? Es sei erlaubt, an nur einem Beispiel des Streits mit Frei zu verdeutlichen, warum hier für Philologie und Geschichtskennntnis plädiert wird. In seinen »Noterelle sul Machiavelli« im Quaderno 13 aus den frühen 30er Jahren formuliert Gramsci eine ungemein klare politiktheoretische Analyse der Rolle von Herrschaftsgruppen in Staaten, begründet die Unterscheidung zwischen demokratischem und bürokratischem Zentralismus, zeigt Notwendigkeit, Funktion und Gefahr auf. Frei weiß: Es handelt sich hier »nur um eine allgemeine These zu Staat und Bürokratie«. (S. 185) In der Kritik an Frei ², die er als unbegründet zurückweist, war nachgewiesen worden, dieser Text reflektiere Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft, nicht aber sei er als Vehikel der — berechtigten oder unberechtigten, darum geht es hier nicht — Kritik an sozialistischen Gesellschaften zu mißbrauchen. Gesagt werden sollte: Der Sozialdemokrat, dem an Kritik an der Sowjetunion liegt, soll Manns genug sein, sie selbst zu begründen; er soll sich nicht hinter Autoritäten verstecken! Frei behält dieses unmündige Verfahren bei. Er habe schließlich »auf die Interpretation von zwei italienischen Kommunisten und einer französischen Kommunistin« verwiesen. (S. 185) Na und? Warum sollten deutsche Kommunisten a priori Unrecht haben, wo doch italienische und französische so offensichtlich — *weil* Kommunisten — im Recht sind?

Blieben wir besser bei der Forderung nach jener politisch-theoretischen (historischen) Lektüre Gramscis, nach welcher Theorien und politische Praxis Elemente geschichtlicher

Totalität sind. Ch. Buci-Glucksmann, Kronzeugin Freis, kommt zu dem Ergebnis: »Also heißt »Gramsci lesen« einen Standpunkt einnehmen, von dem aus seine politischen Haltungen wie der innere Rhythmus seines Denkens erkennbar werden: den Standpunkt des Klassenkampfes in der Politik, aber auch in der Theorie.«³ Will Frei diesen Standpunkt einnehmen, dann wird er wohl oder übel mit Buci-Glucksmann die »künstlichen Barrieren« beseitigen müssen, »die die Gefängnishefte von den politischen Schriften und der Dritten Internationale trennen.«⁴ Auch wird er zustimmen müssen: »Im Gegensatz zur Meinung etwas vorschneller Analysen ist dieser Begriff (Hegemonie) im gesamten Marxismus der Dritten Internationale überaus geläufig.«⁵ Nicht um Linearität und Kontinuität der kommunistischen Internationale in den 20er und 30er Jahren zu *konstruieren*, sondern um Gramsci in *seiner Zeit* zu vergegenwärtigen, ist es nicht nur zulässig, sondern erforderlich, auf gemeinsame Nenner in der Geschichte der Arbeiterbewegung zu verweisen — auch auf Thälmann. Zu klar hatten wir gesagt »Wenn wir Thälmann neben Gramsci stellen, dann bewußt nicht im Interesse an der Tilgung von Unterschied und Widerspruch«⁶, als daß eine Antwort auf Freis Kritik noch fällig wäre. Wesentlich jedoch ist, zu welchem Ziel man sich auf Gramscis Hegemonie-Konzept beruft. Dieses Konzept beziehe sich im Unterschied zu Lenin »vor allem auf die Zeit *vor* der sozialistischen Revolution«. (S. 100) Zweifellos ist Gramsci für uns in kapitalistischen Staaten wichtig, weil wir in eben dieser Zeit leben (mit Akzent auf *vor* und nicht auf *Revolution*). Der Streit kann deshalb ohne Kränkung in der Sache geführt werden. Worum geht es? Ginge es um die Frage, ob eine Klasse oder ein Klassenbündnis vorrevolutionär führend sein müsse, um Herrschaft auf Konsens gründen zu können, wäre der Streit erledigt. Ursache bereits der Spaltung zwischen Putschismus und realistischer revolutionärer Politik im Bund der Kommunisten um 1850 war die Mahnung der »Partei Marx«, es genüge nicht, daß das Proletariat als »passives Element der Revolution« existiere; es müsse sich in langen Jahren des Kampfes zum revolutionären Subjekt ausbilden, sich vereinigen, sich assoziieren in Bündnissen, um führen und herrschen zu können.⁷

So bewegt sich die Gramsci-Debatte um den Kern eines ganz anderen Problems: *Wodurch* wird eine Klasse, ein Klassenbündnis, eine Konstellation sozialer Bewegungen mit gleichen Interessen an Befreiung führend und *was* sind die Voraussetzungen von Herrschaft? In der Gramsci-Diskussion wiederholt sich unter veränderten gesellschaftlichen Systembedingungen der Bernstein-Streit der Jahrhundertwende: Wird Hegemonie auf Führung reduziert und das Problem Herrschaft ausgeklammert, wird Führung reduziert auf punktuellen Konsens und wird Sozialismus als Perspektive ausgeklammert, wird der politische und ökonomische Kampf reduziert auf den kulturellen um Übereinstimmung — dann wiederholt sich nicht der *Reformismus* als Ideologie sondern *als Praxis*. In diesem Zusammenhang fällt Licht auf alle Versuche, innerhalb der Sozialdemokratie nicht die Probleme der neuen sozialen Bewegungen aufzunehmen, sondern die Bewegungen aufzunehmen. Kann die Sozialdemokratie wirklich führen? Dient Gramsci dazu, die von Frei erwähnte Kluft zu den neuen Bewegungen zuzuschütten, dann heißt das Stichwort »Integration«. Hierüber geht der Streit. Die Kluft zur organisierten Arbeiterbewegung kann und muß sich schließen. Nicht etwa durch Integration der Friedensbewegung in eine Sozialdemokratie, deren Mitverantwortung für den NATO-Aufrüstungsbeschluß kaum zu bestreiten ist, schließt sie sich, sondern in der erfolgreichen Durchsetzung des Interesses an Frieden. Ist dieser Kampf erfolgreich, sind Voraussetzungen für eine Führung gegeben. Herrschend können die Interessen jedoch erst werden, wenn politische Organisation ihnen Macht verleiht. Man kann dies auch *Staatwerdung* des Sozialismus nennen.

2. Bemerkungen zur Gramsci-Rezeption des Projekts Ideologietheorie (PIT)

Grundlegende Meinungsverschiedenheiten seien abschließend gegenüber einem von A.G. Freis Artikel ganz verschiedenen Versuch angemeldet, mit dem Hegemonie-Begriff zu einer Standortbestimmung der demokratischen und sozialistischen Bewegung zu gelangen. In Begründungszusammenhang mit dem »Projekt Ideologietheorie« (PIT) legt W.F. Haug eine Analyse »Struktureller Hegemonie« vor.⁸ Nicht mehr als Prinzipien dieses Begründungskontextes können hier angedeutet werden. In einer resümierenden Kurzformel des PIT wird festgestellt: »Das Ideologische ist ... gefaßt als die eine große Wirkungsweise entfremdeter Gemeinschaftlichkeit, d.h. der Staatsförmigkeit der Aufrechterhaltung des Vergesellschaftungszusammenhangs«.⁹ Bezogen auf den konkreten Fall der geschichtlichen Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion: »In der Zeit der Stabilisierung der sowjetischen Revolution, auf den Trümmern des Weltkriegs, des Bürgerkriegs und der bewaffneten Westintervention, treten Partei und Staat zwischen die Massen und ihre Handlungsfähigkeit ... Die transitorisch notwendige Stellvertreterrolle der Partei und die ebenso transitorisch unabdingbare Staatsform der gesamtgesellschaftlichen Funktionen werden mystifiziert zu Formen der Herrschaft und des Handelns der Arbeiterklasse selbst.«¹⁰ Für die Verknüpfung dieser Staats-Funktions-Definition mit einer aus der Kritik an Staat und Partei im Sozialismus gewonnenen Perspektive »horizontaler«, d.h. aus Autonomie entstehender demokratischer Vergesellschaftung bezieht das PIT Argumente aus Gramscis Parteitheorie. Rekonstruiert wird die Beziehung Partei/Klasse: »Sind Parteien ... 'Klassenparteien'? Gramsci scheint so zu denken, wenn er unterstellt, daß 'jede Partei nur Nomenklatur einer Klasse' sei.« Gramsci »scheint zu denken«, Gramsci »unterstellt« ... Die PIT-Autoren ziehen die Schlußfolgerung, daß Parteien »nicht Repräsentanten einer Klasse sind, sondern Repräsentanten von Klassenbündnissen.«¹¹ Soweit Gramsci zur Vorbereitung der Idee »struktureller Hegemonie« nicht dienstbar gemacht werden kann, wird er kritisiert: Gramsci »ignoriert ... die Strukturen entfremdeter Vergesellschaftung;« »zugleich geht die wichtige Einsicht verloren, daß das Politische wie der Staat eine Form der dem Kollektiv von oben zugewiesenen und insofern ideologischen Handlungskompetenz ist«.¹²

»Die politischen Bedingungen der Linken und die Hegemoniefrage« erörternd, die Entstehung neuer Bewegungen gegen die Krise der Politik »antihegemonialer und insofern sektiererischer« (kommunistischer) Parteien nach 1968 abwägend, stellt W.F. Haug die Frage: »Ist ein sozialistisches 'hegemoniales Dispositiv' ... denkbar, das nicht auf der Hegemonie einer Arbeiterpartei basiert?«¹³ Dieses Problem ist nicht lösbar ohne den »Bruch mit der 'metaphysischen' Rede von einem 'historischen Subjekt' und ohne die »Anerkennung eines *Pluralismus von Subjekten*«. Das denkbare Ergebnis wäre eine »strukturelle Hegemonie ohne Hegemon.«¹⁴ Die vorauszusetzende »plurizentrische Aktivierungsstruktur«¹⁵ nimmt Haug in den neuen sozialen Bewegungen und in deren Zentrierung auf gemeinsame Interessen unter Ausschaltung von jedem Zentralismus wahr. Sozialismus bleibt Perspektive, ja »in gewisser Weise läßt sich sagen, daß die Entfaltung hegemonialer Strukturen auf der Linken immer zugleich ein symbolisches und probeweises Praktizieren sozialistischer Verhältnisse inmitten des Kapitalismus beinhaltet«.¹⁶

Gegen W.F. Haug wende ich ein, daß dies eine Konstruktion von Intellektuellen für Intellektuelle ist. Zur Intellektuellen-Kritik gehört keine Fetischisierung »des Arbeiters« und keine Glorifizierung der Klasse, die ist, wie sie ist, und mit der wir zu rechnen haben, wie sie ist; vielmehr der positive Begriff des »organischen Intellektuellen« und seiner Funktion

und Verantwortung. Die Zergliederung von Hegemonie in hegemoniale Strukturen ohne Zentrum, die Auflösung von Führung in Aktivierungsstrukturen und die völlige Ausblendung des Themas der Macht — sie scheinen mir zwar der Funktion von Intellektuellen zu entsprechen, nicht aber ihrer Verantwortung. Zu zeigen wäre, wie aus der Summe von Gruppeninteressen und Bewegungen ein Integral entsteht, welches Macht ist, ohne andere in Zwang zu beherrschen. Die Idee eines symbolischen und probeweisen Praktizierens sozialistischer Verhältnisse inmitten des Kapitalismus wird einem exilierten Chilenen so wenig einleuchten wie dem Bauern des Alentejo in Portugal nach der Ankunft des Frankfurter Bankiers auf seinen Feldern — wiedereingesetzt in Ausbeutungsrechte durch kapitalistische staatliche *Macht*. Auf Gramsci kann sich W.F. Haugs sozialistisches Projekt nicht berufen, eher schon auf Owen und gescheiterte Experimente der Arbeiterbewegung vor dem Stadium ihrer Organisierung in Assoziationen, Parteien und Staaten. »Die Verwirklichung eines hegemonialen Apparates determiniert« für Gramsci »eine Reform des Bewußtseins«. ¹⁷ Dieses Verhältnis ist nicht umkehrbar. Gramsci: »Übergang von der Utopie zur Wissenschaft und von der Wissenschaft zur Aktion. Eine herrschende Klasse (*d.h. einen Staat*) zu schaffen« ...¹⁸

Anmerkungen

- 1 A.G. Freis Anti-Polemik ist auch durch Formulierungen provoziert, in denen unser Interesse an Auseinandersetzung und Kritik unangemessen das Interesse an gemeinsamer Suche nach Wegen demokratischer und sozialistischer Politik überlagert hat. Seine Replik sollte ihrerseits nicht stilbildend wirken: Der Sprachgebrauch »DKP-Denker« kommt einer Entmündigung gleich. Als Wissenschaftler wie als Politiker haben wir unsere Aussagen und Handlungen selbst zu verantworten. Wir sind nicht Parteien verantwortlich, sondern Zielen, und dies sind Ziele von Menschen, nicht aber von Apparaten.
- 2 Vgl. H.H. Holz, H.J. Sandkühler: Betr.: Gramsci. Philosophie und revolutionäre Politik in Italien, Köln 1980
- 3 Ch. Bucu-Glucksman: Gramsci und der Staat. Für eine materialistische Theorie der Philosophie. Mit einem Nachwort von H.J. Sandkühler, Köln 1981, S.15
- 4 ebd. S.17
- 5 ebd.
- 6 Betr.: Gramsci, a.a.O., S.53
- 7 Vgl. H.J. Sandkühler, Proletariat und Wissenschaft. Zur Konstituierung der Arbeiterklasse als Voraussetzung des Marxschen Wissenschaftsprogramms. In: »... einen großen Hebel der Geschichte«. Zum 100. Todestag von Karl Marx: Aktualität und Wirkung seines Werks. Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF, Sonderband 1/1982, S.305-331. Vgl. G.M. Bravo, Organisation und politische Klassenaktion. Vom Bund der Kommunisten zur Gründung der Ersten Internationale, in: Dialektik. Beiträge zur Philosophie und Wissenschaften, Nr.6, Köln 1983
- 8 W.F. Haug: Strukturelle Hegemonie, in: *Das Argument* 129, 23.Jg., 1981,S.628ff.
- 9 Projekt Ideologietheorie (PIT): Faschismus und Ideologie 1, Berlin 1980, S.9. Zur Kritik an der Ideologie-Konzeption vgl. Th. Metscher, R. Steigerwald: Zu den Kontroversen über Ideologie und Ideologietheorie, in: »... einen großen Hebel der Geschichte«, a.a.O., S.188ff.
- 10 Projekt Ideologietheorie (PIT): Theorien über Ideologie, Berlin/West 1979, S.37f.
- 11 ebd. S.72; Zur Kritik vgl. K.-H. Gattermann, M. Heine: Antonio Gramscis vermeintlicher »dritter Weg« zum Sozialismus, in: Konsequent 1/1981, S.112 ff.
- 12 Theorien über Ideologie, S.80
- 13 Strukturelle Hegemonie, S.629; 631
- 14 ebd., S.636, 642
- 15 ebd., S.643
- 16 ebd., S.646
- 17 A. Gramsci: Il materialismo storico e la filosofia di Benedetto Croce. Nuova edizione riveduta e integrata. Rom 1977, S.47
- 18 ebd., S.91 (Hervorh. von mir)

Volker Gransow und Michael Krätke

Paul Levi oder das Problem, Linkssozialist in der Sozialdemokratie zu sein*

I.

»Die Partei, die ihn nicht verdient hat, wird ihn schnell vergessen.« Das notierte Carl von Ossietzky in der »Weltbühne« nach dem Tode Paul Levis Anfang 1930. Die Prognose sollte eintreffen, der unbestrittene Wortführer der Linken in der Weimarer Sozialdemokratie ist vergessen bis auf den heutigen Tag. Daran konnten auch zwei größere Publikationen nichts ändern, die nicht zufällig in den Jahren der Jugendrevolte 1968/69 erschienen. So richtig Ossietzkys Voraussage war, so wenig scheint uns ihre Begründung ausreichend. Ossietzky nannte nämlich vor allem den Gegensatz von Spießern und großem Individuum, von sozialdemokratischem Schrebergartenmilieu und dem »Brandgeruch der Revolution.« Wir behaupten dagegen, daß nicht individuelle Tragik das Verhältnis Levis zur Sozialdemokratie charakterisierte, sondern daß sich am Beispiel Levi die Dilemmata von Linkssozialisten in der Sozialdemokratie nahezu idealtypisch vorführen lassen. Aus diesem Grund konzentrieren wir uns auf Levis letzten Lebensabschnitt und hier besonders auf seine Konzeption linkssozialistischer Politik.

II.

Levi war Antityp; Antityp zum Gewerkschafts- und Parteibeamten ebenso wie zum »Berufsrevolutionär«, kein Theoretiker, aber ein für deutsche Verhältnisse auffallend klarer Analytiker, ein glänzender politischer Schriftsteller und ein Redner von Lassalleschem Format. Seine politische Karriere vom unfreiwilligen Führer der kommunistischen Partei 1919 über eine kleine kommunistische Oppositionsgruppe bis zum Sprecher der linkssozialistischen Opposition in der SPD ab 1922/23 machte ihn nachgerade zur Symbolfigur des Linkssozialismus in Deutschland, der sich, in welcher Organisation der Arbeiterbewegung auch immer, stets gegen den Strom schwimmend befand. Wie kaum ein anderer hat er zur Popularisierung des »Luxemburgismus« in der deutschen Arbeiterbewegung beigetragen, weil er — darin Otto Bauer oder seinem Kontrahenten Rudolf Hilferding vergleichbar — in der Lage war, eine sozialistische Position in der Tagespolitik immer wieder grundsätzlich begründen zu können.

Als revolutionärer Sozialist der Schule Rosa Luxemburgs, war Levi davon überzeugt, daß die ökonomische Entwicklung mit innerer Gesetzmäßigkeit zur Erstarkung der kapitalistischen Großbetriebe und zur Verschlechterung der Lage der arbeitenden Massen führt. Höchster Triumph des Kapitalismus und tiefste Erniedrigung des Proletariats ist der Krieg. In der Entwicklung der proletarischen Gegentendenzen gegen den Kapitalismus gibt es nur eine Lösung, den dialektischen Umschlag, den Zusammenprall — die *Revolution*. Nach Levis Überzeugung kann niemand dem Proletariat den Willen zur Revolution geben, ihn muß es sich in seinen Mitgliedern selber schaffen. Es ist der Sinn der Demokratie innerhalb der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, sich diesen Willen zu bilden. Levi folgte Rosa Luxemburg gegen Lenin darin, daß eine Partei der Arbeiter ihre Aufgabe

* Die Thesen waren Grundlage eines Diskussionsbeitrags im Arbeitskreis »Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie« auf der Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft vom 4. bis 7. Oktober 1982 in Berlin/West

verfehlt, wenn sie von der Allmacht eines Zentralkomitees ausgeht. Die revolutionäre Partei des Proletariats muß Massenpartei sein, d.h. eine Partei, die nicht nur Massen in Bewegung setzen will, sondern *selbst Masse* ist, organisch von unten nach oben aufgebaut. Der Platz revolutionärer Marxisten ist getreu dem »Manifest« nicht in einer besonderen Avantgardepartei sondern in der *sozialdemokratischen Bewegung*, die mehr als *nur* Partei ist.

Daß es in der Sozialdemokratie nicht nur den Willen zu revolutionärer Massenpolitik gibt, daß ein Gegensatz besteht zwischen »unsozialistischen Praktikern« und »unpraktischen Sozialisten«, war Levi bekannt und außerdem keine neue Gegebenheit erst seit 1918. Aber Arbeiterklasse und Arbeiterpartei sind veränderbare, lernfähige Subjekte. Sie sind sich wandelnde Lebewesen, die das sind, was die sind, die in ihnen stehen. Aufgabe der Sozialisten ist die Durchsetzung einer entschiedenen Arbeiterpolitik, gestützt in erster Linie auf das Industrieproletariat *und seine Zukunft*. Ziel dieser Politik ist zunächst Bewahrung und soziale Ausgestaltung der Republik, ein untrennbarer Zusammenhang, da die Republik nur dann erhalten werden kann, wenn sie selbst einen wesentlichen Teil des Strebens der Arbeiterklasse bildet. Daher ist es erstes Erfordernis sozialistischer Arbeiterpolitik, die Republik zu reinigen von ihren Feinden, die auch Feinde der Arbeiter sind, in Justiz, Verwaltung, Offizierskorps. Gleichzeitig muß die Arbeiterklasse die Republik mit ihrem Geist erfüllen, d.h. die »Hegemonie« in allen Bereichen des öffentlichen Lebens erlangen. Sie kann nicht von heute auf morgen »den Sozialismus« erzwingen, wohl aber die Gesamtrichtung wenden in der Lebensmittelpolitik, im Steuerwesen, in der Sozialpolitik, der Außenpolitik, bei Justiz und Polizei. Solch klare Arbeiterpolitik bedeutet kein Unverständnis gegenüber anderen Klassen und Schichten, vielmehr wird sich der entwurzelte Mittelstand in seiner Labilität nur dann der Arbeiterklasse zuwenden, wenn er nicht das Gefühl hat: Es ist auch da nicht anders als anderswo. Nur auf der Basis konsequenter Arbeiterpolitik kann der Sozialismus zur Sache der ganzen Menschheit werden. Eine Partei, die Teil der Massen ist, kann weder parlamentarisch noch »antiparlamentarisch« sein. Sie muß sich um eine Synthese von Parlamentarismus und »Antiparlamentarismus« bemühen und sich ähnlich der Bourgeoisie außerparlamentarische Machtmittel schaffen.

III.

Aus diesen Grundüberzeugungen ergibt sich Levis Stellung zur Frage *Koalition-Opposition*. Als 1929 die Koalitionsregierung eine Gedenkmünze mit dem Kopf Hindenburgs auf der Vorderseite plante, schlug Levi für die Rückseite einen »Popo« vor. Der »Amtsarsch« ist nicht das Zentrum geistiger Köpfe, er ist Zeichen der Beharrung und der Trägheit, der Undifferenziertheit, die Aufgabe von Individualität und Charakter, er ist mit anderen Worten das Sinnbild einer Koalition.

Welche politische Einzelfrage in einer Koalition mit bürgerlichen (also nicht: kommunistischen) Parteien auch immer behandelt wird, ob Schulgesetz oder Strafreform, ob Wahlordnung oder Schlichtungswesen, überall gibt es Gegensätze zwischen den Interessen des Proletariats und dem Ziel, die kapitalistische Gesellschaft zu erhalten. Es kann für die Bourgeoisie gelegentlich sehr viele Gründe zur Koalition geben, aber nur wenige für die Arbeiterklasse. Denn die Möglichkeit staatlicher Beeinflussung des Kapitalismus, die nicht gering zu achten ist, hebt nach Levi die Ausbeutung nicht auf, der Staat bleibt *kapitalistischer Staat* mit dem Zweck der Sicherung der ökonomischen Ausbeutung. Gegen dieses (Un-)Wesen gibt es für Ausgebeutete nur die Oppositionsstellung. Dabei heißt Opposition nicht pures Neinsagen. Für Levi ist Opposition die Form, in die eine anders gerichtete so-

ziale Schicht oder Klasse ihre Meinung und ihren Willen zu jedem staatlichen Problem faßt und mit der sie um die Zustimmung der Mehrheit wirbt. Dies gilt für jede Opposition. Aber eine bürgerliche Opposition kann ihre Ziele im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung verwirklichen, eine sozialistische Opposition kann das nicht ohne den Bruch mit ihr. Eine bürgerliche Opposition hat nur gegenwärtige politische Aufgaben, die der sozialistischen Opposition sind oft in weite Fernenweisend. Die bürgerliche Opposition hat die Klasse, um die und mit der sie sich müht, als »Fertigfabrikat« bereits vor sich. Die sozialistische Opposition muß um ihre Klasse erst werben; sie muß die arbeitende Klasse zur Höhe politischer und wirtschaftlicher Einsicht, zur klassenmäßigen Geschlossenheit führen. Das aber kann die proletarische Partei nur im Kampf, in klarster Gegenüberstellung *ihrer* Interessen mit dem Bestehenden. Eine klarere und einfachere Antithese als die Opposition gibt es nicht. In und durch die Opposition wird die sozialdemokratische Partei und die Arbeiterbewegung gesund.

IV.

Was für die Frage Koalition/Opposition skizziert wurde, kann auch für andere Felder der Levischen Politik gezeigt werden wie die Justiz-, Außen-, Militärpolitik sowie für das Verhältnis zu den Kommunisten stalinistischer Prägung. In einer Zusammenfassung lassen sich dann folgende widersprüchliche Bedingungen für die Politik von Linksozialisten in der Sozialdemokratie allgemein festhalten:

1. Linksozialisten sind Kritiker des Parlamentarismus und wollen doch das Parlament als »Kampfboden« ausnutzen. Zerstört aber der »Antiparlamentarismus« einer Fundamentalopposition nicht ihre Machtpositionen im Parlament? Im Krieg wie in der Politik ist es für den Schwächeren ein Fehler, Optionen auszuschließen, d.h. seinen Spielraum selbst zu verringern.

2. Obstruktion im Parlament kann legitim sein. Das Parlament ist immer weniger Tribüne. Welchen Sinn hat dann die parlamentarische Fenster- bzw. Galeriedebatte noch? Kann man im Parlament »antiparlamentarisch« wirken? Wer in »Lebensfragen« in der Minderheit bleibt und meint, das Allgemeininteresse zu verteidigen, kann das Terrain der politischen Entscheidungen nicht nach Belieben wechseln.

3. Linksozialisten sind zwangsläufig Kritiker der Kommunisten, aber sie halten die Spaltung der Arbeiterbewegung für letzten Endes überwindbar. Da sie zugleich die kühnsten und grundsätzlichen Kritiker der Kommunisten sind, stehen sie stets in der Gefahr, für die Parteirechte das zweifache Geschäft der Abgrenzung und der Legitimation nach links zu besorgen.

4. Linksozialisten sind Opposition in der Opposition, nach ihrer Tradition altmodisch diskutierend und argumentierend, darum immer in der Gefahr, als Alibi für innerparteiliche Demokratie herhalten zu müssen.

5. Linksozialisten wollen Massenpolitik entwickeln. Doch sie kritisieren spontane Massenaktionen — auch Massen können irren — ebenso, wie sie Parteiführer öffentlich angreifen. Ihre Berufungsinstanz ist eine Art proletarischer politischer Öffentlichkeit, die notwendig mit dem Instanzenzug einer formal demokratischen, bürokratischen Massenpartei konfligiert.

6. Linksozialisten sind an den Massen und der Demokratie orientiert. Daher müssen sie *in* der Sozialdemokratie sein. Da diese aber Koalition und Kompromiß praktiziert, müssen sie gleichzeitig außerhalb der Sozialdemokratie stehen.

Archiv

Paul Levi

Voraussetzungen einer Koalition

Vorbemerkung

In Verbindung mit den Thesen von Volker Gransow und Michael Krätke dokumentieren wir aus der alten SPW (6. Jg./1928, Nr. 24 vom 15.6.1928) zwei Artikel, welche die Haltung der SPD-Linken in der Weimarer Republik zur Koalitionsfrage verdeutlichen. Während der Leipziger Parteilinke Fritz Bieligk am Ende des abgedruckten Auszugs mit bemerkenswerter Genauigkeit die Regierungsverhältnisse 1928 bis 1930 nach Eintritt der SPD in die »Große Koalition« voraussah, fragte Paul Levi, der führende Repräsentant der sozialdemokratischen Linken und Reichstagsabgeordneter, nach den politischen Grundlagen eines Zusammengehens mit Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei. Den noch heute aktuellen Kern seiner Aussagen erblicken wir in der Warnung vor dem parlamentarischen Kretinismus, von dem führende Sozialdemokraten auch 1983 nicht frei sind, wenn sie wieder von »Großen Koalitionen« träumen. Die Redaktion

* * *

Wir von unserem Standpunkt betrachten es nicht als einen Fehler, daß die Frage der Anteilnahme der Sozialdemokratischen Partei an der Regierung als eine taktische Frage diskutiert wird, die sie in Wirklichkeit ist. Die Diskussion um das »Prinzip« birgt die Gefahr in sich, daß das Prinzip, das heißt die Einsicht in die bewegenden Kräfte der Geschichte und das Festhalten an Weg und Ziel, ersetzt wird durch eine starre Formel, daß der im Ziele feste, in der Bewegung tausendfach schillernde Gedanke einem Schlagwort weicht. Diese Gefahr wird vermieden, wenn man die Frage als taktische prüft. Freilich aber sehen wir unter Taktik keineswegs einen Kindergarten, in dem zu tun im wesentlichen alles erlaubt ist und in dem man vor allem »probieren« kann. »Probieren geht über Studieren«, meinte in diesen Tagen der *Vorwärts*. Wir möchten nicht glauben, daß solch ein Verfahren Taktik wäre. Der General, der mit einer Division eine gegnerische Armee überflügeln möchte auf beiden Seiten — ein rein taktisches Problem — wäre kein Feldherr, sondern ein Hazardeur selbst dann, wenn es gut ginge. Er, der General, wird im Ernstfall nie taktische Gesetze ausprobieren, sondern sich an bestimmte, ihm gegebene Voraussetzungen halten, innerhalb deren die Taktik etwas Gegebenes, Notwendiges ist. Wir möchten glauben, daß beispielsweise kaum je eine Situation gegeben ist, in der zwei taktische Maßnahmen möglich und richtig sind; meist ist immer nur eine richtig. Um diese einzig richtige taktische Maßnahme zu finden, bedarf der erfahrene und erfolgreiche Taktiker eines viel tieferen Einblicks in Kräfte und Gegenkräfte, in Mittel und Gegenmittel, in materielle und psychische Faktoren, die den Erfolg bedingen, als der, der sich an ein ihm gegebenes strategisches Gesetz hält. Viel weniger als in der Konzeption großer strategischer Pläne hat sich der Genius des Feldherrn zumeist im Taktischen gezeigt.

Wir sind bei diesen militärischen Bildern geblieben, da ja Taktik an sich ein militärischer Begriff ist. Wenn also die Frage der Koalition als taktische Frage erörtert wird, so bedarf ihre Entscheidung eines viel tiefer greifenden Studiums der möglichen Voraussetzungen einer Koalition, als wenn man »prinzipiell« ja oder nein sagt. Über das Prinzip braucht man sich erneut nicht zu besinnen; darüber hat sich schon zumeist ein anderer besonnen (das ist

der Grund, warum die Kommunisten so hervorragende »Prinzipielle« sind, während Lenin der genialste Taktiker der marxistischen Schule war). Ganz allgemein kann man sagen, daß die Voraussetzung einer Koalition die Gemeinsamkeit eines Interesses ist. Diese Gemeinsamkeit braucht absolut keine dauernde zu sein oder vielmehr: darf keine dauernde sein. Ist nämlich die Gemeinsamkeit des Interesses eine dauernde, so kommt statt der Koalition die Verschmelzung. Daß aber das Bestehen eines vorübergehenden gemeinsamen Interesses zu einer Koalition auch einer sozialistischen Partei führen kann, ist an und für sich unbestritten; beispielsweise hat etwa Rosa Luxemburg die Verteidigung der demokratischen Staatsform für einen Fall erklärt, in dem sehr wohl eine sozialistische Partei unter Umständen eine Koalition mit nicht-sozialistischen Parteien eingehen muß. Gerade aber der Fall der Verteidigung der demokratischen Staatsform zeigt eine der möglichen Fehlerquellen in der Entscheidung. Nicht immer ist es das kursierende politische Schlagwort, das anzeigt, was vor sich geht. Beispielsweise: Die letzte Koalition, die unsere Fraktion einging, im August 1923, wurde von vielen Genossen aufgefaßt als eine Koalition zur Aufrechterhaltung der demokratischen Staatsform. Die Bürgerlichen sagten uns dasselbe. Nach wenigen Wochen flog diese Koalition wenig ruhmvoll auf, und doch ist die demokratische Staatsform nicht angetastet worden: ein Beweis, daß ernstlich die Staatsform gar nicht im Streit und der Zweck der Bürgerlichen ein ganz anderer als deren Erhaltung war, als sie uns in die Koalition luden. Gerade wir als Marxisten haben die Möglichkeit und die Aufgabe, das zu suchen, was hinter dem jeweils geläufigen politischen Schlagwort steckt. So hat Rosa Luxemburg versucht, hinter der »Verteidigung der Republik« in Frankreich zu Beginn dieses Jahrhunderts das Wesentliche zu entdecken, und sie kam so zu einer geschichtlich zweifellos gerechtfertigten Verurteilung des Millerandismus.*

Die gegenwärtige Situation hat vor anderen das eine voraus, daß sie so ein allgemein geläufiges, der kritischen Untersuchung erst zu unterwerfendes politisches Schlagwort gar nicht kennt. Daß die stärkste Fraktion die Regierungsbildung versuchen müsse, mag richtig sein. Daß sie dazu verpflichtet sei, das gilt nur für England, wo die stärkste Partei die Mehrheit hat. In einem Parlament vieler Parteien entscheidet nicht die Zahl der stärksten Partei, sondern die Zahl der stärksten Gruppe. Hätten wir in Deutschland eine kommunistische Partei, begabt mit zwei Quentchen Verstand, so wäre die linke Gruppe vielleicht numerisch die stärkste, ohne Majorität zu sein. Was nicht ist und nur sein könnte, damit kann man nicht rechnen. Die Sozialdemokratie ist eine Gruppe allein. Die Gruppen rechts von ihr, Mittelparteien genannt, sind ihr zahlenmäßig nicht überlegen, aber nahezu ebenbürtig. Diese aber haben eine feste Rückendeckung in den Deutschnationalen, die in allen dem Bürgertum wesentlichen Fragen diesen Mittelparteien die Mehrheit verschaffen werden. Wir haben aus den oben erwähnten Gründen diese Rückendeckung nicht. Bleibt also die Gemeinsamkeit der Interessen mit den Mittelparteien. Wo ist sie? Sicherung der Republik im allgemeinen? Die Frage ist gelöst. Also dann deren »Ausbau«. Schulgesetz? Straf-

* Alexandre-Etienne Millerand war Exponent des rechten Opportunismus in der französischen Sozialdemokratie. Von 1899 bis 1902 beteiligte er sich als Handelsminister am bürgerlichen Kabinett Waldeck-Rousseau. Nach seinem Ausschluß aus der S.F.I.O. 1905 wandte er sich ganz der politischen Rechten zu und war von 1920 bis 1924 Präsident der 3. Republik. — Levi spielt hier auf eine Artikelserie Rosa Luxemburgs an, die 1900/01 aus Anlaß einer Veröffentlichung des deutschen »Millerandisten« Georg v. Vollmar in den »Sozialistischen Monatsheften« in der »Neuen Zeit« erschien. Die Arbeit ist unter dem Titel »Die sozialistische Krise in Frankreich« abgedruckt in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 1.2, Berlin/DDR 31974, S. 5-73.

gesetzt? Wehrreform? Verwaltungsreform? Achtstundentag? Schlichtungswesen? usw. usw. So viel Fragen, so viel Gegensätze. Daß diese Gegensätze keine vorübergehenden, sondern dauernde, keine zufälligen, sondern notwendige sind, das braucht nicht besonders betont zu werden.

Wie wir zu Eingang sagten: auch jede Taktik braucht ihre Grundlage. Wo ist die Grundlage?

Fritz Bieligk

Am Anfang

Wir haben in diesen Spalten eindeutig genug zum Ausdruck gebracht, daß wir in dieser Phase der Auseinandersetzungen der Klassen in Deutschland die Koalition mit bürgerlichen Parteien ablehnen. Die Parteiführung ist anderer Auffassung. Nur ist sie zu dieser anderen Auffassung nicht etwa gekommen nach einer gründlichen Untersuchung der gegenwärtigen ökonomischen Situation, nach einer Prüfung der bestehenden Machtverhältnisse zwischen den Klassen, sondern nach einer Betrachtung der Parteiengruppierung und ihrer Stärke im neuen Reichstag. Ihre bekanntgewordenen Argumente, und wenn wir richtig informiert sind, auch die, mit denen der Parteivorsitzende Hermann Müller im Parteiausschuß die Notwendigkeit der Koalition begründete, beschränkten sich auf die »Verantwortung«, vor der die Sozialdemokratie sich nicht drücken dürfte, auf die »Taten«, die jetzt die Wähler von uns sehen wollten, und auf die Behauptung, daß »ohne die Sozialdemokratie jetzt nicht regiert werden könnte«. So ist die nun beginnende Periode der Koalitionspolitik so schwach fundamementiert, daß man die schlimmsten Befürchtungen haben muß, sie wird nicht abgebrochen werden, wenn sich ergibt, daß weder die übernommene Verantwortung noch die folgenden Taten im Interesse der Arbeiterschaft liegen.

Diese Befürchtungen drängen sich auch dem auf, der sich auf den gegebenen Boden der Parteiführung, des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion stellt. Angenommen, ihre »Argumente« wären, was sie *nicht* sind, nämlich wirtschaftliche Argumente für die Koalitionspolitik! Dann ergäbe sich doch sofort als nächstes, daß die Sozialdemokratische Partei sich daran machen müßte, in einem proletarischen Aktionsprogramm ihre Forderungen zusammenzufassen, deren Erfüllung der Zweck ihres ganzen politischen Handelns sein muß. Aber es scheint, es sei der Parteiführung samt dem Zentralorgan ein Grausen gekommen ob des Verlangens nach einem solchen Programm, zu dem die bürgerlichen Parteien, mit denen wegen der Regierungsbildung verhandelt werden muß, hätten Farbe bekennen müssen. Nur ja keine Bindungen, nur ja keine Festlegungen, so beschwor der »Vorwärts«, so beschworen einzelne Parteivorstandsmitglieder die Parteiöffentlichkeit. Die »Persönlichkeiten« sind eine bessere Garantie für eine erfolgreiche Politik als alle Formeln. Und wir haben ja wohl noch Persönlichkeiten genug, die durch die schweren Fehlschläge und die Niederlagen der Politik der Sozialdemokratischen Partei in den letzten vierzehn Jahren nicht kompromittiert sind!

So hat es nun begonnen. Jeder weiß, ein Sozialdemokrat wird Reichskanzler werden. Alle glauben auch zu wissen, daß er eine Regierung der Großen Koalition bilden wird. Aber dann ist's mit dem Wissen schon fast zu Ende. Das wichtigste, wenigstens für die Arbeiterschaft wichtigste, nämlich die Frage, *welche konkreten Aufgaben sich die Sozial-*

demokratische Partei in dieser Koalitionsregierung stellt, weiß schon niemand mehr. Wie aber kann die Sozialdemokratische Partei behaupten, sie habe die Führung in der Regierung, in der Politik, wenn sie sich scheut, ihre Aufgaben in dieser bestimmten Situation scharf herauszuarbeiten? Die Führung hat doch nicht der, der gerade den Reichskanzlerposten besetzt, sondern der, der sich selbst *völlig klar ist über das, was er will, und der entschlossen ist, im und außerhalb des Parlaments alle hinter ihm stehenden Kräfte einzusetzen für das, was er will.*

Die bürgerlichen Parteien nützen diese Schwäche der Sozialdemokratie von Anfang an aus. Nicht nur, daß sie sich bis zum Scheitern der Koalition einer Vertretung der Parteien im Kabinett entsprechend ihrer Stärke widersetzen werden, sie haben noch ehe die eigentlichen Verhandlungen über die Regierungsbildung begonnen haben, bereits wegen einer gegen die Sozialdemokratie gerichtete Arbeitsgemeinschaft sondiert. So wird es sehr wahrscheinlich so kommen, daß die Sozialdemokratische Partei, die allein noch über 29 Abgeordnete mehr zählt, als alle anderen Koalitionsparteien zusammen, von zwölf Ministern drei, höchstens vier stellen darf. So daß sie von vornherein auch rein zahlenmäßig in eine hoffnungslose Minderheit im Kabinett gedrückt ist. Damit das Übergewicht der kapitalistischen Partei sich auch in jeder entscheidenden Frage ungeschmälert durchsetzen kann, wird eine Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Koalitionsparteien vor den Kabinettsitzungen beraten, und mit fertigen Formulierungen und Beschlüssen werden die bürgerlichen Minister im Kabinettsrat erscheinen. Entweder die Sozialdemokratie übernimmt dann die Verantwortung für das Auffliegen der Regierung oder für eine Politik, die der Arbeiterschaft keine Erleichterung aus ihrer Notlage bringt. (...)

SOVEC - Politische Bücher:



Zwischen Familie und Parlament
Politische Arbeit kann nicht geschlechtsneutral gesehen werden, da weit mehr Widerstände überwunden werden müssen, wenn Frauen ihre Vorstellungen versuchen politisch durchzusetzen: Anhand von Zeitungen, Protokollen, Geschäftsberichten, unvollständigen, mehr zufällig gefundenen Aktenbeständen, Resten von Aufzeichnungen und Photos wurde mit Hilfe von Interviews ("Oral History") die sozialdemokratische Frauenpolitik der 20er Jahre an der Basis rekonstruiert.
140 Seiten DM 19,80



Jungsozialisten in der Weimarer Republik
Zwischen sozialistischer Lebensform und revolutionärer Kaderpolitik. Die politische Geschichte der Jungsozialisten von der Novemberrevolution bis zur Auflösung ihrer Organisation 1931.
170 Seiten
DM 12,80

Jede Bestellung zuzüglich 2,— DM für Porto und Verpackung.

Bestellungen und weitere Information bei:



SOVEC-Versand
Auf dem Lohberge 23
3400 Göttingen

Berichte

Angela Kroll und Martina Tiltmann

Arbeitstagung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)

am 20./21.11.1982 in der Goethe-Universität, Frankfurt/Main

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, trafen sich über 900 Frauen aus allen Teilen der Bundesrepublik in einem Forum der Frauenbewegung zur Diskussion und zum Erfahrungsaustausch über Möglichkeiten und Grenzen der Frauenarbeit in der Krise. Nicht zuletzt dies zeigt, daß die Frauenbewegung angesichts zunehmender Arbeitslosigkeit (Heim- und Herd-Propaganda der CDU/CSU) und Kriegsgefahr einerseits sowie fortlebender Differenzen in den eigenen Reihen andererseits die Notwendigkeit verspürt, gemeinsame Arbeitsfelder und neue Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln. Die Arbeitstagung bot eine Gelegenheit, nach dem Antritt der konservativ-liberalen Koalition Bilanz über die Arbeit vergangener Jahre zu ziehen und das gesellschaftliche Problem »Ver- einbarkeit der Lebensbereiche Beruf, Familie und Politik« unter neuen Kräfteverhältnissen in der Diskussion aufzugreifen und Antworten auf die neuen Herausforderungen zu finden, vor denen die Frauenbewegung heute in ihrer Vielfältigkeit steht.

An den Podiumsdiskussionen, die in drei Blöcken stattfanden, den 13 Arbeitskreisen und dem Abschlußpodium nahmen Vertreterinnen vieler Strömungen der Frauenbewegung teil; hier versuchten DGB-Frauen (Gisela Kessler, IG Druck und Papier), Frauen der Initiative 6. Oktober (Ellen Görs), der autonomen Frauenbewegung und der DFI (Ursula Westphal-Georgi, Lottemi Doormann), Frauen der DKP, der Jusos und der Grünen (F. Hervé, Vera Koniacka, Manon Maren-Griesebach), sich über Ursachen der Frauendiskriminierung, über Wege aus Krise und Frauenunterdrückung zu verständigen; hier setzten sich Wissenschaftlerinnen (Heike Fleßner, Frigga Haug, Silvia Kontos) mit Organisationsfragen und Männerstrukturen in Zusammenschlüssen der Arbeiterbewegung auseinander. Obwohl an dieser Stelle nicht alle Repräsentantinnen erwähnt werden können, war doch auffällig, daß Frauen aus der AsF völlig auf den Podien und in den Arbeitskreisleitungen fehlten, im Plenum jedoch zahlreich vertreten waren. Dies ist politisch umso bedeutender, als dieser Teil der Frauenbewegung eine nicht unbedeutende Rolle in den bevorstehenden Auseinandersetzungen spielen wird.

Die politische und thematische Breite der Arbeitstagung machte eine Verständigung schwierig. Der zeitliche Rahmen war für ein solches »Mammut-Programm« mit ca. 12 Stunden zu knapp bemessen. Gemeinsam war allen Referentinnen die Überzeugung, daß die 70er Jahre veränderte Lebensansprüche und Wertvorstellungen bei Frauen entwickelt haben. Übereinstimmung gab es auch in der Frage, daß Frauen von der Krise in allen Lebensbereichen besonders betroffen sind, daß Arbeitsplatz- und Sozialabbau gerade Frauen in ihren Entwicklungsperspektiven extrem einschränken und tradierte Geschlechterverhältnisse neu mobilisieren. Diesen Gemeinsamkeiten standen Unterschiede in der Einschätzung der Ursachen (Rolle des Patriarchats, Anteil der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, Stellenwert subjektiven Verhaltens der Frauen, Verhältnis der Faktoren zueinander) gegenüber. Konsequenterweise wurden deshalb sowohl die Strategien zur Bewältigung von Fragen der Bündnispolitik (mit oder ohne Männer — autonom — mit oder oh-

ne Organisationen der Arbeiterbewegung — Selbsthilfe oder Abwehrkampf) als auch die Zielsetzung (wie kann eine neue Gesellschaft aussehen) kontrovers behandelt. Hierbei ist anzumerken, daß die Entwicklung eines sozialistischen Projekts aus Sicht der Frauenbewegung erst in Ansätzen erkennbar ist. Die Arbeitstagung machte an diesem Punkt deutlich, daß die Frauenbewegung noch einen weiten Weg der Selbstverständigung vor sich hat. Obwohl die Brücken, die in den letzten Jahren zwischen den verschiedenen Teilen der Frauenbewegung geschlagen wurden, auch heute in dem immer wieder erklärten Willen zur Zusammenarbeit miteinander im Abwehrkampf gegen die Krisenauswirkungen deutlich werden und es zu keinen Ausgrenzungen wie auf anderen Frauenkonferenzen (vgl. z.B. Bremer Frauenwoche 1982) kam, stehen die Brücken noch nicht auf festen Pfeilern. Der gemeinsame Wille zur Zusammenarbeit und zur gemeinsamen Stärke reicht eben dann nicht aus, wenn neben Abwehrkämpfen in Einzelfragen (Kindergärten, Arbeitsplätze, Sozialabbau, Frauen/Bundeswehr) die Diskussion über weitreichende Ziele nicht von der Überzeugung getragen ist, daß Unterschiede nicht das Bündnis gefährden dürfen.

Diese in der Frauenbewegung sich entwickelnde Diskussionskultur, die vor dem Hintergrund unterschiedlicher Schichtenzugehörigkeit, verschiedener Weltanschauungen und der »doppelten Unterdrückung« durch das männliche Geschlecht und das Kapitalverhältnis von Seiten der Konservativen in der Bundesrepublik durch Spaltungsversuche und Mütterlichkeitsideologie in ihrer Entwicklung behindert wird, stellte eine reale, wenn auch nicht unüberwindliche Barriere für die weitere Arbeit dar. Die »Zukunft der Frauenbewegung« wird sich an der Frage entscheiden, ob und inwiefern es gelingt, den Kampf für eine menschliche Zukunft mit dem Ringen um ein verändertes Geschlechterverhältnis zu verknüpfen. Die Arbeitstagung in Frankfurt konnte für die Bewältigung dieser Aufgabe einen wichtigen Beitrag liefern (vgl. auch Protokollband »Wir wollen alles«, Nachrichten-Verlag, Frankfurt/M. 1983), dem noch viele »Wir wollen alles«-Tagungen folgen müssen. Gisela Kessler nannte in ihren Beiträgen einen zentralen Ansatzpunkt für eine solche politische Strategie: *den Kampf um die 35-Stunden-Woche*. Der Kampf um die 35-Stunden-Woche vereint in seiner Ausrichtung Frauen, die erwerbstätig sind, mit Frauen, die arbeitslos sind, greift die Interessen von Frauen auf, die Familie und Beruf aktuell vereinbaren müssen. In der Auseinandersetzung um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich statt Teilzeitarbeit schneiden sich unterschiedliche Forderungen der Frauenbewegung sowohl miteinander als auch mit denen der Arbeiterbewegung. Wir wollen Arbeitsplätze erhalten, sozialen Besitzstand ausbauen; wir wollen die Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen verändern; wir fordern ein Recht auf Arbeit, Familie und Politik! Für Männer und Frauen!

Gerald Mackenthun

Internationaler Kongreß »Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden« vom 28. bis 30. Januar 1983 an der Freien Universität in West-Berlin

Im Zusammenhang mit dem NATO-Nachrüstungsbeschluß taucht immer wieder die Frage auf, ob die Bundesregierung überhaupt aus diesem Beschluß »aussteigen« kann. Antwort: Sie kann. Es ist überraschend zu hören, daß NATO-Beschlüsse lediglich empfehlenden Charakter haben und de jure die Mitgliedsstaaten nicht binden. Juristen folgern aus diesem Fakt die eindeutige Souveränität der Bundesrepublik. Politologen halten dem den

alten Erfahrungssatz entgegen, daß der Mächtige kein Recht braucht, um seine Interessen durchzusetzen.

Wer sich nicht in seinem jeweiligen Wissenschaftsgebiet eingemauert hatte und bereit war, über den Gartenzaun seiner Fachdisziplin hinauszuschauen, konnte von der Internationalen Konferenz »Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden« vom 28. bis 30. Januar in West-Berlin mehrere solcher Erkenntnisse und Aha-Erlebnisse mit nach Hause nehmen. Die Initiatoren dieser Großveranstaltung — ein Kuratorium aus insgesamt 40 Vertretern aller Berliner Hochschulen und Universitäten — haben damit mehr geleistet, als sie ursprünglich vorsichtig als Ziel formuliert hatten. Ihr Anspruch war, Vertreter aller Wissenschaftsdisziplinen (inklusive Informatiker, Physiker und Chemiker) mit der Frage zu konfrontieren, inwieweit ihre Arbeit — speziell ihre Forschung — kriegsverwertbar oder kriegsrelevant sei. Man wollte ein Bewußtsein dafür schaffen, für welche Seite eigentlich gearbeitet wird. Mit einem Wort: Das gegenseitige Sensibilisieren stand auf dem Programm. Ergebnisse wurden zu Beginn des Kongresses noch gar nicht erwartet.

Aber Ergebnisse — oder besser gesagt: einen Konsens zwischen den rund 120 Referenten, darunter 20 vornehmlich aus der DDR, CSSR und UdSSR — gab es dann doch. In einem Vergleich der »Friedenswilligkeit« der beiden Supermächte kam die UdSSR mit ihren vielen Friedensofferten ausgesprochen gut weg, während den USA zumindest für die Zeit seit dem Massenmord in Hiroshima ein ungebrochenes Interesse an der Hochrüstung attestiert wurde. (Ein Ergebnis, das den an in einem Satz zusammenfassbaren Resultaten interessierten bürgerlichen Medien auch wieder nicht schmeckte.) Einige Teilnehmer kritisierten allerdings, daß der Ostblock in der gesamten Konferenz zu sehr geschont worden sei. Tatsächlich — das sei hier als Negativpunkt notiert — erfuhren die rund 1000 Teilnehmer beispielsweise wenig über die sozioökonomischen Folgen der Hochrüstung in den Ostblockstaaten. Dort »große Bürde«, hier aber »gesellschaftsvernichtend«?

Übereinstimmung herrschte in dem Punkt, daß die kapitalintensive Hochrüstung Arbeitsplätze vernichtet statt zu erhalten, daß die westliche Rüstungsindustrie das am weitesten ausgeprägte Interesse an einer Hochrüstung hat, daß u.a. die Inflationsrate hochgeschraubt wird und daß letztendlich Hochrüstung dysfunktional für die gesamte übrige Wirtschaft sei, da »wettbewerbsbefähigende« Investitionen aus dem privaten Sektor in die monopolisierte Rüstungsindustrie umgeleitet werden.

Für den einzelnen Teilnehmer war es leider nicht möglich, mehr als eine der insgesamt 10 parallel tagenden Arbeitsgruppen zu besuchen, die jede für sich — z.B. »Militarisierung der Gesellschaft durch Verharmlosung von Kriegsfolgen« oder die hauptsächlich von Informatikern und EDV-Spezialisten besuchte AG »Wissenschaft für die Rüstungsentwicklung« — zu interessanten Ergebnissen kam. Eine alte Streitfrage, nämlich die nach den letztendlichen Ursachen von Kriegen, konnte natürlich nicht gelöst werden. Der Berichterstatter der AG »Weltanschauung und Religion in der Friedensfrage«, Prof. C. Colpe, notierte dazu in seinem zusammenfassenden Bericht: »Die bekannte psychoanalytische These vom Aggressionstrieb und Todestrieb prallte voll auf die marxistische These von der historischen und ökonomischen Erklärbarkeit der Ursachen von Kriegen«, und Colpe, ein freundlicher, zurückhaltender älterer Herr, fügte hinzu: »... wengleich sich mir argumentativ eine größere Überzeugungskraft auf Seiten der marxistischen Teilnehmer ergeben hat«.

Johan Galtungs Vortrag über »die möglichen Nachfolger des Nazismus« halte ich für einen der intellektuellen Höhepunkte des Kongresses. Quer zu allen eingefahrenen Denkrichtungen verteilte der norwegische Friedensforscher das nazistische Erbe auf die beiden

deutschen Staaten (besonders aber auf die BRD) sowie die Neonazis und die Rote Armee Fraktion. Die kluge und teilweise abenteuerliche Beweisführung bot Anlaß zu zahlreichen konstruktiven Mißverständnissen. Ebenfalls aus dem Rahmen — wenn auch unangenehm — fielen die wohl unvermeidlichen opportunistischen Redebeiträge einiger Kommunisten, die u.a. Kritik am undemokratischen Verhalten der DDR-Polizei mit Hinweis auf 20 Millionen ermordeter Sowjetbürger zu relativieren können glaubten. Das hatte mit dem Kongreß nichts mehr zu tun und war selbst in seinem propagandistischen Gehalt unter jeder Würde.

Ob und wem dieser Kongreß etwas gebracht hat, läßt sich schwer abschätzen. Eine Sensibilisierung für die eingangs gestellte Frage nach dem Zusammenhang von Wissenschaft und Kriegsvorbereitung bzw. Nicht-Kriegsverhinderung kann nur jeder einzelne bei sich selbst feststellen. Eine größere Öffentlichkeitswirksamkeit ging vom Kongreß nicht aus. In der Schlußerklärung wird hoffnungsvoll vom Dialog der Wissenschaften mit der Friedensbewegung gesprochen. Aber allein die differenzierte Betrachtung der beiden Supermächte sprengt den Konsens einer Friedensbewegung, die von der Wissenschaft eher Bestätigung als Antworten erhalten möchte.

Peter Pelinka

2. Bundeskongreß der »Alternativen Liste Österreichs« (ALÖ) am 29./30.1.1983 in Linz

Seit dem Bundeskongreß der ALÖ, der am 29. und 30. Jänner 1982 in Linz stattfand, ist es klar: Österreichs »Grüne« werden getrennt zur Wahl antreten, freilich ohne daß diese Spaltung schon eine Klarheit über die inhaltlichen Positionen der Gruppe gebracht hätte.

Klarer sind sie noch bei den »Vereinten Grünen« um den Wiener Geologieprofessor Alexander Tollmann, der sich einen politischen Namen im Rahmen der Anti-AKW-Kampagne rund um die Volksabstimmung gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf gemacht hat. Er ist am ehesten mit rechten BRD-Grünen der ersten Stunde wie Herbert Gruhl zu vergleichen, obwohl er nicht aus der Schwesterpartei der CDU/CSU, der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) kommt. Sein größtenteils positives Echo in der bürgerlichen Medienszene verdankt er einer scharfen Abgrenzung nach links, seine Chancen auf etwa drei bis fünf Prozent der Wählerstimmen aus dem Reservoir von ÖVP und FPÖ ergeben sich aus einer möglichen Verbindung mit ähnlich konservativ-populistisch auftretenden Gruppen wie der »Bürgerliste« in Salzburg, die mit dem bekannten »Filmbösewicht« Herbert Fux im Oktober 1982 die rechtsliberal bis deutschnationale FPÖ als drittstärkste Partei abgelöst hatte.

Eine ähnliche kommunalpolitische Sensation erzielte dann am 23. Jänner d.J. die »Alternative Liste« in Graz. Sie erreichte auf Anhieb sieben Prozent der Stimmen und vier Mandate, bemerkenswerterweise nicht auf Kosten der SPÖ (die ein Mandat gewann), sondern primär auf Kosten der bürgerlichen Parteien, die damit ihre in Österreich fast einzigartige Bürgerblockkoalition aufgeben müssen. Der Erfolg gelang zwar in Abgrenzung von einer bürgerlichen Konkurrenzgruppe, aber ohne eine klare, über reine Umweltschutzforderungen hinausgehende Position. Die AL in Graz stellt auch die Hauptbetreiber der ALÖ-Kandidatur und prägt programmatisch das in Linz zu Tage tretende schil-

lernende Bild. Zwar lehnt sich die ALÖ in ihrer Grundsatzerklärung stark an fortschrittliche Forderungen an, es fehlt aber zweifellos eine auch nur ansatzweise geschlossene Analyse und daraus abgeleitete Programmatik. Immerhin wurden folgende Punkte verabschiedet:

- Sofortige Reduzierung der Arbeitszeit auf 35 Stunden wöchentlich bei vollem Lohnausgleich
- Schaffung eines »Basiseinkommens« für alle Österreicher von 6000,- ÖS monatlich und ein generelles »Verbot«, mehr als das Siebenfache davon zu verdienen
- Umstellung der wachsenden österreichischen Rüstungsproduktion auf Zivilproduktion.
- Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung.

Zusammen mit der in Linz beschlossenen Aufnahme von Vertretern der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Österreich sind dies alles Punkte, die in der Auseinandersetzung auch innerhalb der SPÖ eine Rolle spielen. Dennoch dürfte die Attraktivität der ALÖ für kritische Sozialisten auch in der Wahlzelle nur eine beschränkte sein: Dazu trägt wohl die Spaltung der AL in Wien bei. Während eine Gruppe als »radikal-ökologische« auf ALÖ-Kurs segelt, versteht sich die andere als »radikal-emanzipatorisch« und setzt sich im wesentlichen aus ehemaligen K-Grüpplern, radikalen Feministinnen und Vertretern der Homosexuellen-Initiative zusammen. Möglich ist, daß bei einem Kompromiß zwischen beiden Fraktionen oder im Fall der Durchsetzung der »emanzipatorischen« Linie viele frustrierte SP-Linke bei den gleichzeitig stattfindenden Gemeinderatswahlen der Wiener SPÖ durch ein Votum für die AL-Wien einen Denkmittel verpassen werden.

Eine insgesamt schwierige Situation vor allem für die Marxisten in der SPÖ. Sie geraten von mehreren Seiten unter Druck. Die Parteiführung hat durch das sofortige Verbot einer öffentlich zur Diskussion gestellten »Rot-Grünen-Plattform« schon vor Monaten klar gemacht, daß der in Österreich besonders stark präsente Einheitsmythos der Sozialdemokratie als Instrument gegen potentielle oder tatsächliche »Störenfriede« auch in diesem Fall eingesetzt wird. Dann hat der angebotene »Ersatz« einer »Arbeitsgemeinschaft Ökologie« unter dem diskussionswilligen Gesundheitsminister Steyrer kaum parteiinterne Durchschlagskraft entwickeln können. Und schließlich sieht sich die SPÖ-Linke mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert, ein Eintreten für die Kontinuität einer sozialistischen Alleinregierung mit einem glaubwürdigen eigenständigen Wahlkampf zu verbinden, ohne als »nützliche Idioten« gegen die ALÖ mißbraucht zu werden.

GENOSSENPREIS !!

BERLINER 11,-DM

MIETERHANDBUCH

herausgegeben von den Berliner
Jungsozialisten und dem Berliner
Mieterverein e.V.

Der Leitfaden durch das Berliner Mietrecht

Mit 600 aktuellen Gerichtsurteilen, Muster-
schreiben und einem umfangreichen Adres-
senteil. Juristisch fundiert in verständlicher
Form. Unter Berücksichtigung der neuen
CSUC/DU/FDP-Gesetze (Staffelmiete, Zeit-
mietverträge)

306 Seiten für 12,90 DM

Postkarte an: Frank Maciejewski,
Kaiserkorso 15, 1000 Berlin 42

Briefe an Redaktion und Autoren

Betr.: Kündigung meines spw-Abos zum 1.10.1983

Es hat natürlich seine Gründe, daß ich *spw* abbestelle. Ich will die für mich wichtigsten kurz auflisten:

spw kommt mit den meisten Beiträgen zur aktuellen politischen Entwicklung einfach zu spät. Die dann erfolgenden Einschätzungen sind vielfach zu kurz gegriffen oder auch einfach falsch (z.B. der Beitrag von Axel Horstmann zur Einschätzung des Münchener SPD Parteitags, die Beiträge zum Regierungswechsel etc.). *spw* bietet somit keine Hilfestellung in der Einschätzung konkreter politischer Entwicklung.

spw hinkt in fast allen Beiträgen an der realen politischen Entwicklung vorbei oder hinterher. Das betrifft sowohl die Friedensbewegung, die Gewerkschaftsbewegung, die SPD, ... Ich bin gespannt, was *spw* zum 50. Jahrestag der faschistischen Machtergreifung bringen wird. Während die Blätter für deutsche und internationale Politik in ihrer Novemberausgabe einen Beitrag dazu haben (mit ganz konkreten Hinweisen, was getan werden kann), obwohl auch das schon ziemlich spät ist, findet sich bei Euch dazu gar nichts. Will denn *spw* keine Ideen, keine Beispiele und Modelle aus der täglichen politischen Praxis liefern, die womöglich motivieren? Soll die *spw* nur Zeitschrift sein für intime Kenner des Austromarxismus und der Selbstbeweihräucherung von gedienten (marxistischen?) Juso- und Parteifunkis in den Regionen des 7. austromarxistischen Himmels, sich im Kreise drehend?

Die Beiträge innerhalb eines Diskussionsschwerpunktes scheinen mir überhaupt nicht oder nur sehr oberflächlich aufeinander abgestimmt zu sein. Es ist kein roter Faden, kein Diskussionsziel erkennbar. Das macht das Lesen von *spw* sehr mühevoll und streckenweise zur Qual. *spw* hilft mir nicht weiter in meiner politischen Entwicklung. Ich weiß, daß es tausend Entschuldigungsgründe dafür gibt, daß die *spw* so schlecht ist. Auch ist es sicherlich das falscheste Mittel, die *spw* dann abzubestellen. Aber genau wie bei der Zeitung »Die Neue« ist irgendwann der Punkt überschritten, an dem ich bereit bin, weiter mitzumachen, wenn es gute und brauchbare Alternativen gibt.

Ich halte die Restauration des Austromarxismus und seine Anwendung auf die bundesdeutsche SPD für falsch. Damit die marxistischen Kräfte in der SPD stärken zu wollen, halte ich für eine Illusion. Für mich hat diese Diskussion eher eine Feigenblattfunktion, um von der Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus abzulenken. Es wäre vielleicht sehr sinnvoll, eine Bestandsaufnahme über die Stärke der marxistischen Kräfte in der SPD zu machen. Da stellt Dieter Scholz in *spw* 17 im Editorial fest, daß der wissenschaftliche Sozialismus mit dem Godesberger Programm aus der SPD ausgegrenzt wurde und Marxisten in der SPD keinerlei relevanten Einfluß auf die Politik der SPD in der Regierungszeit hatten, und warnt vor neuen Illusionen, was die Wiederbelebung marxistischen Gedankengutes in der SPD angeht. Im gleichen Atemzug fordert er die marxistischen Sozialdemokraten auf, ihre Vorstellungen zur Diskussion zu stellen und zu überzeugen, um anschließend festzustellen, wie nahezu unmöglich dieses Unterfangen ist. Das ist doch Verarschung! Ich für meinen Teil habe die Konsequenz aus dem Um-sich-selber-drehen gezogen und bin aus der SPD aus- und in die DKP eingetreten. Und dies ist nicht nur ein individueller Lösungsweg, wie viele Genoss(inn)en vor mir gezeigt haben.

Reinhold Blanke-Bohne (Bremen)

Niemand in der Redaktion bestreitet ernsthaft, daß einige der genannten Kritikpunkte an der Zeitschrift berechtigt sind. Dennoch scheint dies gar nicht der eigentliche Grund der Kündigung zu sein. Vielmehr geht es offensichtlich um die Perspektive von Marxisten in der SPD schlechthin.

Ziel der Zeitschrift jedenfalls ist es, ein Medium für die Diskussion unterschiedlicher sozialistischer Positionen zu sein. Dies erst wird marxistische Sozialdemokraten dazu befähigen, ihre eigenen Standpunkte zu vertiefen und so zu lernen, andere zu überzeugen. Verkrustete Denkstrukturen sind nicht nur ein Problem der Mehrheits-Sozialdemokraten. Sie aufzubrechen setzt voraus, sich der Auseinandersetzung zu stellen, andere Politikansätze und Meinungen auf's »Schlachtfeld« zu lassen, weil man nur so seine eigene als die bessere beweisen kann. Dies ist unbequem und sicher langwierig. Die Herausforderung, die eine Minderheitsposition in der SPD an die eigene Qualifizierung und Überzeugungskraft stellt, ist ungleich größer und letztlich auch erfolgversprechender, als sich einer Partei anzuschließen, die in ihren eigenen Zeitungen und Zeitschriften eine pluralistische Diskussion selbst unter Marxisten in der Regel vermeidet.

Die Redaktion

Betrifft: Polen-Diskussion

Schon so manches Mal hat mich die Diskussion über die Entwicklungen in der VR Polen im Rahmen der Beiträge in der *spw* verärgert. Gegenüber der Redaktion habe ich diese Reaktion durch Spontankritik geäußert und sogar erwogen, mein *spw*-Abonnement aufzukündigen.

Dankenswerter Weise hat mich die Redaktion aufgefordert, statt der Abo-Kündigung meine Kritik an den Diskussionsbeiträgen in Worte zu fassen und sie der *spw*-Leserschaft zur Kenntnis zu bringen. Meine Anmerkungen beziehen sich im Wesentlichen auf den in *spw* 16 veröffentlichten Aufsatz von *Albers/Lienker/Westphal*, der sowohl von der Konzeption als auch von der Gereiftheit her am besten als Kritikgegenstand geeignet ist.

Bestanden die Inhalte der dem Aufsatz von *Albers u.a.* vorhergegangenen Diskussionsbeiträge mehr oder weniger aus der vorausgesetzten Annahme, der Entwicklungsweg der sozialistischen Staaten sei eh kein Modell für den Kampf um den Sozialismus und seinen Aufbau in den westeuropäischen kapitalistischen Ländern, sowie aus der Schlußfolgerung, ein »Dritter Weg« müsse her, so stellt sich die Analyse bei *Albers u.a.* logisch und argumentativ erheblich stringenter dar. Das plumpe Herangehen à la Pelinka (»realer Sozialismus«, der »sich selbst als sozialistisch bezeichnenden Gesellschaftssysteme«, »stalinistischer Deformation«; vgl. *spw* 14, 1982, S. 8ff.) wird ersetzt durch den Versuch, anhand ernsthafter Bewertungsmaßstäbe wie »Nationale Verständigung« die gegenwärtige Situation in der VR Polen zu erklären und auch für marxistische Sozialdemokraten strategische Perspektiven aufzuzeigen.

Die Autoren rücken die Frage in den Mittelpunkt, inwieweit eine »Nationale Verständigung« oder eine nationale Einheit möglich war, was sie bis dato verunmöglicht hat und wie sie zukünftig erreichbar ist. Bedenken habe ich zunächst gegen die Anwendung des Begriffs »Nation«, denn die Autoren verwenden den Begriff der »Nation« bzw. »national« völlig unhinterfragt und losgelöst von seiner Bedeutung in der polnischen Geschichte. Die Auswirkungen der fortgesetzten Teilungen Polens und die Folgen des deutschen Faschismus für den aktuellen Stellenwert der »Nation« im polnischen Leben bleiben ebenso unberücksichtigt wie die anderen den Begriff der »Na-

tion« prägenden Inhalte (sozialökonomische, politische, kulturelle und ethnologische Binnenstrukturen. Der Gebrauch eines abstrakten Nationbegriffs deutet auf eine idealistische Herangehensweise hin. Die »Nation« soll als »ideelles Gesamtinteresse« durch »Nationale Verständigung« erreichbar werden. Allerdings setzt dieses Postulat die Interessensidentität aller gesellschaftlichen Kräfte in der polnischen Gesellschaft voraus, was ja der Aufsatz auch in der Tat unterstellt.

Rein abstrakt gesehen eine treffliche Angelegenheit — aber es erweist sich hier als notwendig nachzufragen, inwieweit diese Annahmen der Autoren durch die reale Situation bestätigt werden. Dabei ist zu berücksichtigen: 1. die ökonomische Entwicklung Polens nach dem II. Weltkrieg mit der vorangetriebenen Industrialisierung und der Vernachlässigung der Sozialisierung der Landwirtschaft; 2. die Arbeit der PVAP, deren Fehler es gewesen zu sein scheint, die ideologische Arbeit auf eben jene Postulierung der »Nation« zu beschränken; 3. die Rolle der erzreaktionären Katholischen Kirche Polens, die nicht gerade eine pro-sozialistische Kraft ist und die auf Erweiterung ihrer Macht- und Einflußbereiche abzielt. Karol Wojtyla ist nicht Ernesto Cardenal und Josef Glomp nicht Don Helder Camara; 4. die Solidarnosc und was sie eigentlich ausmacht:

- Die Basis der Solidarnosc, die Industriearbeiter, die notwendige und zutreffende Kritik an der ökonomischen Lage äußern,
- das KOR, dessen gesellschaftspolitische Zielsetzung die Zerschlagung des sozialistischen Systems ist, um es durch eine bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft zu ersetzen,
- die Land-Solidarnosc, die sich zum überwiegenden Teil aus selbständigen Kleinbauern konstituiert. Es erübrigt sich fast, darauf hinzuweisen, daß selbständige Bauern keine Gewerkschaften bilden können (vgl. z.B. die Statuten des DGB oder der internationalen Gewerkschaftsvereinigungen).

Was folgt daraus? — Die »Nationale Verständigung« wird von *Albers/Lienker/Westphal* zu idealistisch gesehen, da die unterstellte Interessensidentität in der Realität der polnischen Gesellschaft offenbar nicht existent ist. Vielmehr haben sich die sozialistischen Kräfte sowohl mit berechtigter und notwendiger Kritik als auch mit vielfältigen antisozialistischen Bestrebungen auseinanderzusetzen. Der Prozeß »Nationaler Verständigung« ist deshalb ein sehr schwieriger Weg, aber für die Zukunft des Sozialismus in Polen unabweisbar. Die polnische Realität belegt, daß nicht der »Dritte Weg« zum Sozialismus gefragt ist, sondern der »Erste Weg«, der Weg, der unter den gegebenen ökonomischen, historischen, sozialen und politischen Bedingungen möglich ist. Für den dieser Erkenntnis geschuldeten Prozeß »Nationaler Verständigung« sind deshalb meiner Meinung nach folgende Voraussetzungen zu erfüllen:

- Reform der Industrieproduktion in Struktur und Akzentuierung
- Sozialisierung der Landwirtschaft
- Reorganisation der PVAP
- Existenz wirklicher unabhängiger Gewerkschaften.

Dieses sollte in unserer Diskussion nicht so sträflich vernachlässigt werden, denn dort sind — auch angesichts der geopolitischen Bedeutung Polens — die Lösungsansätze zu suchen. Wer sich frei nach dem Motto Ostwind-Westwind so zu stellen versucht, daß ihm der Wind von beiden Seiten ins Gesicht bläst, befindet sich in der Gefahr — sollten beide Winde gleich stark sein — auf der Stelle zu treten!

Holger Czitrich (Bielefeld)

Besprechungen

Trotnow, Helmut: Karl Liebknecht: Eine politische Biographie (Lizenzausgabe für die Büchergilde Gutenberg: Kippenheuer & Witsch, Köln 1980), Frankfurt a.M./Wien/Zürich o.J. (378 S., Ln., 39,80 DM)

Sein Charakterbild schwankt in der Geschichte: Karl Liebknecht, revolutionärer Sozialdemokrat und späterer Mitbegründer der KPD, gilt bald als sozialistischer Märtyrer, bald als politischer Fanatiker; man nennt ihn »Kämpfer gegen Militarismus und Imperialismus« und denunziert ihn als »Prototyp des deutschen Bolschewisten«. »Die in diesen Begriffen mitschwingende Anerkennung beziehungsweise Ablehnung findet ihre offizielle Scheidelinie mehr oder weniger auf der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten. Während die DDR Karl Liebknecht als Nationalhelden feiert und ihm zu Ehren öffentliche Einrichtungen benennt, tut die Bundesrepublik so gut wie gar nichts, um das Ansehen des ehemaligen Sozialdemokraten zu wahren. 1962 bezeichnete die Bundesregierung Liebknechts Ermordung sogar als 'standrechtliche Erschießung'.«

Die Biographie von Helmut Trotnow, aus einer Dissertation hervorgegangen, skizziert zunächst den familiären Hintergrund Liebknechts. Aus einer sozialdemokratischen Familie stammend — der Vater, Wilhelm, gehörte zu den führenden Vertretern der 1869 in Eisenach gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei —, erlebte er in seiner Jugend die staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen hautnah; die Familie mußte häufig ohne den Vater auskommen, da dieser inhaftiert oder zu Festungshaft verurteilt war. Diese fast permanente Abwesenheit des Vaters hatte zur Folge, daß die Mutter für die Kinder zur zentralen Figur wurde; sie besorgte nicht nur die Erziehung, sondern stellte vor allem in emotionaler Hinsicht die direkte Bezugsperson dar. Beim Tod der Mutter dichtete Karl Liebknecht: »Die Fackel ist verglommen, / wer führt jetzt meinen Arm? / Der Mantel mir genommen, / er hegte mich so warm. / Mich friert; meine Brust ist zerrissen, / die niemand heilen kann. / Die Zähne zusammengebissen! / Wander! Voran! Voran!«

Als politische Persönlichkeit »fror« ihn angesichts der ständig lauern den Kriegsgefahr: Im Mittelpunkt seines Denkens stand die Frage, wie und warum es im kapitalistischen Zeitalter zum Ausbruch von Kriegen komme und wie die politische Bewegung des Proletariats derartige Kriege verhindern könne. Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs stimmte Liebknecht zwar in Fraktionsdisziplin zunächst für die Kriegskredite; im Dezember 1914 lehnte er jedoch im Reichstag den »Zweiten Nachtrag des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1914« als einziger Abgeordneter ab.

Liebknecht hatte damit alle Beziehungen zur Parteiführung der SPD abgebrochen. »Von nun an sah er seine Aufgabe darin, die Massen gleichsam über die Köpfe der Parteiführer hinweg direkt anzusprechen, um sie über die Ursachen des Kriegs aufzuklären. 'Mit den Führern, wenn diese wollen', skizzierte Franz Mehring die zukünftige Politik in den von ihm, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verfaßten 'Weihnachtsbriefen' an die ebenfalls gegen den Kriege kämpfende Independent Labour Party, 'ohne die Führer, wenn sie untätig bleiben, trotz den Führern, wenn sie widerstreben.'« Bald darauf vertraute man auf »neue Führer«, Karl Liebknecht gehörte zu ihnen. Zusammen mit Rosa Luxemburg leitete er den Spartakusbund, der 1916 als radikale intellektuelle sozialistische Gruppierung entstanden war. Nach dem Scheitern des sogenannten Spartakus-Aufstandes wurde Liebknecht am 29. Januar 1919 zusammen mit Rosa Luxemburg von Freikorpsoldaten während eines Transportes ermordet. »Es wäre falsch, wollte man die biographi-

sche Darstellung von Karl Liebknecht mit der Feststellung enden lassen, er sei als Politiker gescheitert. Als Politiker, der sich die Höherentwicklung der Menschheit zum Ziel gesetzt hatte, kannte Liebknecht den Begriff des Scheiterns nicht, denn er war vom Guten im Menschen und damit von der Determiniertheit der menschheitlichen Entwicklung überzeugt. Beinahe gelassen schrieb er auf dem Tiefpunkt der Januarniederlage: 'Wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden. Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz bis zum Ziel. Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird — leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit herrschen.«

Hermann Glaser (Nürnberg)

Horst Heimann/Thomas Meyer (Hg.): Reformsozialismus und Sozialdemokratie. Zur Theoriediskussion des Demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Berlin-Bonn 1982 (495 Seiten, br., 40,- DM)

Das Buch umfaßt Aufsätze und (leider nur) thesenartig zusammengefaßte Diskussionsbeiträge eines wissenschaftlichen Kongresses über die »Beiträge zur reformistischen Sozialismustheorie in der Weimarer Republik«, der im Oktober 1980 in Freudenberg von einer Gruppe reformsozialistischer Theoretiker der »Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus« initiiert und gestaltet wurde. Der gleiche Personenkreis hatte bereits 1977 mit einem Kongreß über »Die historische Leistung und aktuelle Bedeutung Eduard Bernsteins« ungewöhnlich großes publizistisches Aufsehen erregt und die damals häufig gebrauchte Formel von einer »Bernstein-Renaissance in der Sozialdemokratie« provoziert. Wenn auch die Kritiker des Unternehmens, die Zweifel hatten, ob ausgerechnet Bernstein in einer manifesten Krisensituation des Kapitalismus hilfreich für die propagierte Rekonstruktion einer aktuellen Theorie »systemüberwindender Reformen« sein könne, offensichtlich recht behalten haben, war der produktive Wert dieser Bemühungen keineswegs zu leugnen. Die von den »Neo-Bernsteinianern« aufwendig geübte historische Kritik an den deterministischen Verkürzungen der kautskyanischen Theorien in der Sozialdemokratie vor 1914 war ebenso berechtigt wie ihre Auseinandersetzung mit dem damals noch üblichen sterilen universitären »Antirevisionismus«.

Zudem zeigte sich, daß eine Reihe der Kongreßteilnehmer, die den allzu eng auf das Werk und die Person Eduard Bernsteins zugeschnittenen Anliegen der Kongreß-Organisatoren skeptisch gegenüberstanden, schon damals das Bemühen um eine reformsozialistische Theoriebildung um vergessene Arbeiten linkssozialistischer Theoretiker historisch erweitern und an eurokommunistische Überlegungen aktuell reflektieren wollten.

In dem vorliegenden Buch spiegeln sich diese beiden doch recht unterschiedlichen theoretischen Standorte der vor allem im Hochschulbereich angesiedelten »Reformsozialismus«-Gruppe deutlich wieder. Vor allem in den Aufsätzen der Göttinger Historiker und Politologen Helga Grebing, Walter Euchner, Peter Lösche und Richard Saage drückt sich die neuere Beschäftigung mit (links)sozialdemokratischen Theoretikern der Zwischenkriegszeit aus. Marxistische Sozialdemokraten sollten nicht nur sehr ernsthaft die außerordentlich produktiven Diskussionen dieser Gruppe zur Kenntnis nehmen, sondern gleichfalls durch eine intensive Beschäftigung mit den analytischen und konzeptionellen Beiträgen der Weimarer Sozialdemokratie die aktuelle Strategie eines »dritten Weges zum Sozialismus« in der politischen Demokratie bei fortexistierenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen um historisch-theoretisches Wissen und Lernprozesse anreichern. Die Weimarer Sozialdemokratie bietet hier für die heutige westeuropäische Arbeiterbewegung sehr

viel mehr Erfahrungsmaterial als die — historisch besser aufgearbeitete — Partei August Bebel.

Bis auf Susanne Miller, die keine Weiterentwicklung der Theorie des Sozialismus in der deutschen Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit zu erkennen vermag (411), betonen die restlichen Autoren mit gutem Recht und hinreichend belegt die Vielfalt innovatorischer Gedanken in den Diskussionen der Weimarer SPD, die aber — sieht man von Hilferding und seiner Gruppe ab — vorwiegend an den Rändern der Partei geführt wurden. Thomas Meyer, prononcierter Bernstein-Theoretiker und Mitglied der Grundwertekommission beim Parteivorstand, läßt keinen Zweifel an seiner Präferenz für die kleinen Gruppen und Zirkel, die schon in den 20er Jahren einer ethischen Begründung des Sozialismus anhängen, aber den Erfolg ihres Wirkens erst mit der Verabschiedung des Godesberger Programms feiern konnten. Demgegenüber interpretiert Meyer (ebenso Vilmar und Potthoff) den »offiziellen Marxismus« der damaligen Sozialdemokratie als störende »Theoriefassade« (415), die einer erfolgreichen Praxis reformistischer Politik den Weg versperrt habe. Nun wird man Meyer entschieden entgegenhalten müssen, daß die marxistischen Kategorien der Weimarer Arbeiterbewegung die scharfen Klassenkämpfe und ökonomischen Krisen, die Erfahrungen mit den repressiven Staatsorganen eindeutig rationaler erklärt haben, als dies die unterschiedlichen Varianten des »ethischen Sozialismus« zeitgenössisch vermochten, von manchen politischen Kapriolen und, ja, undemokratischen Exzessen einiger Gruppen dieser Richtung ganz zu schweigen. Dennoch ist der Ertrag eines Dialogs mit den »ethischen Sozialisten« größer, als von heutigen marxistischen Sozialdemokraten angenommen wird. Die orthodoxen Formeln, mit denen der »ethische Sozialismus« in den letzten Jahren häufig ebenso dogmatisch wie hilflos begegnet wird, wirken ignorant, zumal gerade die intellektuellen Köpfe der Linksozialisten in der Weimarer Republik (Otto Jenssen, Karl Schröder, Max Adler), anders als die Funktionäre des zentristischen Parteiapparats nicht nur stets die Diskussion mit den »ethischen Sozialisten« suchten, sondern sich selbst für wesentlich *ethisch* motivierte Sozialisten hielten, die aber mit der marxistischen Analyse der gesellschaftlichen Triebkräfte die Entwicklungsmöglichkeiten und Realisierungsperspektiven eines sittlich-moralisch begründeten Engagements zu umreißen versuchten.

Helga Grebing u.a. orten die Weiterentwicklung der sozialistischen Theorie eher am anderen »Rand« der Sozialdemokratie: bei parteiungebundenen Linksozialisten (wie Sternberg und Korsch), Mitgliedern des linken Flügels der SPD (Gurland) und auch bei der Gruppe um Rudolf Hilferding und Alfred Braunthal. Ihnen allen war gemeinsam, daß sie an den noch in der Vorkriegssozialdemokratie optimistisch und alsbald in Folge einer katastrophisch zugespitzten Krise erwarteten Zusammenbruch des Kapitalismus, den berühmten »Kladderadatsch«, nicht mehr glaubten und sein Ausbleiben materialistisch zu erklären versuchten. Die analytisch scharfsinnigste und zu Zeiten der Weimarer Republik heftig diskutierte Erklärung liefert Fritz Sternberg, der die niedrige Zahl der industriellen Reservearmee und die Reallohnsteigerung, mithin also die relative und zeitlich befristete Stabilität des Kapitalismus nach 1895 mit der Strategie der modernen Industrieländer, sich des unabsetzbaren Konsumtionsrests, der sogenannten überragenden Spitze der erzeugten Produktionsmasse, durch Export in die noch nicht durchkapitalisierten Länder zu entledigen, erklärte. Diese koloniale Ausbeutung gewährte dem Gesamtproletariat die vorübergehende »Schonzeit« der niedrigen Arbeitslosenzahl und Hebung des materiellen Lebensniveaus (41). Die Arbeiterklasse der Industrieländer *insgesamt* avancierte in die Position einer »Arbeiteraristokratie« und war entsprechend zugänglich für reformistische Erklä-

rungs- und Perspektivvorschläge, die Sternberg nun als den unzulänglichen theoretischen Ausdruck einer vorübergehenden Schonzeit, nicht aber als raffinierten bürgerlichen Ideologie-Import interpretierte. Dieser materialistische Ansatz hat den außerordentlichen Vorzug, auf die im Leninismus üblichen Verrats- und Agententheorien als Erklärung für das Entstehen einer reformistischen Arbeiterbewegung verzichten zu können. Sternbergs Ansatz leitet direkt zur Frage nach dem Zustand des »Subjekts« der sozialistischen Transformation über. Hier war nicht nur Sternberg skeptisch, der eine »Trübung« des Klassenbewußtseins während der Phase der »Schonzeit« befürchtete, die auch nach deren Ende nicht einer sofortigen Klarheit über die Notwendigkeit sozialistischer Veränderung weichen werde. Auch Gurland und Hilferding hatten — wie Grebing herausarbeitet — erhebliche Zweifel, ob die Beschaffenheit des »subjektiven Transformationsfaktors« (53) angesichts der Schwere der Aufgabe hinreichend entwickelt sei und allesamt fürchteten sie ein Zu-spät-Kommen des sozialistischen Eingriffs, das im schlimmsten Fall für das Proletariat die Konsequenz haben könne, an die Anfänge seiner Geschichte geworfen zu werden. Besonders dramatisch erkannte Sternberg die Gefahr, daß die herrschende Klasse der imperialistischen Länder nach der Durch-Kapitalisierung der ehemals kolonialen Länder auf den Krieg zwecks imperialistischer Lebensverlängerung nicht verzichten würde und — wenn die sozialistische Bewegung versagt — der Rückfall in die »Geschichtslosigkeit« nicht mehr abzuwenden wäre.

Der größte Teil der genannten Sozialisten widerstand nun der virulenten Versuchung, das schwierige Problem sozialistischer Transformation mit den Konzepten der »Avantgarde« und der »Diktatur« lösen zu wollen. Wie *Steinbach* und *Luthardt* zeigen, war vor allem das von Rudolf Hilferding und dem sozialdemokratischen Verfassungsrechtler Hermann Heller geschärfte Bewußtsein von der schutzerhaltenden und -spendenden Dimension der Demokratie im Vergleich zur Gefahr entfesselter Willkür und Rechtslosigkeit der Diktatur in der Sozialdemokratischen Partei tief verankert. Ebenso wie die von Otto Bauer geführte österreichische Partei setzten auch sozialdemokratische Theoretiker in Deutschland — darauf machen *Lehnert*, *Euchner*, *Lösche* und *Novy* aufmerksam — auf die mittels der politischen Demokratie gegebenen Möglichkeiten, durch gesellschaftliche, geistig-moralische und nicht zuletzt kommunal-genossenschaftliche Alternativen hegemoniale Gegenmacht zur bourgeoisen Klassenherrschaft aufzubauen, um prozessual die Dominanz in den politisch kulturellen Sektoren der Gesellschaft zu erringen (258 ff). In diesem Zusammenhang versucht *Lösche* gängigen Interpretationen zu widersprechen und einen neuen Zugang zur Erklärung von Theoriebildung zu eröffnen. Die Praxis der außerordentlich differenzierten und breiten sozialdemokratischen »Solidargemeinschaft« (Kinderfreunde, Kulturorganisation, Arbeitersportler, Genossenschaften, Freidenker etc.) hatte demnach erheblichen Einfluß auf die konzeptionellen Entwürfe Hilferdings und Naphthalis gehabt. »Eine Gewerkschaftssiedlung Wedding bot nicht nur Wohnraum für freie Gewerkschafter und Sozialdemokraten, sondern sie war zugleich Heimstätte für Kinderfreunde und Arbeiterwohlfahrt, Naturfreunde und proletarische Singgemeinschaft, Zahlabend und jungsozialistische Bildungsreihe.« (20) Lösches Befürchtung ist nun — und wer wollte sich vor diesem Problem drücken —, daß mit dem Verlust der Solidargemeinschaft auch der Aktualisierung der sozialistischen Theorie, wie sie zwischen den Kriegen entwickelt wurde, Schranken gesetzt sind.

Franz Walter (Bielefeld)

Weinzen, Hans Willi: Gewerkschaften und Sozialismus — Naphtalis Wirtschafts-demokratie und Agartz' Wirtschaftsneuordnung. Ein Vergleich. Campus Verlag, Frankfurt a.M./New York 1982 (311 S., Ln., 49,- DM)

Da die deutschen Gewerkschaften nur selten wirtschaftspolitische Konzepte entwickelt haben, die vom Kapitalismus zum Sozialismus führen sollten, ist diese politikwissenschaftliche Dissertation allein schon interessant, weil sie die beiden wichtigsten derartigen Programme erstmals umfassend rekonstruiert und im Vergleich auch kritisiert. Erst recht lohnt sie dadurch, daß die DGB-Gewerkschaften in der Diskussion über das vor einiger Zeit verabschiedete neue Programm kaum auf ihre eigenen historischen Erfahrungen mit wirtschaftspolitischen Konzepten zurückgegriffen haben, obwohl erst deren Auswertung eine Chance bietet, nicht erneut zu scheitern.

Weinzen stellt zunächst das vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund im Jahr 1928 auf seinem Hamburger Kongreß beschlossene Konzept einer Wirtschaftsdemokratie vor. Dessen Zustandekommen zeichnet er anhand zahlreicher Publikationen Fritz Naph-talis nach, der als Leiter der Berliner Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik die gewerkschaftliche und sozialdemokratische wirtschaftspolitische Diskussion mit prägte. Ausgehend von einer an Rudolf Hilferding angelehnten Analyse des damaligen Kapitalismus als organisiertem Kapitalismus hoffte das Konzept, durch Einschränkungen der Verfügungsgewalt über bestimmte Produktionsmittel — vor allem durch Monopolkontrolle und später auch Bankenkontrolle — sowie durch Ausdehnung öffentlichen, genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln auf evolutionärem Weg allein zum Sozialismus zu gelangen. Die einzelnen Elemente und auch die dem Konzept zugrundeliegenden Vorstellungen über Krise, Staat und Klasse untersucht Weinzen auf Fehler, Schwächen und Lücken. Er stellt zutreffend fest, daß dieses reformistische Konzept das eigene Scheitern begünstigte, indem es die Bedeutung von wirtschaftlichen Krisen lange unterschätzte, die Hoffnung auf den vermeintlich klassenneutralen Staat übertrieb und die Untersuchung der verschiedenen Klassen vernachlässigte. Weinzen kennzeichnet das Konzept der Wirtschaftsdemokratie schließlich als einen Ausdruck der bei seiner Verabschiedung gerade herrschenden wirtschaftlichen Prosperität und als eine weitgehende Rücksichtnahme auf die gerade — im August 1928 — zustandegekommene Beteiligung der Sozialdemokratischen Partei an der Regierung der Großen Koalition. Die zeitgenössische Debatte um das Konzept bringt er erfreulich ausführlich in Erinnerung. Neben der insbesondere von August Thalheimer kompetent vertretenen kommunistischen Kritik ist vor allem die linkssozialdemokratische Kritik erwähnenswert, die Dora Fabian in den Jungsozialistischen Blättern unternahm. Aber auch andere linkssozialdemokratische Autoren, die christliche und liberale richtungsgewerk-schaftliche Kritik sowie bürgerliche Autoren kommen zu Wort. Im Ergebnis wird deutlich, daß das Konzept zwar durch Konzessionen Zustimmung bei christlichen und liberalen proletarischen Strömungen und bei sozialliberalen bürgerlichen Gruppen erreichte, aber in viel stärkerem Maße linkssozialdemokratische und kommunistische Ablehnung hervorrief.

Weinzen vergleicht dann Naphtalis Konzept der Wirtschaftsdemokratie mit dem von Viktor Agartz zuletzt im Jahr 1954 auf dem Frankfurter Kongreß des DGB massenwirksam verfochtenen Konzept einer Wirtschaftsneuordnung. Dessen Entwicklung verfolgt er anhand von über zweihundert Publikationen, die zu einem großen Teil in den Jahren entstanden, in denen Viktor Agartz (vgl. auch *spw* 16, S.351-353 sowie *spw* 14, S.100f.) Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften in Köln war. Ausge-

hend von einer in manchem an Lenin angelehnten Analyse des Monopolkapitalismus, versucht dieses Konzept, durch Aufhebung des Produktionsmitteleigentums in den Schlüssel-sektoren und durch Einschränkungen der Verfügungsgewalt dem Sozialismus näher zu kommen. Auch dieses Konzept untersucht Weinzen auf Mängel, die zu seinem Mißerfolg beitragen, etwa die Überschätzung der Bedeutung von Krisen. Zwar gab es nach dem Montanmitbestimmungsstreit die Hoffnung auf den Staat weitgehend auf, aber es wies keinen alternativen Weg zur Staatshilfe und vernachlässigte die Untersuchung des tatsächlichen Klassenspektrums. Die zeitgenössische Debatte um das Konzept, die allerdings im Niveau erheblich hinter der Weimarer Diskussion zurückblieb, ruft er nur kurz in Erinnerung, lesenswert hier vor allem die rüde Attacke, die Oswald von Nell-Breuning von katholischer Seite nicht ohne Erfolg unternahm. Im Ergebnis wird erkennbar, daß das Konzept in einigen Elementen und Prämissen die Erfahrungen mit dem Scheitern des Konzepts der Wirtschaftsdemokratie verarbeitet, gerade durch seine intransigent sozialdemokratischen Akzente massive bürgerliche und auch christliche Ablehnung hervorruft, während es von sozialdemokratischer Seite oft nur halbherzig unterstützt und von kommunistischer Seite lange unverständlich angegriffen wird. Weinzen kennzeichnet das Konzept schließlich als auf eine unmittelbar bevorstehende ökonomische Krise wartend und der zunächst konsequenten Opposition der von der Regierung ausgeschlossenen Sozialdemokratischen Partei weitgehend entsprechend.

Gerade dadurch, daß beide Konzepte in völlig verschiedenen sozialen Situationen scheitern — das Programm der Wirtschaftsdemokratie in der Weltwirtschaftskrise und angesichts des aufkommenden Faschismus und der zunehmenden Polarisierung der Klassen; das der Wirtschaftsneuordnung in der Wirtschaftswunderprosperität sowie bei sich stabilisierender Bürgerblockregierung und Domestizierung des Proletariats —, ist es besonders gut möglich, aus ihnen zu lernen. Für die gegenwärtige gewerkschaftliche und sozialdemokratische Diskussion nützlich sind beispielsweise die Vorschläge Naphtalis zur Mitbestimmung, insbesondere in einem Kartellamt und in einem Bankenamt, sowie die Gedanken von Agartz zur Planung und vor allem zur Vergesellschaftung, insbesondere der Montanindustrie und weiterer Schlüssel-sektoren.

Heinz Albrecht (Berlin/West)

Cora Stephan: »Genossen, wir dürfen uns nicht von der Geduld hinreißen lassen!« Aus der Urgeschichte der deutschen Sozialdemokratie 1862-1878. EVA, Frankfurt/M. 1981², (390 S., 20,- DM)

»Von der Revolution zum Klassenkampf« lautet das paradox anmutende Leitmotiv dieser Arbeit über die Theoriebildung in der frühen deutschen Sozialdemokratie. Erkennen wir doch — unserer marxistischen Überlieferung folgend — heute jedenfalls in »klassenkämpferischen« Positionen eher »revolutionäre« Vergangenheit wieder als in den evolutionären Schlagworten der »Volkspartei« (Bad Godesberg etc.). Genau die Stimmigkeit dieser Gegensatzpaare in Bezug auf die Parteigeschichte stellt Stephan infrage: im deutschen Streit um das »Erbe« der frühen Sozialdemokratie sind sich die Hauptkontrahenten SPD und SED zumindest darin einig, daß »das Eindringen« des Marxismus oder der Marxschen Theorie in die Sozialdemokratie in den 70er Jahren diese zu einer revolutionären Partei gemacht habe — was die SPD-Historiographie als eine ausschließlich den historischen Umständen zu verdankende Entwicklung interpretiert, die vorübergehend vom authentisch-sozialdemokratischen Gehalt der Bewegung, nämlich dem Demokratie- und

Gleichheitsgedanken, wegfürhte (den weiterzutragen, Aufgabe der heutigen SPD ist). Für die SED-Historiographie hingegen hat die Arbeiterbewegung erst mit »dem« Marxismus als revolutionärer Weltanschauung die Grundlage für eine wahrhaft-revolutionäre und damit klassenkämpferische Parteientwicklung erhalten. Im Gegensatz sowohl zu den beiden »Erben« als auch zu neu-linken Kritikern der SPD, die dieser in der Regel eine »fehlerhafte« Aufnahme, der als richtig unterstellten Marx'schen Theorie bescheinigen, fragt Stephan nach konkret-historischen Bedingungen, unter denen in den damaligen beiden Hauptströmungen der Sozialdemokratie, den Eisenachern und dem ADAV, der Bedarf nach einer derartigen einheitlichen Theorie der kapitalistischen Entwicklung entstand.

Revolutionär war die frühe Arbeiterbewegung in Deutschland wie in den anderen bürgerlichen Gesellschaften, indem sie aus dem radikalen Flügel der »bürgerlichen Revolutionen« des 19. Jahrhunderts hervorgehend am konsequentesten deren Vollendung in der »sozialen Demokratie« anstrebte. Diese »Demokratie« beschränkte sich allerdings nicht auf Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit — wie es sich die SPD-Historiographie gerne zurechtlegt —, sondern stand darüber hinaus für tiefgreifende Umwälzungen der Gesellschaft: endgültige Zerschlagung der Feudalherrschaft und Bodenreform, nationale Einheit, Arbeiterassoziation (oder »Organisation der Arbeit«). Politik und Ökonomie bildeten in diesem Programm sozialer Umwälzungen eine untrennbare Einheit, waren noch gar nicht als Unterschiedenes konstituiert.

Anhand der Agrarfrage und des Kampfes um die nationale Einheit zeigt Stephan, wie das Klassenbündnis zwischen Bourgeoisie und Junkertum die Sozialdemokratie in ein historisches Dilemma brachte: Verstand sie sich im Rahmen eines bürgerlich-demokratischen Kampfes noch als konsequentester Anwalt der Belange des ganzen Volkes (2/3 Landbevölkerung) und orientierte daher ihren Kampf auf eine revolutionäre Umwälzung im Rahmen eines nationalen Einigungskrieges (z.B. gegen das bedrohliche »barbarisch-despotische« Rußland), so brachte hingegen die »Einigung von oben« 1871 die Aussicht auf eine längerfristige stabile Gesellschaftsordnung, in der eine solche Revolution nicht mehr auf der Tagesordnung stand. Unter diesen Bedingungen eine revolutionäre Perspektive zu entwickeln, war in zweierlei Hinsicht schwierig: Erstens mußte die Sozialdemokratie ein neues Konzept für eine gesellschaftliche Alternative entwickeln, das sich nicht in der konsequenten Durchführung der bürgerlichen Revolution und Volksherrschaft erschöpfte, sondern aus der Entwicklungslogik der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse abgeleitet wurde; zweitens mußte sie dabei als Arbeiterbewegung einen gesamtgesellschaftlichen Standpunkt finden, obwohl die Arbeiterinteressen in diesem Entwicklungsstadium zunächst »rein« ökonomische, partikulare und minoritäre Interessen darstellten.

Die Rezeption des *Kapital* ab 1867 ermöglichte die Entwicklung einer Parteitheorie, die diesen widersprüchlichen Anforderungen entgegenkam. Sie lieferte Argumente für die wirtschaftliche Grundlage des »Zukunftsstaates«: Marx bewies mit seinem »Wertgesetz«, daß die Reproduktion einer hocharbeitsteiligen Gesellschaft funktionieren *konnte*. Die für die zukünftige Gesellschaft grundlegende Kooperation aller Gesellschaftsmitglieder wurde im Kapitalismus bereits voll ausgebildet, mußte also nur noch ihrer ausbeuterischen Hülle entkleidet werden. Zugleich wiesen die aus den Entwicklungsgesetzmäßigkeiten des Kapitals gefolgerten historischen »Tendenzen« der noch minoritären Arbeiterklasse für die Zukunft die eine Hauptrolle im gesellschaftlichen Hauptwiderspruch zu, wohingegen »Zwischenschichten« und die Agrarbevölkerung als »historisch zum Absterben verurteilte« Klassen »Proletarier *in spe*« waren und daher als solche nicht in die sozialdemokratische Perspektive integriert werden mußten. Die Weiterentwicklung des Kapitalismus lag somit

direkt im Interesse der Arbeiterbewegung, dem entsprach die Interessenvertretung nur der Arbeiterklasse in Politik und Ökonomie (Gewerkschaften) als *per se* zukunftssträchtig und »revolutionär«. So entstand jene »Geduld« (im Warten auf den Zusammenbruch des Kapitalismus), vor der ein unbekannter Arbeiter auf der Wydener Konferenz schon 1880 warnte (s. Titel).

Welch »revolutionäre« Umsetzungen der so konstituierte Ökonomismus der Sozialdemokratie vor dem Sozialistengesetz zeitigte, zeigt Stephan anhand der Debatte um den Staatssozialismus: die Verstaatlichung der Eisenbahnen durch den preußischen Staat konnte die Sozialdemokratie nur hinsichtlich ihrer unmittelbar politischen Folgen kritisieren (Machtzuwachs des Staates), ohne einen alternativen Weg zum Sozialismus vorzuschlagen; für sie war das schon ein Stück des Weges, sie wählte sich schon halb im »Zukunftsstaat«, der ja auch nur der Nationalisierungen der Großbetriebe bedurft hätte.

Stephan unternimmt es nicht, ihre Untersuchungsergebnisse zu verallgemeinern hinsichtlich politik- und hegemonietheoretischer Implikationen. Das sollte aber einer in erster Linie an historischen Erkenntnissen interessierten Arbeit auch nicht vorgehalten werden. Vielmehr ist es Sache der freiwilligen und unfreiwilligen »Erben«, ihre Untersuchung als einen Beitrag zur konkret-historischen Genese des Ökonomismus in der deutschen Arbeiterbewegung zu verarbeiten und hinsichtlich hegemonietheoretischer Implikationen zu befragen. Die historische Konstellation, die Stephan beschreibt, erinnert mit ihren Problemstellungen z.B. an Gramscis Metapher des Übergangs vom »Bewegungskrieg« zum »Stellungskrieg« Anfang der 20er Jahre unseres Jahrhunderts — natürlich mit dem entscheidenden Unterschied, daß die Arbeiterbewegung 1871 am Anfang der Entwicklung der modernen bürgerlichen Gesellschaft stand, noch nicht hegemoniefähig war, und als *subalterne Klasse* den Weg der »negativen Integration« (Groh) in den expandierenden Kapitalismus wählte. — Zusammen mit dem Abdruck von vier weitgehend unbekanntem Beiträgen aus den damaligen Debatten in der Sozialdemokratie im Anhang ein sinnvolles Stück »reiner« Theoriegeschichte.

Thomas Lindenberger (Berlin/West)

Egon Bahr: Was wird aus den Deutschen? Fragen und Antworten, Rowohlt, Hamburg 1982 (236 Seiten, br., 24,- DM)

In einem Gespräch mit Günter Geschke und Ingke Brodersen diskutierte der Sicherheitsexperte Egon Bahr, Mitglied des Präsidiums der SPD, um die Monatswende Oktober/November 1981 Fragen des deutsch-deutschen Verhältnisses, dessen Einbettung in den »Ost-West-Konflikt« und insbesondere Abrüstungs- und sicherheitspolitische Fragen. Dreh- und Angelpunkt nahezu aller Ausführungen Bahrs ist die Auffassung, daß die Erhaltung des Friedens die höchste Priorität allen politischen Handelns besitzt, der alle anderen Fragen wie »Wiedervereinigung«, die Entwicklung der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR usw. untergeordnet sein müssen. Denn — so Bahr — »das Ende des Friedens wäre auch das Ende der Nation«. Neutralismus, Pazifismus oder einseitige Abrüstung könnten den Frieden nicht garantieren. Die Garanten des Friedens seien vielmehr die beiden Bündnissysteme — NATO und Warschauer Vertragsorganisation — wenn sie erkennen, daß Frieden und Sicherheit nicht gegeneinander, sondern nur gemeinsam zu erreichen sind. Hier fielen den beiden deutschen Staaten als »loyalen Partnern« des jeweiligen Bündnisses eine besondere Verantwortung zu.

Ausgehend von dieser Erkenntnis stellt Bahr in groben Zügen die Entwicklung der sozialliberalen Ostpolitik und sein Konzept des »Wandels durch Annäherung« dar.

Nur ein Zusammenwirken der beiden deutschen Staaten auf Grundlage der Entspannungspolitik in und mit dem jeweiligen Bündnis, könne die langfristige Perspektive für eine Wiedervereinigung eröffnen, welche im übrigen die Überwindung der Spaltung Europas in zwei unterschiedliche Gesellschaftssysteme unabdingbar voraussetze. Diese Politik sei von der Schmidt/Genscher-Regierung in hohem Maße erfüllt worden. Die BRD müsse jedoch als »gleichberechtigter NATO-Partner« noch intensiver auf den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Ost und West drängen, denn auch die USA sei schließlich auf Konsensbildung in der NATO angewiesen. Mit anderen Worten: Die Bundesrepublik besitzt sehr wohl einen Handlungsspielraum in der NATO, es kommt darauf an, diesen vom Standpunkt der Blockeingegebenheit für eine die Entspannung fördernde Politik zu nutzen.

Treibender Faktor von Entspannungs- und Rüstungskontroll- bzw. Abrüstungspolitik sei das objektive Interesse aller Staaten an »Gemeinsamer Sicherheit«, d.h.: Im Nuklearzeitalter gibt es keine Sicherheit gegen-, sondern nur miteinander. Weiter als Bahr geht der inzwischen veröffentlichte Bericht der »Palme-Kommission«. Er konkretisiert das Konzept der »Gemeinsamen Sicherheit«, indem er dieses ausdrücklich in Gegensatz zum Überlegenheitsstreben der USA stellt und Konzeptionen eines angeblich führ- und gewinnbaren Atomkrieges eine klare Absage erteilt. Aber auch Bahrs Zielsetzung ist, mit diesem Konzept die objektive Notwendigkeit von Abrüstungs- und Entspannungspolitik zu verdeutlichen. Eine Weiterentwicklung der Entspannungspolitik unter den veränderten, ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen der 80er Jahre wird von ihm jedoch nicht geleistet.

Kernpunkt von Entspannungspolitik sei das eindeutige Primat der Politik, so z.B. über die Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse, die auch militärisch genutzt werden könnten. Das Gewicht und der Stellenwert des Militärisch-Industriellen-Komplexes wird von Bahr jedoch nicht angesprochen.

Vernunftgemäßes Handeln der Politiker und »Druck von unten« seien desweiteren notwendig, um die Aufrüstungsspirale aufzuhalten.

Besondere Aufmerksamkeit widmet Bahr dem NATO-Beschluß über die Stationierung neuer US-amerikanischer Mittelstreckenraketen und den Perspektiven der Genfer Verhandlungen. In Bezug auf das Zustandekommen des Beschlusses folgt er dem Argumentationsgang der ehemaligen sozialliberalen Regierung. Hier machen die häufig unkonkreten und wenig kritischen Fragestellungen der Gesprächspartner die Antworten Bahrs recht unverbindlich.

Aber — und dies ist die sicherlich interessanteste Aussage des Gespräches —: Ziel der Genfer Verhandlungen muß die »Null-Lösung« sein. »Null-Lösung« heißt für Bahr, »Begrenzung auf so viele SS20, die erforderlich sind, um die französischen und britischen Systeme auszubalancieren«, um die Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Europa überflüssig zu machen.

Genau dieses Verhandlungsangebot machte der Generalsekretär der KPdSU, Jurij Andropow, vierzehn Monate später, im Januar 1983, der US-Regierung.

Ralf Krämer (Dortmund) und Karsten Rudolph (Wetter)

Karin Priester: Hat der Eurokommunismus eine Zukunft? Perspektiven und Grenzen des Systemwandels in Westeuropa, C.H. Beck Verlag, München 1982 (236 Seiten, br., 36,-DM)

Es ist ruhig geworden um den Eurokommunismus. In den 70er Jahren hatten der mögli-

che Sieg der französischen Linksunion und ein eventueller Erfolg des italienischen »historischen Kompromisses« Auguren en masse auf den Plan gerufen, die sich vor allem mit der »Zukunft des Westens« bei einer Regierungsbeteiligung vielleicht nur oberflächlich »geläuterter« Kommunisten beschäftigten. Diese Konjunktur ist nun dahin wie ihre Anlässe — zu offenkundig ist die Minderheitenposition der Kommunisten in der französischen Regierung, das Scheitern der Strategie des »historischen Kompromisses« und der Auflösungsprozeß der spanischen KP. Insofern ist die Situation durchaus geeignet, jenseits steriler Aufregungen eine Zwischenbilanz des Eurokommunismus zu ziehen, die dessen Essenz — die angestrebte Synthese von Demokratie und Sozialismus — nicht von vornherein als bloße Taktik abtut. Diesen Versuch unternimmt Karin Priester in dem vorliegenden Buch.

Einleitend gibt sie eine komplexe Definition von Eurokommunismus, den sie historisch (Antifaschismus), strategisch (Antwort auf Modernisierungsschübe), politisch (Distanz zur Sowjetunion), theoretisch (Lösung vom Leninismus) und perspektivisch (»dritter Weg«) bestimmt. Innerhalb der eurokommunistischen Politiken unterscheidet sie die hegemoniale Politik eines alternativen Machtblocks (Frankreich) von der konvergierenden mit anderen Kräften (Italien). Sie will weder rein ideengeschichtlich noch rein funktionsanalytisch vorgehen, sondern bemüht sich um eine Verknüpfung beider Methoden, wobei die historische Dimension nicht zu kurz kommen soll.

Diesen Anspruch kann das Buch einlösen. Bei allen drei behandelten Parteien (Frankreich, Italien, Spanien) geht sie ausgesprochen didaktisch vor. Zunächst werden die sozioökonomischen und politischen Entwicklungen des betreffenden Landes nach dem Zweiten Weltkrieg dargelegt. Danach werden Grundzüge und Probleme der jeweiligen KP-Politik vorgestellt, und es wird nach Entwicklungsperspektiven gefragt. Dieses Vorgehen ist qualitativ parallel. Quantitativ gibt es erhebliche Unterschiede: Das Kapitel über die Kommunistische Partei Spaniens nimmt nur etwa ein Fünftel des Raumes ein, der für die Kommunistische Partei Italiens genutzt wird. Aber auch inhaltlich wirkt das Kapitel über die KPI am informativsten, nicht zuletzt durch Exkurse sowohl in die politische Theorie, wie auch in die Kommunalpolitik am Beispiel des »roten Bologna«.

Die Einbeziehung der sozioökonomischen, politischen und historischen Dimension macht vieles verständlicher, etwa im Fall der KPF »die aus der jakobinischen Tradition stammende Betonung der Momente Etatismus, Zentralismus, Hierarchie, Schlagkraft, Disziplin, Avantgarde und ein tiefsitzendes Mißtrauen gegenüber regionalen Bewegungen« (42). Die pädagogisch sinnvolle Trennung dieser Rahmenbedingungen von der konkreten Analyse der jeweiligen Partei führt jedoch gelegentlich zu einer Konzentration auf die Politik der Parteispitze, die wesentliche Prozesse aus dem Blickfeld geraten läßt. Ich denke hierbei z.B. an Priesters Feststellung, das »Jahr 1956 ist ohne nennenswerte Rückwirkungen an der französischen KP vorbeigegangen« (49). So etwas kann man nur schreiben, wenn man die dramatischen Mitgliederverluste vergißt, die »1956« (d.h. »Entstalinisierung« plus »Ungarn-Aufstand«) für die KPF brachte. Dennoch sind — alles in allem — Karin Priesters Schlußfolgerungen begründet. Sie sieht die eurokommunistischen Parteien an der Schwelle zu klassenübergreifenden Volksparteien, langfristig mit der Perspektive der Wiedervereinigung mit den sozialistischen Parteien konfrontiert, kurzfristig jedoch eher zu ihnen in Konkurrenz beim Werben um die lohnabhängigen Mittelschichten.

Ich vermisse in dem Buch eine genauere Analyse jener »Modernisierungsschübe« (31 u.ö.), die nach Priester so wesentliche politische Folgen haben. Zur »Modernisierung« gehört eine inhaltliche Füllung von »Modernität«, die erst den betreffenden Modernisie-

rungsprozeß verständlich macht. Eine solche Bestimmung von »Modernität« hätte auch eine mehr als marginale Beschäftigung mit »neuen sozialen Bewegungen« (19) ermöglicht und zudem die Frage ermöglicht, ob es so etwas wie Eurokommunismus nicht nur auch bei anderen kommunistischen Parteien (England, Schweden, Japan etc.!) gibt, sondern sogar losgelöst von bestimmten Parteien als eine Art »Ideologie«, die »Ökopax«-Probleme aufnehmen könnte und sollte (dies ist — verkürzt gesagt — eine These von Andras Hegedüs). Möglicherweise hätte jedoch eine Diskussion dieser Fragen den einführenden und orientierenden Charakter beeinträchtigt, der diese Publikation so lesenswert macht.

Volker Gransow (Berlin/West — Bielefeld)



frontal
DAS SOZIALISTISCHE STUDENTENMAGAZIN

berichtet regelmäßig über
Friedensbewegung, Sozialdemokratie,
Internationalismus, Frauenbewegung, Hochschule

Angebot

Wer jetzt abonniert, bekommt als Geschenk das Buch „legal – illegal – scheißegal“.

KOSTENLOS möchte ich die neue frontal haben. Wenn mir die frontal nicht gefällt, teile ich das innerhalb von 14 Tagen mit, und bei der einmaligen Probeflieferung bleibt's dann auch. Hört Ihr nach dieser Frist nichts von mir, bin ich neuer Abonnent und bekomme pro Jahr 6 Hefte zum Preis von 12,- DM. Außerdem bekomme ich als Geschenk das Buch „legal – illegal – scheißegal“. Das Abo kann ich jeweils zum Ende eines Kalenderjahres kündigen.

Name und Adresse _____

Datum und Unterschrift _____

frontal, Postfach 170 203, 5300 Bonn Ko

Über die Autoren

Albrecht, Heinz, geb. 1910; Mitglied der SAJ seit 1928, der SPD seit 1931. Politisch Verfolgter. 1959 bis 1975 Verwaltungsleiter der Otto-Bartning-Oberschule in West-Berlin. 1946 bis 1948 stellv. Kreisvorsitzender der SPD Berlin-Charlottenburg. Vorsitzender des Marxistischen Arbeitskreises der Berliner SPD und Mitherausgeber der *spw*.

Damkowski, Wulf, geb. 1941; Hochschullehrer für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) Hamburg. Mitglied in SPD und GEW, Abgeordneter in der Hamburger Bürgerschaft und Mitglied des Landesvorstandes der Hamburger SPD.

Glaser, Hermann, geb. 1928; Schul- und Kulturdezernent der Stadt Nürnberg; Arbeitsgebiet: Kulturpolitik der SPD und Kulturtheorie. Mitglied der SPD, der Kulturpolitischen Gesellschaft und Vorsitzender des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages.

Gransow, Volker, geb. 1945; Dozent an der Universität Bielefeld. Arbeitsgebiet: Politische Soziologie. Jüngste Veröffentlichung: *Mikroelektronik und Freizeit* (1982). Mitglied im »Komitee für Grundrechte«.

Holtfort, Werner, geb. 1920; Rechtsanwalt und Notar. Bundesvorsitzender des Republikanischen Anwaltsvereins (RAV), Mitglied der SPD und Landtagsabgeordneter in Niedersachsen.

Hoplitschek, Ernst, geb. 1947; Lehramtsreferendar in den Fächern Biologie, Geschichte und Gemeinschaftskunde. Bis November 1982 Mitglied im Bundesvorstand der Partei »Die Grünen«.

Huß-Michel, Angela, geb. 1951; Realschullehrerin, z. Zt. Doktorandin in Germanistik (Exilliteratur) und Mitarbeiterin der bayrischen SPD-Landtagsabgeordneten Ursula Pausch-Gruber. Mitglied der SPD und bis 1982 im Unterbezirksvorstand der Jungsozialisten »Amperland«.

Karl, Fred, geb. 1947; Dipl.-Soziologe. 1973 Berufsverbot als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Regensburg wegen Mitgliedschaft in der DKP. Wichtigste Veröffentlichungen: *Soziale Bibliotheksarbeit* (1980), *Die Bürgerinitiativen. Soziale und politische Aspekte einer neuen sozialen Bewegung* (1981).

Krämer, Ralf, geb. 1960; Student der Sozialwissenschaften. Mitglied der SPD und stellv. Vorsitzender der Jungsozialisten Westliches Westfalen.

Krätke, Michael, geb. 1949; Promotion zur Geschichte des Sozialstaats, z.Zt. tätig an der Univ. Amsterdam, Veröffentlichung u.a.: *Victor Agartz — Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik* (m. V. Gransow, 1978). Mitglied der SPD.

Kroll, Angela, geb. 1955; Studentin an der Universität Hamburg. Mitglied des Arbeitskreises *Frauen* der Jungsozialisten Hamburg. Mitglied in SPD und GEW sowie stellvertretende Bundesvorsitzende des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB).

Krusewitz, Knut, geb. 1941; Dipl.-Volkswirt, z.Zt. arbeitslos. Veröffentlichungen zum Verhältnis von Ökologie und Ökonomie. Mitglied in SPD, ÖTV, BdWi und Öko-Institut Freiburg. Mitglied der *spw*-Redaktion.

Mackenthun, Gerald, geb. 1950; arbeitsloser freier Journalist. Mitglied in SPD und IG Druck und Papier/DJU.

Meng, Richard, geb. 1954; Lehramtsreferendar. Mitglied in der SPD und stellv. Juso-Landesvorsitzender Hessen.

Pelinka, Peter, geb. 1951; Redakteur der »Arbeiter-Zeitung« (AZ), Wien. Veröffentlichungen zum Austromarxismus und zur Geschichte der sozialistischen Jugend. Mitglied in SJÖ und SPÖ.

Rix-Mackenthun, Christiane, geb. 1953; Dipl.-Politologin, wiss. Mitarbeiterin am Fachbereich Politische Wissenschaften der FU Berlin. Mitglied in SPD, GEW und BdWi, Mitglied der *spw*-Redaktion.

Rohr, Barbara, geb. 1932; Professorin für Behindertenpädagogik an der Universität Bremen. Einige Veröffentlichungen zu Mädchenerziehung in der Sonderschule. Mitglied der GEW.

Rother, Jutta, geb. 1945; Abgeordneten-Assistentin in der Hamburger Bürgerschaft. Mitglied der IG Chemie-Papier-Keramik und der SPD.

Rudolph, Karsten, geb. 1962; z. Zt. Zivildienstleistender. Mitglied der SJD-Die Falken, der GEW, der DFG-VK und der SPD. Stellv. Vorsitzender der Jungsozialisten im Unterbezirk Ennepe-Ruhr und Mitglied des Juso-Bezirksausschusses Westliches Westfalen.

Sandkühler, Hans-Jörg; Professor für Philosophie, Wissenschaftstheorie und -geschichte an der Universität Bremen. Veröffentlichungen zur Geschichte der klassischen bürgerlichen Philosophie, zur Geschichte des Sozialismus und des Marxismus. Mitherausgeber der *Studien zur Dialektik* und der Zeitschrift *Dialektik*. Mitglied in GEW und BdWi.

Schwenger, Hannes, geb. 1941; Sekretär der Gewerkschaft Kunst im DGB. Veröffentlichungen: *Schriftsteller und Gewerkschaft (1974)*, *Literaturproduktion — Zwischen Selbstverwirklichung und Vergesellschaftung (1980)*. Freier Mitarbeiter am *Vorwärts*. Mitglied im Berufsverband bildender Künstler (BBK), der Kulturpolitischen Gesellschaft und der SPD.

Tiltmann, Martina, geb. 1953; Dipl.-Soziologin und wissenschaftliche Angestellte. Mitglied der Gewerkschaft HBV, der SPD sowie des Bezirksvorstands der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) Ostwestfalen-Lippe.

Walter, Franz, geb. 1956; Doktorand an der Universität Bielefeld, Honorar-dozent bei der FES. Jüngste Veröffentlichung: *Jungsozialisten in der Weimarer Republik (1983)*. Mitglied in SPD und GEW.

Wolf, Klaus-Peter, geb. 1951; Journalist. Mitglied im Landesvorstand der Berliner SPD, Mitglied der AWO, der SJD-Die Falken, der RFFU im DGB sowie Mitherausgeber der *spw*.

Zimmermann, Burkhard, geb. 1950; Lehramtsreferendar. Wichtigste Veröffentlichung: *Die SPD in der Krise (1976)*. Mitglied der IG Bau-Steine-Erden und des Kreisvorstandes der SPD Berlin-Zehlendorf.

ÖSTERREICHISCHE ZEITSCHRIFT FÜR POLITIKWISSENSCHAFT

Die Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft wendet sich an eine sozialwissenschaftlich interessierte Leserschaft inner- und außerhalb Österreichs. Als Autoren kommen neben Politikwissenschaftlern regelmäßig auch Vertreter verwandter Disziplinen – Ökonomen, Historiker, Juristen, Pädagogen und Soziologen – zu Wort.

Jedes Heft der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift hat einen Umfang von 128 Seiten und ist inhaltlich einem bestimmten Schwerpunktthema gewidmet.

Schwerpunktthemen im 11. Jahrgang

- 1982/1 Politikwissenschaft und politische Praxis
- 1982/2 Blockpolitik der Großmächte
- 1982/3 Sozialpartnerschaft in Österreich
- 1982/4 Staatliche Wohnungspolitik und Wohnungsnot

Schwerpunktthemen im 12. Jahrgang

- 1983/1 Schulpolitik
- 1983/2 Friedensbewegung und Friedensforschung
- 1983/3 Parteien und Wahlen
- 1983/4 Technologie und soziale Kontrolle

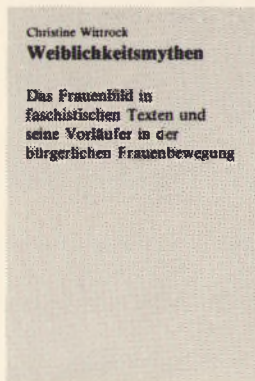
Preise:

- Einzelheft öS 90,-
- Jahresabonnement öS 300,-
- Studenten mit Inskriptionsnachweis öS 200,-
- Bei Auslandsversand zuzüglich Versandkosten

Bestelladresse:

- Verlag für Gesellschaftskritik
- Hernalser Gürtel 43/1/12a
- A-1170 Wien

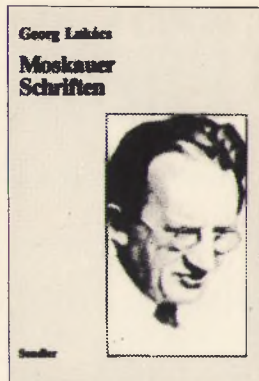
Sendler ● Sendler ● Sendler ● Sendler



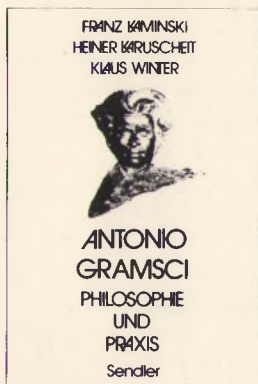
340 Seiten
22,00 DM



147 Seiten
20,00 DM



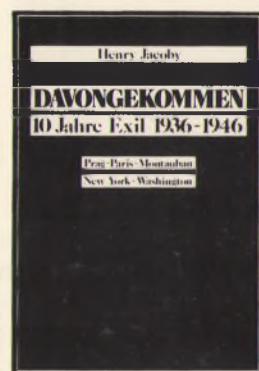
173 Seiten
12,00 DM



320 Seiten
29,00 DM



270 Seiten
24,00 DM



150 Seiten
16,00 DM

Lieferung nur gegen Vorkasse auf Postscheckkonto Buchvertrieb Hager,
Kto.-Nr. 187 490-607 Ffm. Bei Bestellung unter 50 DM müssen 3 DM
Versandgebühren hinzugerechnet werden.

Auslieferung über Buchvertrieb Hager, Postf. 111162, 6 Ffm 11